



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Inszenierung politischer Konflikte -

Am Beispiel des Koalitionskonflikts um eine
Bundesheerreform

Verfasser

Robert Schafleitner, Bakk

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Vorwort

An dieser Stelle will ich mich bei jenen bedanken, die mich im Laufe meines Studiums unterstützt haben. Allen voran gilt mein Dank meinen Eltern, die mir mein Studium mit großer Geduld ermöglichten. Spezieller Dank gilt auch meiner Schwester, die einen wesentlichen Anteil an meinem schulischen Erfolg und dem Abschluss meines Studiums nimmt. Ebenso soll ein Wort des Dankes an meine engsten Freunde gerichtet werden, die mir nicht nur eine angenehme Studentenzzeit bescherten, sondern auch in der Erstellung der Diplomarbeit wichtige Hinweise gaben.

Abschließend gilt mein Dank dem Betreuer meiner Diplomarbeit, Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer, der es mir ermöglichte frei zu arbeiten und durch seine Ratschläge wesentlich auf die Entwicklung des Forschungsprojekts einwirkte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	i
Tabellenverzeichnis.....	v
Abbildungsverzeichnis.....	v
1 Einleitung.....	1
1.1 Aufbau der Arbeit.....	2
1.2 Forschungsfragen.....	3
1.3 Methodisches Vorgehen.....	6
1.4 Relevanz.....	8
2 Konflikte und Konfliktforschung.....	9
2.1 Systematisierung des Konfliktbegriffs.....	10
2.2 Zentrale Beiträge zu Konflikttheorien.....	15
2.2.1 Klassiker der Konflikttheorie.....	16
2.2.2 Das Konsensparadigma als Gegenkonzept.....	25
2.2.3 Der Versuch einer einheitlichen Konflikttheorie.....	27
2.3 Zwischenresümee: Der soziale Konflikt.....	33
2.3.1 Konflikttypen.....	33
2.3.2 Konfliktdimensionen.....	35
2.3.3 Ursachen von Konflikten.....	36
2.3.4 Rolle von Konflikten.....	37
2.4 Ergänzungen zu modernen Konflikten.....	39
2.4.1 Ursachen und Zusammensetzung der Akteure moderner Konflikte.....	39
2.4.2 Strukturen und Austragungsformen moderner Konflikte.....	41
2.4.3 Ausrichtung und Funktion moderner Konflikte.....	43
3 Politische Konflikte.....	45
3.1 Politische Konfliktkultur.....	45
3.2 Politische Konfliktursachen.....	48
3.2.1 Konflikt und Ideologie.....	48
3.2.2 Konflikt und soziokulturelle Struktur.....	51

3.2.3 Konflikt und Strategie	52
3.2.4 Konflikt zwischen Ideologie, soziokultureller Struktur und Strategie	54
3.3 Konflikt und Demokratie.....	56
3.3.1 Pluralistische Demokratietheorie.....	56
3.3.2 Partizipatorische Demokratietheorie	57
3.3.3 Diskursive Demokratietheorie	58
3.3.4 Beziehung von Konflikt und Demokratie	60
3.4 Politische Konfliktdimensionen	61
3.4.1 Politische Kämpfe	61
3.4.2 Politische Konkurrenz	62
3.4.3 Parteien und Parteikonflikte	63
3.4.4 Koalitionen und Koalitionskonflikte.....	66
4 Inszenierung politischer Konflikte.....	68
4.1 Beziehung zwischen Politik und Medien.....	68
4.1.1 Politische Funktionen von Massenmedien.....	69
4.1.2 Theoretische Konzepte	70
4.1.3 Empirische Ergebnisse	72
4.2 Politische Konfliktkommunikation	73
4.2.1 Politik und Politikdarstellung	74
4.2.2 Inszenierung von Politik	76
4.2.3 Politische Öffentlichkeitsarbeit	77
4.2.4 Politischer Journalismus	78
4.3 Nachrichtenwerte und Trends der politischen Kommunikation.....	79
4.3.1 Unterhaltungszentrierte politische Kommunikation	80
4.3.2 Personalisierung von Politik	82
4.3.3 Negativität und Konflikt	84
5 Debatte um eine Heeresreform	87
5.1 Verschiedene Wehrsysteme.....	87
5.2 System der Wehrpflicht.....	89
5.2.1 Historischer Hintergrund	90

5.2.2 Theoretischer Hintergrund	92
5.2.3 Wehrpflicht in Europa	96
5.3 Elemente der aktuellen Heeresdebatte	98
5.3.1 Ursprung und Auslöser der Debatte	99
5.3.2 Positionen in der Heeresdebatte	99
5.3.3 Themen der Heeresdebatte	105
5.3.4 Akteure der Heeresdebatte	108
5.4 Besonderheiten der Heeresdebatte	110
6 Untersuchung	111
6.1 Beschreibung der Untersuchung	111
6.1.1 Untersuchungsmethode	112
6.1.2 Auswahl des Untersuchungsmaterials	112
6.1.3 Grobstruktur der Untersuchung	115
6.2 Ergebnisse der Untersuchung	118
6.2.1 Ergebnisse der politischen Selbstdarstellung	118
6.2.2 Ergebnisse der medialen Fremddarstellung	139
6.3 Erkenntnisse der Untersuchung	157
6.3.1 Beantwortung der Forschungsfragen	157
6.3.2 Hypothesenbildung	162
7 Resümee und Empfehlungen	166
Literaturverzeichnis	170
Internetquellen	204
Zeitungsartikel	206
Presseaussendungen	211
Anhang	213
Kategoriensystem	213
Abstract	216
Lebenslauf	217

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Differenzierung des Konfliktbegriffs.....	11
Tabelle 2: Konflikttheorien im Vergleich.....	38
Tabelle 3: Dimensionen politischer Kommunikation.....	74
Tabelle 4: Komponenten von Wehrsystemen	88
Tabelle 5: Beschreibung der Presseaussendungen.....	119
Tabelle 6: Beschreibung der Zeitungsartikel	139

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Komponenten politischer Konflikte.....	55
Abbildung 2: Wehrpflicht in Europa, 2001 und 2011 im Vergleich	97
Abbildung 3: Forschungsdesign.....	117

1 Einleitung

Die Reform des Bundesheers ist seit jeher ein kontrovers diskutiertes Thema der Politik. Trotz mehrfacher Versuche die Reformdebatte zu institutionalisieren, etwa durch die 1968 eingerichtete „wehrpolitische Kommission“¹ oder die 2004 gegründete „Bundesheerreformkommission“², blieb sie stets Gegenstand politischer Konflikte. Im Zentrum der aktuellen Reformdebatte steht, spätestens seitdem sich Häupl im Wiener Wahlkampf 2010 zu Wort meldete, die Zukunft der Wehrpflicht. So wird keine leichte Anpassung, sondern eine grundsätzliche Veränderung des österreichischen Wehrsystems diskutiert. Nun dauert die aktuelle Debatte bereits über ein Jahr an, mit der Konsequenz, dass erste Pilotprojekte für 2012 in Planung sind. Ein Ende der Debatte über die Heeresreform scheint jedoch nicht in Sicht. Die Besonderheit der Debatte liegt nicht nur in ihrer langen Tradition, sondern auch darin, dass sie zwischen den Koalitionsparteien besonders konfliktreich ausgetragen wird. Die Heeresdebatte repräsentiert somit einen Dissens der Regierungsparteien, der zur Projektionsfläche des Koalitionskonfliktes geworden ist.

Dass der Konflikt ein zentraler Bestandteil der politischen Kommunikation ist, kann wohl mit dem Verweis auf die tägliche politische Berichterstattung recht einfach argumentiert werden. Die Frage nach dessen Konsequenzen ist hingegen viel schwieriger zu klären. Grundsätzlich gilt, dass der Konflikt einen „Normalfall in einer offenen pluralistischen Demokratie“³ darstellt und somit keinen per se negativen Charakter aufweist. Dennoch spielt der Konflikt gerade in der Koalitionspolitik häufig eine zerreißende Rolle. Als besonders konfliktanfällige Form der Koalitionsregierung sind Große Koalitionen stark gefährdet, an einem Konflikt zu zerbrechen.⁴ Diese Diagnose kann mit einem Verweis auf die jüngeren österreichischen Koalitionserfahrungen durchwegs bestätigt werden. Gemeint ist die SPÖ-ÖVP Regierung unter Gusenbauer, die zwischen 2006 und 2008 Bestand hatte. Ihre Stabilität wurde bereits in der Entstehungsphase vielfach hinterfragt. Dies beruhte vor allem auf der langen Dauer der Sondierungsgespräche und der Spekulationen über Alternativkoalitionen und Neuwahlen.⁵ Auch im weiteren Verlauf der Koalitionsregierung war der Konflikt ein ständiger Begleiter, der sogar dazu führte, dass die Regierung vom Bundespräsident dazu ermahnt wurde, „ernsthafte erfolgreiche Arbeit“⁶ zu leisten. Kurze Zeit später zerbrach die Koalitionsregierung. Selbst der Sozialminister dieser Regierung musste sich nach deren Scheitern eingestehen, dass „[b]eständig wahrgenommener Streit und gegenseitige

¹ Steiger; In: Schober 2004, S.166

² Eder; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2010, S.81

³ Oberreuter; In: Sarcinelli 1990, S.78

⁴ vgl. Miller, Müller; In: Egle, Zolnhöfer (Hrsg.) 2010, S.157 ff.

⁵ vgl. Linhart, Shikano 2007, S.185

⁶ „derStandard.at“: Fischer will Koalition „nicht aus Verantwortung entlassen“. 12.3.2008

Missgunst“⁷ das Bild der Koalitionsregierung prägte. Der Koalitionskonflikt war somit maßgeblich für das Ende der ersten Großen Koalition nach der Regierungswende 2000 verantwortlich. Die nachfolgende Regierung unter Faymann wollte sich bewusst von der Vorgängerregierung abgrenzen. Der Regierungsstil in der Anfangsphase brachte der Koalition jedoch die Spottbezeichnung des „Kuschelkurs[es]“⁸ ein. Dies ist vor allem auf den Faymann-Slogan im Wahlkampf: „genug gestritten“ zurückzuführen, in dem die Zusammenarbeit und nicht der Streit hochgehalten werden sollte.⁹ Doch die umstrittenen Reformpläne im Bildungssystem und die Steuerdebatte ließen bereits recht früh keinen Zweifel mehr daran, dass auch diese Koalition durch Konflikte geprägt sein wird.

Die Heeresdebatte stellt nur eine kleine Arena dar, in welcher der Koalitionskonflikt der Regierung ausgetragen wird. Die Positionen der Koalitionsparteien treffen hier nicht auf unüberwindbare Hindernisse, wie es in anderen, durch traditionelle Positionen geprägten Politikbereichen, der Fall ist. Dennoch kann hier deutlich gemacht werden, wie der Konflikt von verschiedenen Akteuren der politischen Kommunikation inszeniert wird. Denn gerade in der Anfangsphase des Konflikts wird deutlich, wie schnell die neue Positionierung der SPÖ in der Frage der Wehrpflicht als Anlass herangezogen wird, einen Koalitionskonflikt zu inszenieren.

Die Aufgabe dieser Arbeit ist es, die politische und mediale Inszenierung des Koalitionskonflikts in der aktuellen Heeresdebatte näher zu beschreiben. Die theoretischen Ausführungen, sowie die empirische Bearbeitung folgen diesem Forschungsinteresse, welches noch weiter erläutert wird. Zuerst wird jedoch der Aufbau der Arbeit präsentiert.

1.1 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist in vier Teile gegliedert. Der erste Teil dient dazu, das Forschungsinteresse und das methodische Vorgehen zu erklären. Ebenso soll auf die Relevanz dieser Arbeit eingegangen werden. Der zweite Teil stellt eine theoretische Annäherung an das Phänomen der Inszenierung des Koalitionskonflikts dar. Als Ausgangspunkt wird das Phänomen des Konflikts differenziert dargestellt und aus der Perspektive gesellschaftstheoretischer Konflikttheorien beschrieben. Ausführlich werden hier zentrale Ansätze gegenübergestellt, um einen adäquaten Konfliktbegriff herauszuarbeiten. Anschließend werden Besonderheiten des politischen Konflikts diskutiert. Die theoretische Herleitung des Koalitionskonflikts wird durch ein Kapitel erweitert, welches sich mit der politischen und medialen Inszenierung auseinandersetzt. Der dritte Teil besteht in einer kurzen Beschäftigung mit der

⁷ Buchinger; In: Kohl, Ofner, Karner, Halper (Hrsg.) 2009, S.126

⁸ Öhlinger; In: Poier (Hrsg.) 2009, S.204

⁹ „derStandard.at“: Wahlkampfstart: Faymann hat „genug gestritten“. 31.7.2008

österreichischen Wehrpolitik und Wehrgeschichte, um darauf aufbauend die aktuelle Heeresdebatte zu diskutieren. Der vierte Teil dieser Arbeit besteht in einer empirischen Untersuchung der politischen und medialen Inszenierung des Koalitionskonflikts. Nachdem die konkrete Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse beschrieben und die Auswahl des Untersuchungsmaterials argumentiert wurde, werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt. Auf deren Basis werden abschließend die Erkenntnisse der Arbeit, zusammen mit den generierten Hypothesen präsentiert. Ein kurzes Resümee mit Empfehlungen für weiterführende Forschung, soll den Schluss der Arbeit darstellen.

1.2 Forschungsfragen

Wie bereits einleitend beschrieben wurde, besteht die Ausgangsthese dieser Arbeit darin, dass Konflikte in Koalitionsregierungen nicht nur durch strukturelle Gegebenheiten entstehen, sondern, dass sie auch Gegenstand politischer Inszenierungen sind. Dies wird in der aktuellen Debatte über die Heeresform deutlich gemacht. Hier sind es keine traditionellen Positionen oder klare parteipolitische Differenzen, die zum Konflikt führten, sondern eine Aussage im Wiener Wahlkampf reichte aus, um einen Konflikt in der Koalition zu erzeugen. Die Besonderheiten der Inszenierung des Koalitionskonflikts stehen im Zentrum des Forschungsinteresses. Anhand der politischen Selbst- und der medialen Fremddarstellung soll die politische Konfliktkommunikation in der Heeresdebatte beschrieben werden. Es wird davon ausgegangen, dass sich beide Arten der Inszenierung unterscheiden. Hierbei besteht die Annahme, dass vor allem der „Show-Charakter politischen Streits und weniger der substantiell-inhaltliche Hintergrund öffentliche Aufmerksamkeit erreicht“.¹⁰ Konkret könnte ein solcher Show-Charakter auf Formen der Unterhaltungsorientierung und der Personalisierung aufbauen. Diese Annahmen und Zusammenhänge werden in der theoretischen Auseinandersetzung noch näher erläutert und begründet.

Die Sonderform der politischen Kommunikation, welche die Konfliktkommunikation zweifellos darstellt, soll in der Heeresdebatte, mit der besonderen Berücksichtigung der Darstellungsweise, untersucht werden. Die konkreten Forschungsfragen können in drei Gruppen unterteilt, präsentiert werden.

FF1: Das Ziel der ersten Forschungsfragen ist es, die Bedeutung des Koalitionskonflikts in der Heeresdebatte einschätzen zu können. In der Beschreibung der Konflikthaftigkeit und des Ausmaßes des Koalitionskonflikts soll ein Vergleich der untersuchten Darstellungsformen, der Selbst- und der Fremddarstellung vorgenommen werden.

¹⁰ Sarcinelli; In: Sarcinelli 1990a, S.12

FF 1.1: Wie stark ist die Konfliktorientierung in den Artikeln und in den Presseaussendungen der Heeresdebatte ausgeprägt?

Durch diese Frage soll die allgemeine Orientierung der Texte analysiert werden. Die Perspektive einzelner Absätze kann nicht nur durch den Konflikt, sondern auch durch den Konsens und durch weitere nicht-konfliktbetonten Orientierungen bestimmt werden.

FF 1.2: Sind Auffälligkeiten im Aufbau und in der Form erkennbar, wie die Konfliktperspektive eingenommen wird?

Der Aufbau und die Form der Konfliktbestandteile können als zentrale Merkmale der Texte angesehen werden. Ziel dieser Forschungsfrage ist es, Unterschiede innerhalb und zwischen der Selbst- und der Fremdberichterstattung zu beschreiben.

FF 1.3: Welche Bedeutung nimmt der Koalitionskonflikt in der politischen Kommunikation zur Heeresdebatte ein?

Die zentrale Aufgabe dieser Arbeit ist die Beschäftigung mit dem Koalitionskonflikts. Zuerst soll dessen Ausmaß und mögliche Unterschiede in den untersuchten Darstellungsbereichen ermittelt werden.

FF 1.4: Sind Auffälligkeiten im Aufbau und in der Form erkennbar, wie der Koalitionskonflikt kommuniziert wird?

Wie bereits in der Beschäftigung mit der Konfliktorientierung kann auch der Spezialfall des Koalitionskonflikts durch dessen Stelle in den jeweiligen Texten und durch die Form die er annimmt, allgemein beschrieben werden.

FF 2: Mit einer zweiten Gruppe an Forschungsfragen sollen Hinweise auf Unterschiede in den untersuchten Beiträgen erkannt werden. Hierbei geht es nicht primär um einen Vergleich der Darstellungsformen, sondern um Auffälligkeiten im Untersuchungsmaterial. Diese sollen vor dem Hintergrund der allgemeinen Kriterien des Absenders, bzw. der Zeitung und des Datums der Veröffentlichung aufgezeigt werden.

FF 2.1: Können in der Inszenierung des Koalitionskonflikts Unterschiede zwischen den Zeitungen festgestellt werden?

Mögliche Unterschiede sollen anhand der vorhergehenden allgemeinen Beschreibung des Koalitionskonflikts dargestellt werden.

FF 2.2: Können in der Inszenierung des Koalitionskonflikts Unterschiede zwischen den Parteien festgestellt werden?

Hier sollen ebenso mögliche Unterschiede anhand der vorhergehenden allgemeinen Beschreibung des Koalitionskonflikts dargestellt werden.

FF 2.3: Wie entwickelt sich die Inszenierung des Koalitionskonflikts in den ersten Tagen der Heeresdebatte?

Auch in der dritten Forschungsfrage zu den Unterschieden zwischen den Beiträgen, soll die allgemeine Beschreibung des Koalitionskonflikts herangezogen werden.

FF 3: Die letzte Gruppe an Forschungsfragen dient dazu, die Darstellung des Koalitionskonflikts genauer zu beschreiben. In der Analyse der Art der Inszenierung werden die Presseaussendungen und die Zeitungsartikel gegenübergestellt, sodass Zusammenhänge, oder Unterschiede zu der Frage formuliert werden können, wie der Koalitionskonflikt in der Anfangsphase der Heeresdebatte dargestellt wird. Dieses zentrale Ziel dieser Forschungsarbeit wird in drei Dimensionen durchgeführt, in denen die Akteure, die Themen und die stilistische Darstellungsweise zentral sind.

FF 3.1: Welche Akteure erfüllen welche Rolle in der Inszenierung des Koalitionskonflikts?

In der Untersuchung des Akteurskontextes wird nicht nur die Anzahl, sondern auch die Rolle der Akteure herangezogen. Somit soll erfragt werden ob typische Akteurskonstellationen in Koalitionskonflikten auftreten und weshalb sie dies tun.

FF 3.2: Welcher thematische Inhalte wird im Kontext des Koalitionskonflikts behandelt?

Da die inhaltliche Ausgestaltung bereits als Bestandteil der Inszenierung angesehen wird, soll diese auch hinterfragt werden. Die Frage nach dem inhaltlichen Kontext umfasst die Themen und die Argumente, die in Bezug auf den Koalitionskonflikt geäußert werden.

FF 3.3: Welche Darstellungsweisen kommen in der Inszenierung des Koalitionskonflikts zum Einsatz?

Die konkrete Darstellungsweise des Koalitionskonflikts ist ein zentraler Teil des Erkenntnisinteresses. Somit interessieren in dieser Arbeit letztlich auch stilistische Besonderheiten. Die Frage der Darstellungsweise bezieht sich auf die Wortwahl und die Anwendung von Stilmittel im Koalitionskonflikt.

1.3 Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen dieser Arbeit fußt zuallererst auf einer **theoretischen Auseinandersetzung**. Ziel ist dabei, durch eine eingehende Begriffsarbeit, die alltagssprachlichen Begrifflichkeiten aus einer theoretischen Perspektive zu beleuchten, um einen Einblick in den Untersuchungsgegenstand zu erlangen.¹¹ In dieser Arbeit soll in drei Schritten geklärt werden, was unter inszenierten politischen Konflikten verstanden werden kann. Zur Klärung des Begriffs des Konflikts, werden gesellschaftstheoretische Konflikttheorien herangezogen, in der Einschränkung auf politische Konflikte spielen vor allem politikwissenschaftliche Zugänge eine Rolle und letztlich wird die Inszenierung vorwiegend mittels kommunikationswissenschaftlicher Ansätze näher beleuchtet. Somit soll durch die interdisziplinäre theoretische Auseinandersetzung, die „theoriegesteuerte“¹² empirische Untersuchung der Inszenierung politischer Konflikte vorbereitet werden.

Die empirische Untersuchung beruht im Weiteren auf der **Hermeneutik**, der „Methode des Verstehens“.¹³ Sie bietet die Regeln des intersubjektiven und nachvollziehbaren, interpretativen Textverstehens, die in der qualitativen Methodik der Politikwissenschaft zunehmend zur Anwendung kommen.¹⁴ Die Hermeneutik, die durch die abverlangten interpretativen Leistungen, als „komplexes theoretisches, methodologisches und methodisches Konzept“¹⁵ gesehen werden kann, wurde als Zugang zur empirischen Bearbeitung gewählt, um der komplexen Fragestellung gerecht zu werden. Die Frage nach dem „Wie“ im Kontext der Inszenierung politischer Konflikte, macht eine solche methodologische Entscheidung notwendig.

Die empirische Bearbeitung der Forschungsfragen stellt eine **qualitative Untersuchung** dar. Genauer formuliert ist der Forschungsansatz, der zur Beantwortung der Forschungsfragen gewählt wurde, eine qualitative Einzelfallstudie.¹⁶ Somit werden Texte (Medienberichte und Presseaussendungen) als Einzelfälle ausgewählt, um das Phänomen des Koalitionskonflikts in der Heeresdebatte zu untersuchen. Die erwähnte Komplexität der Forschungsfrage, sowie der geringe Forschungsstand zu der Frage *wie* Koalitionskonflikte ausgetragen werden, machen das qualitative Vorgehen notwendig. Die Wahl der qualitativen Methodik lässt sich somit auf ihre Angemessenheit in Bezug auf den Forschungsgegenstand, die Forschungsfrage und den Forschungsstand zurückführen.¹⁷

¹¹ vgl. Spöhring 1995, S.16 f.

¹² vgl. Smith 1987; zit.n. Garz, Kraimer; In: Garz, Kraimer (Hrsg.) 1991, S.11

¹³ Alemann, Tönnemann; In Alemann (Hrsg.) 1995, S.52

¹⁴ vgl. ebenda, S.56

¹⁵ Reichertz; In: Flick, Kardoff, Steinke (Hrsg.) 2000, S.514

¹⁶ vgl. Alemann, Tönnemann; In Alemann (Hrsg.) 1995, S.60 f.

¹⁷ vgl. Spöhring 1995, S.104 ff.

Konkret wird die **qualitative Inhaltsanalyse**, als verstehende Methode zur Datengewinnung und Auswertung,¹⁸ angewendet. „Ziel der Inhaltsanalyse ist, Kommunikationsinhalte, die in Form von Texten vorliegen, wissenschaftlich zu analysieren.“¹⁹ Die Hauptmerkmale der qualitativen Inhaltsanalyse bestehen somit einerseits im starken Bezug auf kommunikative Akte und andererseits im systematischen, regelgeleiteten Vorgehen.²⁰ Als Gütekriterien können die „Objektivität, Reliabilität und Validität“²¹ herangezogen werden. Die Objektivität der Analyse soll durch sorgfältiges, intersubjektiv nachvollziehbares Arbeiten garantiert werden.²² Die Reliabilität, also die Zuverlässigkeit der Methode, kann durch zusätzlich Tests garantiert werden und die Validität, die Gültigkeit der Aussagen, kann vor allem in weiterführenden theoretischen oder empirischen Bearbeitungen ermittelt werden.²³ Die Funktion der qualitativen Inhaltsanalyse besteht darin, mittels Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung, induktiv ein Kategoriensystem zu erarbeiten.²⁴ Ziel der qualitativen Untersuchung ist es, durch das explorative Vorgehen, Hypothesen zu generieren.²⁵ Die Inhaltsanalyse kommt in der Politikwissenschaft vor allem in der Dokumentenanalyse zum Einsatz, die ursprüngliche Anwendung findet sie jedoch vor allem im Kontext kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen.²⁶ Somit ist die Methode für die Erforschung kommunikativer Inhalte, vor allem in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft vielfach erprobt worden, was nun für die politikwissenschaftliche Untersuchung der Inszenierung politischer Konflikte nutzbar gemacht werden soll. Die Wahl der Methode der Inhaltsanalyse lässt sich, ebenso wie die Entscheidung für das qualitative Vorgehen, durch das erwähnte Prinzip der Angemessenheit in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand erklären. Da Konflikte kommunikative Akte sind, sie bei Luhmann - wie noch näher ausgeführt wird - gar durch einen kommunikativ geäußerten Widerspruch definiert werden,²⁷ und offensichtlich ist, dass die öffentliche Inszenierung der Heeresdebatte auf kommunikativen Akten beruht, scheint die Inhaltsanalyse, als Methode zur Bestimmung des Inhalts der Debatte und der dahinter stehenden sozialen Wirklichkeit,²⁸ als angemessen.

Die Anwendung der Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ist eng an den Untersuchungsgegenstand gebunden, so soll nun zuerst eine theoretische Annäherung an das Thema der Inszenierung politischer Konflikte erfolgen, bevor die Untersuchungsmethode

¹⁸ vgl. Spöhring 1995, S.189

¹⁹ Knapp; In: Mayring, Gläser-Zikuda (Hrsg.) 2005, S.20

²⁰ vgl. Mayring 2010, S.48 f.

²¹ ebenda, S.51

²² vgl. Früh 2001, S.37.

²³ vgl. Mayring 2010, S.116 ff.

²⁴ vgl. Mayring; In Mayring, Gläser-Zikuda (Hrsg.) 2005, S.11

²⁵ vgl. Spöhring 1995, S.119

²⁶ vgl. Alemann, Tönnemann; In Alemann (Hrsg.) 1995, S.120

²⁷ vgl. Luhmann 1984, S.530

²⁸ vgl. Knapp; In: Mayring, Gläser-Zikuda (Hrsg.) 2005, S.20

im Detail dargestellt wird. Dies entspricht dem zentralen Kriterium der „Theoriegeleitetheit“²⁹ der qualitativen Inhaltsanalyse.

1.4 Relevanz

Die politikwissenschaftliche Relevanz dieser Arbeit besteht darin, dass sich die Inszenierung des Koalitionskonflikts in der Realpolitik niederschlägt. Somit ist die Darstellungspolitik der politischen Kommunikation nicht unerheblich für die politische Entscheidung. Trotz der „Diskrepanz zwischen den Anforderungen an beide Politikbereiche“³⁰ bleiben sie eng miteinander verbunden. Dadurch fällt ebenso die Beschäftigung mit Massenmedien in den Bereich der politikwissenschaftlichen Forschung. „Medienvermittelte Konfliktkommunikation wird zu einem Gegenstand der politischen Kommunikationsforschung, insofern sie einen relativen Teil von politischer Konfliktaustragung in der modernen Gesellschaft insgesamt darstellt.“³¹ Da dies in der modernen „Mediendemokratie“ weitgehend erfüllt scheint, kann nicht nur die politische, sondern auch die mediale Inszenierung von Koalitionskonflikte als relevantes Materialobjekt politikwissenschaftlicher Forschung betrachtet werden.

Darüber hinaus kann die Relevanz der Arbeit aus der Bedeutung abgeleitet werden, welche der Konflikt in der Koalitionspolitik aufweist. Der Konflikt ist die häufigste Ursache für das Scheitern von Koalitionen, sodass zu dessen Vermeidung, bzw. zu dessen Bearbeitung, eine Vielzahl von Koalitionsmechanismen Anwendung finden.³² Jedoch ist der öffentlich ausgetragene Konflikt ebenso ein zentrales Element des Wahlkampfes und somit ebenso für Koalitionsparteien unabdingbar. Aus dieser doppelseitigen Situation, zwischen Vermeidung und Inszenierung, resultiert die Relevanz der näheren Beschäftigung mit der Konfliktkommunikation in Koalitionen.

Die Relevanz der Forschungsarbeit kann im Weiteren durch die Forschungslücke gerechtfertigt werden, die sich durch fehlende interdisziplinäre Zugänge in der Beschäftigung mit der politischen Kommunikation beschreiben lässt. „Ein interdisziplinär orientiertes Fachgebiet >Politische Kommunikationsforschung< ist nicht einmal in Umrissen erkennbar, wengleich sowohl in der öffentlichen Debatte wie auch in der wissenschaftlichen Analyse der Medien-, Öffentlichkeits-, und Gesellschaftswandel mit seinen Folgen für die >Politische Kommunikation< in den letzten Jahren deutlich an Aufmerksamkeit gewonnen hat.“³³

²⁹ Mayring 2010, S.51

³⁰ Schicha 2007, S.78

³¹ Weßler; In: Schatz, Rössle, Nieland (Hrsg.) 2002, S.189 f.

³² vgl. Miller, Müller; In: Egle, Zolnhöfer (Hrsg.) 2010, S.160 ff.

³³ Jarren, Sarcinelli; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.13

2 Konflikte und Konfliktforschung

Wie bereits einleitend angemerkt, sowie anhand der Forschungsfrage erkennbar, ist der Konflikt der zentrale Begriff dieser Arbeit. Somit soll er auch den Ausgangspunkt der theoretischen Auseinandersetzung markieren. Mit der Begriffsarbeit gehen jedoch bereits erste Schwierigkeiten einher. Eine besteht darin, dass der Konfliktbegriff alltagssprachlich geprägt ist.³⁴ Er wird in diesem Kontext meist negativ konnotiert. Im alltagssprachlichen Verständnis tritt der Konflikt etwa in der Form des Streites in Erscheinung.³⁵ In einem solchen freut sich bekanntlich meist der Dritte, während die Konfliktparteien auf der Strecke bleiben. In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist das Urteil über die Funktionalität von Konflikten weniger deutlich. In konflikttheoretischen Traditionen sind sowohl positive, als auch negative Konfliktbeschreibungen vorzufinden.³⁶ Eine theoretische Herangehensweise an den Konfliktbegriff darf sich somit nicht von der alltagssprachlichen Verwendung beirren lassen. Eine Vorverurteilung des Konflikts ist zu vermeiden. Eine zweite Besonderheit des Konfliktbegriffs besteht darin, dass bereits eine nahezu unüberschaubare Anzahl an Versuchen unternommen wurde, Konflikte zu beschreiben. Die Vielfalt der Herangehensweisen weist darauf hin, dass Konflikte in verschiedenen Kontexten von Bedeutung sind. So ist der Konflikt nicht nur ein Grundbegriff der Politikwissenschaft,³⁷ sondern spielt auch in der Betriebswirtschaft, Psychologie, Pädagogik, aber vor allem in der Soziologie eine wichtige Rolle. Neben den disziplinären Unterschieden wird der Konfliktbegriff, ebenso innerhalb der jeweiligen Forschungstraditionen, verschieden weit gefasst. Dabei besteht einerseits die Gefahr, einen zu weiten Konfliktbegriff zu wählen und dabei zu sehr verallgemeinern zu müssen, sodass der Konfliktbegriff zu einer leeren Hülle wird. Andererseits verhindert möglicherweise ein zu enger Begriff umfassende Erkenntnisse, indem wichtige Konfliktphänomene aus der Analyse ungerechtfertigt ausgeschlossen werden.³⁸ Der Konfliktbegriff ist darüber hinaus auch einem historischen Wandel ausgesetzt. Beispielsweise beschäftigte sich die deutsche Politikwissenschaft in der Nachkriegszeit vor allem mit internationalen Konfliktursachen. Im Laufe der 80er und 90er Jahre veränderte sich jedoch das Erkenntnisinteresse hin zur Beschäftigung mit Konfliktmanagement und Konfliktlösungen.³⁹ Somit ergibt sich bei der näheren Beschäftigung mit Konflikt und Konfliktforschung ein vielfältiges Bild von Zugängen.

³⁴ vgl. Link; In: Knapp, Krell (Hrsg.) 2004, S.369

³⁵ vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.74

³⁶ vgl. Maurer, Schmid 2010, S.364 ff.

³⁷ vgl. Nußmacher 2004, S.6

³⁸ vgl. Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.120 ff.

³⁹ vgl. Pfetsch 2005, S.3

Im Weiteren soll ein Überblick über verschiedene Zugänge zum Konfliktbegriff aufgezeigt werden. Ziel ist es ein Konfliktverständnis zu erarbeiten, welches einerseits den vielfältigen Charakter von Konflikten widerspiegelt und andererseits für die Untersuchung als brauchbar erscheint. Dabei werden zwei unterschiedliche Zugänge gewählt, Konfliktphänomene zu erfassen. Der erste Versuch der Suche nach einem geeigneten Konfliktbegriff, stützt sich auf eine genaue Ausdifferenzierung von „Konflikttypen“. So soll die Breite dessen, was als Konflikt verstanden wird, anhand einer exemplarischen Differenzierung veranschaulicht werden. Der zweite Zugang zur Annäherung an einen Konfliktbegriff ist ein Überblick über die wichtigsten konflikttheoretischen Paradigmen der Begriffsgeschichte. Aus den Ansätzen, die im Anschluss beschrieben werden, soll keine Synthese erarbeitet werden, sondern zentrale Merkmale der Theorien aufgezeigt werden. So interessieren vor allem die Begriffsdimensionen, die Ursachen und die Rolle von Konflikten. Nach dem Überblick über die klassischen Konfliktbegriffe, sollen einige Ergänzungen zu modernen Konflikten zur weiteren Bearbeitung politischer und medialer Konflikte überleiten.

2.1 Systematisierung des Konfliktbegriffs

Konfliktphänomene werden nach verschiedenen Merkmalen unterschieden. Im Verlauf der konflikttheoretischen Auseinandersetzung wurden viele Kriterien entwickelt, um genauer auf einzelne Konflikttypen eingehen zu können, denn der Konfliktbegriff zeichnet sich grundsätzlich durch eine „amorphe Vieldeutigkeit“⁴⁰ aus. Hier soll dem Konfliktphänomen exemplarisch, anhand einer Differenzierung von Bonacker und Imbusch, Kontur verliehen werden. In der nachfolgenden Tabelle sind die wichtigsten Unterscheidungen zusammengefasst.⁴¹ Diese sind idealtypisch zu verstehen, was einerseits bedeutet, dass zwischen ihnen fließende Übergänge bestehen und andererseits, dass sie sich stetig verändern können.

⁴⁰ Gantzel, Kress, Rittberger; In: Gantzel u.a. (Hrsg.) 1972, S.42

⁴¹ vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.75 ff.

Differenzierungsmerkmal	mögliche Ausprägungen			
	intrapersonal	interpersonal	innergesellschaftlich	international
(1.) Ebene	intrapersonal	interpersonal	innergesellschaftlich	international
(2.) Gegenstand	knappe Güter		Normierungen	
(3.) Teilbarkeit	teilbar (Mehr-oder-Weniger)		unteilbar (Entweder-Oder)	
(4.) Gewinn/Verlust-Logik	Kooperationsspiel		Nullsummenspiel	
(5.) Ausprägung	manifest (bewusst, erlebt)		latent (unbewusst, potentiell)	
(6.) Wahrnehmung	objektiv		subjektiv	
(7.) Ergebnis	konstruktiv (funktional)		destruktiv (dysfunktional)	
(8.) Symmetrie	symmetrisch		asymmetrisch	
(9.) Antagonismus	antagonistisch		nicht antagonistisch	
(10.) Zielausrichtung	konsensual		dissensional	
(11.) Legitimität	legitim		nicht legitim	
(12.) Formalisierung	informell		institutionell	
(13.) Zweckrationalität	echt		unecht	

Tabelle 1: Differenzierung des Konfliktbegriffs (eigene Darstellung)

(1.) Konflikte können auf verschiedenen Ebenen beobachtet werden. Die analytische Unterscheidung von vier Ebenen (intrapersonale, interpersonale, innergesellschaftliche, internationale Ebene) gibt Auskunft über die Anzahl und Beschaffenheit von Akteuren und der „spezifische[n] Erscheinungs- und Austragungsform“⁴² des Konflikts. So ist von individuellen Konfliktakteuren in interpersonalen Konflikten anderes zu erwarten, als beispielsweise von Akteursgruppen in internationalen Konflikten. Die Unterscheidung zwischen Intra- und Intersystemkonflikten bezieht sich ebenso auf die Konfliktebenen, wobei hier nur grob zwischen psychischen Konflikten (Intrasystemkonflikte) und sozialen Konflikten (Intersystemkonflikte) unterschieden wird.⁴³ Intersystemkonflikte können ebenso als „kollektive Konflikte“⁴⁴ bezeichnet werden. Vor allem diese Art von Konflikten findet in dieser Arbeit Beachtung.

(2.) Konflikte können im Weiteren nach ihren Konfliktgegenständen unterschieden werden. Diese sind in der Realität sehr vielfältig, können jedoch analytisch auf zwei Typen eingeschränkt werden. Konflikte können auf Grund einer Konkurrenzsituation um knappe Güter entstehen. Diese Konfliktart schließt meist Verteilungskonflikte ein. Wie im Weiteren noch gezeigt wird, sind Konflikte um Güterverteilung einfach zu lösen. Viel schwerwiegender sind Konflikte, die auf bestimmten Wertvorstellungen beruhen, denn die Konfliktmasse ist in diesem Fall nicht aufteilbar.⁴⁵

⁴² Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.75

⁴³ vgl. Fischer, Wiswede 2002, S.623 f.

⁴⁴ Wagner 1978, S.21

⁴⁵ vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.76

(3.) Durch die Charakterisierung von Konflikten um Güter als teilbar und von Normierungskonflikten als unteilbar ist bereits ein weiteres Strukturmerkmal von Konflikten angesprochen. Hirschman unterscheidet „Mehr - oder - Weniger“ - Konflikte von „Entweder - Oder“ - Konflikten.⁴⁶ Erstere Form beschreibt teilbare Konflikte, in denen keiner der Konfliktparteien absolut verzichten muss. Im Falle der „Entweder - Oder“ - Konflikte kann sich nur einer durchsetzen, da sich die Konflikthalte (Werte, Regeln, Normen) gegenseitig ausschließen. Der unteilbare Konflikttypus verdient gerade in Anbetracht der Weltkonflikte im 20. Jahrhundert größte Aufmerksamkeit.⁴⁷

(4.) Ein ebenso bedeutendes Strukturmerkmal wird durch den Begriff des Nullsummenspiels beschrieben. In diesem ist der Gewinn des einen, vom Verlust des anderen abhängig und umgekehrt. Konflikte können jedoch auch auf einem Kooperationsspiel beruhen, in dem beide Konfliktpartner gewinnen. Ebenso möglich sind Konfliktformen, die auf einem beidseitigen Verlust beruhen. (vgl. vor allem destruktive Konflikte)

(5.) Anhand der Konfliktausprägung können grob manifeste von latenten Konflikten unterschieden werden. Diese werden auch als „bewusste“ und „unbewusste“ Konflikte, bzw. als „erlebte“ und „potentielle“⁴⁸ Konflikte bezeichnet. Der manifeste Konflikt ist die sichtbar ausgetragene Form. Ein latenter Konflikt ist schon viel schwieriger zu fassen. Deutsch beschreibt letzteren auf drei verschiedene Arten. Erstens ist der latente Konflikt ein Zustand mit hoher Konfliktwahrscheinlichkeit. Zweitens kann er als Zustand, in dem der Konflikt objektiv bereits besteht, nur subjektiv (noch) nicht erfasst wurde, beurteilt werden. Drittens wird er beschrieben als Zustand, in dem der Konflikt bereits subjektiv erkannt wurde, jedoch nicht danach gehandelt wird.⁴⁹ Somit ist die Beschaffenheit von latenten Konflikten nicht eindeutig.

(6.) Die Erscheinungsform eines Konflikts wird darüber hinaus, aus einer subjektivistischen Perspektive betrachtet, durch die Differenzierung von objektiven und subjektiven Konflikten beschrieben. Diese Unterscheidung ist bereits bei der Beschreibung von latenten Konflikten angeschnitten worden. Sie beruht auf der Annahme, dass Konflikte (aufgrund von Konkurrenz um Normierung, oder knappe Güter) objektiv existieren können, obwohl sie subjektiv nicht wahrgenommen werden. Andererseits können Konflikte, obwohl objektiv kein Konflikt vorliegt, allein dadurch auftreten, dass sie subjektiv empfunden werden.⁵⁰

⁴⁶ vgl. Hirschman 1994, S.302

⁴⁷ vgl. Dubiel; In: Friedrichs, Jagodzinski (Hrsg.) 1999, S.140

⁴⁸ alle Wagner 1978, S.179

⁴⁹ vgl. Deutsch 1976, S.21

⁵⁰ vgl. Fischer, Wiswede 2002, S.662

(7.) Definiert man Konflikte nach ihrem Ausgang, so können grob konstruktive und destruktive Konflikte differenziert werden. Letztere bergen häufig die Gefahr der Eskalation.⁵¹ Fischer und Wiswede belegen selbige Differenzierung mit den Begriffen der „Funktionalität“ und „Dysfunktionalität“⁵². Damit wird ebenso die Differenzierung von förderlichen und hinderlichen Konflikte beschrieben.

(8.) Vor allem in den internationalen Beziehungen spielen zwei Kriterien eine wesentliche Rolle. Eines wird durch das Merkmal der Symmetrie bestimmt. Diese besteht, wenn die „Voraussetzungen, Mittel und Kontexte der Konfliktparteien“⁵³ übereinstimmen. Diese Form tritt eher selten auf, viel häufiger hingegen sind asymmetrische Konflikte. Pelinka gibt als Beispiele für asymmetrische Verhältnisse den Konflikt zwischen einer Großmacht und einem Kleinstaat, oder zwischen einem Staat und einem Individuum an.⁵⁴

(9.) Das zweite Unterscheidungskriterium von Konflikten, welches im Kontext internationaler Beziehungen von Bedeutung ist, hängt mit dem Begriff des Antagonismus zusammen. In antagonistischen Konflikten kann keine Kompromisslösung gefunden werden. Sie beruhen auf einem „unversöhnlichen und unvereinbaren Gegensatz zwischen den Interessen und Bedürfnissen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Klassen) und Kräfte“.⁵⁵ Antagonistische Konflikte sind meist Wert- bzw. Normierungskonflikte, die beispielsweise auf Weltanschauungen beruhen. Nicht-antagonistische Konflikte hingegen können zwar ebenso schwierig zu lösen sein, jedoch erlauben sie grundsätzlich eine Kompromissfindung.

(10.) In abgeschwächter Form trifft diese Erklärung auch auf die Differenzierung zwischen konsensual orientierten und dissensualen Konflikten zu. In Konflikten, die an einen Konsens orientiert sind, stimmt die grundsätzliche Zielausrichtung beider Konfliktparteien überein. Dies trifft in dissensualen Konflikten insofern nicht zu, als beispielsweise unterschiedliche Werteüberzeugungen die Positionen trennen.⁵⁶

(11.) Ein ganz anderes Kriterium handelt von der Legitimität eines Konflikts. Konflikte werden als legitim angesehen, wenn sie durch die „rechtlichen, humanitären und universellen Normen eines einschließenden Sozialsystem erlaubt, ermöglicht, oder erwünscht sind.“⁵⁷ Die Frage nach der Legitimität eines Konfliktes kann jedoch selbst zum Konfliktgegenstand werden.⁵⁸

⁵¹ vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.79

⁵² bds. Fischer, Wiswede 2002, S.624

⁵³ Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.77

⁵⁴ vgl. Pelinka 2004, S.145

⁵⁵ Wagner 1978, S.232

⁵⁶ vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.79

⁵⁷ ebenda, S.78

⁵⁸ vgl. Himes 1980, S.18 f.

(12.) Die Legitimität kann auch formalisiert werden. Institutionalisierte Konflikte zeichnen sich sowohl durch eine soziale Akzeptanz (Legitimität), als auch durch eine Beschränkung ihrer Mittel aus. Informellen Konflikten steht die Mittelwahl für ihre Austragung in der Regel frei.⁵⁹

(13.) Letztlich unterscheidet Coser zwischen echten und unechten Konflikten. Echte Konflikte sind solche, „die sich aus den Frustrationen bestimmter Forderungen innerhalb einer sozialen Beziehung und aus Gewinnerwartung der Teilnehmer ergeben“.⁶⁰ Das entscheidende Moment echter Konflikte ist hierbei die Zielgerichtetheit. Diese existiert bei unechten Konflikten nicht. Hier ist es die „Notwendigkeit der Spannungserleichterung“,⁶¹ die zum Konflikt führt. Somit hält Coser zweckrationale Konflikte für „die echten“ Konflikte, während solche, die nur um ihrer selbst willen existieren, unecht sind.⁶²

In der weiteren Auseinandersetzung werden einige Konflikttypen eine größere Rolle spielen als andere. Intrapersonelle Konflikte werden gar ausgeklammert, da sie für die Untersuchung nicht von Relevanz sind. Im Verlauf der Begriffsgeschichte wird noch deutlich gemacht, welche Konflikttypen welche Rolle übernehmen, welche Konflikte ausgeklammert werden und welche Konflikte gar als konstitutive Elemente der Gesellschaft angesehen werden können.

⁵⁹ vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.78

⁶⁰ Coser 1965, S.185

⁶¹ ebenda, S.185

⁶² vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.77

2.2 Zentrale Beiträge zu Konflikttheorien

Eine weitere Annäherung an das Phänomen des Konflikts kann auf die zentralen Beiträge der Konfliktforschung verweisen, denn der Konflikt - unter verschiedenen Oberbegriffen, wie Kampf, Krieg, Antagonismus, etc. - war stets ein zentraler Begriff der Wissenschaft.⁶³ Trotz vieler konzeptioneller Versuche, kann jedoch noch bei weitem nicht von einem einheitlichen Konfliktbegriff, geschweige denn von einer einheitlichen Konflikttheorie die Rede sein.⁶⁴ Um sich einen Überblick über die theoretischen Zugänge bilden zu können, bietet es sich an, sogenannte „Klassiker der Moderne“ auf ihren Konfliktbegriff zu untersuchen. Ziel dieser Annäherung ist es, eine gewisse Orientierung in der „verwirrende[n] Vielfalt von Konfliktbegriffen und -verständnissen“⁶⁵ zu schaffen. Es soll somit keine Synthese gebildet, sondern bloß die zentralen Konfliktperspektiven herausgearbeitet werden.

Da der Konflikt in dieser Arbeit nur in einem gewissen Kontext interessiert, bildet die Grundlage der theoretischen Auseinandersetzung eine Auswahl an relevanten Ansätzen. Grundsätzlich lässt sich die Bearbeitung des Konfliktbegriffs, bis in die Antike - zu Heraklit und Aristoteles - zurückverfolgen.⁶⁶ Im Weiteren sollen jedoch nur kurze Ausschnitte aus der Begriffsgeschichte präsentiert werden. Die Auswahl der Ansätze folgt dabei drei wesentlichen Kriterien. Ein Kriterium der Auswahl ist es, dass der Konflikt als zentraler „sozialer Tatbestand, bei dem mindestens zwei Parteien (Einzelpersonen, Gruppen, Staaten) beteiligt sind“,⁶⁷ betrachtet wird. Damit ist einerseits gemeint, dass der theoretische Beitrag den Konfliktbegriff grundsätzlich bearbeitet und ihn andererseits im sozialen Kontext versteht. Intrapersonelle Konflikte interessieren beispielsweise nicht. Ein zweites Kriterium für die Aufnahme in die Begriffsgeschichte ist die Bedeutung für den Theoriediskurs. So können die ausgewählten Standpunkte als Paradigmen der wissenschaftlichen Bearbeitung des Konfliktbegriffs verstanden werden. Obwohl neben den ausgewählten Theoretikern, eine Vielzahl konkurrierender Ansätze besteht, soll sich die begriffliche Annäherung nur an den „wichtigsten Köpfen“ der konflikttheoretischen Auseinandersetzung orientieren. Als drittes Kriterium gilt die Relevanz für die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Konfliktbegriff. Somit werden nur solche Ansätze ausgewählt, die für eine weitere Bearbeitung eines Konfliktbegriffs von Bedeutung sind. Ansätze, die Konflikte beispielsweise im Kontext der Unternehmensführung behandeln, werden ausgeklammert.

Daraus ergibt sich die Auswahl von sechs Ansätzen, die verschiedene Kontinuitäten und Brüche aufweisen. Grob können drei Argumentationslinien unterschieden werden: Die erste beschreibt den Konflikt als vorstaatliche Erscheinungsform, die unausweichlich auf jeden

⁶³ vgl. Wagner 1978, S.15

⁶⁴ vgl. Bonacker; In: Kneer, Schroer (Hrsg.) 2009, S.180

⁶⁵ Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.73

⁶⁶ vgl. Wagner 1978, S.15

⁶⁷ Wasmuht 1992, S.5

schädlich einwirkt (Hobbes). Eine zweite unterstreicht die Dynamik gesellschaftlicher Verhältnisse, die mit der Austragung von Konflikten einhergeht (Marx, Weber). Eine dritte funktionalistische Perspektive erkennt die Potentiale von Konflikten, die durch deren Bewältigung entstehen können (Simmel, Parsons, Dahrendorf).⁶⁸ Es ist nicht zufällig, dass diese Dreiteilung des Grundverständnisses auch einer Chronologie folgt, da soziologisches Wissen stets an Entstehungsbedingungen gebunden ist.⁶⁹ Dies soll auch in der Auseinandersetzung beachtet werden. In der folgenden Begriffsgeschichte werden einerseits die drei Perspektiven noch verdeutlicht und andererseits Überschneidungen sichtbar gemacht. Es soll noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Entwicklung von Konflikttheorien, hier weder vollständig, noch detailliert ausgeführt werden kann. Die folgenden Ansätze sollen vielmehr wesentliche Auszüge aus der nicht linearen und kontroversen Begriffsgeschichte des Konflikts widerspiegeln.

2.2.1 Klassiker der Konflikttheorie

Wie bereits erwähnt, kann der Beginn der Beschäftigung mit Konflikten bereits in der Antike nachgewiesen werden. Im Weiteren interessiert jedoch - aufgrund der leitenden Fragestellungen - vor allem nur politikwissenschaftlich relevante Ansätze, in denen ein Zusammenhang von Konflikt und moderner Staatlichkeit hergestellt wird. Somit setzt diese Begriffsgeschichte erst bei Thomas Hobbes, als ersten Konflikttheoretiker an.

Der Konflikt bei Hobbes

Thomas Hobbes kann als Begründer moderner Staatstheorie betrachtet werden.⁷⁰ Seine Überlegungen über die Entstehung und Erhaltung sozialer Ordnung (des Staates) sind der Ursprung einer Tradition der „kontraktualistischen Konfliktregelung“⁷¹, die vor allem von Locke und Rousseau fortgeführt wurden. So wird bei Hobbes erstmals der Zusammenhang von Konflikt und „moderner Staatlichkeit“⁷² eingehend beschrieben. Überdies schreibt Collins über Hobbes und Voltaire, sie seien „important figures in the conflict tradition, not so much because of the actual content of their doctrines about conflict, but because they established a tradition of naturalistic social realism within the emerging ideal of science.“⁷³ Obwohl Collins hier die wissenschaftliche Arbeitsweise hervorhebt, werden bei Hobbes ebenso inhaltlich wichtige Merkmale erstmals beschrieben. Neben dem Konflikt steht bei Hobbes auch dessen Beendigung - welche nicht (hinc!) durch Kooperation zustande kommt - im

⁶⁸ vgl. Maurer, Schmid 2010, S.364 f.

⁶⁹ vgl. Mikl-Horke 2001, S.1

⁷⁰ vgl. Benz 2001, S.2

⁷¹ Noetzel; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.42

⁷² Schölderle 2002, S.24 ff.

⁷³ Collins 1974, S.155

Mittelpunkt.⁷⁴ Der Dualismus von Naturzustand und sozialer Ordnung (als Zustand des Konflikts und der Beilegung) bildet einen analytischen Rahmen, der für die weitere gesellschaftstheoretische Auseinandersetzung zentral ist.⁷⁵ Der negativ geprägte Konfliktbegriff ist nach Hobbes die treibende Kraft für die Errichtung einer sozialen Ordnung. Dies trifft jedoch nur in dem Maße zu, als dass der Konflikt einen Handlungsbedarf (eine Gefahr) darstellt.⁷⁶ Der Konfliktbegriff bei Hobbes, der vielfach mit Gefahr, Gewalt und Unsicherheit verknüpft ist, muss im historischen Kontext verstanden werden. Hobbes' Leviathan entstand in einer Zeit kriegerischer Umwälzungen. Der englische Bürgerkrieg, der 30 jährige Krieg, sowie das Zusammenbrechen des feudalen Ständestaats prägten im besonderen Maße Hobbes' Werke.⁷⁷ So reflektiert der ständige Kampf im Naturzustand in Hobbes' Leviathan eben diese politischen Umstände, woraus ein besonders gewaltsamer Konfliktbegriff resultiert. Dieser spielt eine zentrale Rolle in Hobbes' Gesellschaftskonzeption. Hobbes' Theorie birgt ein ambitioniertes Ziel. Schmitt fasst das Vorhaben Hobbes' in nur wenigen Worten zusammen: „Ausgangspunkt der Staatskonzeption des Hobbes ist die Angst des Naturzustandes, Ziel und Endpunkt die Sicherheit des zivilen, staatlichen Zustandes“.⁷⁸ Hobbes beschäftigt sich dabei vor allem mit den Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen, die sich im - vorgesellschaftlichen - Naturzustand in der Form des Krieges äußern.⁷⁹ Diese individualistische Betrachtung, in der jeder selbst zum Ordnungsstifter wird, reflektiert - wie bereits angerissen - die Religionskriege des 17. Jahrhunderts, welche vor allem durch die Abnahme traditioneller Bindungen gezeichnet sind.⁸⁰ Der historische Kontext ist ebenso eine Erklärungsmöglichkeit für die „pessimistische Anthropologie“⁸¹ bei Hobbes. Jedoch darf dieses negative Menschenbild - und der darauf aufbauende Konfliktbegriff - nicht als, über die physische Anlage des Menschen hergeleitetes Prinzip, verstanden werden.⁸² Vielmehr liegt der Ursprung des Konflikts in der Gleichheit der Chancen der Menschen. Der Konflikt ist somit die logische Konsequenz der Konkurrenz um begrenzte Güter. Überdies können ebenso Misstrauen und Ruhmsucht Konfliktursache sein.⁸³ Somit liegt der gewaltvolle Naturzustand, nicht in der Natur des Menschen begründet, sondern in dessen Soziabilität.⁸⁴ Denn das Individuum agiert nach seinem jeweiligen rationalen Eigeninteresse (dem Bedürfnis der Selbsterhaltung)⁸⁵ und nicht bloß aufgrund seiner Natur. Der Konflikt, in der Ausprägung des Krieges (manifest) und in der Ausprägung der Konkurrenz (latent) ist

⁷⁴ vgl. Kersting 2008, S.14

⁷⁵ vgl. Giesen; In: Endruweit (Hrsg.) 1993, S.88

⁷⁶ vgl. Noetzel; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.41

⁷⁷ vgl. Schölderle 2002, S.31 ff.

⁷⁸ Schmitt 2003, S.47

⁷⁹ vgl. Imbusch 1999, S.130

⁸⁰ vgl. Noetzel; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.34

⁸¹ Schölderle 2002, S.3

⁸² vgl. Noetzel; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.34

⁸³ vgl. Hobbes 1966, S.94 f.

⁸⁴ vgl. Noetzel; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.35

⁸⁵ vgl. Chwaszcza 2008, S.79

somit das zentrale Element der Schreckensvision des Naturzustandes.⁸⁶ Daraus ergibt sich weiter, dass der Konflikt bei Hobbes nur in einer stark negativ geprägten Form existiert, auch wenn er normativ hergeleitet ist (Gleichheit). „Hobbes` Ziel ist gerade die Überwindung aller zentrifugalen Machtinteressen“.⁸⁷ Der Konflikt soll dem vertraglich gesicherten Zustand weichen, der im weitesten Sinne als Staat- bzw. als Gesellschaftsordnung verstanden werden kann. (Der Begriff der Gesellschaft und des Staates werden bei Hobbes noch größtenteils synonym verwendet.)⁸⁸ Die Legitimation einer solchen Ordnung, die durch den Leviathan hergestellt wird, ist durch die Furcht der Individuen vor dem ständig drohenden Naturzustand gegeben. Diese Unsicherheit bewirkt schließlich, dass sich der Mensch den Regeln des Souveräns unterwirft.⁸⁹

Der Konfliktbegriff bei Hobbes umschließt bereits mehrere Konfliktdimensionen. So werden nicht nur offen ausgetragene Konflikte (als Krieg), sondern ebenso latente Konflikte (als Konkurrenz) angelegt. Hobbes konzentriert sich vor allem auf zweckrationale Verteilungskonflikte um knappe Güter („Reichtum“, „Ehre“, „Befehlsgewalt“ und „Macht“),⁹⁰ die sich aus widerstrebenden Interessen ergeben. Antagonistische Weltanschauungskonflikte spielen dabei noch keine Rolle. Bei Hobbes ist der Konfliktbegriff noch stark pathologisch geprägt.

Der Konflikt bei Marx

Eine weitere umfassende Theoretisierung erfährt der Konflikt bei Karl Marx. Hier tritt der Konflikt in der Gestalt des Klassenkampfes bis hin zur Revolution auf, neben ihm bestehende Konflikte interessieren Marx nicht.⁹¹ Der Konflikt wird somit - in Form des Klassenkampfes - zum zentralen Gegenstand der Gesellschaftstheorie des 19. und 20. Jahrhunderts. Marx erkennt „Widersprüche und Konflikte als Motor des sozialen Wandels“, die als „notwendig für die Entwicklung einer >guten<, gerechten Gesellschaft“⁹² gelten. Der entscheidende historische Hintergrund der Theorieentwicklung bei Marx bildet die im 19. Jahrhundert in Deutschland einsetzende industrielle Revolution. Die Folgen dieser Entwicklungen wirkten sich ökonomisch, sozial und politisch auf die Gesellschaftsstruktur der damaligen Zeit aus.⁹³ So ist die Diagnose des Klassenkampfes, ein Versuch, gesellschaftlichen Wandel zu erfassen.

⁸⁶ vgl. Nida-Rümelin 2008, S.91 ff.

⁸⁷ Schölderle 2002, S.29

⁸⁸ vgl. Noetzel; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.37

⁸⁹ vgl. Llanque 2008, S.211 ff.

⁹⁰ Hobbes 1966, S.81

⁹¹ vgl. Demirović; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.47

⁹² bds. Pohl-Patalong 2003, S.39

⁹³ vgl. Mikl-Horke 2001, S.99 ff.

Zuallererst ist der Konflikt bei Marx der „Ausdruck antagonistischer Interessen“.⁹⁴ Allerdings entstehen bei Marx aus den individuellen zuwiderlaufenden Interessen (Hobbes) und durch deren Überlagerung, Klasseninteressen. Und der „Krieg aller gegen alle“⁹⁵ wird zum Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Der Klassenkampf ist jedoch, im Gegensatz zu Hobbes' Kampf, ein gesellschaftliches Produkt, denn „[d]ie Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“⁹⁶ Der Kampf bei Hobbes entsteht hingegen aus dem Naturzustand und verschwindet bei der Herausbildung der Gesellschaft. Bei Marx scheint Gegenteiliges der Fall zu sein. „Konflikte treten [bei Marx] demnach nicht im >Naturzustand< oder im vorgesellschaftlichen Bereich zutage, sondern sind eingelagerter und unabwendbarer Bestandteil bestehender gesellschaftlicher (Produktions-) Verhältnisse“.⁹⁷ Ebenso unterscheidet sich die Grundlage des Kampfes, die bei Hobbes in der Gleichheit liegt und bei Marx auf die Ungleichheit verweist. Diese kurze Gegenüberstellung soll die grundsätzliche Veränderung des Konfliktverständnisses aufzeigen. Denn nicht nur die gesellschaftliche Bedingtheit des Konflikts, sondern auch eine gewisse produktive Eigenschaft von Konflikten geht mit Marx' Entwurf einher. So wäre die beherrschte Klasse ohne Konflikt wehrlos und die Gesellschaft würde gar stagnieren. Dennoch ist das Ziel eines jeden Klassenkampfes, dessen Überwindung, um eine klassenlose Gesellschaft zu bilden.⁹⁸ Dieser konfliktlose harmonische Zustand stellt somit die Idealvorstellung der Gesellschaft bei Marx dar.

Der Konfliktbegriff bei Marx umfasst mehrere Dimensionen. Der Kampf geht erstens auf ökonomische Ursachen zurück. Der Klassenkampf, als Konflikt um Ressourcenverteilung, stellt die einfachste Variante dar. Der Konfliktgegenstand teilbarer Güter scheint geringe Sprengkraft aufzuweisen. Eine zweite Dimension besteht im politischen Kampf, da mit ungleicher Verteilung auch ungleiche Machtverhältnisse einhergehen. Dieser kann jedoch nicht nur ausschließlich als Wertekonflikt geführt werden, denn die „Auseinandersetzung über Werte [wäre nach Marx] nur kulturelle Maskerade“ der „materiellen und institutionellen Widersprüche“.⁹⁹ Demnach resultiert aus der politischen Dimension eine dritte, für den Klassenkonflikt und Marx' Folgerungen entscheidende Dimension, nämlich die des hegemonialen Kampfes um die herrschende Ideologie.¹⁰⁰ Die beiden letzten Konfliktdimensionen, die Normierungskonflikte darstellen, aber vor allem die letzte, als antagonistische Konfliktdimension, verunmöglicht jegliche konsensuale Ausrichtung. Somit erkennt Marx richtig, dass der einzige Weg der Überwindung der von ihm beschriebenen

⁹⁴ Imbusch 1999, S.131

⁹⁵ Hobbes 1966, S.115

⁹⁶ Marx, Engels 1848, S.462

⁹⁷ vgl. Collins 1985; zit.n. Maurer, Schmid 2010, S.364

⁹⁸ vgl. Marx 1847, S.182

⁹⁹ bds. Esser 1999, S.581

¹⁰⁰ vgl. Imbusch 1999, S.131

gesellschaftlichen Konflikte, eine Revolution sein kann. Der Konflikt bei Marx kann auf mehrfache Weise ausgelegt werden. Die Interpretationen reichen von einer Art der Klassenvergesellschaftung, über den Konflikt als Bedingung für gesellschaftlichen Wandel, bis hin zum Konflikt als überwindbare Störung einer möglichen harmonischen Gesellschaft. Eine Eigenschaft des Konfliktbegriffs bei Marx verkörpert seine Schwäche und gleichermaßen seine Stärke, dass er nämlich stark an soziale und ökonomische Strukturen gebunden ist. Der Nachteil liegt darin, dass die Konfliktperspektive dadurch verengt wird. Marx' große Leistung für die Konflikttheorie besteht hingegen gerade darin, den Konflikt aus dem vorgesellschaftlichen Kontext in eine Gesellschaftstheorie integriert zu haben.

Der Konflikt bei Weber

Max Webers Beitrag zur Konflikttheorie kann in verschiedenen Brüchen erkannt werden. So betrachtet er erstens Konflikte nicht mehr ausschließlich als sozialstrukturell verursacht, sondern erkennt ebenso Machtverhältnisse abseits dieser an.¹⁰¹ Im Zentrum der konflikttheoretischen Beschäftigung Max Webers steht somit der Kampf um Macht.¹⁰² Jedoch ist Webers zugeschriebene Relevanz von Machtverhältnissen nicht die einzige Besonderheit, die seine Konflikttheorie von der anderer unterscheidet. So setzt Max Weber zweitens seinen Konfliktbegriff im Gegensatz zu anderen Theoretikern weder bei sozialen Gruppen bzw. Klassen (vgl. dazu Marx in diesem Kapitel), noch beim Individuum (vgl. dazu Hobbes und Simmel in diesem Kapitel) an, sondern erkennt das soziale Handeln als konstitutives Element der Vergesellschaftung.¹⁰³ Das bedeutet, dass Webers konflikttheoretische Aussagen stets auf soziale Handlungen rückführbar sind. Eine dritte Besonderheit liegt in der positiven Beurteilung von Konflikten, die er vor allem mit Simmel teilt. Diese ist einerseits durch die Funktion von Konflikten als „Triebfeder menschlichen Handelns“, aber vor allem auch „als Quelle sozialen Wandels“¹⁰⁴ zu erklären. Der Wandel wird jedoch durch die Bedingung der Anerkennung von Regeln, wie sie durch die Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung entstehen, beschränkt.¹⁰⁵ Dieser Einschränkung von Konflikten, die nun nicht mehr einen totalitären (Klassenkampf-) Charakter aufweisen, kann durch historische Veränderungen erklärt werden. Die Folgen der Industrialisierung spielten auch in Webers Schaffensperiode noch eine, wenn auch nicht mehr die gleiche, Rolle. Verändert hatte sich jedoch die Rolle des Staates. Weber lebte nun „nicht mehr in einem zersplitterten Deutschland, sondern in einem jungen und ambitionierten Nationalstaat“¹⁰⁶ Nicht die Weltrevolution, bzw. die

¹⁰¹ vgl. Bonacker; In: Kneer, Schroer 2009, S.291 f.

¹⁰² vgl. Bonacker, Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.134

¹⁰³ vgl. Ernst; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.67

¹⁰⁴ bds. Bayer, Mordt 2008, S.83

¹⁰⁵ vgl. Ernst; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.78

¹⁰⁶ Mikl-Horke 2001, S.119

internationale Solidarität, sondern nationale Konflikte prägen den Konfliktbegriff Webers. Die Austragung von Konflikten formiert sich nun nicht mehr unabhängig von staatlichen Institutionen.

Will man Webers Konflikttheorie näher betrachten, so muss man die Elemente berücksichtigen auf denen sie fußt. Das Bedeutendste dieser Elemente ist, wie bereits angemerkt, das „soziale Handeln“. Nach Weber ist soziales Handeln (subjektiv) sinngelitetes Verhalten, welches auf das Verhalten anderer bezogen ist.¹⁰⁷ Es bildet den Grundbaustein Webers Theorie. Wechselseitiges soziales Handeln bringt soziale Beziehungen hervor, welche die Basis für gesellschaftliche Ordnung sind.¹⁰⁸ Die Grundkategorie sozialen Handelns und im Weiteren die der sozialen Beziehung ist durch vier Handlungsmotivationen geprägt, die Weber idealtypisch beschreibt. Soziales Handeln ist „zweckrational“, „wertrational“, „affektuell“ und „traditional“¹⁰⁹ bestimmbar. Hierbei ist zu beachten, dass diese Handlungsorientierungen eine rein analytische Trennung beschreiben. Sowohl die Mischung der Motivlagen, als auch die Existenz anderer Motivationen ist nicht nur denkbar, sondern auch wahrscheinlich.¹¹⁰ Weber unterscheidet verschiedene Arten von sozialen Beziehungen. Als höchste soziale Beziehungen können die der „Vergesellschaftung“ und der „Vergemeinschaftung“ angesehen werden. Weber definiert erstere als eine gemeinsame soziale Beziehung, die an einem zweckrationalen und wertrationalen Interessensausgleich orientiert ist. Die „Vergemeinschaftung“ wird durch soziale Beziehungen gebildet, welche sich durch ein traditional, oder affektuell geprägtes Zusammengehörigkeitsgefühl auszeichnen.¹¹¹ Jedoch ist es eine ganz andere, basalere soziale Beziehung, die Weber zu einem bedeutenden Theoretiker der Konfliktforschung macht, nämlich der Kampf. Denn nicht die integrative Macht der Vergesellschaftung, sondern die Dynamik des Kampfes kann als zentrale Thematik seiner Analyse bewertet werden. Der Kampf wird von Weber als soziales Handeln entworfen, welches sich an der „Absicht der Durchsetzung des eigenen Willens gegen Widerstand des oder der Partner orientiert“.¹¹² Die Konkurrenz, als friedlich (ohne physische Gewalt) ausgetragener Kampf, wird als „formal friedliche Bewerbung um eigene Verfügungsgewalt über Chancen [...], die auch andere begehren“¹¹³ definiert. Beide Konfliktformen basieren auf der Existenz einer Vielzahl „heteronomer, widerstreitender Werte, die immer wieder unsere Stellungnahme herausfordern“¹¹⁴ Im Weiteren ist die Grundlage eines jeden Kampfes der Willen zur Macht.

¹⁰⁷ vgl. Weber 1980, S.1

¹⁰⁸ vgl. ebenda, S.13

¹⁰⁹ alle ebenda, S.12

¹¹⁰ vgl. Bayer, Mordt 2008, S.87 f.

¹¹¹ vgl. Weber 1980, S.21 f.

¹¹² ebenda, S.20

¹¹³ ebenda, S.20

¹¹⁴ Bayer, Mordt 2008, S.83

Dieser ist - aufgrund der Definition von Macht als „Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“¹¹⁵ - von sozialen Verhältnissen abhängig.¹¹⁶ Diese Verhältnisse werden auch in Webers bekannter Dreiteilung der Machtkämpfe sichtbar. Er unterscheidet den Bereich der Klassen, der Stände und der Parteien. Der Kampf um ökonomische Macht - „als Dynamik marktvermittelter Klasseninteressen“¹¹⁷ - folgt größtenteils den Regeln des Wirtschaftssystems, solange diese nicht selbst zum Konfliktgegenstand werden. Der Kampf um Ehre und das Bedürfnis der Abgrenzung bilden hingegen im Bereich der Stände die soziale Ordnung.¹¹⁸ Der Konflikt der Parteien ist einer, der sich um politische Machtanteile, oder um die Verteilung von Macht dreht.¹¹⁹ Der Begriff der politischen Partei ist dabei recht weit gefasst. Im modernen Staat bilden vor allem die „Patronage-Partei“, die „ständische bzw. Klassen-Partei“ und die „Weltanschauungs-Partei“¹²⁰ die zentralen Formen. Diese betrachtet Weber kritisch, indem er den Antrieb der Parteienvertreter im eigenen „Interesse an Macht, Amtsstellung und Versorgung“¹²¹ entdeckt. Der Wählerwille wird nur berücksichtigt, wenn es für die Wiederwahl unentbehrlich ist. Die Entwicklung von Konflikten ist bei Weber nicht klar herauszulesen. Einerseits wird der Konflikt als unausweichliches Element sozialer Beziehungen beschrieben, andererseits ist er stark an äußerliche Einflüsse gebunden. So hat beispielsweise die Herausbildung des modernen Staates eine zweideutige Auswirkung auf Konflikte. Einerseits ermöglichte sie, durch die Durchsetzung staatlicher Monopolisierung von Gewalt, dass Konflikte weitestgehend friedlich ausgetragen werden können,¹²² andererseits befürchtet Weber, dass Konflikte, durch deren rationalisierte Regulierung unterdrückt werden.¹²³

Der Konflikt bei Weber ist zuallererst eine Antwort auf den vorherrschenden Wertepluralismus. Damit eine Werteordnung entstehen, bzw. sich verändern kann, benötigt es Macht. In diesem Kontext ist auch nachvollziehbar, dass Webers Konfliktbegriff in besonderem Maße ein Machtkonflikt ist. Machtkonflikte drehen sich um „Positionen bzw. Ämter, die mit Entscheidungsautorität verbunden sind“¹²⁴. Nach dieser Definition könnten Machtkonflikte durchwegs als Konflikte um teilbare Güter konsensual ausgetragen werden. Konflikte äußern sich bei Weber in roher Form des Kampfes, oder als friedliche Konkurrenz. In beiden Fällen bewirkt der Konflikt gesellschaftlichen Wandel. Im Gegensatz zum

¹¹⁵ Weber 1980, S.28

¹¹⁶ vgl. Ernst; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.70

¹¹⁷ ebenda, S.72

¹¹⁸ vgl. ebenda, S.71 ff.

¹¹⁹ vgl. Weber 1980, S.822

¹²⁰ alle ebenda, S.167

¹²¹ ebenda, S.168

¹²² vgl. Ernst; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.74

¹²³ vgl. ebenda, S.77

¹²⁴ Bonacker; In: Kneer, Schroer (Hrsg.) 2009, S.184

Marx'schen Konflikt wendet Weber einen breiteren Konfliktbegriff an, indem er ökonomische Konflikte um die Dimensionen der Status- und Machtkonflikte erweitert. Die Wirkung von Konflikten wird jedoch ähnlich als Motor für gesellschaftlichen Wandel gesehen, wobei das Ziel bei Weber nicht in der konfliktlosen Gesellschaft besteht.

Der Konflikt bei Simmel

Georg Simmel nimmt eine veränderte Perspektive in der Theoretisierung von Konflikten ein. Diese besteht darin, dass er sich ausschließlich mit der Form des Konflikts (bei ihm als „Kampf“) beschäftigt. Konflikthalte interessieren dabei nicht.¹²⁵ So wird Simmel unterstellt, er unterscheidet sich vor allem von Marx und Weber durch seinen, an der Form orientierten Zugang, indem er versucht durch die „Distanz des Beobachters und in objektiv-wissenschaftlicher Absicht die allgemeinen Merkmale soziale Beziehungen und Prozesse zu beschreiben“.¹²⁶ Darüber hinaus nimmt Simmel insofern eine veränderte Perspektive ein, dass er die Wechselwirkung von Beziehungen als Basisphänomen der menschlichen Vergesellschaftung betrachtet. Diese ist sowohl für die Bildung des Individuums, als auch für die Entstehung der Gesellschaft verantwortlich. Simmels Interpretation des Konflikts als „eine der lebhaftesten Wechselwirkungen“¹²⁷ hat weitreichende Folgen für die Konflikttheorie. Gleiches gilt auch für die, aus ihrer Form abgeleitete positive Bewertung von Konflikten. Diese teilt er zwar mit anderen Theoretikern (vgl. dazu Weber in diesem Kapitel), jedoch überragt in seinem Ansatz die konstitutive Wirkung für Individuen und Gesellschaft alle anderen Merkmale von Konflikten.¹²⁸

Simmel geht in seinem konflikttheoretischen Ansatz von Individualisierungstendenzen aus. Diese sind, wie bei Marx gezeigt wurde, durch die Industrialisierung beeinflusst und, wie bei Weber angemerkt wurde, durch den Nationalstaat begrenzt. Der Ausgangspunkt bei Simmel ist somit eben auch eine Antwort auf historische Gegebenheiten. Der Kontext der Individualisierung rückt nun Differentes ins Zentrum Simmels Interesses. Differentes wird in der Wechselwirkung zwar in Beziehung gesetzt, verschwindet jedoch nicht.¹²⁹ Ganz im Gegenteil, die Form der Gesellschaft baut bei Simmel auf dem Verhältnis von Differentem auf. Dieses kommt in dualistischen Verhältnissen von „Harmonie und Disharmonie, Assoziation und Konkurrenz, Gunst und Mißgunst“¹³⁰ gut zum Ausdruck. Dabei ist zu beachten, dass scheinbar Störendes, wie Disharmonien und Konkurrenz durchaus positive Wirkungen erzeugen können. Der Konflikt kann nun als eine Form der Wechselwirkung - die

¹²⁵ vgl. Stark; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.83 f.

¹²⁶ Giesen; In: Endruweit (Hrsg.) 1993, S.90

¹²⁷ Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.284

¹²⁸ vgl. Dubiel; In: Friedrichs, Jagodzinski (Hrsg.) 1999, S.132

¹²⁹ vgl. Simmel 1890; zit.n. Junge 2009, S.15 ff.

¹³⁰ Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.286

auf der Differenz der Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beruht - erfasst werden.¹³¹ Und wenn Konflikt eine Wechselwirkung ist und Wechselwirkungen die Basis der Vergesellschaftung sind, lässt sich der Konflikt selbst als Vergesellschaftungsform interpretieren.¹³² Diese Stellung, die dem Konflikt eingeräumt wird, führt zur Interpretation Simmels als „der erste originäre Konflikttheoretiker“¹³³.

Die Stärke des Konfliktbegriffs bei Simmel liegt in der ambivalenten Betrachtung. So sind nicht alle Konfliktformen (in gleichem Maße) förderlich. Ausgenommen sind beispielsweise Konflikte die auf die Vernichtung des Gegners ausgerichtet sind, oder gar nur der eigenen Kampfeslust dienen.¹³⁴ Konflikte können bei Simmel neben der funktionellen Zuschreibung auch nach dem Kriterium der Interaktionsbeziehung differenziert werden.¹³⁵ Der Kampf ist die grundlegendste Form des Konflikts, in der zwei Gegner direkt (hinc!) aufeinander treffen.¹³⁶ Auf seiner Logik beruht der Streit (institutionalisiert als Rechtsstreit) als eigene Konfliktform. Im Streit treten persönliche Motive der Gegnerschaft in den Hintergrund.¹³⁷ Die Konkurrenz kann als „formales Spannungsverhältnis“¹³⁸ beschrieben werden, bei dem nicht mehr die Vernichtung des Gegners, oder die Durchsetzung gegen einen Gegner im Mittelpunkt steht. Es wird nicht mehr gegeneinander, sondern parallel um etwas gekämpft.¹³⁹ Das Verhältnis der Konkurrenz beschreibt somit eine integrative Kampfesform, welche sich am „Interesse an der Mehrung eines gemeinsamen Gutes“¹⁴⁰ orientiert.

Obwohl Simmel häufig im Kontext der Theoretisierung von Konflikten angeführt wird, handelt es sich nach Dreyer bei Simmel nicht um den Begründer der Konflikttheorie. Eine solche Interpretation verkenne die Intension Simmels.¹⁴¹ Trotz dieser Kritik können die Arbeiten Simmels zur Erklärung des Konfliktphänomens tauglich sein. Obwohl der Konflikt nur eine Vergesellschaftungsform unter vielen ist und somit Simmels Theorie nur bedingt auf ihr aufbaut, prägt seine Entpathologisierung von Konflikten den Wissenschaftsdiskurs. Seine Theorie brachte eine ambivalente Konfliktperspektive hervor, die auf dem Prinzip der „Gleichzeitigkeit des Verschiedenen“¹⁴² beruht. So sind assoziative und dissoziative Prozesse in den verschiedenen Konflikttypen in unterschiedlicher Ausprägung ständig

¹³¹ vgl. Stark; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.85

¹³² vgl. Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.284 ff.

¹³³ Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.135

¹³⁴ vgl. Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.295 f.

¹³⁵ vgl. Stark; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.85

¹³⁶ vgl. Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.323

¹³⁷ vgl. Stark; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.86

¹³⁸ Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.289

¹³⁹ vgl. ebenda, S.323

¹⁴⁰ Dubiel; In: Friedrichs, Jagodzinski (Hrsg.) 1999, S.134

¹⁴¹ vgl. Dreyer 1995, S.60

¹⁴² Dubiel; In: Friedrichs, Jagodzinski (Hrsg.) 1999, S.132

enthalten.¹⁴³ Der Konfliktbegriff bei Simmel ist damit breiter angelegt als bei allen bisher beschriebenen Theoretikern.

2.2.2 Das Konsensparadigma als Gegenkonzept

Wie bisher aufgezeigt wurde, stellt der Konflikt einen zentralen Begriff gesellschaftstheoretischer Auseinandersetzungen dar. Die beschriebenen Paradigmen erwecken den Eindruck einer stetigen Rehabilitation des Konfliktes, hin zu einem produktiven Konfliktbegriff. Dieser Eindruck täuscht jedoch, denn er resultiert bloß aus der hier vorgenommenen Auswahl der Theoretiker. So werden die beschriebenen Theorien von Ansätzen begleitet, die auf konkurrierenden Begriffen aufbauen. Im wissenschaftlichen Diskurs kann der auf Wandel ausgerichteten Konflikttheorie, eine auf Stabilität ausgerichtete Konsenstheorie gegenüber gesetzt werden.¹⁴⁴ Das Konsensparadigma beruht auf dem Begriff der Integration. In diesem Kontext ist vor allem auf Parsons' strukturell-funktionalistischen Ansatz hinzuweisen.¹⁴⁵ Im Weiteren soll anhand Parsons' Theorie eine Kritik an konfliktbetonten Gesellschaftstheorien geübt werden. Dies soll vor allem dazu dienen, Dahrendorfs Ansatz einer konflikttheoretischen Gesellschaftstheorie besser zu verstehen.

Der Konflikt bei Parsons

Talcott Parsons gilt als wichtiger Vertreter eines strukturell-funktionalistischen Ansatzes, obwohl er weder als der Einzige, noch ausschließlich als Strukturfunktionalist betrachtet werden kann.¹⁴⁶ Er versucht in seinen Ausführungen, mithilfe nur weniger Grundbegriffe, eine umfassende Beschreibung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes vorzunehmen.¹⁴⁷ Dieser Zusammenhalt ist bei Parsons kein Resultat von Konflikten, sondern basiert auf geteilten Werten. Die Theorie erfährt ihren ersten Höhepunkt in der Zwischenkriegszeit. Diese spiegelt sich in mehrfacher Weise in Parsons' Ausführungen wider. Zwei Aspekte sollen hier genannt werden, die zu Parsons' Fokus auf Integration führten. Parsons' Werke stellen unter anderem eine Reaktion auf soziale Entwicklungen dar,¹⁴⁸ denn das Chicago der Zwischenkriegszeit (wo Parsons intensiv forschte) „lässt sich als brodelndes Laboratorium begreifen, in dem sich neue soziale Ungleichheiten, Konfrontationen zwischen unterschiedlichsten ethnisch-kulturellen Gruppen und Wertvorstellungen [...] entwickelten“¹⁴⁹.

¹⁴³ vgl. Giesen; In: Endruweit (Hrsg.) 1993, S.90

¹⁴⁴ vgl. Nover 2009, S.20

¹⁴⁵ vgl. Messmer 2003, S.22

¹⁴⁶ vgl. Daheim; In: Endruweit (Hrsg.) 1993, S.29

¹⁴⁷ vgl. ebenda, S.35 f.

¹⁴⁸ vgl. Mikl-Horke 2001, S.214

¹⁴⁹ Keller; In: Brock u.a.(Hrsg.) 2009, S.25

So war Parsons unmittelbar mit dem Problem mangelnder Ordnung befasst. Zweitens beeinflusste die Erfahrung beider Weltkriege seine Überlegungen. Parsons' These der geteilten Werte als Grundlage für Gesellschaften kann somit ebenso als Ausdruck der Ablehnung ständiger Machtkämpfe verstanden werden. Die Erfahrung gewalttätiger Konfliktaustragung in ihrer bislang unbekanntem Form (des Vernichtungskrieges) führte in Parsons' Theorie zu dem, was Dahrendorf in weiterer Folge als mythisches „Bild der Harmonie“¹⁵⁰ bezeichnet.

Die Basis Parsons' Theorie bildet das Handeln, welches er als „Beziehung zwischen analytisch differenzierten Systemen“¹⁵¹ begreift. Die Systemgliederung und deren Interaktionen bilden den Kern Parsons' Arbeit. Er spricht von einem „allgemeinen Handlungssystem“, welches funktional mit „Subsystemen“ in Beziehung steht. Als ein solches Subsystem versteht er ein, auf die physischen Voraussetzungen bezogenes System des „Verhaltensorganismus“. Auf diesem baut das „Persönlichkeitssystem“ auf, von dem individuelle Motive abhängen. Die Aufgabe des „kulturellen Systems“ besteht in der Normenerhaltung. Letztlich beschreibt Parsons ein „soziales System“, welches die Hauptfunktion der Integration übernimmt.¹⁵² Durch die wechselseitige Durchdringung der Teilsysteme, stehen diese in einem ständigen Austausch. Dies trifft vor allem auf das soziale System zu.¹⁵³ Ziel der Vernetzung ist die Integration. „Durch die Vernetzung verschiedener Handlungssphären soll auch eine Art Kompromiss zwischen ihren jeweiligen Funktionen entstehen.“¹⁵⁴ Die Gesellschaft kann als soziales Teilsystem verstanden werden. Sie ist in besonderem Maße „selbstgenügsam“, indem die Beziehungen zur Umwelt, in Hinblick auf das Prinzip der Funktionalität, kontrolliert werden.¹⁵⁵ Gesellschaftliche Ordnung wird mittels Integration hergestellt. Integration beruht ihrerseits auf der normativen Kohäsion und der gesellschaftlichen „Harmonie“ und „Koordination“.¹⁵⁶ Somit ist das Gesellschaftssystem bei Parsons von stark normativ geprägten Vorbedingungen abhängig. Überdies kann Parsons' Gesellschaftsmodell als „ausgesprochen ambivalent“¹⁵⁷ betrachtet werden. Einerseits wird jegliche Bewertung durch das kulturelle Wertesystem determiniert, andererseits wird der normative Faktor der individuellen Einsicht unterstrichen.

Der Konflikt erlangt bei Parsons kaum Wirkmächtigkeit. Die gesellschaftliche Ordnung verhindert den Ausbruch von solchen Konflikten, wie sie bei Hobbes als Krieg beschrieben

¹⁵⁰ Dahrendorf 1961, S.23

¹⁵¹ Daheim; In: Endruweit (Hrsg.) 1993, S.35

¹⁵² vgl. Parsons 1985, S.12 f.

¹⁵³ vgl. ebenda, S.14 f.

¹⁵⁴ Dallinger 2009, S.78

¹⁵⁵ vgl. Parsons 1985, S.16 f.

¹⁵⁶ vgl. ebenda, S.21

¹⁵⁷ Dallinger 2009, S.140

werden.¹⁵⁸ Sie werden bei Parsons, wenn dann nur als „Spannungen“ oder als „Belastungen“ beschrieben. Dabei ist deren negative Konnotation offensichtlich.¹⁵⁹ Des Weiteren argumentiert Parsons, dass der Konflikt, verstanden als Konkurrenz widerstrebender Eigeninteressen, begrenzt ist. Dies trifft insofern zu, als Eigeninteressen von Individuen durch die Mitgliedschaften in Gesamtheiten verbunden werden. Konflikte können nur zwischen solchen Loyalitäten (wie etwa zwischen zwei Rollenanforderungen) entstehen.¹⁶⁰ Diese geringe Bedeutung von Interessen wird ebenso anhand Parsons' Machtbegriff sichtbar. Für ihn ist Macht die Möglichkeit „Entscheidungen treffen und durchsetzen zu können, welche für die betroffene Gesamtheit und ihre Mitglieder *bindend* sind“.¹⁶¹ Die Konflikthaftigkeit widerstrebender Interessen, wie sie bei Webers Machtbegriff vorkommt, wird ausgeklammert. Anstelle dieser findet jedoch der Begriff der „Gesamtheit“ erneut Verwendung. Dies weist auf bereits bestehende integrierte Beziehungsstrukturen hin. „[D]ie Möglichkeit einer Nichtentsprechung zwischen [Rollen-] Erwartungen und Handlungen als Äußerung von Konflikt und Auflehnung wird für die Analyse nachrangig“.¹⁶² Konflikte spielen somit in Parsons' Theorie keine, bzw. wenn dann nur eine dysfunktionale Rolle.

2.2.3 Der Versuch einer einheitlichen Konflikttheorie

Die bisherigen Theorien - mit Ausnahme des Strukturfunktionalismus - beschäftigen sich mit Konflikten als zentrales Element der Vergesellschaftung. Aber keiner dieser Ansätze repräsentiert eine auf dem Konflikt aufbauende Theorie. Als einzigem Theoretiker gebührt Dahrendorf dieser Verdienst.¹⁶³ Sein Ansatz stellt in dieser (hinc!) Begriffsgeschichte das letzte Paradigma dar, da er eine entscheidende Wende in der Konflikttheorie bewirkte.

Der Konflikt bei Dahrendorf

Ralf Dahrendorf entwickelte seine Gesellschaftstheorie im Anschluss, aber auch in der Abgrenzung zu den wichtigsten Konflikttheorien der Moderne. Dabei versucht er nicht die Frage zu klären, wie Ordnung möglich ist, sondern vielmehr, worauf der gesellschaftliche Wandel beruht.¹⁶⁴ Der Konflikt ist bei Dahrendorf nun keine pathologische Erscheinung, oder ein notwendiges Übel mehr.¹⁶⁵ Er ist die treibende Kraft, die hinter gesellschaftlicher Veränderung steht und rückt dadurch ins Zentrum einer Gesellschaftstheorie. Dahrendorfs

¹⁵⁸ vgl. Parsons 1985, S.22

¹⁵⁹ vgl. Coser 1965, S.24

¹⁶⁰ vgl. Parsons 1985, S.23

¹⁶¹ ebenda, S.28; Anm.: Hervorhebung i.O.

¹⁶² Amann 1996, S.304

¹⁶³ vgl. Lamla; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.207

¹⁶⁴ vgl. Niedenzu; In: Morel u.a. (Hrsg.) 1997, S.171

¹⁶⁵ vgl. Dahrendorf 1961, S.130

historischer Hintergrund ist dem Parsons' sehr ähnlich, jedoch zieht Dahrendorf ganz andere Schlüsse. Er erkennt aus den Erlebnissen des 2. Weltkriegs, dass die Gefahr moderner Gesellschaften nicht von Konflikten ausgeht. Im Gegenteil, weist deren Fehlen auf totalitäre Regime hin.¹⁶⁶ Somit ist eben nicht der Wertekonsens von Parsons, sondern der Konflikt die Realität in liberalen Demokratien. Nur mit ihm ist Wandel möglich. Der Konflikt ist jedoch nicht der eigentliche Ursprung des Wandels, denn er selbst beruht bei Dahrendorf auf vielfältigen konzeptionellen Vorbedingungen.

Diese Vorbedingungen von Konflikten leitet Dahrendorf aus der Klassenkampftheorie von Marx ab.¹⁶⁷ Bereits in seiner Habilitationsschrift „Soziale Klassen und Klassenkonflikte“ setzt sich Dahrendorf kritisch mit dem Klassenbegriff und dem Klassenkampf auseinander. Die Klassentheorie ist für Dahrendorf deshalb interessant, weil sie den Konflikt ins Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung rückt und diese Absicht teilt Dahrendorf.¹⁶⁸ Sein Klassenbegriff weicht jedoch insofern von Marx ab, als dass er ihn nicht mehr auf ökonomische Verhältnisse zurückführt: „Klassen sind konfligierende soziale Gruppierungen, deren Bestimmungsgrund [...] im Anteil an oder Ausschluß von Herrschaft innerhalb beliebiger Herrschaftsverbände liegt.“¹⁶⁹ „Die Kontrolle der Produktionsmittel ist [nur] ein Sonderfall der Herrschaft.“¹⁷⁰ Sie kann somit keine Grundbedingung des Konflikts sein. So erkennt Dahrendorf: „Ausgangspunkt sozialer Konflikte sind nicht die Eigentums-, sondern die Herrschaftsverhältnisse innerhalb sozialer Organisationen.“¹⁷¹ In dieser, durch Herrschaft begründeten Klassentheorie lässt sich eine „kritische[...] Synthese von Marx und Weber“¹⁷² erkennen. Diese drückt sich recht deutlich in Dahrendorfs Bürokratiekritik aus, die in der berühmten Diagnose einer Dienstklassengesellschaft gipfelte.¹⁷³ Ein weiteres zentrales Element Dahrendorfs Theorie ist der Zwang. Dieser wird einerseits auf Weber zurückgeführt, andererseits kann hier eine Anlehnung an „Hobbes' Zwangs- und Widerstandsansatz des Staates“¹⁷⁴ erkannt werden. Zwang ist bei Dahrendorf notwendig, da gemeinsame Werte immer herrschende und erzwungene Werte sind und nicht bereits aufgrund eines Konsenses bestehen.¹⁷⁵ Gerade in der Ablehnung des Wertekonsenses kann Dahrendorfs Theorie als „kritische Alternative zu strukturfunktionalen Theorien“¹⁷⁶ verstanden werden. Dahrendorf erkennt in der modernen Soziologie einen „Mythos der industriellen Gesellschaft“,¹⁷⁷ welcher

¹⁶⁶ vgl. Dahrendorf 1961, S.240 ff.

¹⁶⁷ vgl. Mey; In: Peisert, Zapf (Hrsg.) 1994, S.93

¹⁶⁸ vgl. Dahrendorf 1961, S.139

¹⁶⁹ Dahrendorf 1957, S.139

¹⁷⁰ ebenda, S.138

¹⁷¹ Dahrendorf 1961, S.161

¹⁷² Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.135

¹⁷³ vgl. Dahrendorf 1972

¹⁷⁴ Mey; In: Peisert, Zapf (Hrsg.) 1994, S.93

¹⁷⁵ vgl. Dahrendorf 1961, S.110

¹⁷⁶ Imbusch; In: Imbusch, Zoll (Hrsg.) 1999, S.135

¹⁷⁷ Dahrendorf 1961, S.24

aufgrund seiner Harmonieorientierung, Ungleichheiten ausklammert. Dies kommt bei Parsons' strukturell-funktionalistischem Ansatz deutlich zum Ausdruck. Denn er dreht sich um Phänomene der Integration und der Stabilität, anstelle des Konflikts und des Wandels.¹⁷⁸ Die idealtypische „Consensus-Theorie“ - in die Dahrendorf den Strukturfunktionalismus einordnet - basiert auf weitgehenden Annahmen: Jede Gesellschaft ist ein stabiles und gleichgewichtiges Gefüge von Elementen. Diese Elemente erfüllen jeweils Funktionen für die Gesellschaft und die Gesellschaft beruht auf einem (Werte-) Konsens.¹⁷⁹ Dem setzt Dahrendorf eine, auf Konflikt basierende Theorie gegenüber: Jede Gesellschaft unterliegt stetigem Wandel. Zwischen den Elementen bestehen Widersprüche, wobei jedes Element seinen Beitrag zum Wandel leistet. Die Gesellschaft erhält sich durch Zwang.¹⁸⁰ Dahrendorf spricht sich klar für eine Perspektive aus, die vom Konflikt ausgeht. Er betont im direkten Vergleich häufig: „Nach der strukturell-funktionalen Theorie sind Konflikt und Wandel pathologische Abweichungen von der Norm des gleichgewichtigen Systems; für die hier gemeinte Theorie [Konflikttheorie] dagegen bezeichnen Stabilität und Starre die Pathologie der Gesellschaft“¹⁸¹ Er bezeichnet konfliktfreie Gesellschaft einerseits als kontrafaktisch, indem er in Marx' klassenlosen Gesellschaft höchstens einen vorübergehenden Prozess, jedoch keines Falls einen funktionierenden Gesellschaftsentwurf erkennt.¹⁸² Andererseits sieht er in konfliktlosen Gesellschaften eine totalitäre Utopie.¹⁸³ In seiner Beschreibung von Konflikten als produktive Bestandteile sozialer Beziehungen, ähnelt Dahrendorfs Analyse der Simmels. Landmann unterscheidet die beiden Ansätze jedoch dadurch, dass Simmel im Gegensatz zu Dahrendorf die Ambivalenz von Konflikten wahrnimmt. Dahrendorfs Konfliktverständnis sei demnach unrealistisch und verharmlosend.¹⁸⁴ Das vereinfachte Bild von Dahrendorfs Theorie, als „Rivale[...] des Strukturfunktionalismus“¹⁸⁵ beruht jedoch auf einem Missverständnis. Denn Dahrendorf betont, dass es beidem - einem Gleichgewichts- und einem Konfliktmodell der Gesellschaft - bedarf, um soziale Phänomene beschreiben zu können.¹⁸⁶ Darin drückt sich Dahrendorfs offene Perspektive aus, die vielfach durch Mehrdeutigkeiten geprägt ist.¹⁸⁷ Somit ist eben auch der desintegrative Konflikt in seiner Konflikttheorie enthalten.

Bisher wurde die Konflikttheorie vor allem in ihren Bezügen zu vorhergegangenen Theorien präsentiert. So kann für die zentralen Elemente Dahrendorf konstatiert werden: Die Relevanz

¹⁷⁸ vgl. Dahrendorf 1961, S.78 ff.

¹⁷⁹ vgl. ebenda, S.209 f.

¹⁸⁰ vgl. ebenda, S.210

¹⁸¹ ebenda, S.127

¹⁸² vgl. Dahrendorf 1957, S.184

¹⁸³ vgl. Dahrendorf 1961, S.128

¹⁸⁴ vgl. Landmann; In: Simmel 1987, S.21

¹⁸⁵ Giesen; In: Endruweit (Hrsg.) 1993, S.91

¹⁸⁶ vgl. Dahrendorf 1961, S.111

¹⁸⁷ vgl. Neckel 2000, S.219

sozialer Konflikte leitet Dahrendorf von Marx' Klassenkonflikt ab, jedoch ähnelt deren produktiver Charakter eher Simmels Beschreibungen. Die Rückführung von Konflikten auf Herrschaftsverhältnisse ist Weber entnommen. Somit ist Konflikt mit Zwang verbunden, der bereits bei Hobbes erkannt wird.

Die präsentierten Annahmen der Konflikttheorie sind somit nichts Neues, jedoch dienen sie nur als „Orientierungsaussagen“ bzw. „Paratheorien“¹⁸⁸ in der Konzeption einer Konflikttheorie. Die eigentliche Besonderheit der Theorie, liegt im zentralen Charakter des Konfliktes. So ist der Konflikt ein Garant für sozialen Wandel und damit eine „soziale Grundtatsache für das menschliche Zusammenleben“.¹⁸⁹ Jedoch nicht jeder Konflikt weist diese Eigenschaft im gleichen Maße auf. Dahrendorf geht zunächst von einer sehr weiten Konfliktdefinition aus. Der soziale Konflikt nach Dahrendorf wird durch eine überindividuelle Gegensätzlichkeit zweier Konfliktparteien (bzw. Parteikoalitionen) bestimmt. Dabei ist egal ob der Konflikt manifest oder latent, bewusst oder unbewusst ist.¹⁹⁰ Um nicht durch die Weite des Begriffs in den Verdacht zu gelangen, den Begriff unbestimmt zu lassen, nimmt Dahrendorf mehrere Differenzierungen vor.

Eine dieser Differenzierungen orientiert sich an den Strukturmerkmalen von Konflikten. Einerseits teilt er Konflikte nach sozialen Einheiten (Rollen, Gruppen, Sektoren, Gesellschaften, übergesellschaftlichen Verbindungen) und andererseits nach dem relativen Rang der Konfliktparteien (Parteien mit gleichem Rang, Parteien sind über- oder untergeordnet, Parteien sind geordnet wie das Teil zum Ganzen) ein.¹⁹¹ Nun erkennt Dahrendorf manche Konflikte als besonders relevant für gesellschaftlichen Wandel an. Fälschlicherweise wird das Konfliktverständnis Dahrendorf manchmal auf (Intra- und Inter-) Rollenkonflikte reduziert.¹⁹² Diese sind zwar eine basale Konfliktformation,¹⁹³ andere sind ihm jedoch in seiner Gesellschaftstheorie wichtiger. Am bedeutendsten sind Konflikte von organisierten, oder unorganisierten Gruppen, die einerseits die ganze - bei Dahrendorf national gedachte - Gesellschaft umschließen und andererseits einander unter- bzw. übergeordnet sind. Als Beispiel für einen solchen Konflikt führt er die politischen Konflikte zwischen Regierung und Opposition an.¹⁹⁴ Der Konflikt - verstanden als Prozess - kann darüber hinaus in bestimmte Konfliktphasen unterteilt werden. In der Entstehungsphase besteht ein latentes Interesse der Konfliktparteien, die an bestimmte Erwartungen gebunden sind. Der Konflikt manifestiert sich in einem zweiten Schritt und wird somit sichtbar. Der

¹⁸⁸ bds. Mey; In: Peisert, Zapf (Hrsg.) 1994, S.94 f.

¹⁸⁹ Niedenzu; In: Morel u.a. (Hrsg.) 1997, S.178

¹⁹⁰ vgl. Dahrendorf 1961, S.201 f.

¹⁹¹ vgl. ebenda, S.204

¹⁹² vgl. Gantzel, Kress, Rittberger; In: Gantzel u.a. (Hrsg.) 1972, S.44

¹⁹³ vgl. Dahrendorf 2010, S.48 ff.

¹⁹⁴ vgl. Dahrendorf 1961, S.204 ff.

letzte Schritt besteht in der finalen Ausbildung von Konflikten, in der sich Konfliktidentitäten schärfen.¹⁹⁵ Der Konflikt kann stetig zwischen den verschiedenen Phasen wechseln. Im Weiteren können Veränderungen des Konflikts auch nach zwei Kriterien beurteilt werden. So kann erstens die Ausdrucksform eines Konflikts anhand des Grades der Gewaltsamkeit bestimmt werden und zweitens wird die Intensität eines Konflikts, an der Bedeutung erkennbar, die ihm beigemessen wird.¹⁹⁶ Gewaltsamkeit und Intensität können sich unabhängig, oder gar gegenläufig voneinander entwickeln.

Diese Differenzierungen - vor allem letztere nach Gewaltsamkeit und Intensität - sind die Grundlage für Dahrendorfs Beschreibung von veränderten modernen Konflikten. Dahrendorf gibt vier Bedingungen an, von denen die Gewaltsamkeit und Intensität abhängen. Der Grad an Intensität und Gewaltsamkeit sinkt, wenn Konflikte manifest ausgetragen werden (können), wenn die soziale Mobilität steigt, wenn plurale Strukturen herrschen und wenn Konflikte geregelt (nicht unterdrückt) werden.¹⁹⁷ Und genau diese Tendenzen erkennt er im Übergang zur modernen Gesellschaft. Sie haben zur Folge, dass sich „der revolutionäre Klassenkampf zur geregelten Auseinandersetzung lose gefügter Parteien“¹⁹⁸ wandelte. In dem Zusammenhang spricht Dahrendorf auch von einer zunehmenden „Individualisierung des Konflikts“ hin zum „soziale[n] Konflikt ohne Klasse“.¹⁹⁹ Als Produkt dieser Transformation treten organisierte Gruppen immer häufiger als „Sonderinteressengruppen“ oder als „soziale Bewegungen“²⁰⁰ in Erscheinung. Trotzdem bleiben auch moderne Konflikte immer noch Herrschaftskonflikte. Sie folgen keinen Klassengegensätzen mehr, sondern finden zwischen Konfliktparteien statt, die sich nach bestimmten Trennungslinien formieren.²⁰¹ Diese leitet Dahrendorf aus dem Konflikt um Lebenschancen ab, denn „bei den Konflikten der modernen Gesellschaft geht es um menschliche *Lebenschancen*“.²⁰² Diese beruhen auf zwei Elementen, den Optionen und den Ligaturen. Letztere beschreiben die Einbindungen in, bzw. die Zugehörigkeit zu Familien, Gruppen, Religionen.²⁰³ Diese finden jedoch kaum Beachtung. Viel interessanter für Dahrendorfs Theorie des modernen sozialen Konflikts sind die Optionen, die sich aus Angebot und Anrecht zusammensetzen. Bei angebotsorientierten Konfliktparteien steht das Wirtschaftswachstum im Vordergrund, sie sind auf die Maximierung des Angebots ausgerichtet. Anrechtsorientierte Parteien geht es um den Ausbau von Bürgerrechten, denn es bedarf des Anrechts (z.B.: Wahlrecht), um Angebote

¹⁹⁵ vgl. Dahrendorf 1961, S.217 ff.

¹⁹⁶ vgl. ebenda, S.221 f.

¹⁹⁷ vgl. ebenda, S.223 ff.

¹⁹⁸ ebenda, S.231

¹⁹⁹ bds. Dahrendorf 2007, S.94

²⁰⁰ bds. Dahrendorf 1992, S.236

²⁰¹ vgl. ebenda, S.235 f.

²⁰² ebenda, S.39; Anm.: Hervorhebung i.O.

²⁰³ vgl. ebenda, S.41

überhaupt wahrnehmen zu können.²⁰⁴ In modernen Konflikten verlieren diese Trennungslinien (Angebot/Anrecht) mehr und mehr an Bedeutung. Dafür ist vor allem die Sozialdemokratie verantwortlich, durch deren Konsensorientierung, Konflikte überdeckt werden. (Dabei ist zu beachten, dass auch die meisten konservativen Parteien in Dahrendorfs Augen sozialdemokratisch agieren.) Der zwangsläufige Auswuchs der Sozialdemokratie ist die Bürokratie, die eng mit korporatistischen Strukturen verbunden ist.²⁰⁵ Beides wird von Dahrendorf - in Anlehnung an Weber - scharf kritisiert. Deren Gefahr liegt in der „Entmutigung von Innovationen und Initiative“.²⁰⁶ Somit erkennt er nicht nur in seinem theoretischen Konzept, sondern ebenso in seiner Analyse moderner politischer Konflikte, den Konsens als Hindernis für gesellschaftlichen Wandel. Die Institutionalisierung von Konflikten in Parteikonflikten (vor allem in der Sozialpartnerschaft) ist somit kein bedingungslos förderlicher Zustand für die Entwicklung einer Gesellschaft.

Kritisch lässt sich anmerken, dass Dahrendorf gerade bei der Herleitung seiner Theorie stark trivialisiert, was bereits bei der Auslegung von Marx und Parsons beginnt.²⁰⁷ Gleichfalls können im Konzept des Herrschaftskonflikts, der sich durch die Überwindung des ökonomischen Determinismus auszeichnet, Verkürzungen entdeckt werden.²⁰⁸ Darüber hinaus bleiben seine Annahmen in vielen Bereichen recht vage und schwierig zu operationalisieren. Dies resultiert jedoch vor allem aus Dahrendorfs Anspruch, eher „ein gebildetes Laienpublikum zu erreichen als Forschungsdesigns für sozialwissenschaftliche Projektanträge zu entwerfen.“²⁰⁹

Der Konfliktbegriff wird bei Dahrendorf vielfach erweitert, jedoch spielt nur ein kleiner Teil der Konflikte in seiner Theorie eine wesentliche Rolle. So erkennt er einerseits an, dass ein „Grundmerkmal des modernen Konflikts“ darin bestünde, dass er „diffus und daher allgegenwärtig“²¹⁰ sei, andererseits unterstellt er, trotz dieser weiten Verbreitung, die der moderne Konflikt aufweist, nur einem Konflikttyp die Relevanz für die Entwicklung der Gesellschaft. Dieser Konflikt ist der antagonistische Herrschaftskonflikt. Andere Konfliktformen, wie die der friedlichen Konkurrenz, wie sie etwa bei Simmel, oder des stark institutionalisierten Konfliktes, wie er bei Parsons vorstellbar ist, werden bei Dahrendorf - in Anbetracht des Ziels des gesellschaftlichen Wandels - als eher dysfunktional angesehen. Der Konfliktbegriff bei Dahrendorf ist somit zwar detaillierter beschrieben als bei seinen konflikttheoretischen Vorgängern, das einseitige Verständnis von Konflikten kann jedoch

²⁰⁴ vgl. Dahrendorf 1992, S.40 ff.

²⁰⁵ vgl. ebenda, S.246 ff.

²⁰⁶ ebenda, S.247

²⁰⁷ vgl. Amann 1996, S.79 f.

²⁰⁸ vgl. ebenda, S.81

²⁰⁹ Neckel 2000, S.218

²¹⁰ bds. Dahrendorf 2007, S.97

nicht überwunden werden. Durch den Perspektivenwechsel von der sozialen Ordnung hin zum Wandel verändert sich das Verständnis vom konsensorientierten zum zerreißenen Konflikt. Diese „neue“ Sichtweise Dahrendorfs eröffnet zwar ein alternatives Konfliktverständnis, verhindert jedoch ihrerseits - durch den Ausschluss weiterer Teile konsensorientierter Konflikte - eine umfassende Theoretisierung von Konflikten. Dahrendorf selbst erkennt seinen blinden Fleck und merkt deshalb an, dass sein Theoriekonzept primär auf die Problemstellung des Zwanges, des Konflikts und des Wandels ausgerichtet ist.²¹¹ Andere Fragen, wie die des Konsens oder der Integration bedürfen anderer Konzepte.

2.3 Zwischenresümee: Der soziale Konflikt

Um Koalitionskonflikte analysieren zu können, benötigt es einer klaren Konfliktdefinition. Aber gerade diese ist aufgrund der Vieldeutigkeit des Phänomens annähernd unmöglich. Es müssen somit die Charakteristika verschiedener Konfliktbegriffe beschrieben werden, um diese anschließend für die Untersuchung passend einzuschränken. Hier sollen die wichtigsten Erkenntnisse für das Konfliktphänomen, in der Form einer Zusammenfassung der bisherigen Auseinandersetzung, wiedergegeben werden. Ziel ist es, die Besonderheiten sozialer Konflikte zu erkennen.

2.3.1 Konflikttypen

Die zu Beginn (im Kapitel 2.1) präsentierte Systematik sollte vor allem die Komplexität des Konfliktbegriffs aufzeigen. Mithilfe der Merkmale und ihrer Ausprägungen werden verschiedene Konflikte analytisch unterschieden, von diesen finden jedoch nicht alle Eingang in die Theoretisierung. So soll hier noch einmal darauf hingewiesen werden, dass ausschließlich interpersonale und innergesellschaftliche Konflikte in dieser Arbeit von Interesse sind. Alle anderen Konflikte finden hier keine Beachtung, auch wenn sie ohne Zweifel starke Auswirkungen haben können. Beispielsweise ist der Konflikt innerhalb von Koalitionen sicherlich nicht unabhängig von internationalen Konflikten. Diese Einschränkung wird jedoch durch das Erkenntnisinteresse gerechtfertigt.

Aus der Differenzierung lassen sich 6 Bestimmungsstücke gliedern: Konflikte werden zuallererst nach ihrem **Gegenstand** (knappe Güter / Normierung) differenziert. Damit sind bereits bestimmte **Strukturmerkmale** (teilbar / unteilbar, Kooperations- / Nullsummenspiel, antagonistisch / nicht antagonistisch) verbunden, die maßgeblich seine **Austragungsform** prägen. Diese wird einerseits durch die Konfliktausprägung (manifest / latent) und deren Wahrnehmung (subjektiv / objektiv) bestimmt. Andererseits wird hierbei der Grad der

²¹¹ vgl. Dahrendorf 1961, S.111

Formalisierung (informell / institutionell) herangezogen. Ein viertes Bestimmungsstück von Konflikten ist deren **Ergebnis(-ausrichtung)**. So wird die Orientierung (konsensual / dissensual), als auch die Produktivität (konstruktiv / destruktiv) als Kriterium erkannt. Überdies können Konflikte danach differenziert werden, ob überhaupt Ergebnisse erzielt werden wollen (echt / unecht). Fünftens werden Konflikte anhand der **Verhältnisse der Akteure** unterschieden. Dies wird durch die Symmetrie der Akteure (symmetrisch / asymmetrisch) ausgedrückt. Die **Legitimität** eines Konflikts (legitim / nicht legitim) ist ein letztes Merkmal, welches einem Konflikt - im Gegensatz zu den anderen Merkmalen - nicht anhaftet, sondern ihm zugeschrieben wird.

Anhand dieser Merkmalsgruppen (Gegenstand, Struktur, Austragungsform, Ergebnis, Akteure und Legitimität) können Konflikte unterschieden werden. Diese Erkenntnis hilft bei der Interpretation konflikttheoretischer Konzeptionen, denn diese umschließen stets unterschiedliche Konflikte. Um dies deutlich zu machen, werden hier die angeführten konflikttheoretischen Klassiker anhand dreier Merkmale gegenübergestellt. Es werden erstens die zentralen Konfliktdimensionen erläutert, zweitens steht die Ursache von Konflikten im Mittelpunkt und in einem dritten Punkt wird die Rolle von Konflikten thematisiert.

2.3.2 Konfliktdimensionen

Der Konflikt nimmt in den diskutierten Ansätzen unterschiedliche Dimensionen an. Diese können an Begriffen festgemacht werden. Die zwei relevantesten Begriffe, neben dem „Konflikt“, sind dabei der „Kampf“ und die „Konkurrenz“.

Der Kampf ist ein wichtiger **Basisbegriff** der Konflikttheorie, manche Ansätze gehen über diesen gar nicht hinaus. Er tritt bereits bei Hobbes in der Form des Krieges aller gegen alle in Erscheinung. Gekämpft wird um **materielle** (Reichtum) und **immaterielle Güter** (Ehre, Macht, Befehlsgewalt). Der Kampf wird jedoch bei Hobbes noch auf seinen zerstörerischen Charakter reduziert. Dies ändert sich bei Marx. Der Konflikt ist bei Marx vor allem in der Form des Klassenkampfes, also im Kampf um die **Verfügung über Produktionsmittel** relevant. Dieser Kampf umfasst drei Dimensionen: Den ökonomischen, den politischen und den aus beiden resultierenden ideologischen Kampf. Weber erweiterte seine Konfliktperspektive, indem er auch **Machtkämpfe** abseits der Konkurrenz um Produktionsmittel entdeckt. Dabei wird um die Durchsetzung des eigenen Willens gegen Widerstand gekämpft. Simmel erkennt ebenso den Kampf als Grundform des Konflikts an. Er definiert ihn jedoch nicht darüber, was Gegenstand des Konflikts ist, sondern über dessen Form. Diese besteht darin, dass **zwei Parteien direkt gegeneinander kämpfen**. Eine Unterform des Kampfes ist die Konkurrenz.

Die Konkurrenz spielt bei Hobbes und Marx nur eine untergeordnete Rolle. So führt die Konkurrenz um Produktionsmittel bei Marx unweigerlich zum Kampf, der als relevante Form gilt. Weber erkennt die Konkurrenz als **friedliche Kampfform** an. Konkurrenz ist der gewaltlose Kampf um die Verfügungsgewalt über Lebenschancen, die auch andere begehren. Simmel erkennt in der Konkurrenz eine eigene Form. Hier kämpfen nicht mehr zwei Parteien direkt gegeneinander, sondern zwei oder mehr Parteien kämpfen parallel um etwas; die Konkurrenz ist somit eine **indirekte Kampfform**. Somit geht der Konflikt hier über seinen antagonistischen Charakter hinaus und ermöglicht Formen des Kooperationsspiels.²¹² Obwohl die Konkurrenz auf einem Spannungsverhältnis aufbaut, gilt sie bei Simmel als **integrative Kampfform**.

Der Konflikt löst bei Dahrendorf alle anderen Formen ab. Beim Konflikt fallen alle Arten von „strukturell erzeugten Gegensatzbeziehungen von Normen und Erwartungen, Institutionen und Gruppen“²¹³ zusammen. Der Begriff verwischt die Unterschiede jedoch nicht. Dahrendorf weist auf die Ambiguität von Konflikten (in 15 analytisch unterscheidbaren Formen) hin.²¹⁴ Weitere Differenzierungen von Konfliktaustragung (Intensität, Gewaltlosigkeit),

²¹² vgl. Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.324

²¹³ Dahrendorf 1961, S.125

²¹⁴ vgl. ebenda, S.206

Konfliktgegenständen und Konfliktparteien (Optionen und Ligaturen, Anrecht und Angebot) zeigen recht deutlich die Komplexität des Begriffs in der Konflikttheorie auf. Der Konfliktbegriff beherbergt somit alle Arten von Divergenzen, die ihren „primären Ursprung darin haben, dass Akteure mit unterschiedlichen bis hin zu unvereinbaren Interessen, die sich sowohl auf individuelle und soziale als auch auf ideelle und materielle Zielsetzungen beziehen können, aufeinanderstoßen.“²¹⁵

2.3.3 Ursachen von Konflikten

Die Herleitung von Konflikten bietet ein Kriterium, nach dem die präsentierten Konflikttheorien unterschieden werden können. So basieren die Konfliktursachen auf verschiedenen Phänomenen, die bereits mit Bedeutungen verknüpft sind. Besonders deutlich wird dies bei Hobbes. Die Grundlage für Konflikte bildet die **Gleichheit** innerhalb des Naturzustandes. Diese durch Unsicherheit geprägte Situation ständiger Machtkämpfe gilt es zu überwinden, um letztlich zu einer Ordnung abseits von Konflikten zu gelangen. Marx erkennt im Konflikt nichts, was es zu überwinden gilt, sondern er selbst wird zum Mittel der Veränderung ernannt. Hier bildet die **Ungleichheit** die Basis des Konflikts, welcher sich in der industriellen Gesellschaft (hinc!) im Klassenkampf äußert. Die Ungleichheit geht von asymmetrischen Besitzverhältnissen von **Produktionsmitteln** aus. Bei Weber beruht der Konflikt ebenso auf der Ungleichheit, die jedoch nicht auf der Verteilung der Produktionsmittel, sondern auf ungleichen **Machtverhältnissen** beruht. Simmels Ursache von Konflikten ist **Differentes**. Somit ist es nicht mehr die Ungleichheit von ökonomischer, oder politischer Macht, die den Konflikt ausmacht, sondern Formen vieler verschiedener Ungleichheiten, die aufgrund der wachsenden Individualisierung auftreten. Dahrendorf erkennt zwar die Vielfalt der Konfliktursachen bei Simmel implizit an, er führt die, für ihn relevanten Konflikte jedoch wieder auf Machtverhältnisse zurück. Somit spricht er von **Herrschaftsverhältnissen** in verschiedenen Herrschaftsverbänden. Bei Parsons ist der Konflikt lediglich Ausdruck von **widersprechenden Rollenerwartungen**, die es zu integrieren gilt. Konflikte sind somit eine bloße Nebenerscheinung von in Konkurrenz geratener Rollenerwartungen. Die Ursachen, auf die Konflikte zurückgeführt werden, verändern sich somit im Verlauf der gesellschaftstheoretischen Begriffsgeschichte. Sah Hobbes noch die Gleichheit als Grundlage, so waren es in späteren Konflikttheorien vor allem Formen der Ungleichheit, die zum Ausbruch von Konflikten führten. Parsons unterscheidet sich hier stark von allen anderen, indem die Konkurrenz der Rollenerwartungen sowohl hierarchisch als auch egalitär strukturiert sein kann. Somit ist Parsons' Konfliktursache nur schwer einzuordnen.

²¹⁵ Maurer, Schmid 2010, S.365

2.3.4 Rolle von Konflikten

Die Ursache von Konflikten legt bereits einiges über deren zugeschriebene gesellschaftliche Rolle offen. Durch die grauenhafte und gewalttätige Beschreibung des Naturzustands bei Hobbes, fungiert der Konflikt als Schreckgespenst vorgesellschaftlicher Anarchie. Der Urkonflikt und seine Folgeerscheinungen machen die Notwendigkeit einer Ordnung sichtbar. Somit erfüllt der Konflikt bei Hobbes eine negative Rolle, nämlich die der **Bedrohung der Ordnung**. Bei Marx übernimmt der Konflikt erstmals eine zentrale Rolle für den gesellschaftlichen Wandel. Diese Rolle erfüllt er solange, bis er in der Utopie der klassenlosen Gesellschaft - nicht wie bei Hobbes überwunden, aber - überflüssig wird. Der Konflikt wird somit zum **Mittel gesellschaftlichen Wandels**. Diese konstruktive Rolle des Konflikts wird jedoch durch die harte Realität des Klassenkampfes begleitet. Weber geht von einer ähnlichen gesellschaftlichen Rolle des Konflikts aus. Der Unterschied zu Marx ist jedoch, dass der Konflikt bei Weber nicht bedeutungslos wird. Machtverhältnisse - als Basis für Konflikt - werden nicht in einer idealen Gesellschaft aufgelöst, sondern stellen eine Grundbedingung sozialen Handelns dar. Somit bleibt auch die Rolle des Konflikts als **Quelle sozialen Wandels** bestehen. Bei Simmel ist die Rolle von Konflikten ambivalent zu beurteilen. Grundsätzlich wird der Konflikt - als soziale Beziehung - als eine Vergesellschaftungsform angesehen. Jedoch bestehen einerseits neben ihm viele weitere Formen der Vergesellschaftung, die zum Teil viel bedeutsamer sind. Und andererseits werden ebenso dysfunktionale Konflikttypen erkannt. Somit erlangt der Konflikt bei Simmel Bedeutung, indem er neben anderen Phänomenen, die Rolle einer sowohl **assoziativen**, als auch **dissoziativen Form der Vergesellschaftung** übernimmt. Dahrendorf erkennt zwar dissoziative Konfliktarten, durch seinen Fokus auf asymmetrische, innergesellschaftliche Machtkonflikte, schließt er in seiner Rollenzuschreibung an Marx und vor allem an Weber an und geht gar über sie hinaus. Der Konflikt ist somit nicht nur ein Mittel oder die Quelle gesellschaftlichen Wandels, sondern die einzige Bedingung, unter der ein solcher möglich wird. Daraus resultiert Dahrendorfs Rolle des Konflikts als **soziale Bedingung gesellschaftlichen Wandels**. Parsons erkennt in Konflikten eine Störung von Ordnung, die jedoch nicht zum Wandel führen, sondern zur **Desintegration**. Die Rolle von Konflikten ist somit ein stark umstrittenes Element innerhalb der Gesellschaftstheorie der Moderne. Ein Grund für die unterschiedlichen Konfliktfunktionen liegt, wie bereits angedeutet, maßgeblich im gewählten Forschungsproblem: Soll der Wandel oder die Ordnung erklärt werden? So gehen Hobbes' und Parsons' Erklärung der Ordnung von einer negativen Rolle des Konflikts aus. Wohingegen von Marx, Weber und Dahrendorf, bei denen der Wandel im Zentrum steht, eine positive Rolle des Konflikts attestiert wird.

Die zentralen Merkmale der einzelnen Konfliktbegriffe, die in diesem Kapitel besprochen wurden, sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst.

Theoretiker	Ursachen	Rolle	Begriffe	Umfang des Begriffs
Thomas Hobbes	Gleichheit	Bedrohung der Ordnung	Krieg, Konkurrenz	enger Begriff, als Konkurrenz um begrenzte Güter
Karl Marx	Ungleichheit: Produktionsmittel	Mittel gesellschaftlichen Wandels	Klassenkampf	enger Begriff, antagonistisch, sozialstrukturell
Max Weber	Ungleichheit: Machtverhältnisse	Quelle sozialen Wandels	Kampf, Konkurrenz	erweiterter Begriff, reflektiert Machtverhältnisse, verbunden mit Zwang
Georg Simmel	Ungleichheit: Differentes, Pluralisierung	widersprüchliche Form der Vergesellschaftung	Kampf, Konkurrenz, Streit	weiter Begriff, individualistisch, ambivalent, als Vergesellschaftungsform
Talcott Parsons	differente Rollen-erwartungen	Desintegration	Spannung, Belastung	enger Begriff, als pathologische Erscheinung
Ralf Dahrendorf	Ungleichheit: Herrschaftsverhältnisse	soziale Bedingung gesellschaftlichen Wandels	Konflikt	weiter Begriff, vorwiegend positiv, im Zentrum der Gesellschaftstheorie

Tabelle 2: Konflikttheorien im Vergleich (eigene Darstellung)

2.4 Ergänzungen zu modernen Konflikten

Die diskutierten Beiträge zur Konfliktforschung machen deutlich, dass ein moderner Konfliktbegriff vielschichtige Dimensionen abdecken muss. Es gestaltet sich schwierig, vor dem Hintergrund multipler Konfliktrealitäten, einen einheitlichen modernen Konfliktbegriff zu entwickeln. Ein solcher Versuch soll hier auch nicht unternommen werden, dennoch müssen die bisherigen Erkenntnisse über soziale Konflikte ergänzt werden. Drei moderne Konflikttheorien sollen hierfür herangezogen werden. Die anschließenden Ergänzungen hinsichtlich moderner Konflikttheorien spielen - wie noch deutlich gemacht wird - eine zentrale Rolle in der weiteren Auseinandersetzung mit politischen und medialen Konflikten.

2.4.1 Ursachen und Zusammensetzung der Akteure moderner Konflikte

Der politische Konflikt des 20. Jahrhunderts wird größtenteils als antagonistischer Konflikt zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Ressourcen dargestellt. Parallel dazu werden Individualisierungsprozesse beschrieben, die eine differenzierte Perspektive erfordern. Die Konfliktakteure können somit von unterschiedlichem Umfang sein, womit ebenso neue Konfliktursachen einhergehen.

Simmel beschäftigt sich mit diesem Gegensatz der Individualisierung und Vergemeinschaftung von Konfliktparteien. Er setzt der „Differenzierung“ der Konfliktparteien, die „neuzeitliche Universalität und Nivellierung, so vieler Lebensbeziehungen, die früher der freien individuellen Selbstgestaltung überlassen waren“,²¹⁶ gegenüber. Beides, die Loslösungen von alten und die Bildungen von neuen Bindungen, beeinflusst die Formierung von Konfliktgruppen. Bei Weber setzt die Differenzierung bei der „Vervielfältigung der Lebensmöglichkeiten“ im „Verlauf der Kulturentwicklung“ an, welche beispielsweise die „Auflösung der Hausgemeinschaft“ zur Folge hat.²¹⁷ Auf dieser Differenzierung der Lebenschancen beruht jedoch ebenso Klassenhandeln.²¹⁸ Somit wird Differenzierung auch bei Weber von neuer Gruppenbildung begleitet. Die Frage ist nun, wie sich moderne Konfliktakteure, vor dem Hintergrund der Individualisierung und Reintegration in neue Beziehungsgeflechte formieren.

Axel Honneth hat auf diese Frage eine komplexe Antwort gefunden. In seiner angestrebten „normativ gehaltvollen Gesellschaftstheorie“²¹⁹ versucht er „soziale Kämpfe“, und damit auch „moralischen Fortschritt von Gesellschaften“²²⁰ zu erklären. Damit schließt er an die Problemstellung der Konflikttheoretiker vor ihm an. Der Prozess der Individualisierung wird

²¹⁶ alle Simmel; In: Simmel (Hrsg.) 1992, S.511

²¹⁷ alle Weber 1980, S.226

²¹⁸ vgl. ebenda, S.533

²¹⁹ Honneth 1994, S.7

²²⁰ bds. Siep u.a.; In: Halbig, Quante (Hrsg.) 2004, S.62

bei Honneth notwendigerweise von einer „gleichzeitigen Erweiterung der Verhältnisse wechselseitiger Anerkennung“²²¹ begleitet. Dabei spielen Konflikte eine konstitutive Rolle. Die Besonderheit bei Honneth liegt in der Beschreibung bestimmter Konfliktursachen, die auf die Formierung der Konfliktakteure einwirken. Er betrachtet die „Verweigerung von Anerkennung als Auslöser für soziale Kämpfe, die ihrerseits wiederum Auslöser für gesellschaftliche Weiterentwicklung sind.“²²² Der Hintergrund Honneths Theorie ist die Zersplitterung der Konflikte, die mit dem Aufkommen von „Anti-AKW-, Friedens-, Frauen-Ökologiebewegung[en]“²²³ einhergeht. Soziale Bewegungen, als neue Konfliktakteure, formieren sich nicht mehr um gewohnte Trennungslinien, sondern finden sich themenspezifisch und situativ zusammen.²²⁴ Dadurch rückt die Frage nach neuen Konfliktursachen in den Fokus Honneths Theorie. Diese leitet er von Hegels „Kampf um Anerkennung“ ab, der durch die „unmittelbare Konfrontation in der Verfolgung ihrer Lebensinteressen einander ausschließender Individuen“ gekennzeichnet ist. Diese Individuen wollen unter Beweis stellen, „daß sie mehr als lebendige Naturgegenstände, nämlich anerkennenswerte Selbstbewußtseine“²²⁵ sind. Das Ergebnis dieses Kampfes um Anerkennung ist bei Hegel die „Unterordnung des Knechts unter den Herrn“²²⁶. Honneths Kampf um Anerkennung ist jedoch von einer ganz anderen Art. Es sind eben keine Kämpfe um Leben und Tod, sondern „Anerkennungskämpfe als alltägliches Moralgeschehen“,²²⁷ welche Honneth interessieren. Seinen Grundbegriff, die Anerkennung unterteilt er in drei Kategorien. Er beschreibt eine emotionale, eine rechtliche und eine solidarische Anerkennungsform. Mit diesem, auf alltägliche moralische Erfahrungen beruhenden Ansatz, will Honneth Erklärungsversuche, die alleine auf der Interessensdivergenz aufbauen, ablösen.²²⁸ Dabei negiert Honneth jedoch nicht Konflikte, die auf Interessen beruhen. Interessen als „zweckgerichtete Grundorientierungen“²²⁹ können ebenso Grundlage von Konflikten sein. Dies gilt im Besonderen, wenn sie mit Missachtungserfahrungen einhergehen.²³⁰ Die Liebe ist die elementarste Anerkennungsform, sie ist jedoch nicht für einen größeren Personenkreis verallgemeinerbar. Damit kann die Herleitung sozialer Konflikte nicht bei ihr ansetzen. Viel geeigneter erscheinen dabei die rechtliche Anerkennungsform und die soziale Wertschätzung.²³¹

²²¹ Honneth 1994, S.149

²²² Kaletta 2008, S.21

²²³ Köhler; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.328

²²⁴ vgl. Gottweis; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 1997, S.342 ff.

²²⁵ alle Iber; In: Arndt, Müller 2004, S.106

²²⁶ ebenda, S.107

²²⁷ Köhler; In: Bonacker (Hrsg.) 2002, S.326

²²⁸ vgl. Honneth 1994, S.258 f.

²²⁹ ebenda, S.264

²³⁰ vgl. ebenda, S.264 f.

²³¹ vgl. Honneth 1994, S.259 f.

Honneth beschreibt die Konfliktursachen einerseits als individuelle Erfahrungen, die sich andererseits auf ein kollektives Gefüge auswirken. Bei einem sozialen Kampf handelt es sich somit um einen „praktischen Prozeß, in dem individuelle Erfahrungen von Mißachtung in einer Weise als typische Schlüsselerlebnisse einer ganzen Gruppe gedeutet werden, daß sie als handlungsleitende Motive in die kollektive Forderung nach erweiterten Anerkennungsbeziehungen einfließen können.“²³² Die Formierung von Konfliktakteuren ist somit situativ und nicht antagonistisch geprägt. Diese Herangehensweise hat besondere Bedeutung für die Beschäftigung mit politischen Konflikten. Ob nun Konflikt als Anerkennungskonflikte betrachtet wird oder nicht, festzuhalten gilt jedenfalls, dass die Erklärung von modernen Konfliktursachen nicht mehr rein auf klassischen Perspektiven aufbauen kann. Die Frage der Ursache von Konflikten, die unweigerlich zur Frage der Formierung von Konfliktparteien führt, wird von Honneth zwar durch soziale Unterschiede erklärt. Diese bilden sich jedoch um individuell widerfahrener Anerkennungsprozesse.

2.4.2 Strukturen und Austragungsformen moderner Konflikte

Konflikte treten in klassischen Ansätzen in verschiedener Ausprägung in Erscheinung. Neben der sichtbaren Austragungsform, sind es auch rumorende latente Konflikte, die behandelt werden. Einzig relevant für die Definition als Konflikt ist meist die Interessensdivergenz zwischen den Konfliktparteien. Alle anderen Merkmale dienen nur zur weiteren Einordnung. Diese offene Konfliktperspektive wird jedoch in modernen Konflikttheorien nicht immer geteilt.

Eine wesentliche Einschränkung des Konfliktbegriffs tritt bei Luhmann zu Tage. Er erkennt einen Konflikt erst als einen solchen an, wenn ein „Widerspruch kommuniziert wird“.²³³ Das bedeutet einerseits einen weiten Konfliktbegriff, da jeder Widerspruch bereits ein Konflikt ist. Es bedarf nicht mehr zweier Konfliktparteien, sondern es reichen bereits zwei widersprechende Aussagen für die Klassifikation als Konflikt aus.²³⁴ Andererseits ignoriert Luhmann dabei eine Vielzahl latenter Konflikte, die nicht geäußert werden, aber dennoch existieren. Der Vorteil dieser Definition liegt darin, dass sie „einen präzise und empirisch faßbaren Kommunikationsvorgang“²³⁵ beschreibt. Der bedeutende Unterschied zu anderen Konflikttheorien ist, dass bei Luhmann Konflikte „objektiv fast anlaßlos entstehen“²³⁶ können. Der Inhalt und die Akteure von Konflikten sind damit vorerst uninteressant, solange nur eine Erwartung und ein Widerspruch bestehen. Dieses Grundverständnis von Konflikten baut

²³² ebenda, S.260

²³³ Luhmann 1984, S.530

²³⁴ vgl. ebenda, S.530

²³⁵ ebenda, S.530

²³⁶ Luhmann 1984, S.532

Luhmann in die Konzeption der Systemtheorie ein, wenn er Konflikte als „soziale Systeme besonderer Art“²³⁷ beschreibt. Konflikte bilden jedoch kein autopoetisches Teilsystem, sondern existieren parasitär an verschiedenen Systemen. Konflikte treten dann auf, wenn doppelte Kontingenzverhältnisse negativ verlaufen,²³⁸ also entweder wenn Erwartungen, oder wenn Erwartungserwartungen widersprochen wird. Diese geringe Voraussetzung für die Entstehung von Konflikten macht diese zu einem Massenphänomen. Damit will Luhmann der Reduktion auf Klassen- und Machtkonflikten widersprechen.²³⁹ Ist der Inhalt für die Klassifikation als Konflikt irrelevant, so gilt Gleiches bei der Bestimmung der Konfliktentwicklung nicht mehr. Denn Konflikte intensivieren sich besonders, wenn sie Themen der Politik, des Rechts und der Moral behandeln. Diese Themen fordern einerseits Positionierung und gehen andererseits über individuelle Positionen hinaus; beides verschärft Konflikte.²⁴⁰ Diese Konflikte beanspruchen zwar besonders viel Aufmerksamkeit und Ressourcen des Gastgebersystems,²⁴¹ sie sind jedoch nicht als pathologisch anzusehen. Sie verlangen nicht nach der Aufhebung, sondern bloß nach der Bearbeitung. Diese erfolgt in der Form der „Konditionierung“, einerseits durch die „Einschränkung der Mittel“ und andererseits durch die „Erhöhung der Unsicherheit“ im jeweiligen System.²⁴² Eine Intensivierung und Konzentration erfahren Konflikte in sozialen Bewegungen, die sich selbstreferentiell bilden.²⁴³ Somit leitet Luhmann soziale Bewegungen - als moderne Konfliktparteien - über die Verbindung von Einzelkonflikten in sensiblen Bereichen ab. Ihre Aufgabe liegt in der „Artikulation von Unruhe, Kritik und Protest.“²⁴⁴ Anhand dieser Definitionsversuche wird deutlich, dass Kommunikation ein zentraler Begriff Luhmanns Theorie darstellt.²⁴⁵ Er richtet seine Theorie auf moderne Kommunikation aus, indem er ein eigenes System der Massenmedien entwickelt. Dieses beschreibt er eingehend in seinem Werk „Die Realität der Massenmedien. Luhmann kritisiert an einigen Stellen mehr oder weniger offensichtlich konflikttheoretische Annahmen. Beispielsweise lehnt er Konflikte als Klassen,- oder Machtkonflikt bei Marx und Weber ab, oder kritisiert die Ausrichtung auf Konsens bei Parsons und Habermas.²⁴⁶ Das Ergebnis seiner Kritik ist keine eigene Konflikttheorie. Dennoch lassen sich bei Luhmann relevante Veränderungen des Konfliktverständnisses feststellen. Eine betrifft die Konfliktakteure, die bei Luhmann vielfältig ausgestaltet sein können. Für seine Konfliktdefinition sind diese noch nicht relevant. Erst in der näheren Auseinandersetzung erkennt er aufkommende neue soziale Bewegungen als

²³⁷ ebenda, S.531

²³⁸ vgl. ebenda, S.531 f.

²³⁹ vgl. ebenda, S.534

²⁴⁰ vgl. ebenda, S.535

²⁴¹ vgl. ebenda, S.533

²⁴² alle ebenda, S.537 ff.

²⁴³ vgl. ebenda, S.545

²⁴⁴ ebenda, S.550

²⁴⁵ vgl. ebenda, S.191 ff.

²⁴⁶ vgl. Luhmann 1989, S.176

relevante Konfliktakteure an. Eine weitere Besonderheit Luhmanns Ansatz liegt in seinem Fokus auf (massenmedial vermittelte) Kommunikation. Dies macht Luhmanns Theorie für die Untersuchung sehr interessant. Dennoch soll darauf hingewiesen werden, dass die Einschränkung des Konflikts auf geäußerte Konflikte, der Realität politischer Konflikte nur bedingt näher kommt. Große Bereiche latenter Konflikte werden ignoriert, bestehende antagonistische Interessen werden, sofern sie sich nicht artikulieren, bei Luhmann noch nicht als Konflikt erfasst.

2.4.3 Ausrichtung und Funktion moderner Konflikte

Die angeführten klassischen Theoretiker - mit Ausnahme Simmel - beschreiben den Konflikt vorrangig als dissensuale soziale Beziehung. (Strittig bleibt dabei nur ihr dissoziativer Charakter.) Doch ist es fraglich, ob moderne Konflikte nicht ebenso auf Konsens ausgerichtet sein können.

Dahrendorf bezeichnet die stark institutionalisierte Form der Konfliktaustragung, wie den Korporatismus, als schädlichen Auswuchs der Bürokratisierung.²⁴⁷ Eben diese konsensorientierte Konfliktaustragung meint er nicht, wenn er vom Motor des sozialen Wandels spricht. Es kommt ihm mehr auf die „systematisch erzeugt[e] [...] Gegensatzbeziehung sozialer Gruppen“²⁴⁸ an. Der Dissens steht im Vordergrund, was durch seine starke Orientierung auf die Frage des Wandels zustande kommt. Moderne Ansätze zur Untersuchung des Konfliktphänomens nehmen konsensorientierte Formen des Konflikts wieder in den Blickwinkel. In Anlehnung an die Erweiterung in der Governanceforschung,²⁴⁹ könnte eine Fortführung der Theorie Dahrendorfs unter dem Motto „bringing the consensus back in“ verstanden werden.

Als berühmtes Beispiel kann hier Habermas' „Theorie Kommunikativen Handelns“ angeführt werden. Diese kann als „Diskurstheorie“, als „Demokratiethorie“ und als „kritische Theorie“²⁵⁰ verstanden werden. Somit ist sie auf mehrfache Weise für die Konflikttheorie relevant. Die wichtigste Annahme Habermas' ist, dass die Sprache „einen Modus der Vergesellschaftung von freien und gleichberechtigten Personen“²⁵¹ birgt. Habermas erkennt dabei zwei Arten von Kommunikation: das Kommunikative Handeln und den Diskurs.²⁵² Während erstere Form sich an der „Konformität gegenüber gemeinsam geteilten Normen“²⁵³ orientiert, geht es in der zweiten Ausprägung von Kommunikation, dem Diskurs, gerade

²⁴⁷ vgl. Dahrendorf 1992, S.246 f.

²⁴⁸ Dahrendorf 1957, S.203

²⁴⁹ siehe Evans u.a. 1985

²⁵⁰ alle Jäger, Baltes-Schmitt 2003, S.70

²⁵¹ Münch 2004, S.267

²⁵² vgl. Jäger, Baltes-Schmitt 2003, S.76

²⁵³ Münch 2004, S.270 f.

darum, diese in Frage zu stellen. Der Diskurs, als Reparaturmechanismus von Kommunikation, kann als rationale Konfliktarena gesehen werden. Konflikte entstehen, ähnlich wie bei Luhmann durch einen Widerspruch wechselseitiger kommunikativer Akte. Dabei werden Zweifel in dreifacher Weise analytisch getrennt. Der Zweifel an der Wahrheit, der Wahrhaftigkeit und der Richtigkeit.²⁵⁴ Die Bearbeitung von Konflikten folgt bei Habermas nicht mehr der Logik des Kampfes oder der Konkurrenz, denn er wird nicht mehr dissensual ausgetragen. Vielmehr handelt es sich bei Diskursen um konsensorientierte Formen rationaler Konflikte. Sie sind insofern rational, indem begründete Argumente und nicht Machtdifferenzen im Mittelpunkt stehen.²⁵⁵ Die demokratietheoretische Perspektive äußert sich bei Habermas im Konzept moderner Öffentlichkeit. Hier stößt man auf den Begriff der „deliberativen Politik“,²⁵⁶ der in der weiteren Auseinandersetzung noch beschäftigen wird. In Habermas' Öffentlichkeitstheorie spielen Medien eine zentrale Rolle, welche das sein kann, ist jedoch nicht ganz klar ersichtlich. Behindern sie in seiner Analyse des Strukturwandels der Öffentlichkeit noch die nicht vermachtete Konsensbildung, so erkennt er in späteren Beiträgen durchwegs ein kritisches Potential der Massenmedien an.²⁵⁷

Habermas' Theorie ist somit auf vierfacher Weise interessant. Erstens entwickelt Habermas eine normative Theorie, in der verständigungsorientiertes kommunikatives Handeln (welches den Konsens anstrebt) im Zentrum steht.²⁵⁸ Im Gegensatz zu klassischen Perspektiven sind Konflikte nun keine Machtkonflikte mehr, sondern rationale konsensuale Konflikte. Zweitens erkennt Habermas, ähnlich Luhmann, dass „Kommunikation der elementare Prozess ist, in dem sich die Reproduktion der Gesellschaft vollzieht.“²⁵⁹ Drittens erlangen Massenmedien in diesem Prozess eine bedeutende Rolle. Viertens setzte er sich im Konzept der deliberativen Demokratie mit dem Zusammenhang von Kommunikation, Konflikt und Demokratie auseinander.

²⁵⁴ vgl. ebenda, S.268

²⁵⁵ vgl. ebenda, S.270

²⁵⁶ Jäger, Baltes-Schmitt 2003, S.80

²⁵⁷ vgl. Münch 2004, S.263

²⁵⁸ vgl. Jäger, Baltes-Schmitt 2003, S.86

²⁵⁹ Münch 2004, S.12

3 Politische Konflikte

Konflikte wurden bisher allgemein als soziale Konflikte beschrieben. In dieser Arbeit interessieren jedoch nur politische Konflikte, die einige Besonderheiten aufweisen. Wurden bisher bloß Hinweise auf eine Konzeption politischer Konflikte gegeben, beschäftigt sich dieses Kapitel eingehend mit dem Phänomen des politischen Konflikts. Der politische Konflikt, als „eine rationalisierte Form des Kampfes um soziale Vorherrschaft“,²⁶⁰ unterscheidet sich in vielen Bereichen von anderen Konfliktformen. Im Weiteren können nur jene Merkmale angeführt werden, die für die Arbeit relevant sind und die am Ende ein konkretes Bild davon ergeben, woraus politische Konflikte entstehen, welche politische Funktion sie erfüllen und in welcher Form sie in Erscheinung treten. Dabei bewegt sich die Konzeption politischer Konflikte in verschiedenen Forschungsfeldern (Bsp.: Kultur-, Demokratie-, Koalitionstheorien, etc.). Trotz dieser breiten Theoretisierung, ist hier nur ein eingeschränkter Einblick in das komplexe Phänomen möglich. Die Beschreibungen orientierten sich zu Beginn noch an einem weiten Konfliktbegriff, werden im Verlauf jedoch auf Koalitionskonflikte eingengt.

3.1 Politische Konfliktkultur

Der Begriff der politischen Kultur ist ein sehr breiter, er findet bei Fragen der internationalen Politik, bis hin zu individuellen Ansätzen Anwendung.²⁶¹ Ebenso spielt er im Kontext des politischen Konflikts eine wesentliche Rolle. Der Begriff der politischen Kultur kann bei „psychisch verankerten Orientierungen gegenüber politischen Objekten“ ansetzen, welche sich in „Institutionen des politischen Systems niederschlagen.“²⁶² In diesem „verfahrenstechnischen Sinn“ erscheinen Fragen der politischen Kultur vor allem im Kontext „der Modalitäten zur Ausagierung von Konflikten“²⁶³ als relevant. Somit ist der Konflikt ein wichtiges Element politischer Kultur. Das Forschungsfeld der politischen Kultur bleibt jedoch auf Einstellungen beschränkt, tatsächliches (Konflikt-) Verhalten interessiert dabei nicht.²⁶⁴ Ebenso werden im Konzept der politischen Kultur bloß „bewußtseinsprägende, grundsätzliche Orientierungsmuster“ und nicht etwa „massenmedial induzierte Stimmungsschwankungen“²⁶⁵ behandelt. Somit wird unter politischer Konfliktkultur eine Struktur verstanden, die das politische System maßgeblich prägt. Diese wird bei Sarcinelli als „Streitkultur“ bezeichnet.²⁶⁶ Alltagssprachlich ist mit der Streitkultur eine Kultivierung des

²⁶⁰ Mannheim 1995, S.35

²⁶¹ vgl. Salzborn; In: Salzborn (Hrsg.) 2009, S.7 ff.

²⁶² bds. Bopp-Schmehl 1977, S.93

²⁶³ bds. Salzborn; In: Salzborn (Hrsg.) 2009, S.7 f.

²⁶⁴ vgl. Greiffenhagen; In: Salzborn (Hrsg.) 2009, S.22

²⁶⁵ bds. Plasser, Ulram 2002, S.16

²⁶⁶ vgl. Sarcinelli; In Sarcinelli (Hrsg.) 1990a, S.11 ff.

Streites, gemäß normativer Vorgaben gemeint.²⁶⁷ Der Kulturbegriff ist somit mit der Einhegung des Konflikts verbunden. Diese wird durch zwei Extreme abgesteckt, einerseits darf der politische Konflikt nicht Selbstzweck werden (er muss somit auf den Konsens, oder zumindest auf seine Bearbeitung ausgerichtet sein), andererseits widersprechen ideologische Harmoniepostulate ebenso einer demokratischen Konfliktkultur.²⁶⁸ Die normative Prägung der Streitkultur ergibt sich letztlich aus seiner demokratischen Relevanz. Streitkultur wird vor allem dann zur Unkultur, wenn die Menschenwürde, das Gewaltenmonopol, oder demokratische Grundkonsense in Frage gestellt werden.²⁶⁹ Die Voraussetzungen einer modernen politischen Konfliktkultur sind somit äußerst anspruchsvoll.

Konkrete Aussagen, was nun unter dem Begriff der Streitkultur verstanden werden kann, sind schwierig zu treffen. Dies liegt vor allem an seiner „mangelnden Präzision“,²⁷⁰ die verschiedene Ausdeutungen zulässt. Eine explizite Ausgestaltung des Begriffs der Konfliktkultur wurde in der Gegenüberstellung von einer konsensorientierten und einer konfliktorientierten politischen Kultur vorgenommen. Die hierbei verwendeten Begriffe sind die der Konflikt-, bzw. Konkurrenzdemokratie und der Konsens-, bzw. Konkordanzdemokratie.²⁷¹ Diese Begriffe umschreiben jeweils eine idealtypische politische Kultur, die verschiedene Charakteristiken umfassen.

Der Unterschied zwischen den zwei Beispielen politischer Streitkultur liegt nicht in der Möglichkeit, oder der Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Konflikten, sondern in der Art, wie Konflikte bearbeitet werden. So werden die Konflikte der Konkordanzdemokratie vor allem durch Verhandlung, Kompromiss und Ämterproporz gelöst.²⁷² Die für die politische Kultur relevante Struktur der „Konkordanzdemokratie kann damit als ein Elitenkartell gedeutet werden, in dem alle wesentlichen Parteiakteure auch durch Ämterpatronage einbezogen sind“²⁷³ „Konkordanz [...] bedeutet Beteiligung aller Elitegruppen an der Herrschaft, bedeutet Reduzierung der Konflikte zwischen den Eliten und damit auch Reduzierung der den Nicht-Eliten offenstehenden Möglichkeiten, die Elite zu beeinflussen.“²⁷⁴ Dies bedeutet somit nicht, dass Konflikte in der Konkordanzdemokratie verloren gehen. Sie werden jedoch von dominanten Strukturen überlagert. Als bedeutendste Strukturen können in Österreich lange Zeit die, auf Verbände aufbauende Sozialpartnerschaft²⁷⁵ und das parteipolitische „Proporzsystem“²⁷⁶ hervorgehoben werden.

²⁶⁷ vgl. Sarcinelli; In: Sarcinelli (Hrsg.) 1990b, S.31

²⁶⁸ vgl. ebenda, S.50

²⁶⁹ vgl. ebenda, S.36 f.

²⁷⁰ Oberreuter; In: Sarcinelli (Hrsg.) 1990, S.84

²⁷¹ vgl. Pelinka, Plasser, Meixner; In: Pelinka, Plasser, Meixner (Hrsg.) 2000, S.439 ff.

²⁷² vgl. Schultze; In: Nohlen, Schultze (Hrsg.) 2002, S.432

²⁷³ Holtkamp 2006, S.643

²⁷⁴ Pelinka 1974, S.83

²⁷⁵ vgl. ebenda, S.80 ff.

Die Konkurrenzdemokratie baut ihrerseits nicht auf Verbändeoperation, sondern auf dem politischen Konfliktverhältnis auf, welches aus dem „durch den Parlamentarismus vermittelten Zwang zu kompetitiven Verhalten“²⁷⁷ resultiert. Konflikte werden hier nicht mehr konsensual, sondern mittels Mehrheitsprinzip gelöst.²⁷⁸ Somit ist ein starker Parteienwettbewerb ein Anzeichen für eine konfliktorientierte Streitkultur, im Sinne der „Mehrheitsdemokratie“.²⁷⁹

Gerade nach dem Regierungswechsel 2000 kam es zu einer angeregten Diskussion um die politische Kultur in Österreich. Pelinka, Plasser und Meixner fassen in einem umfassenden Sammelband Entwicklungen des österreichischen politischen Systems zusammen und versuchen einen Ausblick für die Entwicklung nach dem Regierungswechsel zu generieren.²⁸⁰ Dabei stellen sie einen Wechsel der politischen Kultur fest, den sie auf verschiedene Indikatoren zurückführen (Bsp.: tripolarer intensivierter Parteienwettbewerb, Blockbildung und zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, Bedeutungszunahme des Parlaments, Bedeutungsverlust der Sozialpartnerschaft).²⁸¹ Daraus ziehen die Autoren jedoch nicht den Schluss, dass sich das österreichische politische System nun als Konkurrenzdemokratie neu konstituiert. Vielmehr zeichnet sich die Entwicklung durch das „*Fehlen* einer eindeutig zu bestimmenden politischen Kultur“ aus, was die „*Labilität* des politischen Systems“²⁸² unterstreicht. Plasser und Ulram zeigen 2002 die Widersprüchlichkeit der politischen Kultur erneut auf, indem sie nicht nur Strukturen sondern auch „subjektive Orientierungsmuster“²⁸³ miteinbeziehen. So kann man weiterhin von keinem Kulturbruch, weg von der Konsens-, hin zur Konfliktorientierung sprechen. „Der Verschärfung des politischen Wettbewerbs und der erhöhten Konfliktintensität auf Elitenebene steht eine politische Alltagskultur gegenüber, die sich weiterhin durch differenzierte Konsensorientierung, wie sektorale Akzeptanz der demokratischen Konfliktlogik auszeichnet.“²⁸⁴ So kann festgestellt werden, dass die konsensuale Austragung von Konflikten, im Sinne der politischen Kultur einer Konkordanzdemokratie abnimmt. Öffentliche Austragung von Konflikten gewinnt hingegen an Bedeutung. Dennoch kann noch kein eindeutiger Wandel hin zur Streitkultur, im Sinne einer Konkurrenzdemokratie erkannt werden.

²⁷⁶ Holtkamp 2006, S.643

²⁷⁷ Pelinka 1974, S.83

²⁷⁸ vgl. Schmidt 2000, S.328

²⁷⁹ vgl. Abromeit 1989, S.166 ff.

²⁸⁰ vgl. Pelinka, Plasser, Meixner (Hrsg.) 2000

²⁸¹ vgl. Pelinka, Plasser, Meixner; In: Pelinka, Plasser, Meixner (Hrsg.) 2000, S.440 f.

²⁸² bds. ebenda, S.444 f.; Anm.: Hervorhebung i.O.

²⁸³ Plasser, Ulram 2002, S.18

²⁸⁴ ebenda, S.150

3.2 Politische Konfliktursachen

Bisher wurden Ursachen gesellschaftlicher Konflikte diskutiert. In diesem Kapitel sollen konkrete Ansätze zur Herausbildung politischer Konflikte gegenübergestellt werden. Die Frage ist hierbei, worauf politische Konflikte basieren. Als Makro-Ansatz wird zuerst die Ideologie zur Erklärung politischer Konflikte herangezogen. Ebenso sollen soziokulturelle Strukturen, wie die des Cleavage-Modells, als Konfliktursache geprüft werden. Zuletzt wird die Rolle von Strategien in der Bildung von Konflikten diskutiert.

3.2.1 Konflikt und Ideologie

Die Ideologie, als Erklärungsansatz für die Entstehung von Konflikten, zeichnet ein ambivalentes Bild. Ideologien sind nur für einen kleinen Anteil aller Konflikte relevant. Jedoch sind gerade diese für politische Phänomene im besonderen Maße interessant. Dies liegt daran, dass es Ziel jeder Ideologie ist, „sich für Werte einzusetzen, sie im Sozialleben und in der gesellschaftlich-politischen Gestaltung gebracht oder erhalten werden sollen“.²⁸⁵ Da diese Wertkonflikte eine zentrale Rolle im modernen Parteienwettbewerb spielen,²⁸⁶ kann auch von einer großen Bedeutung von Ideologien ausgegangen werden. So sollen diese auch die Ausgangsbasis der Diskussion um politische Konfliktursachen bilden.

Die Zuschreibung der Ideologie als Konfliktursache kann vor allem in der internationalen Politik gefunden werden. Hier prägte der Kalte Krieg lange Zeit das Bild eines ideologischen Konflikts, dessen Ende jedoch bereits Mitte der 50er Jahre vorhergesagt wurde.²⁸⁷ Parallel dazu wurde die Verbindung von Ideologie und Konflikt, auch in Terrorismusphänomenen erkannt. So finden in diesem Kontext der „ideologisch- weltanschauliche Terrorismus“ (Bsp.: RAF), sowie vor allem nach 2001 der „ideologisch-religiöse Terrorismus“²⁸⁸ (Bsp.: Dschihadismus) Erwähnung. Ideologische Konflikte spielen aber auch in der österreichischen Politik eine Rolle. So können bis in die 90er Jahre Polarisierungen entlang ideologischer Deutungsmuster der österreichischen Weltanschauungsparteien als Basis des Großteils der Wahlentscheidungen erkannt werden.²⁸⁹ Auch wenn diese Bedeutung von Ideologien weitgehend verloren ging, so spielen ideologisch geleitete Konflikte vor allem in der tagespolitischen Auseinandersetzung immer noch eine große Rolle.²⁹⁰ Verschieden Konfliktparteien (seien es Staaten, Gruppierungen, oder Parteien) berufen sich somit häufig auf ein ideologisches Substrat, wenn sie in Konflikt geraten. Dies verlangt eine genauere

²⁸⁵ Henkel 1973, S.16

²⁸⁶ vgl. Niedermayer; In: Gabriel, Kropp (Hrsg.) 2008, S.377

²⁸⁷ Giesen; In: Giesen (Hrsg.) 2004, S.9

²⁸⁸ Woyke (Hrsg.) 2008, S.250

²⁸⁹ vgl. Plasser, Ulram; In: Niedermayer u.a. (Hrsg.) 2006, S.366

²⁹⁰ vgl. ebenda, S.369

Betrachtung des Ideologiebegriffs, um dessen Rolle im Kontext politischer Konflikte besser einschätzen zu können.

Gleich dem diskutierten Begriff der politischen Kultur, kann auch der Ideologiebegriff hier nur angerissen werden, da er ebenso vieldeutig zu sein scheint.²⁹¹ Eine umfangreiche Auseinandersetzung würde somit den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Ideologie kann grob als „Menge von Ideen [verstanden werden], mit denen Mittel und Zielvorgaben organisierter gesellschaftlicher Aktivitäten postuliert, erklärt und gerechtfertigt werden.“²⁹² Ideologie ist in diesem Sinne für die „Produktion von Ideen, Überzeugungen und Werten des gesellschaftlichen Lebens“²⁹³ verantwortlich. Selbstverständlich gibt es darüber hinaus noch viele verschiedene widersprechende Ideologiebegriffe. Diese reichen von positiven Zuschreibungen als identitätsstiftende soziale Notwendigkeit, bis hin zu kritischen Betrachtungen als reines Mittel zur Legitimation von Macht und als falsche bzw. verzerrte Vorstellung.²⁹⁴ Für die weitere Betrachtung reicht jedoch die Arbeitsdefinition von Ideologien als Konvolut von kollektiv geteilten Überzeugungen und Werten aus. Ideologien sind damit mehr als bloße Interessen und weniger als allumfassende Weltanschauungen.²⁹⁵ Geraten Ideologien in Konflikt, so werden weder grundsätzliche Denkweisen noch triviale Bedürfnisse, sondern vor allem die Bedingungen der Reproduktion gesellschaftlicher Macht zum Streitobjekt.²⁹⁶ Dies äußert sich jedoch manchmal bereits bei recht trivialen tagespolitischen Diskussionen. Somit ist die Wirkung von Ideologien auf politische Konflikte vielfältig möglich. „Indem die Menschen sich einem vereinfachten Interpretationsraster anvertrauen, legen sie sich Maßstäbe zurecht, mit denen sie auch politische Streitfragen beurteilen können, für die ihr eigener Alltag keine Kriterien hergibt.“²⁹⁷ Die primäre Funktion von Ideologien, als „Leitbild einer Gruppe“²⁹⁸ ist somit die Orientierung. „Ideologien helfen einerseits, soziale Gruppierungen zu >Bewegungen< zu formieren und definieren die Zielsetzungen, um derentwillen die Parteien gegründet werden, die ihren Ursprung außerhalb des Parlamentes haben. [...] Andererseits liefern Ideologien den Parteien, die innerhalb eines Parlamentes aus *factions* entstehen, jene Gesellschaftsentwürfe, die ihnen eine Richtschnur dafür geben, welche sozialen Gruppierungen sie als Anhänger außerhalb des Parlaments ansprechen können.“²⁹⁹ Ideologie besteht jedoch nicht für sich alleine, sondern sie konkurriert in pluralistischen Gesellschaften immer mit anderen, die einen

²⁹¹ vgl. Mannheim 1995, S.53

²⁹² Seliger 1976; zit.n. Giesen; In: Giesen (Hrsg.) 2004, S.10

²⁹³ Eagleton 1993, S.38

²⁹⁴ vgl. ebenda, S.7 ff.

²⁹⁵ vgl. ebenda, S.17 ff.

²⁹⁶ vgl. ebenda, S.39

²⁹⁷ Prätorius; In: Sarcinelli (Hrsg.) 1990, S.68

²⁹⁸ Henkel 1973, S.11

²⁹⁹ Efff 2006, S.74; Anm.: Hervorhebung i.O.

ähnlichen Orientierungsanspruch aufweisen.³⁰⁰ Es können grob verschiedene politisch relevante Ideologien unterschieden werden. Differenzierungen umfassen etwa Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus/Kommunismus, Nationalismus und Christdemokratie, sowie ein Vielzahl weiterer handlungsleitender politischer Ideen, wie Feminismus, Ökologismus und religiöser Fundamentalismus.³⁰¹ Mit ihnen gehen unterschiedliche „Weltbilder, Menschenbilder und gesellschaftliche Leitvorstellungen“³⁰² einher. Der Konflikt dieser Ideologien prägte vor allem das 18., 19. und 20. Jahrhundert und tritt auch in veränderter Form in aktuellen Parteikonflikten zu Tage.³⁰³ Bereits in der Zwischenkriegszeit bildeten sich die „ideologischen Orientierungslager“³⁰⁴ heraus, die zur Fragmentierung und Polarisierung der Gesellschaft führten. Somit kann die Konkurrenz von Ideologien, als *eine* (hinc!) Grundlage politischer Konflikte angesehen werden.

Die Verbindung von Konflikten und Ideologie wird jedoch häufig konträr interpretiert. Ideologie kann nicht nur zum Auslösen, sondern auch zur Unterdrückung von Konflikten beitragen.³⁰⁵ Dies betrifft im besonderen Maße totalitäre Ideologien,³⁰⁶ die jedoch in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden. Eine zweite abweichende Interpretation betrachtet Ideologie ebenso als „politisches Instrument“,³⁰⁷ jedoch wird hierbei nicht der Missbrauch, sondern die strategische Anwendung von ideologischen Abkürzungen, zum Zweck der Komplexitätsreduktion, unterstrichen. Der Konflikt um eine politische Reform wird somit zum ideellen Konflikt transformiert.³⁰⁸ Auf diese Perspektive wird noch genauer eingegangen. Diesen Ansatz außer Acht gelassen, bleibt immer noch eine dritte widersprechende Interpretation. So wird aus einer weiteren Perspektive nicht die ideologische Polarisierung als Grundlage für den politischen Konflikt betrachtet, sondern umgekehrt, die Ideologie auf Konflikte zurückgeführt. Denn Ideologie bezieht sich, will sie nicht als Utopie existieren, auf gesellschaftlich reale Bedingungen.³⁰⁹ Somit leitet sie sich von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen - wie etwa sozialen Konflikten - ab. Die konstituierende Strukturtatsache der Gesellschaft wird damit in Konflikten verortet, da nur vor deren Hintergrund Ideologien entstehen können.³¹⁰ Aus dieser Annahme entstand in den 60ern des vergangenen Jahrhunderts eine Theorie, welche die Institutionalisierung politischer Konflikte entlang Konfliktlinien erkannte. Diese soll im Folgenden behandelt werden.

³⁰⁰ vgl. Henkel 1973, S.18

³⁰¹ vgl. Arzheimer; In: Kaina, Römmele (Hrsg.) 2009, S.91

³⁰² Efff 2006, S.60

³⁰³ vgl. Nonn 2007, S.129

³⁰⁴ Plasser, Ulram 2002, S.19

³⁰⁵ vgl. Eagleton 1993, S.12

³⁰⁶ vgl. Henkel 1973, S.18

³⁰⁷ Buchholz 1968, S.5

³⁰⁸ vgl. Bandelow, Schade; In: Schroeder, Paquet (Hrsg.) 2009, S.71 ff.

³⁰⁹ vgl. Henkel 1973, S.15 f.

³¹⁰ vgl. Buchholz 1968, S.33 ff.

3.2.2 Konflikt und soziokulturelle Struktur

Das Cleavage-Modell ist ein besonders populärer Ansatz, der versucht die Formierung und Institutionalisierung politischer Parteien anhand nur weniger zentraler Konfliktlinien zu erklären.³¹¹ Der Begriff des Cleavage kann dabei sowohl als „Spannungslinie“, als auch als „Spaltung“ interpretiert werden.³¹² Ein Cleavage kann jedoch bereits selbst als „dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“³¹³ verstanden werden. Daran wird deutlich, dass nicht nur ein Konzept auf den Begriff der Cleavages beruht, sondern sich seit den 60ern des vergangenen Jahrhunderts verschiedene Autoren darauf beziehen. Die Konzepte der Cleavage-Theorie umfassen verschiedene Variablen (Werte, Ideologien, soziodemographische Merkmale), die mit politischem Verhalten in Verbindung gesetzt werden.³¹⁴ Die Konfliktlinien, welche Lipset und Rokkan in der Analyse berücksichtigen, können mit vier jeweils konfligierenden Begriffspaaren erfasst werden (Zentrum / Peripherie; Kirche / Staat; Landwirtschaft / Industrie; Eigentümer / Arbeiter).³¹⁵ Lipset merkt jedoch selbst an, dass diese Konfliktlinien in modernen Demokratien von mehreren thematisch orientierten Konflikten begleitet werden.³¹⁶ Obwohl die soziale und die religiöse Spannungslinie an Bedeutung verliert, bedeutet dies nicht, dass sich politische Konflikte nicht mehr an diesen orientieren.³¹⁷ Phänomene, wie die abnehmende Parteibindung und die Veränderung traditioneller Konfliktlinien können zwar als Herausforderung des Cleavage-Modells betrachtet werden,³¹⁸ dennoch können zentrale Konfliktlinien immer noch erkannt werden.³¹⁹

Die Anwendung des Analyseschemas ergibt große Länderunterschiede.³²⁰ In Österreich besteht das Konfliktmuster der 50er, 60er Jahre vor allem aus drei Konfliktlinien. Plasser und Ulram erkennen hier eine konfessionelle, eine wohlfahrtsstaatliche und eine österreichnationale, bzw. deutschnationale Spannungslinie, neben den klassischen Zentrum - Peripherie und Stadt - Land Konfliktachsen. Nach diesen Konfliktlinien differenzierten sich vor allem die beiden Großparteien, die SPÖ und ÖVP, heraus.³²¹ Obwohl all diese Konfliktlinien an Bedeutung verloren haben und sich neue herausgebildet haben, können

³¹¹ vgl. Lipset, Rokkan 1967

³¹² vgl. Efff 2006, S.46

³¹³ Pappi 1977, S.195

³¹⁴ vgl. Efff 2006, S.48

³¹⁵ vgl. Lipset; In: Karvonen, Kuhnle (Hrsg.)2001, S.6

³¹⁶ vgl. ebenda, S.7

³¹⁷ vgl. Efff 2006, S.29 ff.

³¹⁸ vgl. Allardt; In: Karvonen, Kuhnle (Hrsg.)2001, S.26

³¹⁹ vgl. Lipset; In: Karvonen, Kuhnle (Hrsg.)2001, S.9

³²⁰ vgl. Efff 2006, S.44

³²¹ Plasser, Ulram; In: Pelinka, Plasser, Meixner (Hrsg.) 2000, S.170

weiterhin Orientierungen, im Besonderen anhand sozialer und konfessioneller Spaltungslinien erkannt werden.³²²

Politische Konflikte können somit gemäß der Cleavage-Theorie auf Grundspannungslinien zurückgeführt werden. Diese stehen nicht nur mit Sozialstrukturen, sondern auch mit politischer Ideologie in Verbindung.³²³ Moderne „catch-all partys“ zeichnen sich jedoch dadurch aus, dass sie sowohl ideologische Ausrichtungen, als auch die Bindung an eine spezielle soziale Schicht zu überwinden versuchen.³²⁴ Somit gehen moderne politische Konflikte häufig über eine Rückführbarkeit auf Ideologie und Milieu hinaus. Als dritte Einflussgröße auf den Konflikt werden im nächsten Kapitel politische Strategien herangezogen.

3.2.3 Konflikt und Strategie

Das Forschungsfeld der politischen Strategien ist aktuell gering ausgeprägt.³²⁵ Eine Ausnahme bildet dabei das besonders heikle Thema der medialen Inszenierung von Politik, welches im 4.Kapitel näher behandelt wird. Will man die Ursachen von Konflikten hinterfragen, so müssen jedoch politische Strategien berücksichtigt werden, denn nicht jeder Konflikt resultiert aus ideologischen, oder strukturellen Gegebenheiten. Die bewusste Inszenierung von Konflikten spielt in diesem Zusammenhang eine nicht unbedeutende Rolle. So kann der Konflikt als eines der zentralen Basis-Kalküle der Politik betrachtet werden, aus denen sich Strategien komplementär zusammensetzen.³²⁶

Strategien sind ein wichtiger Bestandteil politischen Handelns. „Es ist nicht so, dass Strategie in der Politik jederzeit anzutreffen wäre, aber sie stellt eine Dimension politischen Handelns dar, die immer abgefragt werden kann.“³²⁷ Innenpolitische Strategieanalyse stützt sich dabei größtenteils auf Annahmen der Rational Choice Theorie, die durch externe Zuschreibungen und Reduktion, in ihren Erklärungsmöglichkeiten stark eingeschränkt scheint.³²⁸ Will man nun Strategien, als Grundlage der Inszenierung von Konflikten verstehen, so bedarf es der Kenntnis über politische Ziele, denn strategisches Handeln ist stets zweckrationales, und damit zielgerichtetes Handeln.³²⁹ Bei der Auswahl von Parteizielen geht es nicht darum Kompromisse zu schließen, sondern viel eher um eine

³²² vgl. Plasser, Ulram; In: Pelinka, Plasser, Meixner (Hrsg.) 2000, S.181 ff.

³²³ vgl. Elff 2006, S.73 f.

³²⁴ vgl. Ladner 2004, S.287

³²⁵ vgl. Raschke, Tils; In: Raschke, Tils (Hrsg.) 2010b, S.360

³²⁶ vgl. Raschke, Tils 2007, S.267 f.

³²⁷ Raschke, Tils; In: Raschke, Tils (Hrsg.) 2010a, S.11

³²⁸ vgl. Raschke, Tils; In: Raschke, Tils (Hrsg.) 2010b, S.372 ff.

³²⁹ vgl. ebenda, S.363 f.

Abwägung angestrebter Ziele.³³⁰ Denn politische Strategie kann definiert werden als „plan of action, including developing ideas on managing public policy formation as a means to achieve (more or less) specified goals“.³³¹ Die wohl bekannteste Systematisierung von Parteizielen umfasst die Begriffe des „office-seeking“, des „policy-seeking“ und des „vote-seeking“.³³² Ein hohes Ziel „office-seeking“ orientierter Parteien ist die Besetzung von politischen Ämtern. Politische Strategien können sich somit an der Maximierung von Ämtern ausrichten.³³³ Diese im besonderen Maße durch spieltheoretische Überlegungen geprägte Annahme wird durch policy-seeking-Ziele erweitert.³³⁴ Parteien die sich auf policy-seeking ausrichten, versuchen möglichst viel ihrer Politik umzusetzen. So steht nicht die Besetzung der Ämter, sondern die Umsetzung von Inhalte im Zentrum von Strategien.³³⁵ Ähnlich der office-seeking-Ziele, können sich auch hinter policy-seeking-Zielen verschiedene Motive verbergen.³³⁶ Als dritte Zieldimension kann die Maximierung der Wählerstimmen, als Basismotiv herangezogen werden.³³⁷ Diese kann jedoch bloß als instrumentelles Ziel angesehen werden, auf dem entweder office- oder policy-seeking-Ziele aufbauen.³³⁸ Hinter den verschiedenen strategischen Zielen können sich weitere Motive verbergen. Diesbezüglich kann hier jedoch, aufgrund des Umfangs dieses Themas, nicht weiter in die Tiefe gegangen werden.

Konflikte können somit Instrument einer strategischen Ausrichtung sein. Beispielsweise führt Luhmann politische Konflikte zwischen Regierung und Opposition nicht auf parteipolitische Gründe zurück, sondern behandelt sie als inszenierte „Verbalkonflikte“. Ziel dieser Konflikte ist es, zu irritieren und zu sensibilisieren.³³⁹ Somit werden Konflikte unter anderem auch gezielt gesetzt. Schelling geht noch weiter, indem er strategisches Handeln, etwa in der Form des „bargaining“, stets als Bestandteil aller Konfliktsituationen betrachtet.³⁴⁰ Ebenso sieht Downs in seiner Annahme des „median voter“, dass Parteien sich immer weiter an ihre Wähler anpassen und somit an Konturen verlieren.³⁴¹ Konflikte können dann nicht mehr aus ideologischen Differenzen, oder aufgrund soziokultureller Unterschiede entstehen, da diese nicht mehr von Parteien reflektiert werden. Konflikte dienen, dieser Annahme folgend, nur noch als strategisches Instrument.

³³⁰ vgl. Strøm, Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1999, S.1

³³¹ Keman; In: Raschke, Tils (Hrsg.) 2010, S.183

³³² vgl. Müller, Strøm (Hrsg.) 1999

³³³ vgl. Riker 1962

³³⁴ vgl. Strøm, Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1999, S.7

³³⁵ vgl. De Swaan 1973

³³⁶ vgl. Strøm, Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1999, S.8

³³⁷ vgl. Downs 1957

³³⁸ vgl. Strøm, Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1999, S.9

³³⁹ vgl. Luhmann 1989; zit.n. Czerwick 2008, S.109

³⁴⁰ vgl. Schelling 1963; zit.n. Bopp-Schmehl 1977, S.50 f.

³⁴¹ vgl. Downs 1957

Eine strategische Instrumentalisierung von Konflikten könnte sich am Prinzip der „positive[n] Differenzbildung gegenüber Konkurrenten“³⁴² orientieren. Die Inszenierung latenter Konfliktsituation, in gesteigerter Form etwa als Hochstilisieren von Duellen, oder nach dem Schema „alle gegen einen“, kann somit mit strategischen Kalkülen erklärt werden. Mittels Konflikt, als direkte Konfrontation, werden „Vorteile aus Handlungen [angestrebt], die Unvereinbarkeit von Interessen, Werten, Ziele sichtbar machen und auf Nicht-Kooperation zielen.“³⁴³ Konflikte können somit aus strategischem Verhalten resultieren, welches entweder darauf abzielt eine langfristige Konkurrenz zu (re)produzieren, oder versucht direkt aus der Konfrontation Nutzen zu ziehen. Als Motive können beispielsweise die Abgrenzung, als Positionierung in der Parteikonkurrenz, oder aber auch die Hoffnung auf politische Vorteile, etwa in Wahlsituationen, erkannt werden.

Die Diagnose strategischer Konflikte zielt jedoch nur auf ein bestimmtes Parteibild ab, welches bereits mit Vorannahmen verbunden ist. Somit wird von der Partei als rationalen Akteur ausgegangen.³⁴⁴ Diese Vorannahme ist bereits eine sehr anspruchsvolle, da Parteien keine einheitlichen Akteure sind.³⁴⁵ Sie setzen sich aus Akteuren mit unterschiedlichen föderalen, oder berufsständischen Hintergründen zusammen. Zweitens orientiert sich das Parteibild an dem Idealtypus der „Allerweltpartei“³⁴⁶, welche sich, kaum noch an das ideologische Erbe gebunden, situativ an Strategien orientiert. Dies lässt den Verdacht des Opportunismus entstehen. Dementsprechend würden Parteien nicht vor dem Mittel der Täuschung, Verzerrung, oder Verschleierung zurückschrecken, um ihr Eigeninteresse zu verfolgen.³⁴⁷ Dies scheint jedoch eine ziemlich düstere Ansicht zu sein. Darüber hinaus ist ein reiner Opportunismus als Konfliktursache eher unwahrscheinlich, denn „Opportunismus schließt Ideologie nicht aus.“³⁴⁸ Vielmehr scheint die Verbindung einer ideologischen Basis, einer soziokulturellen Bindung und einer strategischen Ausrichtung, der Realität politischer Konflikte nahe zu kommen. Dies soll im Anschluss kurz erläutert werden.

3.2.4 Konflikt zwischen Ideologie, soziokultureller Struktur und Strategie

Wie bereits angeführt, kann nur aus einer vermischten Perspektive, der Ursprung politischer Konflikte beschrieben werden. Sowohl Ideologien und Gesellschaftsstrukturen, als auch Strategien müssen zur Klärung herangezogen werden. Daraus ergibt sich ein umfassendes

³⁴² Raschke, Tils 2007, S.267

³⁴³ ebenda, S.268

³⁴⁴ vgl. Strøm, Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1999, S.5 ff.

³⁴⁵ vgl. Maier, Müller, Plasser; In: Maier, Müller, Plasser (Hrsg.) 1999, S.396

³⁴⁶ Kirchheimer 1965

³⁴⁷ vgl. Williamson 1990, S.54

³⁴⁸ Luhmann 1994, S.156

Erklärungsmodell, welches sowohl Unterschiede, als auch Gemeinsamkeiten der Kriterien berücksichtigt.

Politische Strategien scheinen im Prozess der Konfliktformierung nicht unbeteiligt zu sein. Durch adaptive Strategien lassen sich vor allem kurzfristige Positionsveränderungen erklären.³⁴⁹ Eine monokausale Erklärung stößt jedoch auf Widersprüche, denn wenn eine Partei ihre Grundsätze häufig ändert, indem sie sich etwa weiter an den „median voter“ anpasst, verliert sie stark an Glaubwürdigkeit.³⁵⁰ Daraus folgt, dass Konflikte nicht aus reiner Opportunität resultieren können. Sie benötigen eine Grundlage, die etwa in der Ideologie zu finden sein könnte. Somit kann die Ideologie nicht als reines Mittel zur Rechtfertigung von strategisch gewählten Konfliktpositionen herangezogen werden, sondern wirkt selbst auf diese ein. Politische Strategien müssen sich, wollen sie erfolgreich sein, ebenso an gesellschaftlichen Spannungslinien orientieren. Eine besondere Aufgabe erfüllen wertbezogene Konfliktlinien zwischen „gemeinwohlorientierter Bürgerlichkeit und nicht bürgerlichem Populismus“.³⁵¹ Diese sind besonders geeignet um orientierungsstiftend auf Konflikte einzuwirken.

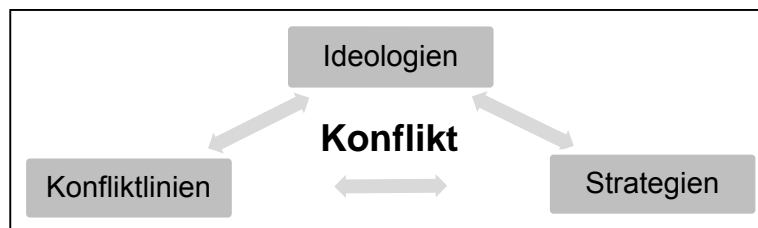


Abbildung 1: Komponenten politischer Konflikte (eigene Darstellung)

Wie argumentiert wurde, können hinter politischen Konflikten, Strategien angenommen werden, die jedoch keinem reinen Opportunismus dienen. „Um einer Beliebigkeit und der Pragmatik des Augenblicks bei den Antworten auf diese elementaren Konfliktlinien zu entkommen, sollte der Markenkern einer Partei [die Ideologie] erkennbar sein.“³⁵² Dies erklärt die Überschneidung der drei Konfliktdimensionen, wie sie in der obenstehenden Abbildung dargestellt wurde, recht gut. Politische Parteikonflikte entstehen aus der strategischen Bewirtschaftung soziokultureller Konfliktlinien, unter der Bedingung der jeweiligen ideologischen Entsprechung. Die Konfliktgrundlagen (Ideologie, Cleavage und Strategie) passen sich, wie beschrieben, gegenseitig aneinander an.

³⁴⁹ vgl. Shikano; In: Henning, Linhardt, Shikano (Hrsg.) 2009, S.14 f.

³⁵⁰ vgl. Eiff 2006, S.63

³⁵¹ vgl. Geiling, Vester; In: Brettschneider, u.a. (Hrsg.) 2007; zit.n. Korte; In: Raschke, Tils (Hrsg.) 2010, S.226

³⁵² Korte; In Raschke, Tils (Hrsg.) 2010, S.226

3.3 Konflikt und Demokratie

Bereits aus der bisherigen Auseinandersetzung mit dem sozialen Konflikt wird ersichtlich, dass eine besondere Beziehung zwischen Konflikt und Demokratie besteht. Wie diese jedoch aussehen mag, unterscheidet sich, je nachdem welcher Demokratiebegriff verwendet wird. Interessant scheint auf jeden Fall, dass die empirische Demokratietheorie maßgeblich auf dem Konflikt, in der Form des Konkurrenzkampfes und der Wahl, als beobachtbare und messbare Demokratieindikatoren, aufbaut.³⁵³ Als Konstante der theoretischen Erkenntnis kann in modernen Ansätzen beinahe durchgehend festgestellt werden, dass sich die Abwesenheit von Konflikt, schädlich auf die Demokratie auswirkt, denn „geregelter Konflikt ist Freiheit“.³⁵⁴ Geht man jedoch weiter ins Detail, so können unterschiedliche Konfliktperspektiven erkannt werden. Es kann die Frage, ob bereits die Konsensorientierung als Weg zur Abschaffung der Demokratie interpretiert werden kann,³⁵⁵ oder gerade die institutionalisierte Einhegung des Konflikts demokratieförderliche Züge annimmt,³⁵⁶ nur behandelt werden, wenn man den jeweiligen Demokratiegriff zu erkennen vermag. Somit sollen hier exemplarisch drei Demokratiekonzepte diskutiert werden, um die Rolle von Konflikten in und für die Demokratie einschätzen zu können. Diese Theorien bilden nur einen kleinen Ausschnitt besonders interessanter Konzepte, und führen von einer sehr allgemeinen Kategorie (der pluralistischen Demokratie), über einen weiten Demokratiebegriff (der partizipativen Demokratie), hin zu einem konkreten Modell (der deliberativen Demokratie).

3.3.1 Pluralistische Demokratietheorie

Keine einheitliche Demokratietheorie, aber eine spezielle Demokratieperspektive kann von dem Prinzip des Pluralismus abgeleitet werden. Ideengeschichtlich kann die pluralistische Demokratietheorie als Antwort auf totalitäre Demokratievorstellungen, eines einheitlichen Volkswillens angesehen werden.³⁵⁷ Im Gegensatz dazu, ist die Vielfalt konkurrierender Interessen, die sich aus der pluralen Gesellschaftsstruktur ableiten lässt, eine der wichtigsten Grundannahmen des pluralistischen Demokratiemodells. „Die Gesellschaft ist plural strukturiert und ihre organisierte Pluralität ist zugleich Grund einer dauernden Konflikthaftigkeit des politischen Geschehens.“³⁵⁸ Dadurch wird bereits deutlich, dass der Konflikt eine besondere demokratische Rolle in der pluralen Gesellschaft einnimmt,³⁵⁹ jedoch wie das geschieht, darüber sind sich pluralistische Demokratietheorien nicht einig. Gesellschaftszentrierte Ansätze würden auf die Herausbildung von politischen Akteuren

³⁵³ vgl. Pelinka 1974, S.17

³⁵⁴ Dahrendorf 1992, S.39

³⁵⁵ vgl. Mouffe 1999, S.27

³⁵⁶ vgl. Siedschlag 2000, S.353 ff.

³⁵⁷ vgl. Kevenhörster 2008, S.219

³⁵⁸ Nullmeier 2000, S.388

³⁵⁹ vgl. Hug 1997, S.15

eingehen. Der Konflikt bildet demnach die Basis einer jeden Demokratie, da er sich konstituierend auf zivilgesellschaftliche Akteure auswirkt.³⁶⁰ Im Gegensatz zu gesellschaftszentrierten Ansätzen, schlägt Fraenkel eine staatszentrierte Lösung von Konflikten vor.³⁶¹ Widersprechende Interessen formieren sich demnach in autonomen Bewegungen, Vereinen, Parteien und Verbänden, wo sie friedlich in Konflikt geraten.³⁶² Insofern erkennt die pluralistische Demokratietheorie die Kontroverse als Resultat widersprechender Ansichten und Interessen an, sieht sie jedoch - Beispielsweise bei Frankel - von einem weitaus größeren Konsenssektor begleitet.³⁶³ Der Konflikt erfüllt somit in der pluralistischen Demokratietheorie, solange er vom Konsens - wie einer geteilten Staatsvorstellung, einem Demos, etc. - überschattet wird, demokratische Funktionen. „Das Konfliktmodell einer radikal pluralen Demokratie sieht die Möglichkeit seiner Sicherung in der alltäglichen und allseitigen Übung einer sich selbst begrenzenden Streitpraxis“.³⁶⁴

3.3.2 Partizipatorische Demokratietheorie

Die partizipative Demokratie stellt eine Art der pluralistischen Demokratie dar, die sich entgegen einem repräsentativen, liberalen Demokratiemodell entwickelte. Diese liberalen Modelle umfassen verschiedene Zielwerte, wie die Entscheidungseffizienz, die Gemeinwohlsteigerung und den Schutz der Rechte, die mit dem Prinzip der Partizipation in Konflikt stehen.³⁶⁵ Das verbindende Element der partizipativen Demokratietheorien, so unterschiedlich sie auch sein mögen, liegt in der Forderung einer quantitativen und qualitativen Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten.³⁶⁶ Demokratie ist somit nicht mehr reines Mittel, sondern wird auch zum Ziel.³⁶⁷ Demokratische Legitimation geht somit über Repräsentation hinaus und verlangt nach aktiver Teilnahme, in Form von Formulierung und Durchsetzung eigener Interessen, die vor allem in Parteien- und Verbändegremien stattfindet.³⁶⁸

Konflikte werden im partizipativen Demokratiemodell aus ihrer vorpolitischen Konstituierung (etwa des milieuspezifischen Determinismus) geholt und zum Bestandteil politischer Willensbildung. Demokratie ist somit kein reines Instrument mehr, sondern wird selbst zum Wert der gemeinwohlorientierten Konfliktaustragung.³⁶⁹ Die Austragung von kollektiven

³⁶⁰ vgl. Rödel, Frankenberg, Dubiel 1989; zit.n. Bonacker; In Bonacker (Hrsg.) 2002, S.22

³⁶¹ vgl. Schmidt 2000, S.230

³⁶² vgl. ebenda, S.227

³⁶³ vgl. ebenda, S.235

³⁶⁴ Nullmeier 2000, S.389

³⁶⁵ vgl. Zittel; In: Kaiser, Zittel (Hrsg.) 2004, S.55

³⁶⁶ vgl. Schmidt 2000, S.253

³⁶⁷ vgl. ebenda, S.257

³⁶⁸ vgl. Meyer 2005, S.221

³⁶⁹ vgl. Schmidt 2000, S.257 f.

Konflikten wird zu einem zentralen Thema der partizipativen Demokratie. Jedoch kann kritisch eingewendet werden, dass durch die Zunahme der Beteiligung, vielfältige Ansprüche gegenüber dem politischen System entstehen können, die nicht mehr einzulösen sind.³⁷⁰ Dies belastet vor allem das Verhältnis von Konflikt und Konsens insofern, dass die Wahrscheinlichkeit der Herstellung von allgemeingültigen Entscheidungen verringert wird.

3.3.3 Diskursive Demokratietheorie

Die deliberative, oder auch diskursive Demokratietheorie kann als der „philosophische Ansatz der partizipativen Demokratie“³⁷¹ angesehen werden. In diesem Konzept rücken Diskurse, als partizipativ-demokratische Verständigungsform, in den Mittelpunkt der Betrachtung. Somit kann sie als „prozeduralistische Demokratietheorie“³⁷², als eine Theorie die an Verfahren orientiert ist, betrachtet werden. Der Diskurs, als das zentrale Verfahren, ist eine offene Form der argumentativen Kommunikation, in der Zweifel und Widerrede zugelassen wird.³⁷³ Der deliberative Ansatz stützt sich somit auf zwei Grundannahmen. Erstens sind politische (moralische) Urteile nur kommunikativ in einem gesellschaftlichen Prozess herstellbar und zweitens bedarf dieser Kommunikationsprozess bestimmter Regeln.³⁷⁴ Dieses Verfahren stellt somit „einen internen Zusammenhang zwischen Verhandlungen, Selbstverständigungs- und Gerechtigkeitsdiskursen her und begründet die Vermutung, daß unter solchen Bedingungen vernünftige bzw. faire Ergebnisse erzielt werden.“³⁷⁵ Solche deliberativen Aushandlungsformen können in der Politik angewendet werden, obwohl machtorientierte und interessensgeleitete Motive hinter politisches Verhalten (Konflikten) vermutet werden.³⁷⁶ Der Erfolg des durch Diskurse geprägten „normativ anspruchsvolle[n] institutionelle[n] Arrangement der Demokratie“ hängt somit nicht von der Art der Konflikte, sondern von einer funktionierenden „prozessierende[n] Öffentlichkeit“³⁷⁷ ab. Solange zivilgesellschaftliche Öffentlichkeitsarenen in der Lage sind, Konflikte zu behandeln, ist diskursive Demokratie erfolgreich. Gerade hier knüpft jedoch die Kritik am normativen Demokratiemodell an.

So wendet Peters selbst ein, dass Diskurse in der Massenkommunikation häufig durch Unterhaltung, oder reiner Informationsvermittlung überlagert werden.³⁷⁸ Ebenso sieht Meyer das Problem der deliberativen Öffentlichkeit in der Kollision der Logik der Politik mit der der

³⁷⁰ vgl. Schmidt 2000, S.262

³⁷¹ Zittel; In: Kaiser, Zittel (Hrsg.) 2004, S.58

³⁷² Schmidt 2000, S.259

³⁷³ vgl. Peters 2005; In: Peters 2007, S.327

³⁷⁴ vgl. Zittel; In: Kaiser, Zittel (Hrsg.) 2004, S.58

³⁷⁵ Habermas 1992, S.20

³⁷⁶ vgl. Leggewie; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.23

³⁷⁷ bds. Müller-Doohm; In: Winter, Hepp, Krotz (Hrsg.)2008, S.58

³⁷⁸ vgl. Peters 2005; In: Peters 2007, S.327 f.

Medien. „Die Mediatisierung der Politik produziert den Konflikt der politischen Zeiten, dem am Ende die deliberative Qualität der Politik zum Opfer fällt.“³⁷⁹ Die Massenmedien sind zwar in der Lage mittels einer „konfliktinduzierten Kommunikationsverdichtung hinsichtlich eines Problemzusammenhangs“³⁸⁰ direkt auf institutionalisierte politische Diskurse einzuwirken, ob sich ein solcher Prozess jedoch demokratisch, verständigungsorientiert, oder rational vollzieht, kurz: den Prinzipien der deliberativen Demokratie genügt, ist jedoch fraglich.

Das Modell der deliberativen Demokratie fokussiert somit prozessuale Bedingungen der Konfliktlösung. Sie setzt dabei den Willen des Individuums zur demokratischen Konfliktlösung voraus.³⁸¹ Ebenso geht der deliberative Ansatz von einer Balance und nicht von einer Hierarchie, beispielsweise von konfliktbasierten Gruppenidentitäten aus.³⁸² Somit ist die Austragung von Konflikten, im Gegensatz zu anderen Demokratietheorien, stärker mit normativen Voraussetzungen verbunden. Im Unterschied zu anderen pluralistischen, partizipativen Demokratiemodellen wird das Ziel des Konflikts nicht mehr allein in dessen Auflösung gefunden, da im deliberativen Prozess, mittels Lerneffekten und erweitertem Verständnis und Respekt vor Konfliktgegnern, ein erhöhter „Rationalitäts- und Legitimitätsgrad politischer Entscheidungen“³⁸³ erreicht werden kann. Damit erlangt der politische Konflikt im deliberativen, diskursiven Demokratiemodell einen weiteren Charakter. Nicht mehr die Notwendigkeit, die sich aus der pluralistischen Gesellschaft ergibt, oder die Instrumentalisierung als Mittel zur partizipativen Entscheidungsfindung, sondern legitimitätsstiftende Aspekte stehen im Mittelpunkt des deliberativen Konflikts.

³⁷⁹ Meyer 2005, S.560

³⁸⁰ Imhof; In: Winter, Hepp, Krotz (Hrsg.)2008, S.70

³⁸¹ vgl. Schmidt 2000, S.264

³⁸² vgl. Peters 2005; In: Peters 2007, S.336

³⁸³ ebenda, S.352

3.3.4 Beziehung von Konflikt und Demokratie

Die Frage, die in diesem Kapitel behandelt werden soll, befasst sich mit dem Verhältnis von politischen Konflikten und Demokratie. In den diskutierten Demokratietheorien wurde deutlich gemacht, dass der Konflikt in pluralistischen Ansätzen eine wichtige Rolle einnimmt. Dies gilt insbesondere in Theorien, die eine möglichst große Partizipation an der demokratischen Willensbildung beschreiben. Letztlich konnte gezeigt werden, dass politische Konflikte, verstanden als rationale gesellschaftliche Diskurse, gar das Zentrum einer deliberativen Demokratietheorie bilden. Somit ist klar ersichtlich, dass politische Konflikte und Demokratie in Verbindung stehen.

Die öffentliche Austragung von Konflikten kann als Basis jedes demokratischen Systems betrachtet werden. Dies gilt besonders, betrachtet man Demokratie nicht als reines Verfahren zur Legitimation,³⁸⁴ sondern als Ansammlung von Werten, wie Freiheit und Gleichheit,³⁸⁵ oder gar als Lebensform.³⁸⁶ In diesen Fällen muss die Demokratie auf der Äußerung von Konflikten aufbauen. Diese erfüllen somit eine positive Funktion für die Demokratie. Der Zusammenhang von Konflikt und Demokratie kann jedoch auch gegensätzlich, eben aus der Perspektive der Demokratie als Verfahren, betrachtet werden. Die Wahl, als institutionalisiertes demokratisches Verfahren, wird erst dann sinnvoll, wenn sie in der Lage ist, Gegensätze aufzuzeigen und Konflikte austragen zu lassen.³⁸⁷ Somit erfüllt die Demokratie, als Instrument der Entscheidungsfindung, ebenso eine nützliche Funktion für die Lösung von Konflikten.

Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass je nachdem welcher Demokratiebegriff verwendet wird (Wertesystem, Lebensform, oder Instrument, Verfahren) und wie der politische Konflikt begriffen wird (Austragung, oder Lösung von Differenzen), ein unterschiedliches Verhältnis von Konflikt und Demokratie nachgezeichnet werden kann. Gemein ist beiden Perspektiven die These der funktionalen Beziehung.

³⁸⁴ vgl. Luhmann 1975

³⁸⁵ vgl. Zsifkovits 1998, S.56 f.

³⁸⁶ vgl. Barber 1994, S.99 ff.

³⁸⁷ vgl. Luhmann 1975, S.161

3.4 Politische Konfliktdimensionen

Politische Konflikte können in verschiedener Form auftreten. Einerseits äußern sie sich in zivilgesellschaftlichen Austragungsformen (vom Protest bis hin zu sozialen Unruhen), andererseits, und diese Dimension steht in dieser Arbeit im Mittelpunkt, äußern sich Konflikte in der kanalisiert Form über intermediäre Akteure wie Parteien und Verbände. Diese Konfliktperspektiven hängen von einem unterschiedlichen Umfang des Politikbegriffs ab.³⁸⁸ In beiden Formen lassen sich wieder zwei Konfliktdimensionen unterscheiden. Die Differenzierung orientiert sich dabei an den im 2. Kapitel präsentierten Konfliktdimensionen des sozialen Konfliktes, dem Kampf und der Konkurrenz.

3.4.1 Politische Kämpfe

„Politik ist: Kampf“.³⁸⁹ Dieses Bild der Politik prägte die Interpretation der Beziehungen zwischen politischen Ideen und Parteien bis ins 20. Jahrhundert.³⁹⁰ In modernen Konzeptionen tritt der politische Kampf vor allem als „Kampf um Mehrheiten“,³⁹¹ in der Form des Wahlkampfes in Erscheinung, der viel an seiner Gewaltlosigkeit eingebüßt hat. Was unter Wahlkämpfen verstanden werden kann, wird unterschiedlich bewertet. „Weitgehend unstrittig ist, dass in Wahlkämpfen politische Elitenakteure Botschaften an die Wahlbeteiligten heranzutragen versuchen, um damit ein möglichst gutes Wahlergebnis zu erzielen. Wahlkampfführung ist somit politische Kommunikation.“³⁹² Daraus wird ersichtlich, dass politische Kämpfe in modernen Konzepten ausschließlich kommunikativ und nicht mehr gewalttätig ausgefochten werden. Somit erfahren Wahlkämpfe vor allem in der Analyse der politischen Kommunikation einen besonderen Stellenwert. Sie werden hier als „Schlüsselphasen demokratischer Legitimation im repräsentativen System“³⁹³ betrachtet, „weil aus ihnen in der Regel folgenreiche Weichenstellungen für das politische System resultieren.“³⁹⁴ Der Wahlkampf kann somit als zentrale politische Konfliktkonstellation verstanden werden, jedoch ist seine Abgrenzung von andern (Konflikt-)Formen nur schwer möglich. So wird der Wahlkampf als Zeitraum definiert, indem sich die Parteikonkurrenz in der Präsentation, zum Ziel der Wählerstimmenmaximierung, äußert.³⁹⁵ Welche Handlung, wann als Wahlkampf interpretiert wird, unterscheidet sich von Betrachter zu Betrachter.³⁹⁶ Hoch professionalisierte Wahlkampagnen zeichnen sich unter anderem gerade durch einen

³⁸⁸ vgl. Pelinka 2004, S.18 ff.

³⁸⁹ Weber 1988, S.218

³⁹⁰ vgl. Nullmeier 2000, S.217

³⁹¹ Oberreuter; In: Sarcinelli (Hrsg.) 1990, S.78

³⁹² Schoen; In: Jakob (Hrsg.) 2007, S.35

³⁹³ Sarcinelli 2011, S.225

³⁹⁴ Schulz 2008, S.229

³⁹⁵ vgl. Faltlhauser 1971, S.18

³⁹⁶ vgl. Schoen; In: Jakob (Hrsg.) 2007, S.35

andauernden Wahlkampf aus.³⁹⁷ Das Phänomen des Dauerwahlkampfes ist jedoch noch kaum theoretisch, oder empirisch fundiert.³⁹⁸ Somit variiert sowohl die zeitliche Dimension (kurz bis langfristiger Wahlkampf), als auch die Intensität des politischen Kampfes. Dies macht ihn nur schwer von der anderen Dimension, der Konkurrenz, abgrenzbar. Darüber hinaus werden die Begriffe vielfach vernetzt, bis synonym verwendet. So „verkörpern [Wahlkämpfe] den friedlichen politischen Wettbewerb der Parteien und Kandidaten um das Vertrauen der Wähler.“³⁹⁹ Die Basis politischer Wahlkämpfe kann somit in der Konkurrenz entdeckt werden.

3.4.2 Politische Konkurrenz

Betrachtet man den politischen Konflikt als „wünschenswerter Wettbewerb der Ideen“,⁴⁰⁰ so wird er als Konkurrenzverhältnis verstanden. Die Konkurrenz nimmt dabei verschiedene Bedeutungen an. Im Gegensatz zum politischen Kampf, ist sie in der Regel längerfristig wirksam. Ihre wohl bedeutsamste Funktion besteht in ihrer Rolle als „Mittel zur Konflikthebung“.⁴⁰¹ Das Konkurrenzverhältnis, als latenter Konflikt, manifestiert sich in verschiedenen Prozessen. Dort erhält „das Konzept der Konkurrenz von Parteien und die daraus resultierende Arbeitsteilung im politischen Prozess [Wirkmächtigkeit, sodass es] in besonderer Weise Konflikt als Movens demokratischer Kontrolle und Innovation“⁴⁰² verkörpert. Somit geht die Konkurrenz als politischer Konflikt über seine latente Form hinaus. „Parteienkonkurrenz richtet sich werbend an die Öffentlichkeit.“⁴⁰³ Daraus resultieren auch verschiedene Ansprüche für die politischen Arenen der Konkurrenz. Beispielsweise liegt die Grundlage jeder normativen demokratischen Öffentlichkeit, im Wettbewerb der Ideen und Argumente.⁴⁰⁴ Andererseits wird auch darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit eines politischen Wettbewerbs nicht ausreicht, um demokratische Vielfalt zu garantieren. Sie „führt zu einer Angleichung und nicht zu einer Differenzierung der Strategien und Programmangebote.“⁴⁰⁵ Politische Konkurrenz muss politische Themen aufnehmen, spalten und zur Wahl stellen.⁴⁰⁶ Die Konkurrenzintensität kann somit als wichtige, aber nicht als einzige Dimension der Konkurrenzdemokratie herangezogen werden. Neben ihr wird ein zweites idealtypisches Merkmal in der „programmatischen Distanz zwischen den Parteien“⁴⁰⁷

³⁹⁷ vgl. Gibson, Jucknat, Römmele; In: Gabriel, Weßels, Falter (Hrsg.) 2009, S.462

³⁹⁸ vgl. Seemann; In: Lorenz, Reutter (Hrsg.) 2009, S.257

³⁹⁹ Jakob; In Jakob (Hrsg.) 2007, S.11

⁴⁰⁰ Kamps; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.122

⁴⁰¹ Nullmeier 2000, S.217

⁴⁰² Kaase, Frank, Mochmann; In: Kaiser, Zittel (Hrsg.) 2004, S.271

⁴⁰³ Oberreuter; In: Sarcinelli (Hrsg.) 1990, S.78

⁴⁰⁴ vgl. Peters 2005; In: Peters 2007, S.352

⁴⁰⁵ Luhmann 1975, S.161

⁴⁰⁶ vgl. Luhmann 2005, S.28

⁴⁰⁷ Lehmbruch 2000, S.20

erkannt. Besonders deutlich wird die Konkurrenz im Parteienwettbewerb. Als „Wettbewerb um Wahlämter“⁴⁰⁸ ist er eine wichtige Voraussetzung für demokratische Legitimation. Shirvani sieht den Wettbewerb gar als elementare Grundlage des Parteienrechts.⁴⁰⁹ Der Parteienwettbewerb umfasst dabei nicht nur die Konkurrenz zwischen politischen Eliten, sondern auch jene zwischen Ideologien und Anhängern.⁴¹⁰ Somit wird der Parteienwettbewerb zu einem vielschichtigen Phänomen, dem die Forschungstraditionen der ökonomischen Ansätze, die auf Rational-Choice Erkenntnissen aufbauen,⁴¹¹ nicht gerecht werden können.

Wie schon aufgezeigt, lassen sich die Begriffe der Konkurrenz und des Kampfes in politischen Konflikten nur schwer unterscheiden. Der Zeithorizont und der Intensitäts- und Manifestationsgrad können im Parteienwettbewerb und im Wahlkampf ähnlich ausfallen. Die Überschneidungen äußern sich letztlich im „unaufhörlichen Konkurrenzkampf um Erringung und Behauptung des Amtes“.⁴¹² Dieser ist somit als ein kommunikativ ausgetragener und somit befriedeter Kampf, zwischen im Wettbewerb stehenden Parteien zu verstehen. Im Weiteren wird der Begriff des politischen Konflikts verwendet, der gleichzeitig als gewaltloser Kampf (Wahlkampf) und als manifeste Konkurrenz (Parteienkonkurrenz) definiert werden kann.

3.4.3 Parteien und Parteikonflikte

Wie bereits angeführt, konzentriert sich diese Arbeit auf die, durch (Regierungs-)Parteien ausgetragene „Institutionalisierung von Konflikten“.⁴¹³ Als institutionalisierte Konflikte können im weitesten Sinne Regierungs-, bzw. Entscheidungskonflikte, intermediäre Konflikte und rechtliche Konflikte der Regelwerke verstanden werden. Parteien spielen sowohl in der ersten aber auch in der zweiten Dimension eine wichtige Rolle.⁴¹⁴ Institutionelle Konflikte als Regierungskonflikte werden im nächsten Kapitel behandelt. Zunächst werden Parteikonflikte als intermediäre Konflikte berücksichtigt, in denen Parteien als „Streitagenturen“⁴¹⁵ auftreten.

Parteien können nicht als einheitliche Akteure betrachtet werden, auch wenn dies beispielsweise in Modellen der Koalitionstheorie häufig üblich zu sein scheint.⁴¹⁶ Sie setzen sich aus einer „Vielzahl von unterschiedlichen Gruppen, Flügeln, Fraktionen und

⁴⁰⁸ Lehbruch 2000, S.20

⁴⁰⁹ vgl. Shirvani 2010, S.197

⁴¹⁰ vgl. Naßmacher 2004, S.160

⁴¹¹ vgl. Bräuninger, Behnke (Hrsg.) 2006, S.7 ff.

⁴¹² Schumpeter 1980, S.456

⁴¹³ Luhmann 1975, S.100

⁴¹⁴ vgl. Niedermayer 2005, S.63

⁴¹⁵ Kamps; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.113

⁴¹⁶ vgl. Kropp; In: Sturm, Kropp (Hrsg.) 1999, S.50 ff.

Subeinheiten⁴¹⁷ zusammen. Will man Parteienkonflikte beschreiben, so ist jedoch nicht nur die Pluralität innerhalb von Parteien, sondern auch die Vielfalt der Parteilandschaft zu berücksichtigen. Parteien können dabei unter anderem nach Art (Politische Partei, Parlamentspartei, Wahlpartei),⁴¹⁸ nach Typen (Allerweltpartei, Weltanschauungspartei, Bewegungspartei), nach Ausrichtung (Links, Mitte, Rechts), oder nach Funktion (Regierung, Opposition) analytisch differenziert werden. Je nachdem, welche Partei betrachtet wird, stehen bestimmte Konflikte im Mittelpunkt. Relevante Parteien, die, durch coalition oder blackmail potential ausgestattet,⁴¹⁹ auf das politische Geschehen einwirken können, dienen nicht nur als Mittel zur Konfliktaustragung, sondern induzieren selbst Konflikte. Sie können somit als „zentral positionierte, heterogene und konfliktriskante Mitregenten“⁴²⁰ betrachtet werden.

Hier sollen nun zwei Konfliktkonstellationen exemplarisch angeführt und deren Überschneidung diskutiert werden. Die erste idealtypische Konstellation ist der parlamentarische Konflikt. Das Parlament kann als ein System betrachtet werden, „dessen Sinn darin besteht, daß in ihm u.a. auch Konflikte ausgetragen werden“.⁴²¹ Der Erfolg des Konfliktmanagements hängt dabei nicht nur von der Art der Konflikte, sondern auch von den intentionellen Strukturen ab, die das Parlament bereitstellt.⁴²² Der Parlamentarische Konflikt ist, durch die Unabhängigkeit der Mandatare, als Kampf aller gegen alle angelegt, denn der „parlamentarische Willensbildungsprozess [... wird ...] von der Fiktion freier Meinungsbildung politischer und wirtschaftlich unabhängiger Abgeordneter bestimmt“.⁴²³ Dieser Konflikt ist jedoch durch parlamentarische Spielregeln geprägt, die empirisch als „Klubkohäsion“ beschrieben und kritisch als „Klubzwang“⁴²⁴ oder als akzeptierte Bindung in der Form der „Klubdisziplin“⁴²⁵ bewertet werden. Der parlamentarische Konflikt hängt somit stark von abgeordnetenübergreifenden Strukturen ab. Vor allem aber wird er von Gruppenbildungen bestimmt, in der eine Regierungsmehrheit, die sich aus einer, oder mehreren Fraktionen zusammensetzt, einer Opposition gegenübersteht.⁴²⁶ Der häufigste Parteienkonflikt ergibt sich damit aus einer bestimmten Parteienkonstellation, die über das Parlament hinausgeht. Damit ist die „Supercodierung [... gemeint, ...] die die Spitze der Ämterhierarchie nochmals binär codiert mit Hilfe des Schemas Regierung/Opposition.“⁴²⁷ In diesem Konflikt kann die

⁴¹⁷ Jun; In: Helms, Jun (Hrsg.) 2004, S.167

⁴¹⁸ vgl. Müller; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 2006, S.280

⁴¹⁹ vgl. Sartori 1976, S.122 ff.

⁴²⁰ Kamps; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.117

⁴²¹ Widder 1979, S.417

⁴²² vgl. Ostrow 2000; zit.n. Patzelt; In: Helms, Jun (Hrsg.) 2004, S.105 f.

⁴²³ Schefbeck; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 2006, S.140

⁴²⁴ bds. ebenda, S.148

⁴²⁵ Arndt; In: Schneider, Zeh (Hrsg.) 1989, S.654 ff.

⁴²⁶ vgl. Patzelt; In: Helms, Jun (Hrsg.) 2004, S.108 f.

⁴²⁷ Luhmann 2005, S.27

Form eines „sozialen Dauerkonflikts“⁴²⁸ erkannt werden. Da Politik kontingent ist, zeigt die Opposition Alternativen auf, die mit Entscheidungen der Regierung in Konflikt stehen.⁴²⁹ Der Konflikt zwischen Regierung und Opposition hängt von verschiedenen Faktoren ab. In einer Untersuchung konnte ein Zusammenhang von der ideologischen Differenz zwischen Regierung und Opposition und der Wahrscheinlichkeit einer Klage beim Verfassungsgerichtshof in Deutschland und Frankreich festgestellt werden.⁴³⁰ Dies bedeutet, je weiter die Opposition von der Regierung ideologisch entfernt ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Beziehung konflikthaft entwickelt.

Parteien als „Mittler zwischen Staat und Gesellschaft“⁴³¹ sind die zentrale Instanz der Konfliktverarbeitung. Diese findet vor allem institutionalisiert, im parlamentarischen Prozess, zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen statt. Diese Form des Parteienkonflikts stellt die alltägliche Konfliktkonstellation dar. Sie wird jedoch von einer weiteren Konfliktkonstellation begleitet, die für die politische Entscheidungsfindung von einer viel größeren Relevanz sein kann. Besondere Brisanz erfahren Konflikte vor allem dann, wenn sie zwischen der Regierung und der Koalitionsfraktion auftreten, da sie nicht durch Abstimmung auflösbar sind.⁴³² Gerade diese besondere Form des Parteienkonflikts, die sich zwischen Regierungsparteien, bzw. Fraktionen der Regierung vollzieht, soll im Weiteren diskutiert werden.

⁴²⁸ Messmer 2003, S.314

⁴²⁹ vgl. Czerwick 2011, S.201

⁴³⁰ vgl. Hönnige 2007, S.243

⁴³¹ Kamps; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.112

⁴³² vgl. Melzer; In: Schneider, Zeh (Hrsg.) 1989, S.1134

3.4.4 Koalitionen und Koalitionskonflikte

Oberflächlich betrachtet kann festgestellt werden, dass im Gegensatz zu Parteien, die Regierung nicht am Konflikt der Ideen, sondern am Gemeinwohl orientiert ist.⁴³³ Nichtsdestotrotz spielen, wie bereits angemerkt wurde, Konflikte eine bestimmende Rolle in der Koalitionspolitik. So können innerhalb von Koalitionen „kooperative und kompetitive Interaktionsorientierungen in Mischungsverhältnissen“⁴³⁴ erkannt werden. Auch wenn eine Vielzahl der Konfliktauslöser nicht primär von der Koalition ausgehen (und somit andere Faktoren, wie die Parteiideologie eher von Bedeutung sein können), beeinflusst die Ausgestaltung der Koalition, sowie Lerneffekte, die Auftrittswahrscheinlichkeit und den Verlauf von Konflikten.⁴³⁵ Dies macht den Konflikt zu einem Thema der Koalitionsforschung. Die Relevanz erhält die Beschäftigung mit Konflikten in der Koalitionsforschung durch die potentielle Rolle, die der Konflikt als kritisches Ereignis für das Zustandekommen und Zerbrechen von Koalitionen annehmen kann.⁴³⁶

Das Auftreten von Konflikten hängt maßgeblich von der „Koalitionsdisziplin“⁴³⁷ der Koalitionsparteien ab. Diese beruht, wie bereits beschrieben, auf ideologischen bis strategischen Variablen. Zusätzlich werden Koalitionskonflikte ebenso von der Art beeinflusst, wie mit Konflikten umgegangen wird. Das damit angesprochene „Koalitionsmanagement soll darüber hinaus interne Konflikte vermeiden oder die Sichtbarkeit ihrer Austragung begrenzen.“⁴³⁸ Ein bewährtes Mittel zur Konfliktreduktion ist die Koalitionsvereinbarung.⁴³⁹ Diese ist, als Koalitionsabkommen, seit 1945 fixer Bestandteil jeder Koalitionsregierung in Österreich.⁴⁴⁰ „Koalitionsvereinbarungen dienen der Bestellung und Unterstützung von Regierungen, die sich aus mehr als einer Partei zusammensetzen.“⁴⁴¹ Formalisierte Koalitionsverträge gewinnen besonders an Bedeutung, wenn die ideologische Distanz zum Koalitionspartner größer ist, als zu einer Oppositionspartei.⁴⁴² Ebenso dienen verschiedene inoffizielle Gremien, neben dem Koalitionsausschuss, der Verständigung und Konfliktbewältigung.⁴⁴³ Eine österreichische Eigenart stellt das sogenannte „Kreuzstichverfahren“⁴⁴⁴ dar, indem die Minister der einen Koalitionspartei durch

⁴³³ vgl. Kamps; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.128

⁴³⁴ Kropp; In: Sturm, Kropp (Hrsg.) 1999, S.69

⁴³⁵ vgl. ebenda, S.70

⁴³⁶ vgl. Browne, Frendeis, Gleiber 1986, S.634

⁴³⁷ Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1997, S.136

⁴³⁸ Müller, Müller; In: Egle, Zolnhöfer (Hrsg.) 2010, S.162

⁴³⁹ vgl. Kropp, Sturm 1998, S.89 ff.

⁴⁴⁰ vgl. Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1997, S.130

⁴⁴¹ Kropp, Sturm 1998, S.90

⁴⁴² vgl. ebenda, S.84

⁴⁴³ vgl. Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1997, S.136

⁴⁴⁴ Müller, Müller; In: Egle, Zolnhöfer (Hrsg.) 2010, S.161

Staatssekretäre der anderen Partei kontrolliert werden. Dieses Prinzip wurde auf mehrere Schlüsselministerien angewendet.⁴⁴⁵

Der Bedarf an Instrumenten zum Koalitionsmanagement ist in Großen Koalitionen besonders hoch. Dies liegt vor allem daran, dass sie als Notgemeinschaften angesehen werden und sich der Parteienwettbewerb hier stärker äußert.⁴⁴⁶ Die Parteien einer Großen Koalition haben meist eine größere ideologische Differenz, als andere Regierungskonstellationen und beide Parteien erheben ähnliche Ansprüche auf die Anzahl und die Art der (ministerialen) Ämter.⁴⁴⁷ So ist der Konflikt in Großen Koalitionen keine Besonderheit, sondern Normalität.

Die Koalitionsforschung konzentriert sich vor allem auf die negativen Konsequenzen und auf die Möglichkeiten zu Bewältigung von Konflikten. Konflikte finden somit als eine Variable, unter vielen, Eingang in den Forschungsbereich. Die Forschungsfragen, die den Konflikt als maßgeblich berücksichtigen, betreffen somit größtenteils die Koalitionsentwicklung, in Abhängigkeit von Konflikten, nicht aber die Entwicklung von Konflikten selbst. Dabei wird nicht genauer darauf eingegangen, welche Konflikte, in welcher Form auftreten und wie sie sich verändern. Den koalitionstheoretischen Überlegungen kann entnommen werden, dass vor allem Große Koalitionen eine höhere Konfliktwahrscheinlichkeit haben. Wie sich diese genau äußert, bleibt jedoch offen. Vor allem die nächsten Kapitel, die sich mit der kommunikativen Austragung von Konflikten beschäftigen, sollen sich dieser Frage widmen.

⁴⁴⁵ vgl. Müller; In: Müller, Strøm (Hrsg.) 1997, S.141

⁴⁴⁶ vgl. Kropp; In: Sturm, Kropp (Hrsg.) 1999, S.71

⁴⁴⁷ vgl. Müller; In: Helms, Jun (Hrsg.) 2004, S.269

4 Inszenierung politischer Konflikte

Im Zentrum dieser Arbeit steht zwar der politische Konflikt, jedoch ist eine weitere Komponente wesentlich von Bedeutung, nämlich die der Inszenierung. Die Inszenierung ist eine Form der „intendierten Darstellung“⁴⁴⁸ und somit zentraler Bestandteil der politischen Kommunikation. Da „[p]olitische Kommunikation [...] in modernen Gesellschaften ein Modus zur öffentlichen Austragung von Konflikten“⁴⁴⁹ ist, ist die Inszenierung von Konflikten, Teil politischer Kommunikation. Politische Kommunikation wird hier nicht nur als Kommunikation *von*, sondern auch als Kommunikation *über* Politik verstanden. Inszenierungen können somit sowohl von der Politik, als auch von Medien vorgenommen werden.⁴⁵⁰ Damit rückt die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Massenmedien in den Fokus der Betrachtung. Nur wenn man versteht, wie Medien und Politik zusammenhängen, kann die mediale und politische Inszenierung von Konflikten untersucht werden.

4.1 Beziehung zwischen Politik und Medien

Politik und Medien werden klassisch systemtheoretisch, als zwei autopoetische Teilsysteme der Gesellschaft betrachtet.⁴⁵¹ In neueren systemtheoretischen Ansätzen wird das System der Massenmedien als ein „selbstreferentiell-geschlossen operierendes relativ [hinc!] autonomes Funktionssystem“⁴⁵² betrachtet. Mit dieser Beschreibung wird der „unbestreitbaren Dichte der Beziehungen“⁴⁵³ von Politik und Medien und der funktionalen Beziehung, Rechnung getragen. Das Verhältnis von Politik und Medien kann auf verschiedene Weise erläutert werden. Hier wird zuerst auf die Funktion von Massenmedien eingegangen, wobei die Rolle des Konflikts aufgezeigt werden soll. Anschließend werden zuerst theoretische Modelle und empirische Ergebnisse zum Verhältnis von Medien und Politik präsentiert. Diese kurze Beschäftigung mit Medientheorien soll im Weiteren dem besseren Verständnis der politischen Kommunikation dienen.

⁴⁴⁸ Wied 2007, S.90

⁴⁴⁹ vgl. Wolton 1990; zit.n. Weischenberg 1995, S.219

⁴⁵⁰ vgl. Hickethier, Bleicher; In: Willems, Jurga (Hrsg.) 1998, S.371

⁴⁵¹ vgl. Horster 2005, S.162 ff.

⁴⁵² vgl. Marcinkowski 1993; zit. n. Rudzio 1996, S.480

⁴⁵³ Saxer; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.22

4.1.1 Politische Funktionen von Massenmedien

Die „Funktion“ ist ein Schlüsselbegriff, wenn es darum geht, die Beziehung zwischen Medien und der Gesellschaft darzustellen.⁴⁵⁴ Grundsätzlich beschreibt der Begriff der Funktion den „empirischen Leistungsbeitrag von Strukturen und Prozessen im Zusammenhang mit irgendwelchen Problemen irgendwelcher Systeme“.⁴⁵⁵ Die Zuschreibungen unterscheiden sich in der Literatur recht stark voneinander. Eine grobe Differenzierung der Medienfunktionen, als „Information, Meinungsbildung und Unterhaltung“⁴⁵⁶ reicht an dieser Stelle nicht aus. Neidhardt entwickelte ein normativ anspruchsvolles Konzept von Öffentlichkeitsfunktionen, indem er drei Modelle der Öffentlichkeit differenziert, in denen drei Funktionen von Medien erkennbar sind. Im Verlautbarungsmodell bildet die Öffentlichkeit verschiedene Meinungen ab und sorgt somit für **Transparenz**.⁴⁵⁷ So besteht die zentrale Funktion auf der Inputebene in der **Beobachtung**.⁴⁵⁸ „Die Massenmedien sorgen dafür, dass Konflikte für alle gesellschaftlichen Systeme beobachtbar werden.“⁴⁵⁹ Da wir den Großteil unserer Erfahrungen über Medien machen,⁴⁶⁰ erfüllen diese, durch die Beobachtung von Konflikten, eine politische Funktion. Das Oppositionsmodell beschreibt eine konfliktreiche Öffentlichkeit, in der die Meinungen gegenüber gesetzt werden. Hierbei dominiert die Funktion der **Kritik**.⁴⁶¹ Vor allem in der Verarbeitung von Informationen, in der Zusammenhänge hergestellt werden, spielt die Kritikfunktion eine wichtige Rolle.⁴⁶² Konflikte werden somit nicht nur von Medien aufgenommen, sondern ebenso aktiv geführt. Daraus resultiert die diffuse Vetomacht der Medien, die sie als 4. Gewalt im Staat erscheinen lässt.⁴⁶³ Das Modell mit der höchsten Reflexivität ist das diskursive Modell, in dem die Meinungen nicht konfligierend, sondern argumentativ aneinander geraten. Die diskursive Öffentlichkeit ist in der Lage **Orientierung** zu stiften.⁴⁶⁴ Medienfunktionen gehen somit über die Bearbeitung von Konflikten hinaus, indem sie selbst Lösungsansätze bieten. In Stuibers Differenzierung demokratischer Medienfunktionen wird die Beobachtungs-, Kritik- und Orientierungsfunktion, von der **Artikulations- und Informationsfunktion** begleitet.⁴⁶⁵ Gerade letztere sind für das Verhältnis von Politik und Medien von zentraler Bedeutung, wie die nächsten Kapitel zeigen werden.

⁴⁵⁴ vgl. Weischenberg 1995, S.93

⁴⁵⁵ Saxer; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.30

⁴⁵⁶ Weischenberg 1995, S.95

⁴⁵⁷ vgl. Neidhardt; In: Schäfers, Zampf (Hrsg.) 1998, S.488

⁴⁵⁸ vgl. Neidhardt; In: Wunden (Hrsg.) 2005, S.23

⁴⁵⁹ Bucher, Duckwitz; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.187

⁴⁶⁰ vgl. Luhmann 1996, S.9

⁴⁶¹ vgl. Neidhardt; In: Schäfers, Zampf (Hrsg.) 1998, S.488

⁴⁶² vgl. Gerhards, Neidhardt; In: Müller-Doohm, Neumann-Braun (Hrsg.) 1991, S.43

⁴⁶³ vgl. Kamps; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.127

⁴⁶⁴ vgl. Neidhardt; In: Schäfers, Zampf (Hrsg.) 1998, S.488

⁴⁶⁵ vgl. Stuibers; In: Rühl, Walchshöfer (Hrsg.) 1978, S.212 ff.

Bereits in diesem kurzen Überblick über die zentralen Funktionen der Massenmedien wird deutlich, dass Medien politische Funktionen übernehmen, in denen Konflikte sichtbar, bearbeitet und sogar gelöst werden. Somit ist anhand der idealtypischen Funktion sichtbar, dass die Austragung von Konflikten, Bestandteil der politischen Kommunikation sein muss. Die Funktion der Medien im Kontext politischer Konflikte kann sogar soweit interpretiert werden, dass „Konfliktkonstellationen und die dafür erforderlichen Feindbilder“⁴⁶⁶ gar erst über Medien hergestellt werden, Medien also zum relevanten Akteur politischer Konflikte werden. Wie politische Konflikte in Medien konstituiert, aufgenommen, bearbeitet und wiedergegeben werden, ist maßgeblich abhängig von dem Verhältnis von Politik und Medien.

4.1.2 Theoretische Konzepte

Das Verhältnis von Politik und Medien wird in verschiedenen Konzepten, unterschiedlich beschrieben. Grob können drei Beziehungstypen voneinander getrennt werden, die in Autonomie-, Dependenz- und Interdependenz-Modellen gefasst werden.⁴⁶⁷

In einem neutralen Verhältnis, dienen Medien dazu, „die Realität widerzuspiegeln, ein möglichst getreues und genaues Abbild der Welt bereitzustellen“.⁴⁶⁸ Konflikte würden somit von Medien nur transportiert, wobei Massenmedien demnach selbst nicht als Konfliktakteur, sondern bloß als Konfliktkanal angesehen werden würde. Diese Perspektive der autonomen Teilsysteme Politik und Massenmedien, wird mittlerweile eher selten eingenommen, da weitgehender Konsens herrscht, dass Massenmedien eine eigene Realität, sofern von einer solchen gesprochen werden kann, konstruieren.⁴⁶⁹

Die Grundlage von Dependenz-Modellen liegt meist in der Kritik an der Abhängigkeit eines Systems von dem anderen. „Die These von der Mediendependenz der Politik behauptet, durch die Medialisierung sei die Politik in die Abhängigkeit der Massenmedien geraten.“⁴⁷⁰ Besonders bekannt wurde diese Perspektive durch Meyers „Mediokratie“-Thesen, in der Medien den Status eines Akteurs, als „Mittler und Katalysator“⁴⁷¹ erhalten. Somit werden politische Konflikte in der Medienberichterstattung nicht mehr bloß wiedergespiegelt. Viel mehr kann die Veränderungen des Konflikts in der Medikoratie, die auf der, „im Sinn der Medienlogik professionalisierten und spezialisierten, strategischen politischen

⁴⁶⁶ Bucher, Duckwitz; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.186

⁴⁶⁷ vgl. Meyer, Schicha, Brosda 2001, S.26

⁴⁶⁸ Schulz; In: Kaade, Schulz (Hrsg.) 1989, S.140

⁴⁶⁹ vgl. Luhmann 1996, S.12 ff.

⁴⁷⁰ Schulz 2008, S.46

⁴⁷¹ Meyer 2001, S.11

Kommunikation wie News Management“⁴⁷² beruht, festgestellt werden. Der politische Konflikt wird somit nicht transportiert, sondern transformiert, wenn nicht gar erst durch den Einfluss der Medien gebildet. Medien können den Konflikt „zuspitzen, herunterspielen, aufdecken oder totschweigen“.⁴⁷³ Die Gegenthese zur Mediokratie ist die politische Determinationsthese, nach der die Autonomie des Mediensystems, durch die Politik, stark eingeschränkt wird und Medien gar von der Politik abhängig gemacht werden.⁴⁷⁴ Diese These ist jedoch seltener in der Literatur vertreten, als die der Mediendemokratie.

Das dritte Beziehungsmodell, die Interdependenz geht von Wechselwirkungen der Politik und den Medien aus.⁴⁷⁵ Eine einseitige Abhängigkeit scheint in diesem Konzept überwunden zu sein, indem eine nützliche Beziehung der wechselseitigen Ermöglichung (Intereffikation) beschrieben wird.⁴⁷⁶ Einerseits ist die Politik auf die Vermittlungsleistung der Medien angewiesen, um Aufmerksamkeit für ihre Anliegen zu erhalten, andererseits benötigen die Medien berichtenswerte Informationen. Diese These der gegenseitigen Angewiesenheit wird im Beziehungsmodell der Symbiose gesteigert, indem stetig Publizität gegen Information getauscht wird.⁴⁷⁷ Die extremste Form der Interdependenz geht gar soweit, die Trennung von Politik und Medien in Frage zu stellen. Im politischen Kommunikationssystem kommt es zu grenzüberschreitender Aktivität von politischen Organisationen und Medienorganisationen.⁴⁷⁸ Die komplexen Beziehungsmodelle der Interdependenz lassen eine Vielzahl von Konfliktmöglichkeiten zu. Konflikte werden wechselseitig gebildet und gepflegt. Ebenso kann die Lösung von Konflikten wechselseitig erfolgen. So harmonisch eine gegenseitige Ermöglichung auf den ersten Blick erscheinen mag, desto konfliktreicher stellt sich die Beziehung in der Praxis dar.

⁴⁷² Hahn, Rosenwerth, Schröder; In: Langenbacher, Latzer (Hrsg.) 2006, S.292

⁴⁷³ Bucher, Duckwitz; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.189

⁴⁷⁴ vgl. Schulz 2008, S.47

⁴⁷⁵ vgl. Meyer, Schicha, Brosda 2001, S.29

⁴⁷⁶ vgl. Plasser, Lengauer, Meixner; In: Plasser (Hrsg.) 2004, S.22

⁴⁷⁷ vgl. Sarcinelli 1987, S.218

⁴⁷⁸ vgl. Blumler, Gurevitch 1995, S.12

4.1.3 Empirische Ergebnisse

Das Verhältnis von Politik und Medien kann nicht nur theoretisch, sondern auch empirisch argumentiert werden. Einen eben solchen Versuch unternahmen Plasser und Lengauer in einer Studie, die sie zwischen 2008 und 2009 durchführten. Ziel dieser Arbeit war es, die „Spielregeln der politischen Kommunikationspraxis in Österreich mit Blick auf die Kommunikationsorientierung redaktioneller und politischer Eliten wie Einstellungen des Medienpublikums herauszuarbeiten.“⁴⁷⁹ Mit Hilfe der Ergebnisse dieser Untersuchung kann das Verhältnis von Politik und Medien konkretisiert dargestellt werden. Es konnte eine hohe Interaktionsdichte zwischen Politiker und Journalisten festgestellt werden, wobei das Verhältnis, den Selbstauskünften der Befragten folgend, als eher weniger konfliktreich beschrieben werden kann.⁴⁸⁰ So scheint der Konflikt eine untergeordnete Rolle im politisch medialen Beziehungsnetzwerk zu spielen. Dieses harmonische Bild, welches auf die Entwicklung eines politischen Kommunikationssystems, oder zumindest auf eine Symbiose von Politik und Medien hinweist, wird jedoch von widersprechenden Ergebnissen begleitet. So konnte ebenso eine steigende Konfliktsensibilität festgestellt werden, die einer Anpassung an den transnationalen Trend der „*Intensivierung* der Spannungslinien zwischen politischen Eliten und Journalisten in medienzentrierten Demokratien“⁴⁸¹ entspricht. Der Konflikt resultiert dabei aus dem gemeinsamen Bezug auf die Öffentlichkeit, welcher von unterschiedlichen Erwartungen begleitet wird. Zentrale Konfliktquellen sind hierbei unter anderem Instrumentalisierungs- und Medialisierungsversuche, also gegenseitige Versuche der politischen, oder medialen Einflussnahme.⁴⁸² Somit können Thesen, in denen von einer Dependenz die Rede ist, nicht verworfen werden, wobei die Dependenz in der Studie wechselseitig als Interdependenz erkannt wurde. Im Weiteren interessiert, wie sich vor dem Hintergrund dieses komplexen Verhältnisses, die moderne politische Kommunikation darstellt.

⁴⁷⁹ Plasser, Lengauer; In: Plasser (Hrsg.) 2010b, S.58

⁴⁸⁰ vgl. Plasser, Lengauer; In: Plasser (Hrsg.) 2010b, S.71 ff.

⁴⁸¹ Plasser, Lengauer; In: Plasser (Hrsg.) 2010b, S.71; Anm.: Hervorhebung i.O.

⁴⁸² vgl. Plasser, Lengauer; In: Plasser (Hrsg.) 2010b, S.66 ff.

4.2 Politische Konfliktkommunikation

Bisher wurde der Konflikt aus der Beziehung von Politik und Medien abgeleitet. Er resultiert demnach aus der Spannung zwischen Politikern und Journalisten. Nun soll der Konflikt als Darstellungsform, im Zuge der politischen Kommunikation, als Konfliktkommunikation beschrieben werden.

Die politische Kommunikation ist ein wichtiger Bestandteil moderner Demokratien. Sie kann als „zentrale[r] Mechanismus bei der Formulierung, Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen“⁴⁸³ angesehen werden. In dieser Definition kommen einerseits das breite Anwendungsfeld und andererseits die Bedeutung der politischen Kommunikation gut zum Ausdruck. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Kommunikation bietet, trotz wachsendem Interesse und der steigenden Anzahl der Studien, noch keine zufriedenstellenden Beschreibung des Phänomens.⁴⁸⁴ Als Übereinstimmung der Zugänge kann festgestellt werden, „Politik ist nicht denkbar ohne Kommunikation.“⁴⁸⁵ So zeichnet sich die politische Kommunikation durch ihre „Grenzenlosigkeit und Hyperkomplexität“, die sie als kommunikatives „Totalphänomen“⁴⁸⁶ der Gesellschaft aufweist, aus. Wie sich diese Form der Kommunikation vollzieht und welche Konsequenzen dies hat, ist noch nicht vollständig geklärt.

Der Konflikt spielt, wie sich noch zeigen wird, eine bedeutende Rolle in der politischen Kommunikation. In der Literatur tauchen vor allem Begrifflichkeiten wie „massenmediale Kommunikationskonflikte“, „Medienkonflikte“⁴⁸⁷ und „Konfliktberichterstattung“⁴⁸⁸ auf, womit eine starke Fokussierung auf die Medienberichterstattung deutlich wird. Diese soll im Folgenden überwunden werden, indem von „politische Konfliktkommunikation“⁴⁸⁹ gesprochen wird, die sowohl die politische als auch die mediale Inszenierung von Konflikten erfasst. Dieser weite Begriff der Konfliktkommunikation soll im Weiteren deutlich gemacht werden.

⁴⁸³ Jarren, Donges 2006, S.22

⁴⁸⁴ vgl. Jarren, Sarcinelli; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.13

⁴⁸⁵ Schulz 2008, S.13

⁴⁸⁶ bds. Saxer; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.21 f.

⁴⁸⁷ bds. Bucher, Duckwitz; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.188

⁴⁸⁸ Hug 1997, S.27

⁴⁸⁹ Weßler; In: Schatz, Rössler, Nieland (Hrsg.) 2002, S.189

4.2.1 Politik und Politikdarstellung

Ein zentrales Ziel der Politik besteht in der Herstellung von allgemeingültigen Entscheidungen. Dass Kommunikation für diesen Prozess von elementarer Bedeutung ist, wird häufig übersehen, obwohl daran, in der modernen demokratischen Informationsgesellschaft, kaum gezweifelt werden kann.⁴⁹⁰ Bereits im „instrumentellen Politikvollzug“⁴⁹¹ trifft das besondere Gewicht von Kommunikation zweifellos zu. Als Konsequenz der Medialisierung wurden beispielsweise innerparteiliche und gouvernementale Konflikte, in informelle und intransparente Gremien verlagert.⁴⁹² Seine größte Bedeutung erlangt der Konflikt jedoch in der öffentlichen politischen Kommunikation. Hierbei können zwei Ebenen der politischen Kommunikation unterschieden werden, die bereits einführend als Kommunikation *von* und als Kommunikation *über* die Politik bezeichnet wurden. Erstere kann als „expressive >Selbst-Darstellung< der Politik im öffentlichen Raum“ und letztere als „mediale >Fremd-Darstellung< der Politik durch den Journalismus“⁴⁹³ bezeichnet werden. Die politische Kommunikation, als Selbst- und Fremddarstellung kann somit als eine Seite der Medaille angesehen werden, die stets von Entscheidungspolitik begleitet wird. Die Komponenten politischer Kommunikation sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Politische Kommunikation			
Dimension	Entscheidungspolitik	Darstellungspolitik	
Funktion	Politikvollzug	Selbst-Darstellung	Fremd-Darstellung
Struktur	instrumentell	expressiv	medial
Organisation	Verhandlungsgremien	Öffentlichkeitsarbeit	Journalismus
Akteur	Partei	Agentur	Medienunternehmen

Tabelle 3: Dimensionen politischer Kommunikation (eigene Darstellung)

Diese Unterscheidung politischer Prozesse, als darstellungsbezogene und als entscheidungsorientierte Politik, wird ebenso bei Sarcinelli erkannt. Diese Trennung begründet er dadurch, dass sie „zwei in spezifischer Weise aufeinander bezogene, gleichwohl unterschiedlichen Funktionslogiken folgende Teilsysteme des politischen Produktionsprozesses“⁴⁹⁴ darstellen. Die vielfachen Vernetzungen und gegenseitigen Beeinflussungen machen diese idealtypische Unterscheidung nicht überflüssig, da mit ihr ein besserer Einblick in die politische Kommunikationsprozesse möglich wird. Entscheidungspolitische Kommunikationsakte, wie diskrete Verhandlungen, werden in der Darstellungspolitik ausgeblendet, solange sie weder medial interessieren, wie etwa durch

⁴⁹⁰ vgl. Saxer; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.62

⁴⁹¹ Schicha, Brosda; In: Schatz, Rössler, Nieland (Hrsg.) 2002, S.43

⁴⁹² vgl. Kamps; In: Kamps, Nieland (Hrsg.) 2006, S.132

⁴⁹³ bds. Schicha, Brosda, In: Schatz, Rössler, Nieland (Hrsg.) 2002, S.43

⁴⁹⁴ Sarcinelli 2011, S.116

Konflikte prominenter Personen,⁴⁹⁵ noch für die politische Selbstdarstellung, im „öffentlichkeitsadressierten Legitimationsprozess“⁴⁹⁶ verwendet werden können. Der Konflikt wird bei Sarcinelli somit in der Struktur der Darstellungspolitik gefunden, die mit der verhandlungsorientierten Entscheidungspolitik kollidiert. Daraus resultiert eine „Kluft“, die auch als „Spannungsverhältnis“⁴⁹⁷ beschrieben werden kann.

Das Konzept der Darstellungs- und Entscheidungspolitik ist nicht unproblematisch. Die Hauptkritik liegt gerade darin, dass die Dimensionen nicht trennscharf sind,⁴⁹⁸ oder sich in der Mediendemokratie gar gegenseitig aufheben. Politische Kommunikation würde sich demnach der darstellenden Medienlogik, durch die „Intensivierung und [...] Perfektionierung symbolischer öffentlicher Zelebration von Politik“,⁴⁹⁹ immer weiter anpassen. Es ist jedoch zu beachten, dass eine überwiegende Fokussierung der Darstellung symbolischer Politik, wie sie in Ansätzen zur politischen Kommunikation entdeckt werden kann, sich dazu verleiten lässt, diese deutlich zu überschätzen.⁵⁰⁰ Da es in der politischen Kommunikation „nicht nur auf [...] persönliches Charisma und auf die gute mediale Performance der politischen Eliten, sondern vor allem auch auf deren Problemlösungsfähigkeit ankommt“,⁵⁰¹ muss die Entscheidungspolitik immer mitgedacht werden. Die Auseinandersetzung mit selbst- oder fremddarstellender politischer Kommunikation muss somit sowohl die entscheidungspolitischen Vorbedingungen, als auch die politischen Folgen bedenken. Wobei die Analyse nicht in eine zeitliche Chronologie der politischen Kommunikation verfallen darf. „Politisch gezielte Kommunikation dient keineswegs nur dazu, bereits getroffene Entscheidungen bekanntzumachen. Viel mehr Kommunikation wird darauf verwandt, Entscheidungen anzukündigen, vorzuschlagen, Vorschläge zu kommentieren und zu kritisieren oder solche Kritik zu beantworten.“⁵⁰²

⁴⁹⁵ vgl. Sarcinelli 2011, S.124

⁴⁹⁶ ebenda, S.187

⁴⁹⁷ bds. ebenda, S.131

⁴⁹⁸ vgl. : Filzmaier; In: Filzmaier, Plaikner, Duffek (Hrsg.) 2007, S.13

⁴⁹⁹ Saxer; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.35

⁵⁰⁰ vgl. Jarren, Sarcinelli; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.17

⁵⁰¹ Sarcinelli 2011, S.191

⁵⁰² Luhmann 2000, S.166

4.2.2 Inszenierung von Politik

Wie bereits erwähnt, kann eine Professionalisierung der politischen Kommunikation festgestellt werden. Darin spielt die Inszenierung eine wesentliche Rolle, denn „[s]ie mag schon immer bestanden haben, aber ihre Bedeutung war noch nie so groß wie heute, wenn es darum geht, Politik zu transportieren.“⁵⁰³ Darstellungspolitik beruht demnach wesentlich auf Inszenierungen, die damit zum „allgegenwärtigen Phänomen des politischen Handelns“⁵⁰⁴ werden.

Konfliktkommunikation kann als Teil der Inszenierung betrachtet werden. Einer Definition aus der Praxis zufolge, findet der Konflikt auf zweifache Weise Beachtung im Kontext der Inszenierung. Erstens kann Inszenierung dazu dienen, das Ergebnis eines politischen Konflikts, der in nicht-öffentlichen Arenen ausgefochten wurde, zu präsentieren. Dadurch würde sich der Konflikt zwar auf die Inszenierung auswirken, jedoch bliebe der Einfluss auf den Inhalt beschränkt. Zweitens wird die Inszenierung selbst als Konfliktfeld bezeichnet, in dem um Aufmerksamkeit und Deutung gerungen wird.⁵⁰⁵ Es kann jedoch noch eine dritte Perspektive angeführt werden, die in dieser Arbeit im Vordergrund steht, denn der Konflikt kann auch als Form der Inszenierung verstanden werden. Politik würde somit im Modus des Konflikts inszeniert. „Inszenierungsstrategien können ein probates Mittel zur kommunikativen Aufbereitung politisch komplexer Sachverhalte sein“,⁵⁰⁶ Konfliktkommunikation kann dazu wesentlich beitragen. Dies führt bis hin zu „symbolische[n] Konfliktaktionen“, die sich dadurch auszeichnen, dass „konflikthafte Ereignisse [...] bereits im Hinblick auf die mediale Vermittlung inszeniert“⁵⁰⁷ werden. Besondere Anwendung findet der publizistische Konflikt im Event-Journalismus. Dabei werden Konflikte gezielt inszeniert um Kampagnen zu führen.⁵⁰⁸ Die Inszenierung geschieht nicht erst in der Berichterstattung, sondern kann bereits in der politischen Selbstdarstellung erfolgen. Eine sachliche Konfliktaustragung erscheint vor diesem Hintergrund eher unwahrscheinlich, vielmehr handelt es sich bei politischer Konfliktkommunikation um Inszenierungen, die „Strategien der Vereinfachung, Zuspitzung und Dramatisierung“⁵⁰⁹ verfolgen.

⁵⁰³ Beyrl, Perlot 2006, S.402

⁵⁰⁴ Meyer, Schicha, Brosda 2001, S.44

⁵⁰⁵ vgl. Althaus, Geffken, Rawe (Hrsg.) 2005, S.105

⁵⁰⁶ Balzer, Geilich; In: Balzer, Geilich, Rafat, (Hrsg.) 2006, S.19

⁵⁰⁷ Bucher, Duckwitz; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.193

⁵⁰⁸ vgl. Weinacht, Hohlfeld; In: Schöll, Renger, Blöbaum (Hrsg.) 2007, S.168

⁵⁰⁹ Schicha; In: Kreyher (Hrsg.) 2004, S.13

Konflikte sind somit eine wesentlicher Orientierungspunkt, eine Arena und vor allem ein Modus der politischen Inszenierung. Der Prozess der Inszenierung dreht sich dabei „um das Wechselspiel zwischen der Auswahllogik von Massenmedien und Präsentationslogik von Politik.“⁵¹⁰ Diese Logiken der politischen Kommunikation, die bereits der Fremd- und Selbstdarstellung zugeordnet wurden, werden durch zwei Organisationen verkörpert. Die politische Öffentlichkeitsarbeit und der politische Journalismus agieren in einem „durch Gegen- wie durch Parallelstrukturen charakterisiertes Ensemble im Dienste der offiziellen politischen Kommunikation“.⁵¹¹ Bevor noch weiter auf die Entwicklungen der Konfliktkommunikation eingegangen werden kann, bedarf es einer kurzen Erklärung dieser Organisationen politischer Kommunikation.

4.2.3 Politische Öffentlichkeitsarbeit

Vielfach wird in der Literatur ein Wechsel der politischen Kommunikationskultur, von einer „parteien-dominierten“, hin zu einer „PR-orientierten Kommunikationskultur“⁵¹² beschrieben. Damit wird dem Bedeutungsgewinn der Öffentlichkeitsarbeit, der mit ihrer Professionalisierung einhergeht, Rechnung getragen.⁵¹³ Politische Öffentlichkeitsarbeit ist zwar nur ein Ausschnitt der strategischen Kommunikation, diese spielt jedoch in der politischen Kommunikation eine wesentliche Rolle.⁵¹⁴ Der Begriff der politischen Öffentlichkeitsarbeit, oder der Public Relations fungiert darüber hinaus als „Sammelbezeichnung [...] heterogene[n] Personengruppe, die als politische Berater, als Pressereferenten, Marketingstrategen, Imagespezialisten, Spin Doctors oder wie auch immer bezeichnet“⁵¹⁵ werden. Im Weiteren wird unter dem Begriff der politischen PR, jede Art der kommunikativen Selbstdarstellung subsumiert, sie wird somit als die Organisation des „*Kommunikationsmanagement politischer Interessen*“⁵¹⁶ angesehen. Ziel der PR ist es, „Einfluss zu nehmen auf die öffentliche Agenda, zum Beispiel durch Bereitstellen von Informationen, durch die Setzung oder Generierung eines Themas oder Krisenkommunikation.“⁵¹⁷ Dadurch können bereits die Vielzahl der Berührungspunkte mit dem Journalismus erklärt werden. Die politische PR wirkt jedoch nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. „Das von PR etablierte demokratiegerechte Image von Personen und Organisationen wirkt als öffentlich eingegangene Selbstverpflichtung zu demokratischen

⁵¹⁰ Beyrl, Perlot 2006, S.393

⁵¹¹ Saxer; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.60

⁵¹² bds. Plasser, Lengauer; In: Plasser (Hrsg.) 2010b, S.97

⁵¹³ vgl. Röttger 2010, S.59

⁵¹⁴ vgl. Schulz 2008, S.305 ff.

⁵¹⁵ Sarcinelli 2011, S.186

⁵¹⁶ Schulz 2008, S.307; Anm.: Hervorhebung i.O.

⁵¹⁷ Meyer, Schicha, Brosda 2001, S.45

Werten und Normen auf deren tatsächliches Verhalten zurück.“⁵¹⁸ Somit darf, wie bereits eindringlich erwähnt wurde, die Überschneidung mit der Entscheidungspolitik nicht außer Acht gelassen werden. Die politische PR ist vor allem auf den Journalismus ausgerichtet, wie es in der „Simulation seiner Operationsweisen“⁵¹⁹ deutlich wird. Die Organisation der politischen Selbstberichterstattung ist somit maßgeblich auf die Fremdberichterstattung ausgerichtet, vor allem um durch sie, die eigene Glaubwürdigkeit zu steigern.⁵²⁰ Politische Öffentlichkeit fungiert somit selten alleine, sondern meist in Kombination mit politischem Journalismus.

4.2.4 Politischer Journalismus

Der Journalist, als „gate-keeper“⁵²¹ ist der zentrale Akteur der politischen Berichterstattung. Seine Tätigkeit wird vielfach als Gegenstück zur PR-Tätigkeit dargestellt, denn er entscheidet, was zum Thema der politischen Kommunikation wird und was keine Publizität findet. Diese Selektionsentscheidungen trifft er jedoch nicht willkürlich, sondern er orientiert sich an „akzeptierten Strukturen zur Herstellung aktueller Medienaussagen“,⁵²² die sich nur langsam verändern. Diese Selektionskriterien lassen sich direkt von dem ableiten, was häufig als „Medienlogik“⁵²³ bezeichnet wird. Diese gilt als wesentlicher Orientierungspunkt des Journalismus, aber auch der Politik. Saxer steht dieser Rückführbarkeit, jeglicher journalistischen Tätigkeit auf nur eine Logik der Massenmedien, kritisch gegenüber.⁵²⁴ Jedoch gilt die These einer Medienlogik, anhand ihres empirischen Konzepts der Nachrichtenwerttheorie, in vielen Untersuchungen größtenteils als bestätigt.⁵²⁵ (Die Nachrichtenwerttheorie wird im nächsten Kapitel noch erläutert.) Der Einwand, dass die Auswahlkriterien in verschiedenen Kontexten unterschiedliche Ausprägungen annehmen können, wird jedoch in der Literatur mehrmals angeschnitten. Weischenberg und Scholl merken beispielsweise an, dass „politischer Journalismus mit Hintergrundberichterstattung verbunden [ist] und [...] sich nicht mit der aktualitätsfixierten Berichterstattung“⁵²⁶ verträgt. Somit können, gerade in der politischen Kommunikation, durch die hohen demokratiepolitischen Ansprüche und dem schwierigen Verhältnis, welches zur politischen PR besteht,⁵²⁷ die Selektionskriterien und Verarbeitungslogik des Journalismus in Frage gestellt werden. Die Beschäftigung mit solchen Kriterien der Berichterstattung und deren

⁵¹⁸ Saxer; In: Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.62

⁵¹⁹ Weischenberg 1995, S.211

⁵²⁰ vgl. Kohring, Hug 1997, S.27 f.

⁵²¹ White 1950, S.383

⁵²² Löffelholz; In: Löffelholz (Hrsg.) 2004, S.27

⁵²³ Schulz 2008, S.36

⁵²⁴ vgl. Saxer 2007, S.86

⁵²⁵ vgl. Eilders 1997, S.57 f.

⁵²⁶ Weischenberg, Scholl; In: Neverla, Grittmann, Pater (Hrsg.) 2002, S.516

⁵²⁷ vgl. Hoffjann 2007

Veränderung ist somit ein zentrales Thema der politischen Kommunikation. Damit soll sich das nächste Kapitel eingehend auseinandersetzen.

4.3 Nachrichtenwerte und Trends der politischen Kommunikation

Ähnlich dem häufig attestierten Wandel der Kommunikationskultur, wird ebenso vielfach von Veränderungen der tradierten politischen Kommunikation gesprochen.⁵²⁸ Diese sieht Imhof als unmittelbare Konsequenz der beschriebenen „neuen Interdependenz von Politik und medienvermittelter Kommunikation“.⁵²⁹ Lengauer spricht von einem „Konglomerat an Veränderung“,⁵³⁰ die in Amerikanisierungs-, Modernisierungs- und Postmodernisierungsansätzen diagnostiziert, oder prognostiziert werden. Allgemein wird davon ausgegangen, dass sich die Politik an „Produktions-, Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken“⁵³¹ anpassen muss, die mit den veränderten Vermittlungsstrukturen der Medien einhergehen. Damit verändert sich nicht nur die redaktionelle Fremddarstellung, sondern auch die politische Selbstdarstellung. Plasser fasst die veränderte politische Kommunikation wie folgt zusammen: Moderne politische Kommunikation zeichnet sich durch einen Unterhaltungsfokus, der Präferenz von soft-news, der Dramatisierung von Politikvollzug, der Betrachtung von Kalkülen hinter Politik, einer starken Negativität und einer personalisierten Berichterstattung aus.⁵³² Vor allem die Steigerung des negativen Tenors hat einen unmittelbaren Einfluss auf das Ausmaß und die Art wie über Konflikte berichtet wird. Lengauer sieht im Konflikt, als konfrontativen Negativismus, gar eine der vier „zentralen Faktoren der Nachrichtenlogik in medienzentrierten Demokratien“.⁵³³ Aber auch die Entwicklungen der Personalisierung, der Dramatisierung und der Unterhaltungsorientierung der Berichterstattung fördert die Konfliktberichterstattung.

Die meisten dieser Diagnosen sind bereits in den Anfängen der kommunikationswissenschaftlichen Nachrichtenwerttheorie vorzufinden. Die Nachrichtenwerttheorie ist ein Erklärungsmodell für die journalistische Selektion, die erstmals in den 1960ern formuliert und seitdem, in vielfachen Bearbeitungen, empirisch fundiert wurde.⁵³⁴ Die Hauptaussage ist, dass eine Information bestimmte Kriterien aufweisen muss, um in die Medienberichterstattung aufgenommen zu werden.⁵³⁵ Östgaard erkannte grob drei Faktoren. Das Kriterium der Vereinfachung, welches in der modernen politischen

⁵²⁸ vgl. Plasser; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 2006, S.525 ff.

⁵²⁹ Imhof; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.288

⁵³⁰ Lengauer 2007, S.35

⁵³¹ Imhof; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.289

⁵³² vgl. Plasser; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 2006, S.532 f.

⁵³³ Lengauer 2007, S.26

⁵³⁴ vgl. Eilders 1997, S.19

⁵³⁵ vgl. Weischenberg 1995, S.174

Kommunikation als Unterhaltung erkannt werden kann, das Kriterium der Identifikation, welches durch Personalisierung gestützt wird und das Kriterium des Sensationalismus, das letztlich im Konflikt selbst entdeckt werden kann.⁵³⁶ Weitere Bearbeitungen, wie vor allem von Galtung und Ruge, differenzierten die Faktoren zwar aus und fügten weitere hinzu, die Dimensionen der Vereinfachung, der Identifikation und des Sensationalismus blieben jedoch zentral.⁵³⁷ Der Faktor des Konflikts wurde das erste Mal bei Schulz als eigener Faktor anerkannt. Zuvor wurde er als Bestandteil des Sensationalismus und der Kontroverse zwar mitgedacht, jedoch nicht explizit überprüft. Schulz konnte den Konflikt vor allem in der innenpolitischen deutschen Berichterstattung als relevant erkennen.⁵³⁸

Nun soll, anhand der Beispiele der Unterhaltung und der Personalisierung, zwei Trends der politischen Kommunikation näher ausgeführt werden, die als relevante Einflussfaktoren auf den Nachrichtenwert betrachtet werden. Bereits dabei können Aussagen über die Darstellung von Konflikten getroffen werden. Anschließend wird der Trend der Negativität und des Konflikts selbst als Faktor der politischen Kommunikation diskutiert.

4.3.1 Unterhaltungszentrierte politische Kommunikation

Die Unterhaltung als Element (politischer) Medieninhalte, wurde bereits in vielen Ansätzen kommentiert.⁵³⁹ Die Diagnose lautet, „[d]ie öffentliche Konstruktion von Politik vollzieht sich also heute größtenteils in der populären, unterhaltenden Medienkultur. Sie ist das Forum, in dem politische Identitäten folgenreich inszeniert werden.“⁵⁴⁰ Die Mehrzahl der Ansätze steht den Entwicklungen negativ gegenüber. Die zwei populärsten kritischen Ansätze werden durch die These Neil Postmans, „Wir amüsieren uns zu Tode“ und Horkheimers und Adornos „Kulturindustrie“ abgesteckt. Ob sich demzufolge die Veränderung der Medienberichterstattung auf eine steigende Ökonomisierung, oder auf herrschende Ideologien rückführen lassen, die Konsequenz liegt in beiden Fällen in der „minimale[n] Variation des Immergleichen“,⁵⁴¹ und in der Information, die im Modus der Unterhaltung präsentiert wird.⁵⁴² Die Problematik in der politischen Kommunikation liegt einerseits in der Rolle des „Amusements“, welche darin besteht, die kognitive Auseinandersetzung mit Informationen zu behindern,⁵⁴³ andererseits ist Unterhaltung dazu in der Lage, geistige Auseinandersetzung mit Information nicht nur zu behindern, sondern Information gar

⁵³⁶ vgl. Östgaard 1965, S.45 ff.

⁵³⁷ vgl. Galtung, Ruge 1965, S.65 ff.

⁵³⁸ vgl. Schulz 1976; zit.n. Eilders 1997, S.35 f.

⁵³⁹ vgl. Klaus, Lünenborg; In: Neverla, Grittmann, Pater (Hrsg.) 2002, S.100 ff.

⁵⁴⁰ Dörner 2000, S.18

⁵⁴¹ ebenda, S.69

⁵⁴² vgl. Postman 1993, S.110 f.

⁵⁴³ vgl. Horkheimer, Adorno 1969, S.134 ff.

größtenteils zu verdrängen.⁵⁴⁴ Dörner merkt - dieser Diagnosen widersprechend - an, dass neben den Kosten der Unterhaltungsorientierung, ebenso positive Aspekte zu erwarten sind.⁵⁴⁵ „Infotainment“, unterhaltende Information, könnte somit der „Veranschaulichung und Verlebendigung“⁵⁴⁶ der politischen Kommunikation dienen. Meyer erkennt selbiges eingeschränkt an, indem er schreibt, „Infotainment *kann* eine vorzügliche Art der Politikvermittlung sein, nämlich dann, wenn sie ihre Chance der Erreichung eines großen und dispersen Publikums nicht lediglich zur Unterhaltung, sondern zur angemessenen Information über die verhandelten Sachverhalte nutzt.“⁵⁴⁷ Für die politische Kommunikation heißt dies, dass ein Bedeutungszuwachs von unterhaltender Medienkommunikation theoretisch begründet, jedoch dessen Konsequenzen ambivalent interpretiert werden. Empirisch lässt sich der Trend in verschiedenen Studien unterschiedlich nachweisen. So sind laut einer Untersuchung von deutschen Fernsehnachrichtensendungen, Entertainingeffekte sehr unausgewogen feststellbar. Sie sind vor allem im Privatfernsehen zu erkennen, wogegen Unterhaltung in den öffentlich-rechtlichen Nachrichtenbeiträgen, weitgehend nur in der Sportberichterstattung erkannt wurde.⁵⁴⁸ Lengauer und Vorhofer untersuchten den Entertainment-Grad in der Berichterstattung zur Wahl 2008 in Österreich. Der Entertainment-Grad wurde durch die „Dramatisierung“ und die „game-Zentrierung“ operationalisiert. Die Dramatisierung zeigt sich anhand der Art, wie berichtet wird, sachlich und distanziert, oder emotional und zugespitzt. Die game-Zentrierung beschreibt beispielsweise eine Darstellungsform, die auf der Präsentation von Gewinnern und Verlierern, auf meta-politischen Themen (Taktiken, Interessen), oder Koalitionsspekulationen aufbaut.⁵⁴⁹ Damit fassen sie mehrere, bereits als Trends der modernen politischen Kommunikation beschriebenen Merkmale zusammen und unterziehen sie einer empirischen Prüfung. Das Ergebnis stellt sich ähnlich heraus, wie die Analyse der deutschen Fernsehnachrichten. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen weist den geringsten Entertainment-Grad auf, während der untersuchte Privatsender („ATV“) einen sehr hohen Grad aufweist. Die Printmedien liegen näher beisammen, wobei dennoch ein Unterschied zwischen Boulevard- („Kronen-Zeitung“ und abgeschwächt „Österreich“) und Qualitätsmedien („Presse“ und „Standard“ annähernd deckungsgleich) festgestellt werden konnte.⁵⁵⁰ Somit kann von der Unterhaltungsorientierung in der politischen Kommunikation ein durchwachsendes Bild gezeichnet werden. Von einem allgemeinen Trend zu sprechen würde dem Phänomen nicht gerecht werden, wobei vor allem im Privatfernsehen und in Boulevardmedien Hinweise auf einen solchen zu entdecken sind.

⁵⁴⁴ vgl. Postman 1993, S.138

⁵⁴⁵ vgl. Dörner 2002, S.2

⁵⁴⁶ ebenda, S.3

⁵⁴⁷ Meyer 2001, S.52 f.; Anm.: Hervorhebung i.O.

⁵⁴⁸ vgl. Khorrami 2011, S.97

⁵⁴⁹ vgl. Lengauer, Vorhofer; In: Plasser (Hrsg.) 2010, S.170

⁵⁵⁰ vgl. ebenda, S.170 f.

Die Verschmelzung von Konflikt und Unterhaltung wird durch die Begriffe des „crititainment“⁵⁵¹ und des „confrontainment“⁵⁵² erfasst. Auch wenn crititainment manchmal eher als Kritik in Unterhaltungssendungen thematisiert wird,⁵⁵³ kann ebenso die Unterhaltungsleistung von Kritik, bzw. von Konflikt diskutiert werden. Betrachtet man Konflikte als rein inszenierte Ereignisse, so spielt hier Unterhaltung eine wesentliche Rolle. Dies lässt sich dadurch begründen, da Informationsjournalismus primär als Beobachter auftritt und nicht dazu in der Lage ist, selbst Ereignisse zu inszenieren.⁵⁵⁴ Da jedoch politische Konflikte in der Regel einen „realen“ Bezugspunkt aufweisen, bzw. „reale und fiktionale inhaltliche Anteile [Information und Unterhaltung] stets neu gemischt“⁵⁵⁵ werden, trifft dies nur eingeschränkt zu. Auch wenn man den Konflikt als natürliches Ereignis - im Gegensatz zum inszenierten Ereignis - ansieht, kommt es immer noch auf die Perspektive an, Unterhaltung von Konflikt trennen zu können.⁵⁵⁶ Die Rolle von unterhaltenden Elementen in Konflikten der politischen Kommunikation stellt sich somit nicht eindeutig dar. Es ist anzunehmen, dass Dramatisierung und game-Zentrierung auch in der Konfliktberichterstattung erkennbar sind und hier vielleicht von besonderer Bedeutung sind.

4.3.2 Personalisierung von Politik

Unter den vielfältigen Trends der modernen politischen Kommunikation findet sich häufig der Begriff der Personalisierung. Dabei werden Politiker und deren Privatleben zum „Deutungsmuster politischer Tatbestände“, oder zum „Orientierungspunkt“⁵⁵⁷ für die Wählerschaft. Die zentralen Funktionen der politischen Kommunikation werden dann von der Präsentation politischer Eliten erfüllt. Die Personalisierung umschließt zwei Dimensionen. Die „quantitative“ oder auch „allgemeine“⁵⁵⁸ Personalisierung bezeichnet das Phänomen, dass (Elite-)Personen eine große Rolle in der Berichterstattung spielen.⁵⁵⁹ Die Grundannahme ist hierbei, „Köpfe reduzieren Komplexität“.⁵⁶⁰ Die „spezielle“⁵⁶¹ Personalisierung bezeichnet die Verwendung von „unpolitisch-rollenfremde[n] Merkmale[n]“⁵⁶² in der Darstellung von politischen Eliten. Begleitet wird der Trend der Personalisierung von einer steigenden Simplifizierung und Visualisierung von Politik.⁵⁶³ So

⁵⁵¹ Saxer 2007, S.170

⁵⁵² Klemm; In: Biere, Hoberg (Hrsg.) 1996, S.150

⁵⁵³ vgl. Englert, Rosion; In: Bidlo, Englert, Reichertz (Hrsg.) 2011, S.210 f.

⁵⁵⁴ vgl. Weinacht, Hohlfeld; In: Scholl, Renger, Blöbaum (Hrsg.) 2007, S.166

⁵⁵⁵ Bosshart; In: Scholl, Renger, Blöbaum (Hrsg.) 2007, S.25

⁵⁵⁶ vgl. Karmasin; In: Filzmaier, Karmasin, Klepp (Hrsg.) 2006, S.113

⁵⁵⁷ Holtz -Bacha; In: Nieland, Kamps (Hrsg.) 2004, S.30

⁵⁵⁸ bds. Schulz 2008, S.252

⁵⁵⁹ vgl. Lass 1995, S.10

⁵⁶⁰ Sarcinelli; In: Pollak, Sager, Sarcinelli, Zimmer (Hrsg.) 2008, S.18

⁵⁶¹ Schulz 2008, S.252

⁵⁶² Plasser; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 2006, S.533

⁵⁶³ vgl. Lengauer 2007, S.139

gewinnen konstruierte Persönlichkeitsprofile, in denen besonders die Persönlichkeit und das Privatleben des Politikers reflektiert werden, in der politischen Kommunikation an Bedeutung. „Es scheint so, als wenn Komplexitätsreduktion durch Personalisierung in einer unüberschaubar gewordenen politischen Welt geradezu zwingend geworden ist, um Politik für ein Laienpublikum wahrnehmbar zu gestalten.“⁵⁶⁴ „Dabei offeriert die Permanenz weniger Schlüsselpersonen Erwartungssicherheiten und Identifikationsmöglichkeiten.“⁵⁶⁵ Die Diagnose der steigenden Personalisierung hat es zwar zu einer großen Popularität gebracht, deren Nachweis ist jedoch nicht unumstritten. Seit den 1990ern wurde eine Vielzahl systematischer Untersuchungen durchgeführt, die sich vor allem mit der allgemeinen Personalisierung beschäftigen.⁵⁶⁶ Ein hoher Grad der Personalisierung konnte sowohl in,⁵⁶⁷ als auch außerhalb von Wahlzeiten festgestellt werden.⁵⁶⁸ Ob die starke Personalisierung tatsächlich eine Tendenz moderner politischer Kommunikation ist, oder nur ein Phänomen darstellt, welches immer schon bestand, bleibt in den Untersuchungen ungeklärt.

Politische Konflikte können zwar inhaltlich geführt werden, viel häufiger ist jedoch die Kritik an Personen.⁵⁶⁹ Somit wird der Parteienwettbewerb zunehmend als „personalisierte Konkurrenz zwischen Eliten“⁵⁷⁰ inszeniert. Konflikte werden nicht nur von Personen ausgetragen, sondern haben auch solche als „Gegenstand“. Da Konflikte nun mal von Personen geführt werden, sie gar über die widersprechende Kommunikation zwischen Personen definiert werden, sind Konflikte ohne Personen oder Organisationen undenkbar.⁵⁷¹ Dabei steht vor allem die Glaubwürdigkeit der Akteure im Mittelpunkt. Im Konflikt wird versucht die Glaubwürdigkeit der anderen Person in Frage zu stellen und die eigene zu erhalten.⁵⁷² Wie sich die Personalisierung auf die Inszenierung von Konflikten konkret auswirkt - welche Personen als aktiver, oder passiver Akteur und wie diese in der Konfliktkommunikation auftreten - ist noch weitgehend unklar. Es ist jedoch von einem hohen Grad der Personalisierung in beiden Dimensionen der politischen Kommunikation auszugehen.

⁵⁶⁴ Dörner 2002, S.3

⁵⁶⁵ Schicha; In: Kreyher (Hrsg.) 2004, S.9

⁵⁶⁶ vgl. : Lengauer 2007, S.153

⁵⁶⁷ vgl. Pallaver, Pig; In: Plasser, Ulram (Hrsg.) 2003, S.55 ff.

⁵⁶⁸ vgl. Lengauer, Pallaver, Pig; In: Plasser (Hrsg.) 2004, S.149 ff.

⁵⁶⁹ vgl. Lengauer 2007, S.244

⁵⁷⁰ vgl. Plasser, Scheucher, Sommer; In: Müller, Plasser (Hrsg.) 1995; zit.n. Lengauer 2007, S.138

⁵⁷¹ vgl. Hoffjann 2007, S.192

⁵⁷² vgl. Dernbach, Meyer; In: Dernbach, Meyer (Hrsg.) 2005, S.11

4.3.3 Negativität und Konflikt

Wie bereits angeschnitten, ist die Negativität ein zentraler Bestandteil politischer Kommunikation. Der Einfluss des Nachrichtenfaktors Negativismus wird in der politischen Selbstberichterstattung, am Beispiel des negative-campaigning deutlich.⁵⁷³ Unter diesem populären Begriff fallen „actions a candidate takes to win an election by attacking an opponent, rather than emphasizing his or her own positive attributes or policies.“⁵⁷⁴ Schicha sieht hinter der negativen Kommentierung des Gegners zwar eine gegenteilige Strategie zur Personalisierung, die darauf abzielt, ein positives Image zu erzeugen.⁵⁷⁵ Jedoch richtet sich negative-campaigning wesentlich an Personen aus und steht deshalb in keinem Widerspruch zur Personalisierung. Ebenso weist dirty-campaigning einen gewissen Unterhaltungsgrad auf. Dies gilt insbesondere dann, wenn unpolitische Charakterzüge und Informationen aus dem Privatleben in den Fokus des Angriffswahlkampfes geraten.⁵⁷⁶ Somit steht die Negativität in der Selbstberichterstattung mit den zuvor präsentierten Trends der modernen politischen Kommunikation in enger Verbindung.

In der Fremdberichterstattung wird die Negativität mit dem Begriff der „bad-news“, oder des „Skandals“ in Verbindung gebracht. „Konflikte werden durch den Journalismus häufig in der Form des *Skandals* aufbereitet.“⁵⁷⁷ Die Ursache der Negativität entspricht hier der Logik der Medienkommunikation. „Die Kombination von sensations-orientierter und negativer Berichterstattung führt dazu, daß Rezipienten die berichteten Sachverhalte für bedeutsamer und schwerwiegender halten, als sie vermutlich sind.“⁵⁷⁸ Ein Skandal existiert nicht an sich, durch individuelle Verfehlungen, sondern entsteht durch die Zuschreibung anderer.⁵⁷⁹ Besonders dominant werden Skandale dann, wenn sie Eingang in die Medienberichterstattung finden. Der Medienskandal, der sich durch ein „spezifisches journalistisches Narrationsmuster“⁵⁸⁰ auszeichnet, nimmt einen immer größeren Anteil in der Berichterstattung ein. Skandale treten häufig als „personalisierte *bad news*“⁵⁸¹ hervor. In der jüngeren österreichischen Geschichte werden Skandale zwar nach Organisationen (BAWAG-, Hypo Alpe-Adria-, Telekom-, Meindl-Skandal), oder Skandalgenständen (Abfangjägerkauf-, Buwog-Privatisierung-, Staatsbürgerschaft-, ÖBB-Inserate-, Blaulichtfunk-Skandal) benannt, im Zentrum der Berichterstattung stehen jedoch immer Personen (Helmut Elsner, Karl Heinz Grasser, Peter Hochegger, Walter Meischberger, Uwe Scheuch, Werner Faymann). Der Medienskandal wird nicht nur mit normativen Zuschreibungen, beispielsweise

⁵⁷³ vgl. Zeh 2005, S.26

⁵⁷⁴ Mark 2009, S.2

⁵⁷⁵ vgl. Schicha; In: Kreyher (Hrsg.) 2004, S.10

⁵⁷⁶ vgl. Zeh 2005, S.25

⁵⁷⁷ Hoffjann 2007, S.191; Anm.: Hervorhebung i.O.

⁵⁷⁸ Brosius; In: Klingler, Roters, Zöllner (Hrsg.) 1998, S.301

⁵⁷⁹ vgl. Bösch; In: Bulkow, Petersen (Hrsg.) 2011, S.30

⁵⁸⁰ Burkhardt; In: Bulkow, Petersen (Hrsg.) 2011, S.134

⁵⁸¹ Pundt 2008, S.220; Anm.: Hervorhebung i.O.

der Aufdeckung, verbunden, sondern kann auch kritisch als „austauschbares und beliebiges Instrument der Unterhaltung“⁵⁸² betrachtet werden. Vor allem im Wahlkampf sind „Confrontation“-Effekte in der Medienberichterstattung feststellbar.⁵⁸³ Somit sind auch in der Fremddarstellung Überschneidungen der Negativität mit den restlichen diagnostizierten Faktoren der politischen Kommunikation zu erkennen. Daraus wird deutlich, dass die Negativität, als Grundlage des medialen Konflikts, nicht als isoliertes Phänomen betrachtet und analysiert werden kann.

Aus dem Nachrichtenfaktor der Negativität lässt sich nun der Konflikt als „dominierende[s] Muster in der Politikberichterstattung“⁵⁸⁴ ableiten. Konflikte als Thema medialer Berichterstattung weisen eine „selbsterzeugte Ungewißheit“⁵⁸⁵ auf, die für Spannung sorgt. Der Ausgang eines Konflikts ist unbekannt und lässt Raum für Spekulation, wodurch der Konflikt zu einer beliebten Darstellungsform der politischen Kommunikation wird. Konflikte erhalten jedoch, indem sie Eingang in die Medienarena finden, eine Eigendynamik. Sie können nicht mehr alleinig von den Konfliktparteien gesteuert werden,⁵⁸⁶ sondern werden abhängig von medialen Inszenierungen.

Untersuchungen zum Konflikt und zur Negativität unterscheiden verschiedene Begriffe, wobei der Konflikt stets eine Rolle spielt. Lengauer und Vorhofer beschäftigen sich mit drei Gruppen von Faktoren, welche die zentralen Frames der politischen Berichterstattung umfassen sollen. Neben dem „Entertainment“ wird hier die Negativität als „Tonalität“ und der Konflikt als „Konfrontativität“⁵⁸⁷ angeführt. In einer vorhergehenden Untersuchung kombiniert Lengauer diese Elemente der „allgemeinen Negativität“ und „Konflikt-Zentrierung“ unter dem Begriff des „konfrontative[n] Negativismus“.⁵⁸⁸ Die Ergebnisse sind ähnlich, und zeigen eine klare Dominanz der Negativität und des Konflikts. Beinahe die Hälfte der politischen Berichterstattung, in der Endphase des Nationalratswahlkampfes 1999, ist durch eine negative Tonalität geprägt, beinahe ein Drittel der Beiträge wird darüber hinaus durch den Konflikt dominiert. Vergleicht man die Printmedien- mit der Fernsehberichterstattung, so ist zwar in der ersteren die negative Tonalität stärker ausgeprägt, jedoch spielt der Konflikt in letzteren eine größere Rolle.⁵⁸⁹ Es scheint also beides, Konflikt und Negativität, eine beträchtliche Rolle zu spielen, jedoch kann sowohl der Konflikt ohne negativer Perspektive, als auch die negative Tonalität ohne den Konflikt in der politischen Berichterstattung existieren. In einer anderen Untersuchung der Wahlkampfberichterstattung 2008 konnte

⁵⁸² Holldorf; In: Bulkow, Petersen (Hrsg.) 2011, S.67

⁵⁸³ vgl. Lengauer, Vorhofer; In: Plasser (Hrsg.) 2010, S.188

⁵⁸⁴ Wolf; In: Filzmaier, Karmasin, Klepp (Hrsg.) 2006, S.58

⁵⁸⁵ Luhmann 1996, S.59

⁵⁸⁶ vgl. Bucher, Duckwitz; In: Jäckel (Hrsg.) 2005, S.189

⁵⁸⁷ alle.: Lengauer, Vorhofer; In: Plasser (Hrsg.) 2010, S.169 ff.

⁵⁸⁸ alle.: Lengauer 2007, S.224 f.

⁵⁸⁹ vgl. ebenda, S.235 f.

dieses Bild weitgehend widergespiegelt werden. Der Negativismus, operationalisiert durch die negative Tonalität (36% der Beiträge) und der pessimistischen Perspektive (40% der Beiträge), überwiegt stark die positive, optimistische Perspektive. Die Konfliktorientierung nimmt etwa ein Viertel der Gesamtberichterstattung ein, wohingegen der Konsens nur in 5% der Berichte Erwähnung findet.⁵⁹⁰

Die Negativität scheint als Nachrichtenfaktor eine besondere Rolle in der politischen Kommunikation einzunehmen. Sie steht in enger Beziehung mit der Darstellung von Konflikten. Jedoch ist gegen die These der Zunahme der negativen Perspektive einzuwenden, dass nicht festgestellt werden kann „[o]b sich der Anteil negativer Ereignisse in der Realität oder lediglich in der Medienberichterstattung verändert hat“.⁵⁹¹

Der Konflikt wurde hier in enger Verbindung, als Konsequenz und als Logik der Negativität dargestellt. Ebenso können Personalisierungs- und Entertainisierungseffekte in der Präsentation von Konflikten festgestellt werden. Dies gibt Aufschluss über die Inszenierung von politischen Konflikten. Die Konfliktkommunikation nimmt einen hohen Stellenwert in der Selbst- und Fremdberichterstattung der Politik ein, und orientiert sich, wie anhand der Unterhaltungszentrierung und Personalisierung gezeigt wurde, an deren Logik. In der Untersuchung soll auf diese Aspekte genau eingegangen werden. Denn fraglich bleibt welche Unterhaltungselemente Verwendung finden, welche Akteure welche Rolle spielen und letztlich worauf sich die negative Perspektive in der Konfliktkommunikation bezieht.

⁵⁹⁰ vgl. Lengauer, Vorhofer; In: Plasser (Hrsg.) 2010, S.173 ff.

⁵⁹¹ Eilders 1997, S.45

5 Debatte um eine Heeresreform

Ziel dieser Arbeit ist es, die Darstellungsweisen des Koalitionskonflikts in der Heeresdebatte zu analysieren. Somit gilt es die Selbst- und Fremdberberichterstattung, nicht jedoch die „Realität“ (Bsp.: Stimmt dieses Argument?) zu untersuchen. Dennoch bedarf es bestimmter Grundkenntnisse des Konfliktgegenstands, um Argumente und Positionen deuten zu können. Dieses Kapitel soll genau diese Grundkenntnisse der Heeresdebatte kurz zusammenfassen. Es wird somit nicht eine komplette Diskursanalyse durchgeführt, dazu würde es einer eigenen Forschungsarbeit bedürfen, sondern bloß die zentralen Merkmale des Wehrsystems, der Wehrpflicht und der Heeresdebatte wiedergegeben.

5.1 Verschiedene Wehrsysteme

In der Debatte um die Reform des Bundesheers geht es konkret um die Frage nach der „Wehrform“, bzw. nach dem „Wehrsystem“. Diese synonymen Begriffe werden durch zwei Charakteristika bestimmt. Erstens wird das Wehrsystem nach der Art der **Organisation** des Heeres bestimmt. Zu unterscheiden sind hier die Formen des Präsenzheeres (des stehenden Heeres), der Kaderrahmenorganisation (das auf Reservisten aufbaut) und des Milizheeres (Kader- oder Freiwilligenmiliz).⁵⁹² Diese idealtypische Unterscheidung der Organisationstypen ist für die Ausgestaltung des Heeressystems von zentraler Bedeutung, auch wenn eine Mischform am häufigsten gewählt wird. Während Präsenzheere eine verlässliche, jedoch - vor allem finanziell - aufwendige Angelegenheit sind, kann mittels Kaderrahmenorganisation, oder einem funktionierenden Milizsystem, selbst von kleineren Staaten, eine hohe Mobilmachungsstärke erreicht werden. Der Nachteil liegt hierbei jedoch in dem hohen Grad der Freiwilligkeit, der den Milizionären und Reservisten abverlangt wird und der geringeren Spezialisierung der einzelnen Soldaten.⁵⁹³ Bereits aus diesem kurzen Überblick über die zentralen Organisationsformen und durch die Tatsache, dass die meisten Wehrsysteme aus einer Mischung der Organisationsformen bestehen, ist ersichtlich, dass es nicht das richtige Wehrsystem geben kann. Es ist stets an die „Bedrohungslage, Aufgabenstellung, Bevölkerungsentwicklung, Finanzkraft des Landes und Einstellung seiner Bürger“⁵⁹⁴ gebunden. Obwohl die Wahl der Organisationsformen eine zentrale Frage ist, wird sie in den meisten Diskussionen durch die, als zweites Bestimmungsstück des Wehrsystems betrachtete Frage der Personalbeschaffung überschattet. Dabei können grob zwei Arten der **Rekrutierung** unterschieden werden, die der Wehrpflicht und die der freiwilligen Anwerbung.⁵⁹⁵ Von der gewählten Art der Rekrutierung, wird die Organisationsform abgeleitet.

⁵⁹² vgl. Magenheimer 1999, S.10 f.

⁵⁹³ vgl. Klein; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.11 ff.

⁵⁹⁴ ebenda, S.25

⁵⁹⁵ vgl. Magenheimer 1999, S.9 f.

In einem Wehrpflichtsystem stehen viele Soldaten zu Verfügung, die einerseits als Wehrpflichtarmee zusammengefasst, oder andererseits in Milizformen integriert werden können.⁵⁹⁶ In Freiwilligenarmeen sind es in der Regel nur wenige, dafür gut ausgebildete Berufssoldaten, die sich der Staat leisten kann, die durch freiwillige Milizen, die zwar günstig aber nur einfach (meist nur auf den Bodenkampf) ausgebildet sind, ergänzt werden. Neben diesem Berufs- und Freiwilligenheer existieren noch weitere auf Freiwilligkeit basierende Organisationsformen, wie Söldnerheere und Heere von Kriegsfreiwilligen (Revolutionsarmeen), die in Europa jedoch nicht oder nicht mehr von Bedeutung sind.⁵⁹⁷ Die folgende Tabelle fasst die Differenzierung der Wehrsysteme zusammen.

		Rekrutierung	
Organisation		Wehrpflicht	Freiwilligkeit
	Präsenzsystem	Wehrpflichtarmee	Berufsarmee
	Kaderrahmen-, Milizsystem	Milizverbände als Kaderniliz oder Territorialmiliz	Freiwilligenmiliz, Kriegsfreiwilligen- oder Söldnerarmee

Tabelle 4: Komponenten von Wehrsystemen (eigene Darstellung)

Obwohl beide Merkmale, die Art der Organisation und der Rekrutierung und deren Funktionieren über den Erfolg eines Wehrsystems entscheiden, ist es doch nur die Wehrpflicht, die in Reformdebatten im Zentrum steht. Gerade deshalb soll die Frage nach der Wehrpflicht näher betrachtet werden.

⁵⁹⁶ vgl. Klein; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.9 ff.

⁵⁹⁷ vgl. ebenda, S.17 ff.

5.2 System der Wehrpflicht

Die Wehrpflicht ist, wie bereits dargestellt wurde, eine Form der Rekrutierung innerhalb eines Wehrsystems. Grundsätzlich können zwei Formen der Wehrpflicht unterschieden werden. Die allgemeine Wehrpflicht betrifft die ganze Bevölkerung eines Territoriums (etwa eines Nationalstaates), wobei sie meist nur die männliche Bevölkerung betrifft. Die zweite Form ist die selektive Wehrpflicht, in der Einschränkungen des Personenkreises vorgesehen sind, die von der Wehrpflicht betroffen sind.⁵⁹⁸ Grundsätzlich ist jedes Wehrsystem zu einem gewissen Grad selektiv, da bereits die Tauglichkeitsbedingungen eine Ausselektion darstellen.

Die österreichische Wehrform setzt sich aus verschiedenen Komponenten zusammen. In diesem Mischsystem bildet die allgemeine Wehrpflicht eine herausragende Rolle. Sie hat seit 1955 bestand, ist jedoch erst seit einer Novelle 1975 (BGBl. 1975/368) in der Bundesverfassung verankert (Art.9a Abs.3 BV-G).

„Jeder männliche österreichische Staatsbürger ist wehrpflichtig. Wer aus Gewissensgründen die Erfüllung der Wehrpflicht verweigert und hievon befreit wird, hat einen Ersatzdienst zu leisten.“⁵⁹⁹

Seitdem wurde die Wehrpflicht zwar mehrfach umgestaltet, jedoch nur selten ernsthaft in Frage gestellt. Auch im aktuellen Regierungsprogramm, für die 24. Gesetzgebungsperiode, wird die Wehrpflicht nicht nur als Rekrutierungsform, sondern auch als Mittel zur Staatsbürgerbildung und zur Integration des Bundesheeres in die Gesellschaft verstanden.

„Die Bundesregierung bekennt sich zu einem Bundesheer, das auf der allgemeinen Wehrpflicht, Miliz- und Berufskomponenten aufbaut sowie zur Beibehaltung des auf sechs Monate verkürzten Wehrdienstes. [...] Die Wehrpflicht ist die Voraussetzung für eine kontinuierliche Sicherstellung jenes Personals, das für die Abdeckung des gesamten Leistungsspektrums des Österreichischen Bundesheeres erforderlich ist. Dabei fördert die allgemeine Wehrpflicht das Engagement junger Staatsbürger für das Gemeinwohl und eine gute Einbindung des Bundesheeres in die Gesellschaft. Mit dem System der Wehrpflicht wird zudem die Aufbringung der für die Aufgabenerfüllung notwendigen Miliz wesentlich erleichtert.“⁶⁰⁰

Von einer reinen Wehrpflichtarmee kann in Österreich zu keinem Zeitpunkt gesprochen werden, da die Wehrpflicht als Rekrutierungsform stets von einer beruflichen Komponente, sowie von freiwilligen Milizstrukturen begleitet wurde. Dennoch ist die Wehrpflicht die

⁵⁹⁸ vgl. Magenheimer 1999, S.9 f.

⁵⁹⁹ Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1 idF BGBl I 2011/60

⁶⁰⁰ o.A.: Regierungsprogramm für die 24. Gesetzgebungsperiode 2008, S.137

dominante Struktur des österreichischen Bundesheeres und steht auch in der Reformdiskussion im Zentrum. Deshalb verdient sie im Weiteren besondere Aufmerksamkeit. Es soll nun zuallererst die Geschichte der Wehrpflicht kurz wiedergegeben werden.

5.2.1 Historischer Hintergrund

Die allgemeine Wehrpflicht wurde in Österreich bereits 1868 beschlossen (RG.BI. 1868 Nr.151). In der ersten Republik wurde die Rekrutierungsform nicht nur als *allgemeine*, sondern auch als *gleiche* Wehrpflicht in die Verfassung aufgenommen, sodass Begünstigungen, beispielsweise durch einen Bildungsnachweis, nicht mehr möglich waren (St.G.BI.Nr.91 §7).⁶⁰¹ Die Aufgabe der Wehrpflicht war in dieser Phase stark durch den sozialistischen Gedanken der Volkswehr beeinflusst. Ihr primäres innenpolitisches Ziel jedoch war es, die noch junge republikanische Staatsform zu schützen.⁶⁰² In der Organisationsform des Milizheeres hatte die Wehrpflicht jedoch nur kurz Bestand, da sie bereits im selben Jahr durch den Vertrag von St. Germain verboten wurde. Weil nicht nur das Wehrpflichtsystem verboten, sondern auch die Möglichkeit des Freiwilligenheeres stark eingeschränkt war, stützte sich die Armee anfänglich größtenteils auf Söldner, jedoch wurde bereits Mitte der 1920er Jahre, innerhalb der kleinen Berufsarmee, der Rahmen einer Wehrpflichtarmee gebildet.⁶⁰³ Die offizielle Wiedereinführung der Wehrpflicht - im Verfassungsrang als „Bundesdienstpflicht“ - fand erst wieder 1936 im Austrofaschismus, kurz vor dem Anschluss statt. Ihre Aufgabe bestand unter anderem darin, als Mittel der Erziehung im Sinne des Regimes zu dienen.⁶⁰⁴ Vermutlich spielte ebenso die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland 1935, die seit der Machtübernahme Hitlers vorbereitet wurde,⁶⁰⁵ eine Rolle für die Veränderungen im österreichischen Wehrsystem. Jedoch führte erst das Bündnis von Mussolini und Hitler, als ausschlaggebendes Moment, zur Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres.⁶⁰⁶ Am 11. März 1938 kam es noch zu einer Teilmobilmachung des österreichischen Bundesheeres, die jedoch ohne weitere Konsequenz blieb.⁶⁰⁷ Bereits am 14. März wurde die „Vereinigung des Österreichischen Bundesheeres mit dem deutschen Heer [...als...] vollzogen“⁶⁰⁸ verkündet, wodurch das Bundesheer in der Wehrmacht aufging. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Wehrpflicht 1955, durch das Wehrgesetz, wieder eingeführt. Bis dahin übernahmen die 1952 aufgestellten

⁶⁰¹ vgl. Kelsen 1919; In: HKW 2011, S.290; vgl. auch: ebenda, S.301

⁶⁰² vgl. Giller 1992, S.155

⁶⁰³ vgl. Broucek 2008, S.257

⁶⁰⁴ vgl. ebenda, S.317

⁶⁰⁵ vgl. Herz 2003, S.147

⁶⁰⁶ vgl. Buchmann 2009, S.9

⁶⁰⁷ vgl. ebenda, S.12

⁶⁰⁸ General der Infanterie von Bock; zit.n. ebenda, S.17

Gendarmerieschulen, auch B-Gendarmerie genannt, die Aufgaben des Heeres (etwa den Grenzschutz). Neben der Wehrpflicht, wurde das Rahmenkadersystem als Organisationsform festgelegt.⁶⁰⁹ Nach einer Phase des Aufbaus und der mehrmaligen Prüfung des Bundesheeres bis 1969, wurden die finanziellen und personellen Engpässe immer eklatanter, wodurch die Diskussion zur Abschaffung des Bundesheeres genährt wurde.⁶¹⁰ Als Reaktion auf diese Entwicklungen nahm Kreisky die Verkürzung des Wehrdienstes in seine Wahlagenda auf und richtete zu diesem Zweck 1970, nach seinem Wahlsieg, eine Bundesheer-Reformkommission ein. Diese ging - neben einem weitreichenden neuen Verteidigungskonzept - bezüglich der Wehrpflicht, nicht über die Verkürzung auf 8 Monate hinaus und stellte sie somit auch nicht in Frage.⁶¹¹ In diesem Prozess wurden die Strukturen geschaffen, die noch bis heute nachwirken. 1975 wurde die Wehrpflicht in der Verfassung - wie oben zitiert - verankert (BV-G Art.9a Abs.3). Bis Mitte der 1980er Jahre blieb die Wehrpflicht größtenteils unhinterfragter Teil des österreichischen Wehrsystems.⁶¹² Mit dem Ende des Kalten Krieges veränderten sich auch die Organisationsstrukturen der westlichen Streitmächte, indem viele Länder von der Wehrpflicht abgingen und ein Berufsheer einrichteten.⁶¹³ So kam auch in Österreich eine Diskussion um die Wehrpflicht auf. In den 1990ern stand die Diskussion um die Wehrpflicht jedoch größtenteils unter dem Thema des Zivildienstes, da sich immer mehr Wehrpflichtige für diesen entschieden.⁶¹⁴ In dieser Diskussion wurde die Wehrpflicht von den Regierungsparteien nicht in Frage gestellt, einzig die FPÖ trat für ein Berufsheer ein. Die Diskussion um das Wehrsystem wurde nicht von Regierungspolitikern, sondern vor allem von Journalisten geführt.⁶¹⁵ In der zweiten Regierungsperiode der schwarz-blauen Regierung setzte erneut eine Reformdiskussion ein, die in der Gründung einer Bundesheer-Reformkommission mündete. Der Abschlussbericht dieser Kommission wurde im Sommer 2004 an den Bundesminister für Landesverteidigung übergeben und sollte bis 2012 umgesetzt werden.⁶¹⁶ Die Diskussionen drehten sich vor allem um die neuen Anforderungen des Bundesheeres nach dem Ende des Kalten Krieges und in Hinblick auf vermehrte Auslandseinsätze. In diesem Kontext wurde auch die Abschaffung der Wehrpflicht angesprochen, die jedoch nicht beschlossen wurde.⁶¹⁷ Hauptsächlich belaufen sich die Veränderungen des Wehrsystems, abseits der Wehrdienstzeitverkürzung, auf eine Verkleinerung des Heeres (Halbierung der Mobilmachungsstärke), die sich auch in der Miliz

⁶⁰⁹ vgl. Etschmann; In: Foerster 1994, S.219 f.

⁶¹⁰ vgl. ebenda, S.222 ff.

⁶¹¹ vgl. Pleiner, Speckner; In: Karner, Tomilina, Tschubarjan u.a. (Hrsg.) 2008, S.1023

⁶¹² vgl. Giller 1992, S.162

⁶¹³ vgl. Jung, Micewski 2011, S.2

⁶¹⁴ vgl. Etschmann; In: Foerster 1994, S.226

⁶¹⁵ vgl. Giller 1992, S.187 ff.

⁶¹⁶ vgl. Eder; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.81

⁶¹⁷ vgl. Pelinka, Rosenberg 2007, S.267

bemerkbar machte, hingegen sollte die Rahmenbrigade ausgebaut werden.⁶¹⁸ Durch den Beginn der Wirtschaftskrise 2008 bekam die Debatte um das Wehrsystem eine neuerliche Wendung.⁶¹⁹ So standen nicht mehr hauptsächlich die transnationalen Anforderungen einer modernen Armee, sondern vor allem auch die mögliche Auswirkung einer Reform für die Budgetkonsolidierung, im Mittelpunkt der Reformdiskussion. Die Wehrpflicht spielt auch heute noch eine tragende Rolle für das österreichische Wehrsystem, jedoch wird die Möglichkeit der Abschaffung in den letzten Jahren immer häufiger angesprochen.

5.2.2 Theoretischer Hintergrund

Nachdem die historische Entwicklung bereits einen Einblick in die österreichische Wehrpflichttradition geben konnte, sollen hier noch einige theoretische Beschreibungen zur Wehrpflicht angeführt werden. Diese Ausführung knüpft erneut an einem historischen Ausgangspunkt, nämlich am Wehrdienstmodell von Lazare Carnot, an, ohne tiefer darauf eingehen zu können. Der Gedanke eines modernen Wehrpflichtsystems kam erstmals während der Französischen Revolution auf.⁶²⁰ Carnot entwickelte dabei ein Modell, welches auf drei Überlegungen basierte. Erstens sollte die Wehrpflicht die Landesverteidigung garantieren, zweitens sollte sie zur Festigung der Demokratie beitragen und drittens sollten finanzielle Kosten, die durch das stehende Heer zustande kommen, reduziert werden.⁶²¹ Diese drei Grundgedanken prägen bis in die heutige Zeit die wesentlichen Funktionen und Ziele, die der Wehrpflicht zugeschrieben werden. Als Zentrum der politischen Funktionen kann die „Bewahrung der Handlungsfreiheit der Regierung“⁶²² verstanden werden. Es ist jedoch noch ein differenzierterer Blick auf die Funktionen der Wehrpflicht notwendig, um die Diskussion um ihre Abschaffung verstehen zu können. Vogt spricht von sieben idealtypischen Funktionen der allgemeinen Wehrpflicht (Rekrutierungs-, Verantwortungs-, Verteidigungs-, Kontroll-, Integrations-, Sozialisations-, Identifikationsfunktion), die er selbst kritisch behandelt.⁶²³ Im Weiteren werden diese Funktionen nach der Beschreibung Carnots strukturiert, dargestellt und diskutiert.

⁶¹⁸ vgl. Eder; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.88

⁶¹⁹ vgl. ebenda, S.88

⁶²⁰ vgl. Klein; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.13

⁶²¹ vgl. Magenheimer 1999, S.4 f.

⁶²² ebenda, S.13

⁶²³ vgl. Vogt 1990; zit.n. Giller 1992, S.205 f.

Sicherheitspolitische Ziele

Die zentrale Funktion aller Wehrsysteme ist eine sicherheitspolitische; diese kann jedoch verschieden aufgefasst werden. So kann einerseits die innenpolitische und andererseits die außenpolitische Sicherheit als Zieldimension der Wehrpflicht argumentiert werden. Die Sicherheit nach außen zu garantieren, ist die mit Abstand naheliegendste Funktion, welche die Wehrpflicht als Grundform des Wehrsystems erfüllt. So kann der „Schutz der Grenzen“, bzw. die „militärische Landesverteidigung“⁶²⁴ durch das Bundesheer, mittels Wehrpflicht hergestellt werden. Erhebt man die Landesverteidigung zum Ziel, so kann die Pflicht eines jeden Bürgers zu dieser beizutragen, attestiert werden. „Kommt die Frage nun also auf das Wie der Landesverteidigung, so tritt aus staatspolitischer Sicht sehr deutlich der Souverän als jener hervor, dem die Verteidigung des Gemeinwesens zukommt.“⁶²⁵ Die Wehrpflicht kann nicht nur als Zwang zur Landesverteidigung, sondern auch als Recht zu dieser beizutragen, interpretiert werden, „[d]enn im demokratischen Staat ist das Volk der Souverän und es macht der Bürger die Politik, daher muss ihm auch das Recht eingeräumt werden, seine Politik zu verteidigen“.⁶²⁶ Die Wehrpflicht dient nicht nur als Zwang oder als Recht zur Sicherheit nach außen, sondern ist ebenso Bewahrer der inneren Sicherheit. Die Aufgaben des Bundesheeres für die innere Sicherheit gewinnen, durch die „Auswirkungen der Globalisierung, insbesondere in Form organisierter Kriminalität und des internationalen Terrors, aber auch der illegalen Migration“⁶²⁷ zunehmend an Bedeutung. Auch die Aufgaben im Katastrophenschutz, sind wesentlich für die innere Sicherheit. Ebenso erfüllt die Wehrpflicht eine strukturelle Funktion, die mit anderen Wehrsystemen nicht herzustellen ist. Durch die Inklusion (potentiell) aller Bürger in das Heer, wird die Gefahr der Entfremdung des Heeres, als „Staat im Staat“, die bis hin zum Putsch führen kann, gemildert.⁶²⁸ Dies hängt mit der Funktion der Integration zusammen, die als gesellschaftspolitisches Ziel im Weiteren diskutiert wird.

Gesellschaftspolitische und demokratiepolitische Ziele

Die Wehrpflicht dient nicht ausschließlich militärischen, sicherheitspolitischen Zielen, ihre Funktionen können auch unter dem Gesichtspunkt der Gesellschaftspolitik betrachtet werden. Diese zugeschriebenen Funktionen werden weit kontroversieller diskutiert, als die sicherheitspolitischen. Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist die Verwobenheit von Wehr- und Gesellschaftssystem.⁶²⁹ Wehrformen sind somit keine außergesellschaftlichen Systeme, die beliebig austauschbar sind, sondern stehen in enger Verbindung mit der gewachsenen

⁶²⁴ bds. Eder; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.75

⁶²⁵ Stupka 2009, S.8

⁶²⁶ ebenda, S.8

⁶²⁷ Strondl, Dudek; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.135

⁶²⁸ vgl. Werkner; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.165

⁶²⁹ vgl. Cunis; In: König, Roghmann, Sodeur, Ziegler (Hrsg.) 1968, S.133

politischen (Wehr-)Kultur eines Staates.⁶³⁰ Die österreichische Wehrkultur kann, ähnlich der deutschen Kultur, als eher defensiv und antimilitaristisch eingeschätzt werden. Damit wird die Wehrpflicht als ideale Wehrform gestützt, da sie am ehesten der Defensivorientierung, der Landesverteidigung entspricht.⁶³¹ Ähnlich wird auch das Verhältnis von Wehrpflicht und Demokratie argumentiert, wenn es heißt, die allgemeine Wehrpflicht sei das „legitime Kind der Demokratie“.⁶³² Obwohl diese Aussage des späteren Bundespräsidenten Deutschlands dazu dienen sollte, die Wehrpflicht als unangreifbaren Bestandteil der Demokratie, in der Diskussion über die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung, außer Frage zu stellen, wird sie dennoch bis heute häufig als Ausgangspunkt herangezogen, um die gesellschaftspolitische Funktion der Wehrpflicht zu diskutieren.⁶³³ Eine oberflächliche Betrachtung, nach der die Wehrpflicht, als Rekrutierungsform des Bundesheeres, zum Schutz der Demokratie beiträgt, kann entgegnet werden, dass dies von einer freiwilligen Rekrutierungsform - wie sie beispielsweise in der USA seit langem praktiziert wird - ebenso garantiert werden kann. Negativ formuliert, bietet die Wehrpflicht ein Mittel, um einer möglichen Entfremdung der Gesellschaft und der Armee entgegenzuwirken. Dadurch, dass die Gesellschaft in die Wehraufgaben des Staates involviert wird, kann sich das Militär schwieriger, als „Staat im Staat“, von der Bevölkerung ablösen.⁶³⁴ Die demokratische Funktion der Wehrpflicht kann somit darin erkannt werden, dass die Partizipation an der Exekutivmacht des Staates ermöglicht wird. Diese Feststellung scheint jedoch außer Acht zu lassen, dass die Wehrpflicht zwar die „Organisation und Art der Aufbringung von Kriegern“ regelt, aber nicht die Beteiligung an der „Entscheidung über Krieg und Frieden“⁶³⁵ birgt. So ist die demokratiepolitische Bedeutung der Wehrpflicht, die durch ihren integrativen Charakter argumentiert wird, unklar.⁶³⁶ Ein erheblicher Zweifel an der demokratischen Bedeutung der Wehrpflicht entsteht beispielsweise durch ihre Anwendbarkeit in anderen, nicht demokratischen Staatsformen. Sie kann, durch die Militarisierung, gar zu einer Hierarchisierung der Gesellschaft und letztlich zu einer autoritär geprägten politischen Kultur hinführen.⁶³⁷ Ein anderer Ansatz beschreibt die Wehrpflicht nicht als Ort der Partizipation, oder Integration der Staatsbürger, sondern als Einrichtung, in der die Staatsbürger erst gebildet werden. Die Wehrpflicht übernimmt demnach die Funktion einer „Schule der Nation“⁶³⁸. Abgesehen von der zweifelhaften Bedeutung von der Kategorie der „Nation“, bleibt der Großteil der Bevölkerung von der Wehrpflicht ausgeschlossen, denn „[m]it der

⁶³⁰ vgl. Werkner; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.155 ff.

⁶³¹ vgl. ebenda, S.171

⁶³² Brief von Theodor Heuss an Paul Helbeck 21.12.1948; zit.n. Heuss 2007, S.37

⁶³³ vgl. Kernic ; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.65

⁶³⁴ vgl. :Dinter; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.120

⁶³⁵ bds. Kernic ; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.75

⁶³⁶ vgl. Dinter; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.121

⁶³⁷ vgl. Kernic ; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.75

⁶³⁸ Magenheimer 1999, S.20

Wehrpflicht bleibt die Bundeswehr eine extrem geschlechtersegregierende Institution.⁶³⁹ Somit ist auch die gesellschaftspolitische Funktion der Wehrpflicht, die sie in der Volksbildung einzunehmen versucht, widersprüchlich. Trotz der kontroversen Argumentation des demokratischen Charakters der Wehrpflicht, wird vor allem in der Praxis häufig von „der allgemeinen Wehrpflicht [als] die einzige einer Demokratie wirklich angemessene Wehrform“⁶⁴⁰ gesprochen. Die eingehende Analyse zeigt jedoch, dass „es kein der Demokratie systembedingt zukommendes Militär- bzw. Wehrsystem gibt“.⁶⁴¹ Der Schutz, oder die logische Organisationsform der Demokratie als gesellschaftspolitische Funktion der Wehrpflicht, kann somit angezweifelt werden. Letztlich dominieren nur selten gesellschaftspolitische, viel häufiger militärische und ökonomische Beweggründe, bei der Einführung der Wehrpflicht.⁶⁴² Manche Analysen gehen gar so weit, in der Militarisierung durch die Wehrpflicht, eine Gefahr für die Demokratie zu entdecken.⁶⁴³

Finanzielle Ziele

In der Aufzählung normativer Ziele der Wehrpflicht wird häufig auf die finanzielle Dimension vergessen, wobei sie ein zentrales Motiv der Wehrpflicht darstellt. Trotz der anspruchsvollen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Ziele, steckt hinter der Einführung und Beibehaltung der Wehrpflicht häufig eine pragmatische Rechnung. Wer jedoch denkt, dass Rechnungsmodelle weniger kontroversiell diskutiert werden als sicherheits- oder demokratiepolitische Fragen, der irrt.

Das Kriterium der Wirtschaftlichkeit, welches sich durch die Angemessenheit von Zweck und Mittel auszeichnet, ist ein dominantes Entscheidungsprinzip des österreichischen Bundesheers.⁶⁴⁴ So muss auch die Rekrutierungsform an diesem gemessen werden. Gerade seit Beginn der Finanzkrise 2008 scheint die Wirtschaftlichkeit staatlicher Unternehmungen an Bedeutung zu gewinnen. „In Zeiten schwindender Ressourcen wird es [...] nötig sein, die nationalen Planungen supranational abzustimmen, um unnötige Duplikationen zu vermeiden und die fehlenden Kapazitäten verfügbar zu machen.“⁶⁴⁵ Das bedeutet, dass strukturelle Anpassungen im Bereich des Wehrsystems auch die Art der Rekrutierung betreffen können.

Nun gehört der Vergleich der Rekrutierungsformen, nach ökonomischen Kriterien, zu einem der umstrittenen Vorhaben der Wehrpolitik. Letztlich ist die Frage, ob die Wehrpflichtarmee das billigere Modell ist, davon abhängig, wie hoch der Sold der Berufssoldaten ist und wie

⁶³⁹ Klein; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.148

⁶⁴⁰ Pleiner, Stupka 2011, S.27

⁶⁴¹ Kernic ; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.80

⁶⁴² vgl. Giller 1992, S.211

⁶⁴³ vgl. Herz 2003, S.404

⁶⁴⁴ vgl. Müller 2006; Anm.: ohne Seitenzahlen

⁶⁴⁵ Hofbauer; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.115 f.

viele von diesen gebraucht werden, um die Wehrpflichtigen zu ersetzen.⁶⁴⁶ Darüber hinaus besteht eine Vielzahl von möglichen Berechnungsarten, die durch die Berücksichtigung unterschiedlicher Variablen, zu verschiedenen Ergebnissen kommen. Hierbei sind vor allem Opportunitätskosten zu nennen. Die Berechnungen unterscheiden sich danach, ob der volkswirtschaftliche Nutzen, der durch die früher in den Arbeitsprozess eingegliederte männliche Bevölkerung entsteht, berücksichtigt wird.⁶⁴⁷ Ebenso bedarf es verschiedener Einschätzungen, wie sich beispielsweise die ehrenamtliche Arbeit weiterentwickeln wird oder ob der Personalbedarf des Bundesheeres mit qualifiziertem Personal gedeckt werden kann. So wird klar, dass es sich bei der finanziellen Funktion der Wehrpflicht nur bedingt um eine rechenbare Größe handelt, denn es müssen stets auch Erfahrungen und Prognosen beachtet werden.

Die Funktionen der Wehrpflicht im Bereich der Sicherheits-, der Gesellschafts- und der Finanzpolitik scheinen mit einer geänderten Funktion des Bundesheeres konfrontiert zu werden. Dies macht sich einerseits in der Abnahme der allgemeinen Mobilmachungsstärke und andererseits in einem radikalen Rückgang des Anteils der Wehrpflichtigen in den europäischen Armeen bemerkbar.⁶⁴⁸ Die europäische Entwicklung, die auch in der österreichischen Debatte von großer Bedeutung ist, soll nun näher beleuchtet werden.

5.2.3 Wehrpflicht in Europa

Dass die Wehrpflicht in Österreich gerade jetzt in Frage gestellt wird, ist - wie bereits einleitend erwähnt wurde - weder Zufall, noch eine österreichische Besonderheit. Viel mehr kann, seit Mitte der 1990er und verstärkt ab 2001, von einem gesamteuropäischen Trend gesprochen werden (siehe Abbildung 2). Bis in die 1990er Jahre beruhte beinahe jede europäische Armee, mit Ausnahme von Irland und Malta (in denen nie die Wehrpflicht galt), sowie Großbritannien und Luxemburg (die bereits in den 1960ern ihre Wehrform auf eine Berufsarmee umstellten) auf der allgemeinen Wehrpflicht.⁶⁴⁹ Waren es 2001 noch 34 Staaten mit Wehrpflicht sind es 2011 nur noch 15 Länder, die sie zumindest teilweise (vgl. Dänemark) anwenden. So gehört Österreich zu einem der letzten Staaten, deren Rekrutierungsform auf der Wehrpflicht beruht. Der Großteil der Staaten, in denen die Wehrpflicht noch bestehen blieb, weist geostrategische Ähnlichkeiten auf. So sind es vor allem Staaten, die durch die Nachbarschaft Russlands, immer noch von einer territorialen Bedrohung ausgehen.⁶⁵⁰ Für Österreich und Schweiz scheint dies nicht zu gelten, sodass die

⁶⁴⁶ vgl. Dinter; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.123 ff.

⁶⁴⁷ vgl. Magenheimer 1999, S.40

⁶⁴⁸ vgl. Caforio; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.30 ff.

⁶⁴⁹ vgl. Möckli 2010, S.1

⁶⁵⁰ vgl. ebenda, S.2

Wehrpflicht hier eher auf das „historisch gewachsene nationale Rollenverständnis und die in der Bevölkerung nach wie vor verankerte Neutralitätsidentität“⁶⁵¹ hinweist.

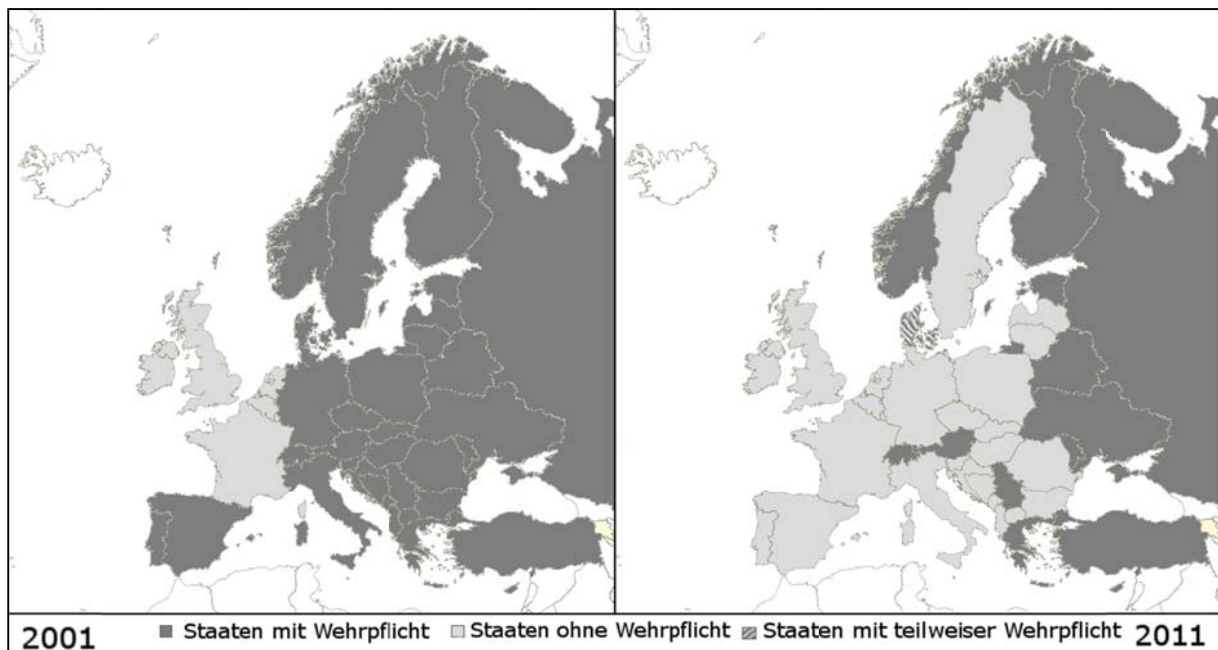


Abbildung 2: Wehrpflicht in Europa, 2001 und 2011 im Vergleich (eigene Darstellung)⁶⁵²

Die Hintergründe der europäischen Veränderung liegen in der neuen Anforderung an die europäischen Armeen. „Die Notwendigkeit, die Streitkräfte in Europa einem Transformationsprozess zu unterziehen, wurde durch die Zwänge der laufenden Einsätze unterstrichen.“⁶⁵³ Nicht mehr der Schutz der eigenen Grenzen steht im Mittelpunkt der Aufgaben des Bundesheeres, sondern die vermehrten Einsätze im Ausland. Somit sind die Veränderungen der europäischen Wehrformen, Ausdruck eines politischen Wechsels in Europa. Kernic beschreibt diese Vernetzung von Wehrform und europäischer Politik, indem er die These aufstellt, dass das Rekrutierungssystem mit dem Offensiv-, bzw. Defensivcharakter der Staatsform einhergeht.⁶⁵⁴ Staaten, die primär defensiv orientiert sind, wie traditionell die Schweiz, setzen eher auf Milizheere mit Wehrpflicht, während aggressivere Staaten Berufsheere ausbilden. Den zuvor präsentierten europäischen Trend hin zu Berufsheere bezeichnet Kernic kritisch als „Renaissance der militärischen Gewalt“,⁶⁵⁵ die nicht mehr der Idee eines Wehr-, sondern viel mehr eines Angriffssystems entspricht.

Trotz der in Österreich immer noch stark verankerten Neutralität, dehnt das Bundesheer sein Engagement im Ausland immer weiter aus. Derzeit ist Österreich in 12 Ländern aktiv. Vor allem in Bosnien, Kosovo, Libanon und am Golan sind österreichische Soldaten stark

⁶⁵¹ Möckli 2010, S.2

⁶⁵² Quelle der Daten: vgl. asrab 2011

⁶⁵³ Hofbauer; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.108

⁶⁵⁴ vgl. Kernic ; In: Werkner (Hrsg.) 2004, S.80

⁶⁵⁵ ebenda, S.81

vertreten.⁶⁵⁶ Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch in Österreich die Wehrpflicht zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion gemacht wird. Eine österreichische Besonderheit ist jedoch die Art, wie dies geschieht.

5.3 Elemente der aktuellen Heeresdebatte

Ein populäres Beispiel für die frühe Debatte um eine Heeresreform, wurde in der ersten Republik durch die Denkschrift des späteren Bundespräsidenten Theodor Körner ausgelöst.⁶⁵⁷ Die Konsequenz dieser Debatte blieb jedoch auf dessen „politisch motivierte [...] Pensionierung“⁶⁵⁸ beschränkt. Die bedeutendste Reformdebatte der 2.Republik kam in der Ära Kreisky auf, die zur Verkürzung der Wehrpflicht führte.⁶⁵⁹ Die Untersuchung konzentriert sich jedoch ausschließlich auf die aktuelle Heeresdebatte, deren Konsequenzen noch nicht abzuschätzen sind. Ihren Anfang nimmt sie im Wiener Wahlkampf, durch Äußerungen des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl in der Kronen- Zeitung nahm. Obwohl bereits zuvor von anderen politischen Akteuren eine Reformierung des Bundesheeres gefordert wurde, kann erst seit Anfang Oktober 2010 von einer umfassenden öffentlichen Diskussion gesprochen werden. Der Anstoß, die Forderung einer Volksabstimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht, dominierte im Verlauf die Debatte. Dennoch wird hier von einer Heeres- und nicht von einer Wehrpflichtdebatte gesprochen, da sie stets im Kontext allgemeiner Reformierungsvorhaben thematisiert wird. Die im Folgenden angeführten Elemente der Debatte beziehen sich auf die mediale Debatte, genauer gesagt auf die Heeresdebatte in österreichischen Printmedien. Die Quelle dieser Beschreibung ist eine Vielzahl von Zeitungsartikeln, die im Zeitraum zwischen Oktober 2010 und Jänner 2012 im Internet erschienen sind. Die Einschränkung auf Printmedien entspricht dem Fokus der Untersuchung, wobei zu berücksichtigen ist, dass in anderen Medien die öffentliche Debatte eventuell anders geführt wurde. Dies kann durch die Einschränkung der Untersuchung nicht erhoben werden. In diesem Kapitel soll nun die Debatte in ihren Grundzügen nachgezeichnet werden. Beschrieben werden der Hergang, die relevanten Positionen, die Themen und die Akteure der Debatte.

⁶⁵⁶ vgl. o.A: Auslandseinsätze des Bundesheers. 2011

⁶⁵⁷ siehe Körner 1924

⁶⁵⁸ Dickinger 2000, S.45

⁶⁵⁹ vgl. Etschmann; In: Foerster 1994, S.223

5.3.1 Ursprung und Auslöser der Debatte

Die zuvor angesprochenen Veränderungen der europäischen Sicherheitspolitik können als Ursache der Heeresdebatte betrachtet werden. Der überwiegende Teil der Debattenbeiträge zur Bundesheerreform, mit oder ohne Verweis auf die Wehrpflicht, bezieht sich auf europäische oder internationale Trends. Vor allem aber kann die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland, die bereits Mitte Juli konkret diskutiert wurde,⁶⁶⁰ und letztlich nach einem Jahr, im Juli 2011 umgesetzt wurde, als Hintergrund der österreichischen Debatte herangezogen werden. Als Auslöser der Debatte kann die Forderung nach einer Volksbefragung zur Abschaffung der Wehrpflicht, die vom Wiener Bürgermeister Michael Häupl geäußert wurde, betrachtet werden. Diese Position wurde in der „Kronen-Zeitung“ am 5.10.2010 (5 Tage vor den Bezirks- und Gemeinderatswahlen) erstmalig publiziert.⁶⁶¹ Am Nationalfeiertag kam es, von Seiten des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers, zur Verkündung eines „Start[s] für eine offene Diskussion unter Einbeziehung der Erfahrung und Modelle anderer Länder Europas, die sich für ein Berufsheer entschieden haben“.⁶⁶² In der Zwischenzeit waren jedoch bereits die Fronten geklärt und der Konflikt war längst entbrannt.

5.3.2 Positionen in der Heeresdebatte

Die nähere Auseinandersetzung mit der Heeresdebatte kann an den Parteipositionen ansetzen. Auch wenn diese meist mehrere Elemente umfasst, so spielt die Einstellung zur Wehrpflicht dabei eine tragende Rolle. So sollen zuerst historische Positionen der Parteien angeführt werden, um des Weiteren Veränderungen in der aktuellen Debatte sichtbar zu machen. Letztlich sollen Positionen zur Wehrpflicht aus den Parteiprogrammen herausgelesen werden.

Traditionelle Positionen

Historisch lässt sich für die SPÖ eine klare Ablehnung eines reinen Berufsheeres feststellen, die von der ÖVP nicht geteilt wird.⁶⁶³ Die ablehnende Position der SPÖ gegenüber der Einführung eines Berufsheeres lässt sich auf den österreichischen Bürgerkrieg 1934 zurückführen, in dem das Bundesheer vom austrofaschistischen Regime gegen den Republikanischen Schutzbund eingesetzt wurde.⁶⁶⁴ Die Wehrpflicht soll - wie bereits in der Beschreibung ihrer gesellschaftspolitischen Funktionen beschrieben wurde - der

⁶⁶⁰ vgl. „Süddeutsche.de“: Guttenberg und Wehrpflicht. Gerüstet für alle Fälle. 22.7.2010

⁶⁶¹ vgl. „krone.at“: SPÖ will bei Wehrpflicht nun das Volk befragen. 5.10.2010

⁶⁶² „derStandard.at“: Regierung will über Wehrpflicht diskutieren. 26.10.2010

⁶⁶³ vgl. Etschmann; In: Foerster 1994, S.220

⁶⁶⁴ vgl. Etschmann 2008, S.421

Entfremdung des Bundesheers entgegenwirken und so den Einsatz gegen eine politische Gruppe verhindern. Die SPÖ steht somit „in der Tradition des >Volksheeres<“,⁶⁶⁵ wobei diese traditionelle Position bereits in den späten 1990er stark im Erodieren begriffen war.

In der ÖVP ist diese klare historische Position weniger zu erkennen, sondern eher eine Tendenz hin zum Berufsheer. In der Frage der Wehrform sprach sich die ÖVP zuerst für und dann gegen ein milizbasiertes System aus. Gegen ein reines Milzsystem, auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht, wurden starke volkswirtschaftliche Belastungen und der fehlende Rückhalt in der Gesellschaft angeführt.⁶⁶⁶ Diese Tendenz zu einem Berufsheer ist bis heute erhalten geblieben. Die positive Einstellung der ÖVP zum Berufsheer lässt sich, seit den 1990ern, ebenso auf die grundsätzliche Sympathie für einen Beitritt zur NATO zurückführen.⁶⁶⁷ Mit der Abkehr von der Idee eines Beitrittes und dem klaren Bekenntnis zur Neutralität ab 2004,⁶⁶⁸ verloren auch die Überlegungen über ein Berufsheer an Bedeutung. Die historische Position der ÖVP kann ambivalent betrachtet werden, wobei die Wehrpflicht traditionell nur einen schwachen Rückhalt in der ÖVP genießt.

In der FPÖ können zwar historische Positionen zur Wehrpflicht aufgezeigt werden, diese sind jedoch gezeichnet durch Widersprüchlichkeiten. So beschloss der VdU (die Vorgängerpartei der FPÖ) zwar, im Abtausch gegen die Rehabilitation von Wehrmachtsoldaten, die Einführung der Wehrpflicht mit, argumentierte jedoch bereits wenig später für deren Abschaffung.⁶⁶⁹ In den 1990ern äußerte sich dieser Widerspruch erneut, da die Wehrpflicht im Parteiprogramm verankert war, dessen Abschaffung jedoch öffentlich gefordert wurde. In der Forderung eines Berufsheeres erkennt Giller jedoch nicht eine durchgehende Parteiposition, sondern den Willen des Parteichefs Haider.⁶⁷⁰ Dies kann dadurch belegt werden, dass das BZÖ, die abgespaltene Partei, in der Haider bis zu seinem Tod tätig war, weiter für eine Abschaffung plädiert und die FPÖ ohne Haider wieder auf die traditionelle Parteilinie zurückschwenkte. Der Schwenk der Strache-FPÖ zum Thema der Wehrpflicht wurde durch eine grundsätzliche Veränderung der Parteilinie in der Sicherheitspolitik, wie in der Ablehnung eines NATO-Beitritts und einem überraschenden Bekenntnis zur Neutralität, begleitet.⁶⁷¹

Bei den Grünen lässt sich keine stringente Position zur Wehrpflicht feststellen, da die Partei lange Zeit grundsätzlich für die Abschaffung des Bundesheeres eintrat.⁶⁷² Von einer

⁶⁶⁵ Giller 1992, S.187

⁶⁶⁶ vgl. ebenda, S.158

⁶⁶⁷ vgl. Giller 1999, S.11

⁶⁶⁸ vgl. Krottmayer 2009, S.208 f.

⁶⁶⁹ vgl. Giller 1992, S.158

⁶⁷⁰ vgl. ebenda, S.187

⁶⁷¹ vgl. Krottmayer 2009, S.212 f.

⁶⁷² vgl. Giller 1992, S.187

historischen Position, die für oder gegen die Wehrpflicht steht, kann somit nicht ausgegangen werden.

Positionsveränderungen

Bereits im Wahlkampf 1999 lässt sich eine Veränderung der traditionellen Positionen innerhalb der Großparteien feststellen, die jedoch nach der Wahl an Bedeutung verloren. Der Journalist und Publizist Armin Thurnher kommentierte die Positionswechsel zynisch, indem er von einer „fingierte[n] Debatte“ schreibt: „Die SPÖ, stets Befürworterin eines Milizheeres, plädiert nun für eine Berufsheer, und die ÖVP, die seit langem ein Berufsheer favorisiert, will reflexartig an einem Freiwilligenheer festhalten.“⁶⁷³ Letztlich manifestiert sich dieser Positionswechsel 2010 in der Endphase des Wahlkampfes 10 Jahre später erneut. Die Positionen zur Wehrpflicht in der aktuellen Heeresdebatte stehen somit, betrachtet man die Koalitionsparteien, im Widerspruch zu tradierten Grundsatz Einstellungen, denn die SPÖ tritt für ein Berufsheer und die ÖVP für die Beibehaltung der Wehrpflicht ein. Die Oppositionsparteien können sich entweder auf eine Traditionslinie beziehen, oder positionieren sich in dieser Debatte erstmals deutlich. Die FPÖ vertritt, mit der Verteidigung der Wehrpflicht, die traditionelle Position der FPÖ vor 1987, das BZÖ kann sich auf Traditionslinien der VdU, sowie auf die Position der Haider-FPÖ berufen. Die Grünen haben mit der Forderung einer Abschaffung der Wehrpflicht eine Position gefunden, die jedoch immer noch von der Forderung der Abschaffung des Bundesheeres begleitet wird.⁶⁷⁴

Somit können aus der Geschichte der Heeresdebatte zwar Grundsatzpositionen der Parteien herausgearbeitet werden, diese sind jedoch seit 2000 nicht mehr eindeutig zu erkennen, bzw. stellen sich spätestens in der Debatte ab 2010 als widersprüchlich heraus. Wenn eine Kontinuität beobachtet werden kann, dann ist es dahingehend, dass die Wehrpflicht vor allem in Wahlzeiten zum Thema politischer Diskussionen wird.⁶⁷⁵

Die Wehrpflicht in den Parteiprogrammen

Die politischen Positionen können nicht nur historisch begründet, sondern auch in den Programmen der Parteien erkannt werden. Hier werden programmatische Ausrichtungen der Parteien festgeschrieben, die im Weiteren bindend sind. Somit sollten diese Positionen der Programme auch in der Debatte widergespiegelt werden und umgekehrt. Obwohl alle Parteien darüber übereinstimmen, dass die österreichische Sicherheitspolitik auf die europäischen Veränderungen reagieren muss, kann die Einstellung zur Wehrpflicht nur aus

⁶⁷³ bds. Thurnher 1999, S.114

⁶⁷⁴ vgl. „derStandard.at“: Heeresreform: Alle gegen Norbert Darabos. 16.1.2011

⁶⁷⁵ siehe Wahlkämpfe 1970, 2000, 2010

manchen Parteiprogrammen herausgelesen werden. Die Aussagen bleiben häufig recht vage, wobei dies keine Besonderheit sicherheitspolitischer Fragen ist, sondern viel eher der Verwendung von Parteiprogrammen als Wahlkampfmittel entspricht.⁶⁷⁶

Das Wahlprogramm der SPÖ ist ein Beispiel für ein Programm, in dem keine Position zur Wehrpflicht geäußert wird. Dennoch kann aus einer Andeutung, eine Position der SPÖ interpretiert werden.

„Österreich verfügt in Form der Neutralität, in Kombination mit internationaler kooperativer Solidarität, über ein bewährtes Sicherheitskonzept. [...] Im Rahmen dieser Konzeption bekennen wir uns zu einer demokratisch organisierten Landesverteidigung.“⁶⁷⁷

So wird die derzeitige militärische Sicherheitsstrategie, einem internationalen Bündnis vorgezogen, womit die Beibehaltung des Wehrsystems gerechtfertigt werden könnte. Konkret wird das Wehrsystem, zu dem sich die SPÖ bekennt, als ein demokratisch organisiertes beschrieben, was als Verweis auf die allgemeine Wehrpflicht als Rekrutierungsform interpretiert werden kann. Somit ist im Parteiprogramm keine klare Position herauslesbar, jedoch deuten Formulierungen auf eine Befürwortung der Wehrpflicht hin. Dass diese Position in der aktuellen Debatte nicht eingenommen wird, kann jedoch als Widerspruch zum Parteiprogramm gedeutet werden.

Die ÖVP nimmt keine prinzipielle Haltung zur Wehrpflicht ein, indem sie ihr bestimmte gesellschaftspolitische Funktionen unterstellt. Sie spricht sich zwar für eine Wehrpflicht aus, aber nur solange sie durch geopolitische Veränderungen nicht obsolet wird und nur dann, wenn sie sicherheitspolitische Vorteile gegenüber anderen Wehrsystemen aufweist.

„Das Wehrsystem ist für uns kein politisches Dogma oder ideologisches Prinzip. Ausschlaggebend muß die militärische Wirksamkeit sein. Eine Änderung des Wehrsystems in Richtung Berufswehr hängt von der Entwicklung unseres geopolitischen Umfelds, der Funktionsfähigkeit eines europäischen Sicherheitssystems und dem Grad der Eingliederung Österreichs in ein solches ab. Es setzt in jedem Fall die Ergänzung durch Miliz voraus. Die allgemeine Wehrpflicht ist jedenfalls solange beizubehalten, als es die Sicherheit Österreichs erfordert.“⁶⁷⁸

In diesem Ausschnitt des 1995 beschlossenen Parteiprogrammes der ÖVP kann somit keine klare Position herausgelesen werden, an die sie sich selbst binden würde. Andeutungen, wie den Verweis auf geopolitische Veränderungen und dem europäischen

⁶⁷⁶ vgl. Pelinka 2004, S.99 ff.

⁶⁷⁷ SPÖ: Grundsatzprogramm. 1998, S.27

⁶⁷⁸ ÖVP: Grundsatzprogramm. 1995, S.27

Sicherheitssystem, die durch den EU-Beitritt erwartet wurden, können jedoch dahingehend ausgelegt werden, dass die ÖVP das Berufswehr als modernes Wehrsystem bevorzugt. Die Beharrung auf der Beibehaltung der Wehrpflicht widerspricht jedoch, wie sie in der derzeitigen Debatte eingenommen wird, nicht dem Grundsatzpapier.

Die Parteiprogramme der beiden Koalitionsparteien haben gemein, dass sie in der Phase rund um den Beitritt zur EU entstanden sind, in der vor allem der Beitritt zur NATO polarisierte.⁶⁷⁹ Somit wird, wenn dies auch keine konkrete Erwähnung findet, die Wehrpolitik in diesem Kontext kommentiert. Konkrete Aussagen zur Wehrpflicht werden ausgespart, um sich nicht auf längere Zeit an eine Position zu binden.

Auch wenn der Fokus auf den Koalitionsparteien liegt, sind die Positionen der Oppositionsparteien nicht uninteressant. Nicht nur, weil sie das politische Umfeld der Koalition bilden, sondern auch Vergleiche der Konkretisierung aufgezeigt werden können.

So wird im Programm der FPÖ ein recht deutliches Bekenntnis zur Wehrpflicht vorgenommen. Die Pflicht der Landesverteidigung, des Erhalts der inneren Sicherheit und des Katastrophenschutzes, die als zentrale Aufgaben des Bundesheeres angesehen werden können, fällt aus Sicht der FPÖ jedem Bürger zu. Die Wehrpflicht ist somit das Modell, das diese Verpflichtung erfasst und umsetzt. So bekennt sich die FPÖ deutlich zur Wehrpflicht.

„Aus der Zusammengehörigkeit aller Österreicher ergeben sich nicht nur Bürgerrechte, sondern auch Bürgerpflichten: insbesondere [...] zur Leistung eines Beitrages für die innere und äußere Sicherheit [...] durch einen persönlichen Beitrag zur militärischen Landesverteidigung oder zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes“.⁶⁸⁰ „Zur Erfüllung der sicherheitspolitischen Aufgaben und aus demokratiepolitischen Gründen bekennen wir uns zu einer allgemeinen Dienstpflicht entweder in Form des Wehrdienstes oder in Form eines Sozialdienstes als persönliche Leistung des Staatsbürgers für die Sicherheit und Unabhängigkeit Österreichs.“⁶⁸¹

Nicht nur das klare Bekenntnis zur Wehrpflicht, sondern auch die Begründung unterscheidet sich von der der Koalitionsparteien. Denn im Programm der FPÖ wird klar, nicht nur auf die sicherheitspolitische, sondern auch auf die demokratische Funktion der Wehrpflicht, Bezug genommen.

Das BZÖ wird in dem Parteiprogramm ähnlich deutlich wie die FPÖ, wenn auch die gegensätzliche Position eingenommen wird. Die Partei tritt für die Abschaffung der

⁶⁷⁹ vgl. Giller 1999, S.11 f.

⁶⁸⁰ FPÖ: Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. 2005, S.3 f.

⁶⁸¹ ebenda, S.10

Wehrpflicht ein. Als Gründe werden einerseits neue militärische Aufgaben und andererseits geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen herangezogen.

„Eine zeitgemäße Verteidigungsdoktrin muss sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen und gleichzeitig die gesellschaftlichen Anforderungen und Rahmenbedingungen berücksichtigen. Daher stehen wir für das Aussetzen der Wehrpflicht ab dem Wegfall des Grenzeinsatzes, für ein professionelles Freiwilligenheer durch Berufssoldaten und eine starke freiwillige Miliz- Komponente für den Heimatschutz.“⁶⁸²

Ebenso wie die ÖVP bezieht sich das BZÖ in ihrem Parteiprogramm auf aktuelle Entwicklungen der Verteidigungspolitik. Die Position der Abschaffung der Wehrpflicht wird somit nicht als Grundsatzposition eingenommen, sondern durch die militärpolitischen und gesellschaftlichen Umstände gerechtfertigt. Was genau unter den „gesellschaftlichen Anforderungen“ zu verstehen ist, ist jedoch nicht klar ersichtlich.

Im Vorwort des Parteiprogramms der Grünen, verfasst von Alexander Van der Bellen, wird zwar auf sicherheitspolitische Veränderungen eingegangen, im restlichen Programm findet dies jedoch keine Erwähnung mehr.

„Seit 1989 hat sich viel verändert. Die Berliner Mauer ist gefallen, das Sowjet-Imperium ist zusammengebrochen, Österreich ist der Europäischen Union beigetreten, und wir befinden uns mitten in einem Erweiterungsprozess, der die politische Landschaft des Kontinents völlig umgestaltet.“⁶⁸³

Die Grünen gehen zwar auf die Entwicklungen ein, die von der ÖVP und dem BZÖ als Anlass zur Forderung eines Berufsheeres herangezogen werden, ziehen daraus jedoch keine wehrpolitischen Schlüsse. Es ist somit keine Position zur Heeresdebatte im Parteiprogramm herauszulesen.

Grob lassen sich in der Heeresdebatte zwei Pole für und gegen die Abschaffung der Wehrpflicht erkennen, um die sich die Parteien formieren. Es kann vor allem bei den Koalitionsparteien von einem Bruch mit traditionellen Positionen ausgegangen werden, der jedoch in den Parteiprogrammen nicht eindeutig reflektiert wird. Die FPÖ und das BZÖ können auf gemeinsame Wurzeln zurückgreifen, was jedoch nichtsdestotrotz zu Widersprüchen in der Frage der Wehrpflicht führt. Die Positionen zur Wehrpflicht dieser Parteien sind, im Gegensatz zu den Koalitionsparteien und zu den Grünen, klar in den jeweiligen Parteiprogrammen beschrieben. Für die Begründung der Positionen in den

⁶⁸² BZÖ: Programm des Bündnis Zukunft Österreich. 2010, S.38

⁶⁸³ Die Grünen: Grundsatzprogramm der Grünen. 2001; Anm.: im Vorwort, ohne Seitenzahlen

Parteiprogrammen kann der Trend erkannt werden, die Wehrpflicht durch sicherheitspolitische Argumente (FPÖ) und demokratiepolitische Argumente (FPÖ, SPÖ) zu rechtfertigen und die Abschaffung der Wehrpflicht durch geopolitische (ÖVP) und gesellschaftliche (BZÖ) Entwicklungen zu begründen. Im Weiteren werden die Positionen anhand der Akteure, die sie vertreten und der behandelten Themen der Debatte noch klarer erkennbar.

5.3.3 Themen der Heeresdebatte

Im Verlauf der Heeresdebatte wechselten sich die zentralen Konfliktthemen ab. In der medialen Diskussion können grob vier Hauptthemen (Volksbefragung, Heeresmodelle, Abberufung Entacher und Pilotprojekt) differenziert werden, die den Konflikt dominieren. Begleitet werden diese Themen einerseits von den parteipolitisch nichtkonformen Äußerungen einzelner Politiker, sowie andererseits von einzelnen Nebenthemen, die vor allem drohende Einsparungen und ihre Folgen behandelten. Hier soll ein grober Überblick der einzelnen Themen gegeben werden, der in der Untersuchung noch differenzierter vorgenommen wird.

Die Frage der Volksbefragung

Wie bereits dargelegt, liegt der Auslöser der Debatte in der Forderung nach einer direktdemokratischen Entscheidung zum Thema Wehrpflicht. Diese Forderung kann als erstes wichtiges Konfliktthema betrachtet werden, da sie heftig umstritten wurde. Dies liegt nicht etwa daran, dass sie ein Tabu breche oder besonders polarisieren würde, sondern primär daran, dass die Vorbringung in der Endphase eines Wahlkampfes, von Seiten eines Politikers, dessen Kompetenzbereich sich nicht auf Bundesangelegenheiten erstreckt, als Wahltaktik kritisiert wurde.⁶⁸⁴ Spielte das Thema der Volksbefragung anfänglich noch eine große Rolle, so wurde der Fokus im Laufe der Diskussion, auf die eigentlich dominante Frage der Möglichkeit und der Notwendigkeit der Abschaffung der Wehrpflicht verlagert.

Heeres- und Rechenmodelle

Die Heeresdebatte ist nicht nur eine Debatte um politische Entscheidungen, sondern vor allem eine um Möglichkeiten. Stand anfänglich die Authentizität des Vorhabens im Zentrum der Kritik, so änderte sich dies, als die Frage „Wenn nicht Wehrpflicht, was dann?“ immer mehr Beachtung fand. Am Jahresbeginn 2010 kam es dann zum Konflikt um die

⁶⁸⁴ vgl. „DiePresse.com“: ÖVP zu SPÖ-Schwenk bei Wehrpflicht: "Häupl sollte sich schämen". 6.10.2010

Heeresmodelle. Konkret wurden von Minister Darabos sieben Rechenmodelle angefertigt, welche die möglichen Wehrsysteme des österreichischen Bundesheeres widerspiegeln. Auffällig war daran, dass die Berechnung vom Jänner 2011, von der im Dezember 2010 durchgeführten Erhebung, vor allem im Modell, das ohne Wehrpflicht auskommt, stark abwich.⁶⁸⁵ So geriet der Verteidigungsminister Darabos stark ins Zentrum der Kritik. Dies änderte sich auch nicht durch das parallel aufkommende Konfliktthema, das sich um die Abberufung des Generals Entacher drehte.

Die Abberufung des Generals Entacher

Edmund Entacher ist seit 2008 Generalstabschef des österreichischen Bundesheeres und damit der höchste Offizier.⁶⁸⁶ In der Diskussion erlangte Entacher zuerst Bedeutung, da er, trotz seiner Weisungsgebundenheit gegenüber dem Verteidigungsminister, ihm in der Frage der Abschaffung der Wehrpflicht heftig widersprach.⁶⁸⁷ Die Differenzen zwischen Minister und General gipfelte schließlich, wenige Tage nach einem kritischen Interview von Entacher im Wochenmagazin profil, in dessen Abberufung.⁶⁸⁸ Beinahe ein Jahr nach der Abberufung wurde die Absetzung Entachers am 7.11.2011 von einer Beschwerdekommision des Bundeskanzleramts als rechtswidrig erkannt.⁶⁸⁹ So ist General Entacher nicht nur ein wichtiger Akteur der Debatte, sondern das Verhältnis zum Minister und letztlich die rechtswidrige Absetzung ebenso Thema des Konflikts.

Das Pilotprojekt Berufsheer

Ein Jahr nach dem Aufkommen der Heeresdebatte ist nicht mehr Häupls Volksbefragung, sondern Darabos' Pilotprojekt Thema der Heeresdebatte. Ende August 2011 verkündet Darabos, dass er zum Jahresbeginn 2012 Pilotprojekte einrichten will, die dazu dienen sollen, die Aussetzung der Wehrpflicht zu erproben.⁶⁹⁰ Trotz Widerstand des Koalitionspartners, sowie rechtlichen und finanziellen Schwierigkeiten, hält Darabos an seinem Vorhaben fest, wobei er den Beginn dieser Projekte auf Mitte des Jahres 2012 verschiebt.⁶⁹¹ Die fehlende Absprache mit der ÖVP führt dazu, dass die Pilotprojekte ebenso zum Konfliktthema der Heeresdebatte medial herangezogen werden.

⁶⁸⁵ vgl. „derStandard.at“: Das Freiwilligenheer schöngerechnet. 26.1.2010

⁶⁸⁶ vgl. o.A.: Generalstabschef General Edmund Entacher. o.J.

⁶⁸⁷ vgl. „DiePresse.com“: Generalstabschef für Wehrpflicht. 14.1.2011

⁶⁸⁸ vgl. „profil online“: „Wir stehen vor der Klippe“: Generalstabschef Edmund Entacher im Interview. 22.1.2011

⁶⁸⁹ vgl. „kurier.at“: Waterloo für Darabos: Entacher ist wieder Armeechef. 7.11.2011

⁶⁹⁰ vgl. „DiePresse.com“: Wehrpflicht-Abschaffung: Darabos plant Pilotversuche. 29.8.2011

⁶⁹¹ vgl. „derStandard.at“: Darabos' Pilotprojekt zur Berufsheer-Erprobung droht zu scheitern. 1.1.2012

Querdenker in den Parteien

Die beschriebenen Hauptthemen werden stets von widersprechenden Meinungen einzelner Akteure begleitet. Als wohl bedeutendster „Querdenker“, also als derjenige, der sich trotz Parteizugehörigkeit gegen die Parteimeinung stellt, kann der sozialdemokratische General Entacher betrachtet werden. Aber auch viele weitere Akteure mit Parteizugehörigkeit melden sich widersprechend zu Wort. So gilt der Wehrsprecher der SPÖ, Stefan Prähauser, als überzeugter Verteidiger der Wehrpflicht.⁶⁹² Ebenso scheint der Bundespräsident nicht von der Parteilinie überzeugt. So erwähnt er beispielsweise am Nationalfeiertag 2011 die „wichtige Rolle der verfassungsmäßig verankerten Wehrpflicht“.⁶⁹³ Aber auch bei der ÖVP gibt es widersprechende Meinungen, wie den Salzburger Vizelandeshauptmann Wilfried Haslauer, der für eine Volksbefragung zur Wehrpflicht eintritt.⁶⁹⁴ Auch wenn dies nur Einzelmeinungen zu sein scheinen, bilden sie einen eigenen Themenschwerpunkt in der Berichterstattung.

Weitere Themen der Heeresdebatte

Neben der Diskussion um die Wehrpflicht, können auch weitere Unterthemen der Heeresdebatte erkannt werden. Diese rücken jedoch relativ an den Rand der Diskussion. Beispiele wären etwa die Spekulationen über Kasernenschließungen,⁶⁹⁵ Personalabbau⁶⁹⁶ und generelle Einsparungen.⁶⁹⁷ Die spezielleren Themen, die also nicht die Gesamtänderung des österreichischen Wehrsystems - die mit der Abschaffung der Wehrpflicht einherginge - behandeln, bilden eher die Ausnahme, bzw. finden nur im geringen Ausmaß Eingang in die Debatte. Als Nebenthemen der Heeresdebatte, die mit der Abschaffung der Wehrpflicht zusammenhängen, wird die Sicherstellung des Katastrophenschutzes, sowie die Zukunft des Zivildienstes ebenso kontrovers debattiert. Diese werden vor allem von Seiten der ÖVP in die Debatte eingebracht, um die Notwendigkeit der Wehrpflicht zu unterstreichen.⁶⁹⁸

⁶⁹² vgl. „derStandard.at“: SPÖ-Wehrsprecher Prähauser rechnete mit seiner Partei ab. 25.5.2011

⁶⁹³ „DiePresse.com“: Festakt-Ansprache im Zeichen der Wehrpflicht. 26.10.2011

⁶⁹⁴ vgl. „Salzburger Nachrichten“: Wehrpflicht: Haslauer will Volk befragen. 7.11.2011

⁶⁹⁵ vgl. „DiePresse.com“: Bundesheer: Wirbel um mögliche Kasernenschließungen. 14.10.2011

⁶⁹⁶ vgl. „derStandard.at“: Aufregung um Personalabbau beim Bundesheer. 25.10.2011

⁶⁹⁷ vgl. „oe24.at“: Bundesheer: Entacher warnt vor Einsparungen. 28.12.2011

⁶⁹⁸ vgl. „oe24.at“: Wehrpflicht wird Österreich-Dienst. 20.8.2011

5.3.4 Akteure der Heeresdebatte

Bevor in der Untersuchung genau darauf eingegangen wird, welche Akteure welche Rolle im Konflikt übernehmen, soll hier grob aufgelistet werden, welche Akteure in der Heeresdebatte von besonderer Relevanz waren und sind. Der Fokus liegt dabei auf den Regierungsparteien, wobei die zentralen Akteure der Opposition, sowie Personen ohne Parteianschluss ebenso beachtet werden.

Konfliktakteure der Bundesregierung

Wie anhand der Erläuterung der Konfliktthemen bereits sichtbar gemacht wurde, ist Verteidigungsminister **Norbert Darabos** - mit Ausnahme der Anfangsphase - stets der zentrale Akteur. Er tritt sowohl aktiv als Streitperson, als auch passiv, als kritizierter Akteur in Erscheinung. Im Verlauf, vor allem nach der widerrechtlichen Abberufung des Generals Entacher, fokussiert sich die Kritik stark auf seine Person. Der Bundeskanzler **Werner Faymann** ist neben Darabos, dasjenige Mitglied der Bundesregierung, welches häufig Erwähnung findet, wobei er selbst nur gering in den Konflikt involviert ist. In der Anfangsphase nimmt Vizekanzler und Finanzminister **Josef Pröll** den zentralen Konterpart zu Darabos ein. Nach seiner Ablöse als Vizekanzler 2011, übernahm Außenminister **Michael Spindelegger** diese Rolle. Ministerin **Maria Fekter** übte ebenso heftige Kritik an Minister Darabos, sowohl in der Rolle als Innenministerin, als auch ab 2011 als Finanzministerin.

Konfliktakteure des Parlaments

Als Parlamentsakteure spielen vor allem die Klubobmänner der jeweiligen Partei eine wichtige Rolle. Die zentralen Konfliktakteure umfassen hierbei vor allem Oppositionspolitiker, wie **Josef Bucher** und **Heinz-Christian Strache**; bei den Grünen ist **Peter Pilz** der Sicherheitssprecher der Partei, der sich zur Heeresdebatte zu Wort meldet. In der ÖVP übernimmt, ähnlich wie bei den Grünen, ein Bereichssprecher die Rolle des Konfliktakteurs im Parlament. Während der Debatte kam es zu einem personellen Wechsel, denn der Wehrsprecher **Norbert Kapeller** wurde 2011, nach einer Affäre, von **Oswald Klikovits** abgelöst. Regelmäßig meldete sich auch der Klubobmann **Karlheinz Kopf** zu Wort, sowie anfänglich auch der Parteigeschäftsführer und Abgeordnete **Fitz Kaltenegger**. In der SPÖ tritt der Wehrsprecher **Stefan Prähauser**, wie bereits angeführt, stark für den Erhalt der Wehrpflicht ein. Als Konfliktakteur sind ebenso der Klubobmann **Josef Cap** und die Geschäftsführerin und Abgeordnete **Laura Rudas** von Bedeutung.

Sonstige Konfliktakteure

In der Anfangsphase ist Wiens Bürgermeister **Michael Häupl** der zentrale Konfliktakteur, was darauf zurückzuführen ist, dass seine Forderung nach einer Volksabstimmung, den Anstoß der Debatte gab. Mit der Zeit verlor Häupl seine Bedeutung im Konflikt an andere Akteure.

Mehrmals tritt der Bundespräsident **Heinz Fischer**, wie erwähnt, als Konfliktakteur auf, wobei er keine klare Position bezieht. Wie bereits beschrieben wurde, kann nicht nur die Absetzung von General **Edmund Entacher** als Konfliktthema, sondern auch die Person Entacher als Konfliktakteur betrachtet werden. Seitdem er wieder das Amt des Generalstabschefs bekleidet, tritt er jedoch seltener öffentlich auf. **Eduard Paulus** kann als wichtigster Konfliktakteur ohne Parteibindung angesehen werden (mit Ausnahme des Bundespräsidenten). Er vertritt im Konflikt als Präsident, die Meinung der Offiziersgesellschaft, die auf der Beibehaltung der Wehrpflicht besteht. Als wichtiger Experte tritt, ebenso politisch ungebunden, der ehemalige Brigadier **Gerald Karner** als Verfechter des Berufsheers auf. Der ehemalige Sektionschef des Verteidigungsministeriums **Erich Reiter** findet, da er ebenso ein Verfechter des Berufsheeres ist,⁶⁹⁹ häufig Erwähnung.

⁶⁹⁹ siehe Reiter 2011

5.4 Besonderheiten der Heeresdebatte

Bisher wurden nur grobe Umriss der Debatte wiedergegeben, die in der Untersuchung der Konfliktkommunikation noch weiter ausgearbeitet werden. Zuvor kann jedoch noch ein Blick darauf geworfen werden, welche Besonderheiten die Heeresdebatte auszeichnet.

Zum ersten weist bereits das Politikfeld der Außen- und Sicherheitspolitik ein wesentliches Charakteristikum für den Koalitionskonflikt auf. In diesem Bereich ist nämlich das Wissen der Bevölkerung besonders gering, was sich erschwerend auf die politische Kommunikation auswirkt.⁷⁰⁰ Somit sind gerade in diesem Politikfeld, Konflikte als komplexitätsreduzierende Maßnahme im hohen Ausmaße wahrscheinlich. Deshalb kann für die Heeresdebatte festgestellt werden, dass das Wissen um militärische und sicherheitspolitische Zusammenhänge, dem grundsätzlichen Interesse an Sicherheit hinterherhinkt. Dies macht die Debatte um eine Heeresreform zu einem interessanten Thema der Bevölkerung, der Politiker, der Medien und schließlich auch der Wissenschaft.

Eine zweite Besonderheit der Heeresdebatte, welche den Koalitionskonflikt in diesem Kontext besonders interessant macht, ist die lange Reformgeschichte, die zuvor auszugsweise angeführt wurde. In größeren Abständen wird das Bundesheer immer wieder zu einer Zerreißprobe der Parteien, wobei das Thema der Reform, trotz Einigungen, nie zur Gänze verschwindet. So bestand das Ziel der letzten beschlossenen großen Reform, der Reformkommission „Bundesheer 2010“, darin, ab 2012 in einen „fortlaufenden Transformationsprozess“⁷⁰¹ überzugehen. Bezeichnend für den Konflikt der Heeresdebatte ist, dass vor dem geplanten Abschluss der Reform, bereits die nächste diskutiert wird.

Drittens kann der Positionswechsel in der Debatte, der sich bereits in den 1990ern abzeichnete und sich letztlich 2010 vollzog, als eine Besonderheit der Heeresdebatte angesehen werden. So ist der Konflikt nicht durch tradierte Konfliktlinien bestimmt, sondern entwickelt sich stetig weiter. Der geringe ideologische Rückhalt der Parteipositionen macht sich, vor allem in der SPÖ, durch widersprechende Äußerungen innerhalb der Partei, oder von Akteure mit SPÖ-Nähe, bemerkbar.

Die vierte Besonderheit, die aus den zuvor genannten resultiert, ist die hohe Publizität der Heeresdebatte. In Deutschland etwa ging dem Beschluss zur Aussetzung der Wehrpflicht, nur eine gering ausgeprägte öffentliche Diskussion voraus.⁷⁰² In Österreich bestimmt das Thema der Wehrpflicht mittlerweile über ein Jahr immer wieder die innenpolitische Berichterstattung, wobei ein Ende der Diskussion noch nicht absehbar ist.

⁷⁰⁰ vgl. Saxer; In Jarren, Sarcinelli, Saxer (Hrsg.) 1998, S.41

⁷⁰¹ Eder; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.81

⁷⁰² vgl. Föhrenbach; In: Jäger, Thiele (Hrsg.) 2011, S.274

6 Untersuchung

Die Untersuchung soll dazu dienen, auf Basis der theoretischen Vorüberlegungen, empirisch auf die leitenden Forschungsfragen einzugehen. Der Forschungsgegenstand ist der Koalitionskonflikt in der Heeresdebatte, als inszenierter politischer Konflikt. Die Inszenierung ist ein Bestandteil der politischen Kommunikation, die bereits in verschiedene Dimensionen aufgespaltet wurde. Da es in der Inszenierung eines Konflikts primär darum geht, die öffentliche Kommunikation zu beeinflussen, wird die Dimension der Entscheidungspolitik in der Untersuchung nicht berücksichtigt. Die Konfliktrealität in der Koalition interessiert nicht. Ebenso kann aufgrund des Umfangs der Arbeit, nicht auf die, sicherlich bedeutende „Rezipientenebene“⁷⁰³ der politischen Kommunikation eingegangen werden. Durch diese Abgrenzung des Vorhabens, ergeben sich in der Untersuchung zwei relevante Dimensionen der politischen Kommunikation. Diese Darstellungsformen wurden in der theoretischen Auseinandersetzung als expressive Selbstdarstellung der Politik und als mediale Fremddarstellung des Journalismus bezeichnet. Eine ähnliche Unterscheidung treffen auch Meyer, Schicha und Brosda, indem sie neben der Entscheidungspolitik, die Ebene der „Darstellung von Politik durch das politische System“ und die Ebene der „Darstellung der [...] Politik durch Medien“⁷⁰⁴ in ihrer Untersuchung berücksichtigen. Wie nun bereits häufig erwähnt wurde, ist das Zentrum der Untersuchung, der Koalitionskonflikt in der Heeresdebatte. Um eine intensive Auseinandersetzung mit diesem zu ermöglichen, wurde die Untersuchung auf die Anfangsphase dieses Konflikts begrenzt. Sowohl die Wahl des Untersuchungsmaterials, der beiden Darstellungsebenen, als auch die zeitliche Einschränkung auf die Anfangsphase, werden im Weiteren noch genauer beschrieben. Zuvor wird in der Beschreibung der Untersuchung, auf das methodische Vorgehen eingegangen.

6.1 Beschreibung der Untersuchung

Wie bereits in der Einleitung dargestellt wurde, bildet die qualitative Inhaltsanalyse den methodischen Rahmen dieser Untersuchung. Unter den verschiedenen Anwendungsarten, wurde ein bestimmter Typ der qualitativen Inhaltsanalyse gewählt, der am geeignetsten erschien, um die Forschungsfragen zu klären. Ausgehend von der näheren Beschreibung der Untersuchungsmethode, wird die Auswahl des Untersuchungsmaterials eingeschränkt.

⁷⁰³ Meyer, Schicha, Brosda 2001, S.55

⁷⁰⁴ bds. ebenda, S.55

6.1.1 Untersuchungsmethode

Die qualitative Inhaltsanalyse umfasst verschiedene Techniken, unter denen die der „Strukturierung“ gewählt wurde. Ziel dieser Methode ist es „eine bestimmte Struktur aus dem Material herauszufiltern.“⁷⁰⁵ Konkret soll eine Struktur der Konfliktkommunikation gefunden werden, welche die Aufstellung von Hypothesen ermöglicht. Der Ablauf der Untersuchung orientiert sich an „grundsätzlichen Strukturdimensionen“,⁷⁰⁶ die aus der Theorie und der Fragestellung abgeleitet werden und in der Bearbeitung des Untersuchungsmaterials - in den ersten Materialdurchgängen - eine weitere Ausdifferenzierung erfahren.

In der Untersuchung kommt, aufgrund der Fragestellung, eine bestimmte Form der Strukturierung zur Anwendung, nämlich die der „typisierenden Strukturierung“. So wird in der Untersuchung nach dem Grundkriterium des „Koalitionskonflikts“, der sich durch den kommunizierten Widerspruch, im Kontext beider Regierungsparteien definieren lässt, strukturiert. Dabei spielen akteurspezifische, inhaltliche und darstellende Kriterien, die die Basis weiterer Varianten der Strukturierung darstellen,⁷⁰⁷ ebenso eine Rolle.

Das Untersuchungsinstrument wird anhand der Ergebnisse noch näher erläutert, da das angewendete Analyseschema, das Kategoriensystem, nicht nur Mittel, sondern auch Ergebnis der Untersuchung ist.⁷⁰⁸ Die Kategorienkonstruktion wird anhand der Beschreibung von möglichen Ausprägungen und Beispielen aus den Texten, möglichst nachvollziehbar gestaltet, wobei auch die Anschlussfähigkeit für weitere Untersuchungen beachtet wird.

6.1.2 Auswahl des Untersuchungsmaterials

Das Untersuchungsmaterial wird durch den gewählten Zeitraum und der Auswahl der untersuchten Texte eingegrenzt. Ziel der Untersuchung ist es nicht eine umfassende Analyse der Debatte vorzunehmen, sondern durch gezielte Einschränkungen, einen detaillierten Einblick in den Koalitionskonflikt, in der Anfangsphase der Heeresdebatte, zu ermöglichen.

Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum wurde beabsichtigt kurz gewählt, um eine intensive Beschäftigung mit dem Untersuchungsmaterial zu garantieren. Da die Anfangsphase der Heeresdebatte untersucht werden soll, wurde der Beginn mit dem 5.10.2010 festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt erschienen die ersten Presstexte und Medienberichte, die sich auf die Aussagen von Michael Häupl (die er am 04.01.2010 in einem Interview äußerte) beziehen.

⁷⁰⁵ Mayring 2010, S.92

⁷⁰⁶ ebenda, S.92

⁷⁰⁷ vgl. ebenda, S.94

⁷⁰⁸ vgl. ebenda, S.49

Wie bereits beschrieben wurde, markieren die Forderung von Michael Häupl nach einer Volksbefragung zur Wehrpflicht, den Beginn der Heeresdebatte. Der Untersuchungszeitraum endet am 07.10.2010. Bis dahin wurde intensiv von Seiten beider Koalitionsparteien mittels Presseaussendungen kommuniziert, danach überdeckte der Wiener Wahlkampf wieder die Debatte. Damit werden die ersten 3 Tage der Debatte, als entscheidende Anfangsphase, umfassend untersucht.

Der Untersuchungszeitraum wurde bei den Presseaussendungen und bei den Zeitungsartikeln gleich gewählt. Dies würde zwar bei der Untersuchung von Print-Ausgaben ein Problem darstellen, da Pressemitteilungen hier erst in der Ausgabe des darauffolgenden Tages berücksichtigt werden können. Dadurch, dass jeweils die Online-Ausgaben, die stets auf Presseaussendungen eingehen können, zur Untersuchung herangezogen werden, erschien der deckungsgleiche Untersuchungszeitraum als sinnvoll.

Untersuchte Debattentexte

Wie einleitend in diesem Kapitel bereits angemerkt wurde, werden zwei Dimensionen der politischen Kommunikation in dieser Untersuchung berücksichtigt. Die Dimension der politischen Selbstdarstellung wird anhand von **Pressemitteilungen** analysiert. Diese stellen das Kommunikationsmittel dar, welches „den Produktionszeiten der traditionellen Medien entsprechenden täglichen Rhythmus“⁷⁰⁹ angepasst ist. Ein zweites Vorteil, neben der Periodizität und der Häufigkeit von Pressemitteilungen, ist die Erreichbarkeit des Materials. So sind persönliche Kontakte zu Journalisten, die zweifelsfrei eine ebenso wichtige politische Darstellungsform ist, nur schwer in einer Untersuchung zu berücksichtigen. Insgesamt wurden 10 Aussendungen ausgewählt, die im gewählten Zeitraum erschienen (5 von der SPÖ, 3 von der ÖVP, und eine von der jeweiligen Jugendorganisation). Das Auswahlkriterium war einerseits die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Heeresdebatte und andererseits wurde darauf geachtet, nur Aussendungen auszuwählen, deren Absender im weitesten Sinne mit einer der Koalitionsparteien zusammenhängt. Es wurden zwar Jugendorganisationen als Absender, sowie eine Aussendung von einem EU-Parlamentarier in der Untersuchung aufgenommen; Aussendungen von Gewerkschaften, Kammern oder der Kirche, die zwar als parteinahe Interessensverbände, in „enge[r] Verflechtung“⁷¹⁰ zu den Parteien stehen, wurden jedoch nicht herangezogen. Das liegt daran, da in der Vorrecherche ein starker Unterschied der Interessen und der Argumentation zu den Regierungsparteien, der vor allem in den Gewerkschaften erkennbar war, festgestellt werden konnte. Die

⁷⁰⁹ Melischek, Rußmann, Seethaler; In: Plasser (Hrsg.) 2010, S.131

⁷¹⁰ Karhofer, Talos; In: Pelinka, Plasser, Meixner (Hrsg.) 2000, S.387

Beschaffenheit der Aussendungen wird im Zuge der Ergebnispräsentation noch näher beschrieben.

Die zweite Dimension der politischen Kommunikation, die in der Untersuchung berücksichtigt wird, die mediale Fremddarstellung, wird anhand von Onlineartikeln zweier Tageszeitungen analysiert. Printmedien bilden nach dem Fernsehen die zweitbedeutendste Informationsquelle. Beinahe die Hälfte aller Österreicher erhalten politische Informationen über Tageszeitungen.⁷¹¹ Nach dem Radio ist die Tageszeitung das Medium, das am häufigsten täglich genutzt wird, sodass von einer „Printzentrierung des Mediensystems“⁷¹² gesprochen werden kann. Somit können Tageszeitungen als wichtiges regelmäßig genutztes Forum für die politische Fremddarstellungen angesehen werden.

Für die Untersuchung wurden die Online-Ausgaben zweier Printmedien ausgewählt. Erstens wurde die Auswahlentscheidung zu Gunsten von „krone.at“, der Online-Ausgabe der „Kronen-Zeitung“ getroffen. Die „Kronen-Zeitung“ gilt, nach wie vor, als „dominante[s] Forum öffentlicher Aufmerksamkeit“,⁷¹³ indem sie mit Abstand die größte Reichweite im österreichischen Printsektor aufweist (RW 2010/11: 38%).⁷¹⁴ Als zweite Online-Zeitung wurde „derStandard.at“ ausgewählt. Die Printausgabe des „Standards“ hat gegenüber der „Kronen-Zeitung“ eine verhältnismäßig geringe Reichweite (RW 2010/11: 5%),⁷¹⁵ jedoch ist erstere damit die bedeutendste Zeitung, die als Qualitätszeitung eingeschätzt werden kann.⁷¹⁶ Zusätzliche Bedeutung erhält der „Standard“ außerdem dadurch, dass er - neben der Presse - die wichtigste Informationsquelle für politische und journalistische Eliten darstellt.⁷¹⁷

Beachtet man den Onlinezeitungsmarkt, so stellt sich heraus, dass „derStandard.at“ und „krone.at“ die mit Abstand am häufigsten genutzten Online-Zeitungen sind. Beide Seiten haben jeweils mehr als doppelt so viele Aufrufe, wie konkurrierende Online-Zeitungen („kleinezeitung.at“, „kurier.at“, „diePresse.com“), mit Ausnahme der von „oe24.at“, der ähnlich beliebten Online-Zeitung der „Österreich-Zeitung“.⁷¹⁸ Die Reichweitenstärke und die Bedeutung der Online-Angebote der „Kronen-Zeitung“ und des „Standards“ waren schließlich ausschlaggebend, weshalb sie als Untersuchungsmaterial der medialen Fremddarstellung des Koalitionskonflikts herangezogen wurden.

⁷¹¹ vgl. Plasser; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 2006, S.530

⁷¹² Plasser, Lengauer; In: Plasser (Hrsg.) 2010a, S.46

⁷¹³ Plasser; In: Dachs u.a. (Hrsg.) 2006, S.532

⁷¹⁴ vgl. Media-Analyse: MA 10/11 - Tageszeitungen Total. 2011

⁷¹⁵ vgl. ebenda

⁷¹⁶ vgl. Magin, Stark; In: Blum, Bonfadelli, Imhof, Jarren (Hrsg.) 2011, S.97 ff.

⁷¹⁷ vgl. Plasser, Lengauer; In: Plasser (Hrsg.) 2010b, S.84

⁷¹⁸ vgl. ÖWA: Jahresschnitt 2011. 2012

Die Anzahl der untersuchten Zeitungsartikel beträgt 11 Berichte (5 von „derStandard.at“ und 6 von „krone.at“). Die Untersuchung deckt die gesamten veröffentlichten Artikel ab, die im gewählten Zeitraum in den Onlineausgaben der gewählten Zeitungen, die Heeresdebatte als Hauptthema behandelten. Dadurch wurden jene Artikel ausgefiltert, welche die Heeresdebatte nur in einem Absatz erwähnen. Untersucht wurde dabei der gesamte Artikel, wobei im Detail nur jene Absätze analysiert wurden, in denen mindestens ein Koalitionspartner Erwähnung findet. So sind beispielsweise die Vorschläge zum Wehrsystem vom Sicherheitssprecher der Grünen zwar Teil der Heeresdebatte, wenn jedoch keine Kritik, Lob, etc. an einem Vorschlag, einer Person, etc. einer Regierungspartei vorgenommen wurde, wurden diese Teile, in der Detailuntersuchung nicht beachtet.⁷¹⁹ Der Fokus wurde dadurch vor allem auf die Passagen gelegt, in denen der Koalitionskonflikt durch widersprechende Argumentationen, oder durch direkte Kritik zum Ausdruck kommt. Welche Artikel konkret ausgewählt wurden, wird in der allgemeinen Beschreibung der Ergebnispräsentation noch ersichtlich.

6.1.3 Grobstruktur der Untersuchung

Das Kategoriensystem, welches das Instrument der Analyse darstellt, wurde während der Forschungsvorgangs, am Material entwickelt, sodass die Strukturierung in der Ergebnispräsentation näher beschrieben wird. Vorweg können Grunddimensionen, die das Grobgerüst des Kategorieinsystems bilden, aufgelistet werden. Dieses beinhaltet eine allgemeine Beschreibung der Debattentexte, die Beschreibung der Konfliktkommunikation als Hauptdimension (Typisierungsdimension) und drei Kontextdimensionen, die sich aus der theoretischen Auseinandersetzung als wichtig für die Analyse der Heeresdebatte herausstellten.

Allgemeine Dimension

Die erste Dimension bildet die allgemeine Beschreibung der untersuchten Texte. Hierbei spielen die Kategorien der Quelle (Absender, Zeitung), des Datum und der Länge des Textes die Hauptrolle. Die Hauptaufgabe besteht darin das Untersuchungsmaterial näher zu beschreiben und mögliche Unterschiede aufzuzeigen.

⁷¹⁹ vgl. „krone.at“: Darabos macht Tempo: Pläne schon in wenigen Wochen. 7.10.10; sowie „derStandard.at“: Verpflichtender Sozialdienst rechtlich möglich. 7.10.10

Hauptdimension

Konflikt: Der Konflikt ist das zentrale Merkmal, welches in den Debattentexten untersucht werden soll. Er gilt als erste „Typisierungsdimension“, ⁷²⁰ nach dem einzelne Passagen in den Texten für die Untersuchung ausselektiert werden. Aus der Theorie ergab sich ein breites Verständnis des Phänomens, welches in der Analyse angewendet wird. Die Kriterien, was einen Konflikt ausmacht und welche Formen er annehmen kann, werden am Untersuchungsmerkmal konkretisiert. Allgemein kann der Konflikt, im Kontext der politischen Kommunikation, als geäußelter Widerspruch zu einem politischen Sachverhalt (Aussage, Handeln, etc.) verstanden werden. Besteht kein Widerspruch, so kann nicht von einem Konflikt gesprochen werden. Der Konflikt wird bereits vor der Einengung auf den Koalitionskonflikt, in dessen Kontext untersucht. So ist die Voraussetzung als relevanter Konflikt zu gelten, nicht nur dass ein Widerspruch besteht, sondern auch, dass mindestens eine Koalitionspartei im Text behandelt wird. Dies ist in Pressemitteilungen, dadurch dass eine Koalitionspartei als Kommunikator auftritt, immer der Fall, in Zeitungsartikeln muss jedoch selektiert werden.

Koalitionskonflikt: Als zweite Typisierungsdimension wird, nach der allgemeinen Beschreibung der Konfliktkommunikation, der Koalitionskonflikt fokussiert. Dieser zeichnet sich durch die Beteiligung (aktiv), bzw. die Kommentierung (passiv) beider Koalitionsparteien aus. In Pressemitteilungen reicht die Kommentierung des Koalitionspartners; in Zeitungsartikeln muss ebenso der Kommentator als Koalitionspartei ausgewiesen sein, oder beide Parteien aus einer journalistischen Perspektive behandelt werden. Dadurch werden die relevanten Textstellen stark reduziert. Der Akteurkreis der Regierungsparteien bleibt jedoch offen. So werden auch Akteure des Parlaments, der Länder und sonstige Parteiorganisationen (Jugendorganisationen) als Koalitionsakteure erfasst.

Die Hauptdimension der Konfliktkommunikation wird durch beschreibende Kontextdimensionen begleitet, die letztlich nicht nur über das Vorkommen, sondern über die Art der Konfliktkommunikation in Koalitionen Aufschluss geben sollen. Formale und inhaltliche Strukturierungen spielen dabei vermisch eine Rolle.

Kontextdimensionen

Akteurskontext: Die Kontextdimension umfasst die Akteure und deren Rolle. Sowohl aktive Akteure, also diejenigen die sich zu Wort melden, als auch „passive Akteure“ die beispielsweise kritisiert werden, finden Eingang in die Untersuchung. Zentral ist hierbei auch die Frage, inwiefern Personalisierungseffekte eine Rolle spielen.

⁷²⁰ Mayring 2010, S.94

Inhaltlicher Kontext: Unter der Dimension des Inhaltes sind die thematischen Bezugspunkte der Debatte gemeint. Es sollen somit die wichtigsten Themen des Koalitionskonflikts herausgearbeitet und deren Verwendung untersucht werden. Zusätzlich werden, im Zuge der inhaltlichen Auseinandersetzung, die zentralen Argumente der Debatte erfasst.

Darstellungskontext: Die Darstellung des Konflikts ist in dieser Untersuchung von besonderem Interesse. So wird näher untersucht, welche sprachlichen Auffälligkeiten in den Texten gefunden werden können. Im Zuge dessen wird auch auf die Unterhaltungsorientierung, als Trend der modernen politischen Kommunikation, eingegangen.

Die allgemeine, Haupt- und Kontextdimensionen wurden als Leitfaden in der Untersuchung angewendet und dienen weiter dazu, Kategorien zu bilden. Das weitere Vorgehen orientiert sich an diesem Forschungsdesign, welches in der folgenden Abbildung zusammengefasst ist. In der anschließenden Präsentation der Ergebnisse wird der Analyseraster anhand des Untersuchungsmaterials ausgestaltet.

Forschungsfragen			
Selbstdarstellung <i>(Presseaussendungen)</i>		Fremddarstellung <i>(Zeitungsartikel)</i>	
Allgemeine Beschreibung <i>(Absender Titel Länge)</i>		Allgemeine Beschreibung <i>(Zeitung Titel Lead Länge)</i>	
Erste Typisierung <i>(Konflikt)</i>		Erste Typisierung <i>(Konflikt)</i>	
Zweite Typisierung <i>(Koalitionskonflikt)</i>		Zweite Typisierung <i>(Koalitionskonflikt)</i>	
Kontext <i>(Akteure Inhalte Darstellung)</i>		Kontext <i>(Akteure Inhalte Darstellung)</i>	
Kategoriensystem			

Abbildung 3: Forschungsdesign (eigene Darstellung)

6.2 Ergebnisse der Untersuchung

Hier werden die Ergebnisse der Untersuchung, getrennt nach der Darstellungsebene (Selbst-, und Fremddarstellung), angeführt. Diese beschreibenden Ergebnisse bilden die Basis des anschließenden Vergleichs beider Dimensionen. Die Präsentation wird umfangreich durchgeführt, um dabei das entwickelte Kategoriensystem näher zu erläutern. Das Kategoriensystem ist zusätzlich im Anhang in einer Tabelle zusammengefasst.

6.2.1 Ergebnisse der politischen Selbstdarstellung

Die Ergebnisse der Presseaussendungen, als Mittel der politischen Selbstdarstellung, werden in der angeführten „allgemeinen Dimension“, der „Hauptdimension“ und der „Kontextdimension“ präsentiert.

Allgemeine Dimension

Die Dimension der allgemeinen Beschreibung soll einen tieferen Einblick in die untersuchten Texte geben. Die Codiereinheit umfasst hier noch die ganze Presseaussendung, bzw. die ganze Überschrift. Sie bezieht sich somit auf formale vorfindbare Einheiten.⁷²¹ Dies ändert sich erst in der Untersuchung der Hauptdimension und wird dann noch weiter erläutert. Zu den konkreten Kategorien für die Presseaussendungen dient zuerst das Datum der Aussendung, der Absender und der Titel der Mitteilung. Diese werden in der nachfolgenden Tabelle vollständig dargestellt. Zusätzlich kann auch der Untertitel als Kategorie herangezogen werden. Neben diesen Kategorien kann letztlich noch die Länge der Aussendung als Merkmal herangezogen werden, wie sie in der Tabelle in Klammer angegeben wird. Die folgende Tabelle dient jedoch nicht nur zur Darstellung der beschreibenden Merkmale, sondern auch dazu, das Untersuchungsmaterial mit einer fortlaufenden Codierung zu kennzeichnen. Diese soll der Nachvollziehbarkeit der weiteren Ausführungen dienen.

⁷²¹ vgl. Früh 2001, S.93 ff.

	Pressaussendungen der SPÖ <i>(Absender 1)</i>	Pressaussendungen der ÖVP <i>(Absender 2)</i>
5.10.	<p>P 1.1: SPÖ-Wien: SP-Baxant: Wahlfreiheit oder Wehrpflicht - das ist die Frage. (229W.)</p> <p>P 1.2: SPÖ-Parlamentsklub: Rudas: Bevölkerung soll über Zukunft der Wehrpflicht entscheiden. (118W.)</p> <p>P 1.3: SPÖ-Pressedienst: Faymann nach Ministerrat: Volksbefragung zu Wehrpflicht am Ende einer fairen und sachlichen Diskussion über Aufgaben des Bundesheeres. (329W.)</p> <p>P 1.4: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID): Häupl für Volksbefragung und Diskussion von Alternativen zur Wehrpflicht. (103W.)</p>	<p>P 2.1: ÖVP-Bundesparteileitung: Kaltenegger: Vor Volksbefragung zur Wehrpflicht muss SPÖ-Verteidigungsminister (sic!) Hausaufgaben erledigen. (283W.)</p> <p>P 2.2: Bundesministerium für Finanzen (BMF): Pröll zur Wehrpflicht: „Offene Fragen müssen geklärt werden.“ (189W.)</p>
6.10.	<p>P 1.5: SPÖ-Parlamentsklub: Swoboda zu Bundesheerreform: „Bevölkerung muss hier direkt mitentscheiden.“ (144W.)</p>	<p>P 2.3: ÖVP-Parlamentsklub: Kapeller: Sicherheit braucht klare Perspektiven statt ständige Meinungswechsel. (133W.)</p> <p>P 2.4: ÖVP-Bundesparteileitung: JVP-Kurz: Reformierter Wehrdienst statt Kasernen putzen. (323W.)</p>
7.10.	<p>P 1.6: Sozialistische Jugend (SJ): SJÖ ad Bundesheer Diskussion: Volksabstimmung über Umwandlung in Katastrophenschutz. (228W.)</p>	

Tabelle 5: Beschreibung der Presseaussendungen (eigene Darstellung)

Die Kategorie des **Datums** kann dazu dienen, in der Konfliktkommunikation einen Verlauf zu beschreiben. Konkret können drei Tage unterschieden werden. Allgemein kann vor allem am ersten Tag eine Vielzahl der Aussendungen beobachtet werden, welche in den darauffolgenden Tagen nicht mehr erreicht wird.

Mit der Kategorie des **Absenders** wird das Material in zwei Gruppen, der Regierungsparteien, getrennt. Dabei wurde verallgemeinernd eingegriffen. Das „Bundesministerium für Finanzen“ kann am eindeutigsten als Regierungsakteur erkannt werden und durch die parteipolitische Verantwortung der ÖVP ebenso klar einer Partei

zugeordnet werden. Der „Pressedienst“, die Landespartei („SPÖ Wien“) und die „Bundesparteileitung“ wurden, auf Grund der theoretisch argumentierten Verschränkung der Regierung mit den Parteien, ebenso als Koalitionsakteure erfasst. Gleich verhält es sich bei den Jugendorganisationen in der Zuteilung zu einer Kategorie. Der „Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien“(PID) konnte durch den Inhalt letztlich der SPÖ zugeordnet werden. Da über den PID ausschließlich über Häupls Vorschlag berichtet, und nur seine Aussagen im Zitat erwähnt werden, kann der Absender so kategorisiert werden, als würde die Aussendung direkt von der Landespartei stammen.

Als dritte beschreibende Kategorie kann der **Titel** der Aussendung herangezogen werden. Der Titel umfasst in den untersuchten Presseaussendungen in der Regel einen Akteur, eine Botschaft, bzw. eine Forderung und manchmal einen Kontext. Als besonders deutliche Beispiele hierfür können die Aussendung des BMFs (P 2.2) und der SJ (P 1.6) herangezogen werden:

„[Akteur:]Pröll [Kontext:]zur Wehrpflicht: [Forderung:] „Offene Fragen müssen geklärt werden.“

„[Akteur:]SJÖ [Kontext:] ad Bundesheer Diskussion: [Forderung:] Volksabstimmung über Umwandlung in Katastrophenschutz.“

Als Erweiterung der Kategorie des Titels kann der **Untertitel** analysiert werden. Bis auf zwei Aussendungen (P 1.4, P 1.6) wird stets ein Untertitel angegeben. Der Untertitel wird meist als Erläuterung des Titels verwendet, als Ergänzung zu diesem herangezogen, oder betitelt ein eigenes Nebenthema.

Der Untertitel als Erläuterung des Titels zeigt sich deutlich in der Presseaussendung der SPÖ-Wien (P 1.1):

Der Titel der sehr unkonkret gehalten ist „SP-Baxant: Wahlfreiheit oder Wehrpflicht - das ist die Frage.“ soll im Untertitel erläutert werden. So handelt es sich bei SP-Baxant um den „Wiener SPÖ-Jugendsprecher [und die Aussage er] begrüßt Häupl-Vorschlag einer Volksbefragung zum Thema Wehrpflicht“ soll dazu dienen, die wertende Frage des Titels, ob man denn Freiheit oder Pflicht wünscht, aufzulösen.

Der Untertitel als Ergänzung zum Titel wird auch in der Aussendung des EU-Parlamentariers Hannes Swoboda (P 1.5) deutlich:

Im Titel wird erneut zuerst Akteur, Kontext und Botschaft angegeben: „Swoboda zu Bundesheerreform: >Bevölkerung muss hier direkt mitentscheiden<“. Der Untertitel erweitert den Kontext um eine zweite Aussage: „Österreichs Bundesheer mehr und

mehr Bestandteil der europäischen Sicherheitsstruktur“. Der Untertitel beinhaltet somit eine zweite Aussage, die mit der ersten im Text der Aussendung in Verbindung gebracht wird.

Die Verwendung des Untertitels, um ein Nebenthema zu erwähnen, welches nicht mit dem Hauptthema in Verbindung steht, kommt in einer Presseaussendung des BMFs (P 2.2) vor:

Der Titel: „Pröll zur Wehrpflicht: >Offene Fragen müssen geklärt werden<“ wird unverbunden mit einem Untertitel versehen: „Reform Führerscheingesetz wichtiger Schritt für Blaulichtorganisationen“ erweitert. Im Untertitel ist ein neuer Kontext, sowie eine neue Botschaft zu erkennen.

Die **Länge** der Aussendung, ist wie das Datum, eine „manifeste“⁷²² Kategorie, die keiner weiteren Erläuterungen bedarf. Sie wird hier in der Anzahl der Wörter gemessen. Die kürzeste Aussendung, stammt vom PID (P 1.4), mit knapp über 100 Wörter, die längste stammt vom SPÖ-Pressedienst (P 1.3) und umfasst mehr als dreimal so viel Wörter.

Hauptdimension

Die bisherigen Beschreibungen dienen dazu, allgemeine Strukturen zur Unterscheidung der Presseaussendungen in Erfahrung zu bringen. Die Untersuchung des Inhalts der Presseaussendungen folgt einer typisierenden Strukturierung, die in zwei Schritten durchgeführt wird. Zuerst wird der Konflikt als Typisierungsmerkmal herangezogen, um die Konfliktkommunikation allgemein darzustellen. Diese Typisierung wird dann weiter auf den Koalitionskonflikt eingeschränkt.

Zuvor ist jedoch noch ein wesentlicher Aspekt der Untersuchung zu definieren. Es wird nun im weiteren Verlauf von der untersuchten Einheit als „**Sinneinheit**“ gesprochen. Diese Definition war in der allgemeinen Analyse noch nicht notwendig, da die bisherigen Codiereinheiten des Artikels, bzw. der Aussendung und des Titels, als logisch nachvollziehbare formale Größen verstanden werden konnten. Dies ist bei der Untersuchung des Volltextes nicht mehr der Fall, da Artikel, Absätze und gar Sätze verschiedene Aussagen enthalten können.

„Eine Sinneinheit kann man als zusammenhängende Textpassage definieren, in der zum selben Gegenstand etwas ausgesagt wird. Solange [beispielsweise] das Subjekt

⁷²² Merten 1995, S.56

der Aussage identisch bleibt und gleichzeitig Indikator für die betreffende Kategorie ist, zählen alle Äußerungen als eine Codiereinheit“.⁷²³

Somit werden im Weiteren die Haupt- und Kontextkategorien in den Sinneinheiten, die in den Presseaussendungen enthalten sind, analysiert.

Der **Konflikt** wird, wie nun bereits mehrmals erwähnt, als geäußelter Widerspruch verstanden, das bedeutet, wenn kein Widerspruch besteht, so besteht auch kein Konflikt. Damit sind zwei der drei zentralen Ausprägungen der Konfliktkommunikation beschrieben. Das Gegenteil des Konflikts ist der „Nicht-Konflikt“, der sich durch den fehlenden Widerspruch auszeichnet. Erweitert wird diese Differenzierung um die Ausprägung des Konsenses. Dieser ist zwar nicht das Gegenteil des Konflikts, wird jedoch in Bezug auf den Konflikt definiert. Äußert sich der Konflikt durch ein „kommuniziertes >Nein<“, ⁷²⁴ so kann der Konsens als ein kommuniziertes „Ja“ verstanden werden. Eine Aussage kann somit als „konfliktorientiert“ (Ablehnung), oder als „konsensorientiert“ (Zustimmung) kategorisiert werden. Drittens besteht die Möglichkeit, dass eine Aussage weder der einen, noch der anderen Ausprägung zuordenbar ist.

Beispiele für konfliktorientierte Passagen finden sich im Untersuchungsmaterial zahlreich. Der Konflikt ergibt sich jedoch nicht aus den Positionen selbst, sondern die Orientierung ist eine Form des Ausdruckes. So kann ein und dieselbe Position zur Wehrpflicht, auf zwei Arten kommuniziert werden.

Dies zeigt sich besonders stark in der Einleitung der Pressemitteilung des JVP-Bundesobmanns Kurz (P 2.4). „Die Junge ÖVP spricht sich für den Erhalt der Wehrpflicht aus: [=konsensorientiert] Bei einer Abschaffung würden wir den Katastrophenschutz und den Zivildienst umbringen und damit unser Sozialsystem zum Kollabieren bringen. [=konfliktorientiert]“

Konflikt und Konsens liegen somit häufig recht nahe beisammen. Dies liegt vor allem dann vor, wenn eine Zustimmung besteht, jedoch Bedingungen geäußert werden. In diesem Fall ist Konflikt und Konsens nicht mehr voneinander zu trennen und die Ausprägung der „ambivalenten“ Orientierung kann herangezogen werden.

Ein Satz in der Pressemitteilung des BMFs (P 2.2). kann als ambivalent kategorisiert werden: „Der Finanzminister steht geplanten Änderungen im System der Wehrpflicht positiv gegenüber, allerdings müsse am Anfang der Debatte nicht die Frage an das Volk stehen, sondern die Beantwortung dieser Fragen durch den

⁷²³ Früh 2001, S.92

⁷²⁴ Luhmann 1984, S.530

Verteidigungsminister.“ Auch wenn die Aussage auf eine Konfliktorientierung hinweist, kann diese nicht unwidersprochen attestiert werden.

Allgemein lassen sich die untersuchten Aussendungen der ÖVP als eher konfliktorientiert beschreiben, wobei SPÖ-Aussendungen durchgehend konsensorientiert sind. Dies zeigt sich in den Aussendungen von Kaltenegger (P 2.1), Kapeller (P 2.3) und Kurz (P 2.4) auf der einen Seite und durch die Aussendungen von Baxant (P 1.1.), Häupl (P 1.4) und Swoboda (P 1.5) auf der anderen Seite.

Diese allgemeine Tendenz kann in den einzelnen Abschnitten überprüft werden, um einen **Konfliktaufbau**, also einen Verlauf des Konflikts in Pressemeldungen zu erkennen. Ein auffälliger Unterschied bezüglich des Konfliktaufbaues wird in der jeweiligen Einleitung der Aussendungen sichtbar. Beginnen SPÖ-Aussendungen mit einer Unterstützung (P 1.5), einer Bekräftigung (P 1.4), oder mit einer Begrüßung (P 1.6) der Vorschläge, bzw. der Diskussion, so steht am Anfang von den untersuchten ÖVP-Aussendungen entweder eine Bedingung (P 2.1, P 2.2) oder ein Widerspruch in Form der Kritik (P 2.3, P 2.4). Im Hauptteil steigt der Konflikt in einer SPÖ-Mitteilung der SJ (P 1.6) stark an, bleibt jedoch sonst auf niedrigem Niveau. In den Aussendungen der ÖVP bleibt der Konflikt bei Kurz (P 2.4) und Kapeller (P 2.4) konstant, sinkt jedoch sonst durchgehend ab. Als Besonderheit, kann die verstärkte Konfliktorientierung am Ende der Aussendungen angeführt werden. Auch hierbei zeigt sich der allgemein stärker ausgeprägte Konflikt in ÖVP-Aussendungen, der in allen Aussendungen am Ende, als Konfliktorientierung (P 2.1, P 1.3, P 2.4) oder zumindest als ambivalente Orientierung (P 2.2) geteilt wird. Auch in zwei SPÖ-Aussendungen (P 1.2, P 1.3) wird ein konfliktorientiertes Ende festgestellt. Die Relevanz dieser Erkenntnis, liegt im speziellen Konflikttypus, der hierbei in fünf von sechs Fällen eine Rolle spielt, nämlich der Koalitionskonflikt. Auf diesen wird im folgenden Teil speziell eingegangen.

Konflikte werden in verschiedenen **Formen** inszeniert. Als grober Raster können zwei idealtypische Formen im Untersuchungsmaterial erkannt werden. Die Argumentation, als bestimmende Form der Kommunikation, kann theoretisch auf Habermas zurückgeführt werden. Die Argumentation ist ein „Redetypus, bei dem strittige Geltungsansprüche thematisiert und mittels Argumenten eingelöst oder kritisiert werden.“⁷²⁵ Die Argumentation steht jedoch, wie in den Pressemitteilungen sichtbar wird, einer zweiten Form gegenüber, welche eben diese Eigenschaften nicht teilt. Diese Form der „Nicht-Argumentation“ soll im Weiteren „Positionierung“ genannt werden (ohne dabei Bezug auf den Marketingbegriff zu nehmen). Die nicht argumentativ belegte Form der Kommunikation zeichnet sich dadurch aus, dass Sachverhalte, Zusammenhänge oder Positionen behauptet werden. Der Inhalt kann in der Argumentation und in der Positionierung derselbe sein, allein die Form

⁷²⁵ Jäger, Baltus-Schmitt 2003, S.100

unterscheidet sie voneinander. Die Trennung ist eine rein analytische, da Argumente und Positionen meist in enger Verbindung stehen.

Ein Beispiel für die Form der Argumentation kann in der Aussendung von Faymann (P 1.3) erkannt werden. Die Angabe von Gründen wird hierbei durch bestimmte Wörter („deshalb“, „weil“) klar ersichtlich.

„Die Diskussion sei deshalb jetzt zu führen, weil rund um Österreich international Alternativen zur allgemeinen Wehrpflicht gefunden werden, so Faymann.“

Ebenso ist die Argumentation in der Aussendung von Häupl (P 1.4), durch das Wort „aufgrund“, leicht zu erkennen.

„Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen in der Europäischen Union [...] sei aus seiner Sicht eine Wehrpflicht in der bestehenden Form nicht zu halten.“

Positionierungen spielen in den Presseaussendungen eine bestimmende Rolle. Sie stehen stets am Anfang und am Ende jedes Textes und die Argumentation dient dazu, ihre Berechtigung zu begründen. Das Ziel der politischen Öffentlichkeitsarbeit ist somit auf die Positionierung ausgerichtet.

Die offensichtlichste Art der Positionierung ist die Darbietung einer Position, wie zum Beispiel in der Aussendung von Kurz (P 2.4).

„Die Junge ÖVP spricht sich für den Erhalt der Wehrpflicht aus“.

Eine andere Art der Positionierung ist die Feststellung, die in der Presseaussendung von Rudas (P 1.1) deutlich wird.

„Für die SPÖ stehe es aber außer Frage [hinc!], dass die Menschen das Recht haben bei Entscheidungen über 'ich' Bundesheer mitzureden.“

Eine typische Art der Positionierung in der Politik ist die Forderung. Sie ist entweder explizit als Forderung ausgewiesen, oder ist anhand von Wörtern wie „soll“ und „muss“ zu erkennen.

Ersteres wird an der Aussendung des Obmanns der JVP (P 2.4) deutlich: „Deshalb fordert die Junge ÖVP eine Aufwertung des Grundwehrdienstes, eine qualitativ hochwertige Ausbildung und eine Konzentration der Aufgaben auf den Katastrophenschutz.“

Auch die Aussendung von Kaltenegger (P 2.1) enthält eine solche Forderung: „Das sind die Fragen, die von der SPÖ und Verteidigungsminister Darabos beantwortet werden müssen, fordert der ÖVP-General“.

Bereits der Ausgangspunkt der Debatte stellt eine Forderung dar, wie in der Aussendung des SPÖ-Jugendsprechers deutlich wird: „Bürgermeister Häupl hat klar gestellt, dass zur allgemeinen Wehrpflicht alle Österreicherinnen und Österreicher befragt werden sollen“

Die Güte der Gründe ist grundsätzlich nicht ausschlaggebend für die Einordnung in Argumentation und Positionierung, solange nicht „Scheinargumente“ benutzt werden. In den Texten wird, etwa durch bestimmte Wörter, wie „deshalb“, „weil“, etc., auf Gründe hingewiesen. Nicht immer heißt das auch, dass tatsächlich Gründe angegeben werden.

Als Beispiel kann die bereits zitierte Aussage des SPÖ-Jugendsprechers (P 1.1) herangezogen werden: „Bürgermeister Häupl hat klar gestellt, dass zur allgemeinen Wehrpflicht alle Österreicherinnen und Österreicher befragt werden sollen. Das beweist, wer wirklich auf der Seite der Menschen steht: Bürgermeister Michael Häupl und die SPÖ. [...]Die Wiener SPÖ hat damit einmal mehr demonstriert, dass sie die Themen anspricht, die den Menschen am Herzen liegen!“ Die Phrase „das beweist“ und das Wort „damit“ deuten auf einen Begründungszusammenhang hin, der nicht besteht. So wurde die Aussage, aufgrund der Formulierungen „klar gestellt“ und „demonstriert“, sowie aufgrund der fehlenden Gründe, als Positionierung gewertet.

Ein weiteres Beispiel der „Scheinargumentation“ findet sich in der Aussendung des PIDs (P 1.4). Häupl wird hier indirekt mit der Aussage zitiert: „Bei so einem wichtigen Thema müsse das Volk jedenfalls mitentscheiden“. Allein die Behauptung, dass ein Thema wichtig sei, ist jedoch noch kein Argument. Durch die Formulierung als Forderung, kann in diesem konkreten Fall, recht einfach, ein Urteil zu Gunsten der Positionierung getroffen werden.

Wie bereits hingewiesen wurde, wechseln sich die Argumente im Verlauf des Textes ab. Einen klassischen Verlauf birgt beispielsweise die Presseaussendung vom PID (P1.4).

In der Aussendung des PIDs der Stadt Wien (P 1.4) werden nach einer kurzen Einleitung, zwei Positionen wiedergegeben (es bräuchte eine Diskussion vor der Volksbefragung und der Zivildienst und Katastrophenschutz muss beachtet werden), zwei Argumente angeführt (betreffend die Diskussion in Deutschland und der europäischen Sicherheitspolitik) und zum Abschluss eine Forderung nach einer Volksbefragung formuliert.

Allgemein kann, auf Basis des untersuchten Materials, von einer relativen Ausgeglichenheit von Argumentation und Positionierung innerhalb der Meldungen und zwischen den

Meldungen der Koalitionsparteien ausgegangen werden. Im Verlauf der Meldung wechseln sich Positionen und Argumente ab.

Gemäß dem Forschungsinteresse, wird die Typisierung des Konflikts auf die des **Koalitionskonflikts** eingeeengt. Die Analyseeinheit, also „die Größe, über die in der Studie eine Aussage getroffen werden soll“, ⁷²⁶ umfasst, durch diese weitere Typisierung, nur noch einige wenige Passagen der Presseaussendungen. Umso intensiver können diese in den Kategorien der Kontextdimensionen später untersucht werden. Voraussetzung, um als Koalitionskonflikt behandelt zu werden, ist der Widerspruch und zusätzlich die Beteiligung beider Parteien in der untersuchten Passage.

Allgemein konnte der Koalitionskonflikt in vier Aussendungen, in jeweils mindestens einem Absatz erkannt werden. Davon stammen lediglich eine von der SPÖ (P 1.2) und die restlichen drei von der ÖVP (P 2.1, P 2.3, P 2.4) Eine weitere Aussendung des Vizekanzlers (P 2.2), deutet einen solchen an, äußert ihn jedoch nicht eindeutig. Drei Mitteilungen, die alle von der SPÖ ausgesandt wurden (P 1.1, P 1.3, P 1.5), beinhalten keinen Koalitionskonflikt. Zusätzlich enthält die Aussendung des Bundeskanzlers (P 1.3) einen schwachen Hinweis auf einen Konsens in der Koalition.

Der Koalitionskonflikt äußert sich, in den untersuchten Pressemitteilungen zur Heeresdebatte, auf verschiedene **Arten**. Im Zentrum steht jeweils die Kritik am Regierungspartner. Will man Arten der Kritik unterscheiden, so fallen im Untersuchungsmaterial verschiedene Merkmale auf. Solche Merkmale bestehen etwa in der Kritik am Akteur, der Kritik am politischen Handeln, der Kritik an der Glaubwürdigkeit und der Kritik an Positionen. Diese Merkmale schließen sich nicht aus, sondern wurden in den Aussendungen überschneidend gefunden.

Die Kritik wird zu einem Großteil an Akteure gerichtet. Der wichtigste Akteur ist hierbei der Verteidigungsminister Norbert Darabos. Die Aussendung von Kurz (P 2.4) und Kaltenegger (P 2.1) nehmen stark auf ihn Bezug.

Wobei Kaltenegger aus der Kritik an Darabos eine Forderung ableitet, die er auf die Partei bezieht: „Die SPÖ soll sich hier nicht vor der notwendigen Arbeit fürchten.“ und Kurz die Forderung an den Minister richtet. „Minister Darabos soll endlich seinen Job erledigen und Reformen beim Bundesheer starten, anstatt auf alles den Hut draufzuhauen“.

⁷²⁶ Früh 2001, S.94

Wie bereits an diesen Beispielen ersichtlich, richtet sich die Kritik hauptsächlich an das politische Handeln des Koalitionspartners. So ist die Kritik an der Ausübung eines Amtes der häufigste Konfliktinhalt; konkret konnte der Vorwurf der Untätigkeit gefunden werden.

Dies zeigt sich in der Aussendung von Kaltenegger (P 2.1), in welcher er auf Fragen hinweist, die vom Koalitionspartner und dem zuständigen Verteidigungsminister unbeantwortet blieben: „Das sind die Fragen, die von der SPÖ und Verteidigungsminister Darabos beantwortet werden müssen, fordert der ÖVP-General: >Und diese Antworten bleibt die SPÖ bis dato leider schuldig.<“

Der JVP-Obmann wird in seiner Aussendung (P 2.4) konkreter, in welcher er einen direkten Zusammenhang zwischen Amtsausübung und Mängeln herstellt: „Minister Darabos wurde Verteidigungsminister, und damit die Situation beim Bundesheer und für die zahlreichen Grundwehrdiener immer miserabler. [...] Die Lage wird aber von Einrückungstermin zu Einrückungstermin immer schlechter und untragbarer für uns Junge. Es gab von seiner Seite bisher aber keine Lösungen, stattdessen nur viel Rederei. Das ist eine Frechheit, Herr Minister“.

Aus der Kritik an politischen Handlungen wird in den Pressaussendungen ebenso der Zweifel an der Glaubwürdigkeit einzelner Akteure und letztlich der Partei geschlossen.

So meint Kapeller in seiner Aussendung (P 2.3): „Sicherheit müsse zudem strategisch und langfristig und nicht aus augenblicklichen (wahl-)taktischen Überlegungen geplant werden“. Mit der Kritik der „Wahltaktik“ bezieht er sich konkret auf die Forderung Häupls während des Wahlkampfes. Gleiches ist bei Kaltenegger (P 2.1) ersichtlich: „Und warum kommen derartige Vorschläge wenige Tage vor der Landtagswahl in Wien?“ Mit dem Vorwurf des strategischen Handelns ist eben der Vorwurf der fehlenden Glaubwürdigkeit verknüpft. Dies wird auch durch die Kritik von Kapeller (P 2.3) unterstrichen, dass sich die „Meinungswechsel“ der SPÖ an „Erscheinungsterminen einer großen Tageszeitung [„Kronen-Zeitung“] orientieren.“ Die Glaubwürdigkeit der SPÖ wird somit durch ihre Nähe zur „Kronen-Zeitung“ kritisiert.

Auch wenn Akteure und Handlungen im Zentrum des Koalitionskonflikts stehen, so wird auch die eingenommene Position direkt kritisiert. Dies wurde einerseits durch den Vorwurf einer unklaren Position und andererseits durch den Vorwurf einer falschen Position gefunden.

Ersteres zeigt sich etwa bei Kapeller (P 2.3): „Die Menschen erwarten sich von der Politik eine Perspektive und einen klaren Kurs. Und nicht ständige Meinungswechsel“. Kaltenegger (P 2.1) formuliert dies erneut in einer suggestiven

Fragen: „Die Frage ist außerdem: Was gilt jetzt bei der SPÖ? Wehrpflicht - Ja oder Nein? Und wer definiert die Linie in der SPÖ?“

Der einzige Beitrag der SPÖ zum Koalitionskonflikt, innerhalb der Presseaussendungen, von Rudas (P 1.2), enthielt die inhaltliche Kritik an der etwaigen Position des Koalitionspartners: „Daher appelliert die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin an die ÖVP sich nicht gegen die Volksbefragung zu stellen“. Sie unterstreicht dies mit der provokanten Aussage: „Keine Partei braucht Angst vor der Meinung der Bevölkerung zu haben.“

Neben den beschriebenen Beiträgen zum Koalitionskonflikt, konnte in der Aussendung des Vizekanzlers (P 2.2), eine Andeutung auf diesen gefunden werden.

Pröll formuliert indirekt Kritik am Vorgehen des Koalitionspartners und an der Untätigkeit des Ministers: „[A]llerdings müsse am Anfang der Debatte nicht die Frage an das Volk stehen, sondern die Beantwortung dieser Fragen durch den Verteidigungsminister.“

Den einzigen Fund eines Konsenses kann in der Aussendung des Bundeskanzlers gefunden werden, in der er das gemeinsame Vorgehen mit dem Koalitionspartner erwähnt (P 1.3).

„Bis Jahresende werde daher Verteidigungsminister Norbert Darabos mit Außenminister Spindelegger - der schon vor drei Wochen Vorschläge dazu gemacht habe - die Sicherheitsstrategie und Varianten zur Zukunft der Wehrpflicht erarbeiten.“

Mit dem Hinweis darauf, dass Spindelegger bereits vor dem Wechsel der Parteiposition der SPÖ die Wehrpflicht zur Diskussion stellte, wird vielleicht aber auch bloß die Strategie verfolgt, den Koalitionspartner für die eigene Position zu vereinnahmen. Ein Konflikt kann jedenfalls aus diesem Verweis auf den Koalitionspartner nicht abgeleitet werden.

Die **Form** des Koalitionskonflikts entspricht durchgehend der Positionierung. Die Kritik am Koalitionspartner wird nur selten begründet und meist als Forderung formuliert.

So äußert sich die Kritik in der Aussendung von Rudas (P 1.2) in einem Apell: „Daher appelliert die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin an die ÖVP sich nicht gegen die Volksbefragung zu stellen.“ Die Formulierung „daher“ weist auf einen dahinterstehenden Grund hin, der jedoch selbst in einer Positionierung besteht. „Für die SPÖ stehe es aber außer Frage, dass die Menschen das Recht haben bei Entscheidungen über 'ich' Bundesheer mitzureden.“

In den Konfliktbeiträgen der Aussendungen von Pröll (P 2.2) und Kapeller (P 2.3) wird, durch die Verwendung des Wortes „müsse“, die Form der Positionierung

ebenso deutlich. Pröll appelliert: „allerdings müsse am Anfang der Debatte nicht die Frage an das Volk stehen“, Kappler meint: „Sicherheit müsse zudem strategisch und langfristig [...] geplant werden.

Neben der Art und der Form des Koalitionskonflikts, kann auch die **Stelle** im Aufbau der Aussendung hinterfragt werden, an der er ersichtlich wird. In der Beschreibung der allgemeinen Konfliktberichterstattung wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Koalitionskonflikt in allen Aussendungen, in denen er gefunden wurde, unter anderem am Ende der Aussendung steht. In der Aussendung des BMFs (P 2.2) ist der Koalitionskonflikt zwar nicht am Ende der gesamten Mitteilung positioniert, jedoch steht der nach ihm folgende Inhalt nicht mehr im Zusammenhang mit der Heeresdebatte (Reform des Führerscheingesetzes). In Kalteneppers Aussendung (P 2.1) findet der Koalitionskonflikt zusätzlich in der Einleitung, und in der Mitteilung von Kurz (P 2.4) im Hauptteil Erwähnung.

Setzt man den Koalitionskonflikt mit den allgemeinen Kategorien in Verbindung, so zeigt sich, dass der Absender als relevante Kategorie angesehen werden kann. Wie anhand der Beschreibungen deutlich gemacht wurde, ist nicht nur der Konflikt, sondern auch der Koalitionskonflikt in ÖVP-Aussendungen stärker vertreten. Eine allgemeine Struktur kann daraus jedoch nur durch die Rolle der ÖVP in der Anfangsphase der Debatte gefolgert werden, nicht aber aus einem grundsätzlichen Unterschied der Parteien. Die SPÖ unterstrich in ihren Aussendungen die Unterstützung für den Vorschlag der Volksbefragungen und der Debatte. Die Rolle der ÖVP bestand hingegen darin, diese Position zu kritisieren. Dies wird in der Kontextanalyse noch deutlicher.

Kontextdimension

In den Kontextdimensionen sollen die Passagen, in denen ein Koalitionskonflikt erkannt werden konnte, näher beschrieben werden. Aber auch deren Umfeld ist von großer Bedeutung. So wird erneut die komplette Presseaussendung analysiert, wobei der Fokus auf dem Koalitionskonflikt liegt. Diese spezielle Analyse berücksichtigt die Akteure, Themen und die Darstellungsformen der Aussendungen.

Der **Akteurskontext** ist nicht nur relevant, weil die Aussendungen aus der Perspektive von Akteuren geäußert werden, sondern da sich die Kritik auch an Akteure richtet. Die Unterscheidung von aktiven Akteuren, die kommunikativ auftreten, und passiven Akteuren, die kommentiert werden, wird im Folgenden als Kategorie herangezogen. Aktive Akteure sind demnach die jeweiligen Aussender, die Regierungspolitiker (Pröll, Faymann, Häupl), Vorsitzende der Jugendorganisationen (Kurz, Moitzi) und vor allem Parlamentarier (Baxant, Kaltenegger Kapeller, Rudas, Swoboda) einschließen. Auch wenn teilweise die Personen,

die hier als Absender angesehen werden, nicht tatsächlich als solcher auftreten (etwa indem von ihnen in der dritten Person berichtet wird), so agieren sie doch in mehreren Zitaten als aktive Akteure.

Unter den Akteuren, auf die in den Aussendungen Bezug genommen wird, findet der Verteidigungsminister Norbert Darabos am häufigsten und am intensivsten Erwähnung. Dies ist vor allem in der Aussendung von Kurz (P 2.4) sehr auffällig.

Er bewertet nicht nur dessen Amtsausführung als säumig, sondern richtet sich gar direkt an ihn: „Das ist eine Frechheit, Herr Minister“.

Auffällig ist jedoch auch, dass Darabos bei Kaltenegger (P 2.1) zwar zunächst erwähnt wird, er die Kritik aber im Weiteren auf die SPÖ bezieht.

„Das sind die Fragen, die von der SPÖ und Verteidigungsminister Darabos beantwortet werden müssen, [...]. Und diese Antworten bleibt die SPÖ bis dato leider schuldig.“

Während Darabos das Ziel von Kritik wird, so wird Häupl von seinen Parteikollegen vielfach gelobt.

Am stärksten fällt dies wohl bei Baxant (P 1.1) auf, in dessen Aussendung Häupl allein viermal positiv erwähnt wird. Die Hauptaussage: „Häupl schafft hier [Wehrpflichtdiskussion] endlich Klarheit, auch für viele kommende Generationen“ zeigt den starken Bezug auf den Bürgermeister. Ebenso sichert Swoboda (P 1.5) Häupl seine „volle Unterstützung“ zu.

Als passiver Akteur findet auch Spindelegger, in einem Nebensatz der Aussendung des Kanzlers, Erwähnung.

„Bis Jahresende werde daher Verteidigungsminister Norbert Darabos mit Außenminister Spindelegger - der schon vor drei Wochen Vorschläge dazu gemacht habe - die Sicherheitsstrategie und Varianten zur Zukunft der Wehrpflicht erarbeiten.“

Der einzige Akteur, der keiner Koalitionspartei zugeordnet werden kann, ist Dr. Erich Reiter, der ehemalige Sektionschef des Verteidigungsministeriums. Er hat sich in einem Ö1-Interview für die Abschaffung der Wehrpflicht ausgesprochen und erntete hierfür starke Kritik in einer Aussendung von Kapeller (P 2.3).

Die häufigsten **Funktionen** der Akteure sind somit die des Regierungspolitikers, des Parlamentariers, des Vorsitzenden in einer Jugendorganisation, als Parteiorganisation und

die des Experten, außerhalb der Parteien. Als Betroffene werden auch Wehrpflichtige erwähnt.

Die Aussendungen sind somit anhand ihrer Akteurszentrierung unterscheidbar. Die Kategorie der **Zentrierung** kann jedoch nicht nur die Anzahl der Akteure, sondern auch die Art der Zentrierung umfassen. Der Großteil der Pressemitteilungen weist einen Bezug auf individuelle Akteure auf, die von kollektiven unterschieden werden können. Während individuelle Akteure meist Politiker sind, bestehen kollektive Akteure in den Presseaussendungen, neben den Grundwehrdienern bei Kurz (P 2.4), bzw. den Wehrpflichtigen bei Kaltenegger (P 2.1), vor allem aus Parteien. Von der „individuellen“ und „kollektiven“ Akteurszentrierung kann der inhaltliche Bezug unterschieden werden. Für diese Art der Zentrierung ist die Aussendung der Sozialistischen Jugend (P 1.6) beispielhaft. Neben dem Vorsitzenden Wolfgang Moitzi findet kein weiterer Akteur Erwähnung.

Als Kritiker treten vor allem Parlamentarier auf, wohingegen Regierungsmitglieder eher als Ziel der Kritik agieren. Die **Rolle** der Wehrsprecher besteht somit maßgeblich darin, als Konfliktakteur aufzutreten. Faymann und Pröll, als höchste Regierungsakteure, streifen den Koalitionspartner nur am Rande und vermeiden es selbst Kritik zu äußern. Hier steht vor allem die Kompetenzfrage im Mittelpunkt. Will Faymann (P 1.3) die Verantwortung mit dem Koalitionspartner, verkörpert durch den Außenminister Spindelegger, in der Erarbeitung der „Sicherheitsstrategie und Varianten zur Zukunft der Wehrpflicht“ teilen, schreibt Pröll (P 2.2) dem Verteidigungsminister die Aufgabe zu, offene Fragen zur Option eines Berufsheeres zu klären. Vor allem bei Pröll ist ersichtlich, dass er eher versucht als Moderator des Konflikts, als selbst als Akteur aufzutreten. Beiträge von SPÖ-Politikern sind in dieser Untersuchung viel stärker auf Konsens ausgerichtet, da sie die Rolle der Unterstützer Häupls Vorschlag einnehmen. Dies wird besonders in den ersten beiden Aussendungen von Baxant (P 1.1) und Rudas (P 1.2) und in der Aussendung von Swoboda (P 1.5) deutlich.

In der Theorie wurde das Phänomen der **Personalisierung** eingängig beschrieben, die Presseaussendungen zeichnen diesbezüglich jedoch nur ein ambivalentes Bild. In jeder Aussendung spielen Parteiakteure die Hauptrolle. Die Akteure repräsentiert, als Obmann, Vorsitzender, Geschäftsführerin, etc., die Position der Parteien. Geäußertes Lob, sowie Kritik werden an Akteure gerichtet. Dabei werden Lob und Kritik jedoch stets auch auf Parteiebene transponiert.

Dies äußert sich bei Baxant (P 1.1) in seiner Wahlkampfbotschaft: „Das beweist, wer wirklich auf der Seite der Menschen steht: Bürgermeister Michael Häupl und die SPÖ“.

Ebenso zieht Kaltenegger (P 2.1) den Schluss aus seiner Kritik an Darabos: „Die SPÖ soll sich hier nicht vor der notwendigen Arbeit fürchten.“

Auch wenn Kapeller (P 2.3) mit der Kritik der Wahltaktik klar Michael Häupls Vorschlag während der Wahlzeit anspricht, richtet er seine Kritik doch „an die Adresse der SPÖ“.

Der einzige Akteur, der seine Kritik an einen anderen Akteur richtet und diese Kritik nicht eindeutig auf Ebene der Parteien bringt, ist Kurz (P 2.4). Darabos wird in dieser Aussendung einmal als „SP-Minister“ bezeichnet, ansonsten wird er als Einzelperson und Minister kritisiert.

Obwohl Botschaften mit Personen verknüpft sind, kann nicht von einer durchgehenden Personalisierung gesprochen werden, da sich Kritik und Lob letztlich meist an Parteien richtet.

Der **thematische Inhalt** der Aussendungen wurde als relevanter Kontext der Konfliktkommunikation argumentiert. Dieser erstreckt sich in den untersuchten Presseaussendungen über einen überschaubaren Bereich, was nicht alleine auf die Vorselektion nach dem Bezug zur Heeresdebatte rückführbar ist. Wie dargestellt wurde, sind viele unterschiedliche thematische Schwerpunkte (Abberufung von Entacher, Rechenmodelle, Pilotprojekt, Querdenker) im Verlauf der Debatte erkennbar. In der Anfangsphase dominierten jedoch vorwiegend zwei Hauptthemen.

Erstens wird der Vorschlag der Volksbefragung zur Abschaffung der Wehrpflicht in den meisten SPÖ-Aussendungen von Baxant (P 1.1), Rudas (P 1.2), Häupl (P 1.4), Swoboda (P 1.5) als Hauptthema erkannt. Vor allem in der Einleitung wird die Volksbefragung häufig erwähnt, sie bildet somit den thematischen Kontext der meisten SPÖ-Aussendungen.

Das zweite Hauptthema ist stärker in ÖVP-Mitteilungen zu erkennen. Hier ist der Hintergrund der Aussendungen zwar ebenso die vorgeschlagene Volksbefragung, jedoch wird thematisch die Diskussion über die Zukunft der Wehrpolitik ins Zentrum gesetzt.

So wird in Kapellers Aussendung (P 2.3) die „Debatte über die Zukunft des Bundesheeres“, nicht aber die Frage der Wehrpflicht in den Mittelpunkt gestellt.

Auch wenn in SPÖ-Beiträgen die Frage der Volksbefragung dominiert, so ist die Debatte auch als Thema zu erkennen.

Faymann (P 1.3.) bezieht sich auf die Debatte „über die künftigen Aufgaben des Bundesheeres“, Swoboda (P 1.5) fordert „die Neuaufstellung des österreichischen

Bundesheeres öffentlich zu diskutieren“ und die SJ (P 1.6) begrüßt die „Diskussion über längst nötige Veränderungen beim Bundesheer“.

Am deutlichsten kommt der Fokus auf die Diskussion jedoch immer noch in der Aussendung von Pröll (P 2.2) und Kaltenegger (P 2.1) zum Ausdruck. Hier werden Fragen zur Zukunft des Bundesheeres gestellt, die sich um die Größe und die Kosten eines Berufsheeres, die Wahrung der Neutralität, die Erfüllung der Aufgaben in Katastrophenfällen und in Assistenzeinsätzen, sowie die Zukunft des Zivildienstes drehen.

Diese Hauptthemen der Volksbefragung und der Debatte sind stark auf den Anlass der Heeresdebatte fokussiert und gehen kaum über diesen hinaus. Doch sind bereits in der Anfangsphase der Heeresdebatte solche Aussendungen erkennbar, die sich inhaltlich mit dem Wehrsystem auseinandersetzen.

Ein dritter thematischer Zugang, neben der Volksbefragung und der Debatte, besteht in der angesprochenen inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Wehrdienst und allgemein mit dem Bundesheer. Dies ist etwa in der Aussendung des JVP-Obmannes (P 2.4) zu erkennen. Hier wird vor allem der Reformbedarf des derzeitigen Wehrdienstes unterstrichen. Die SJ geht in ihrer Aussendung (P 1.6) argumentativ auf die Möglichkeit der Abschaffung des Bundesheeres ein.

In den Aussendungen können auch verschiedene Nebenthemen erkannt werden, wie beispielsweise die europäische Sicherheitspolitik (P 1.5). Diese sind jedoch, bis auf eine Ausnahme, wenig von Bedeutung. Die Ausnahme bildet die Aussendung von Kapeller (P 2.3), in der er weder auf die Volksbefragung oder auf die Debatte, noch auf das Wehrsystem allgemein eingeht, sondern - nachdem er Aussagen von Erich Reiter kritisiert - die unklare Position der SPÖ zum Thema macht. So schließt er aus den Entwicklungen in der SPÖ auf fehlendes „Leadership“.

Wie durch die theoretischen und die empirischen Beschreibungen der Themen und der beteiligten Akteure erkennbar wird, lassen sich in der Heeresdiskussion zwei Pole erkennen. Die SPÖ äußert sich in den untersuchten Aussendungen positiv zur Volksbefragung und zur Diskussion der Wehrpflicht, die ÖVP nimmt die Kontraposition in der Frage der Wehrpflicht ein. Die benutzen **Argumente** werden nach dieser groben Einteilung, von Pro und Kontra, dargestellt und durch die Kategorie der Nebenargumente erweitert. Diese Kategorisierung „auf höchstem Abstraktionsniveau“⁷²⁷ wird durch weitere Unterscheidungen der positiven (für etwas) und der negativen Argumentation (gegen etwas) sowie der axiomatischen und der begründeten Argumentation näher beschrieben.

⁷²⁷ Früh 2001, S.222

Pro-Argumente: In den Aussendungen, die für eine Wehrpflichtreform eintreten, lassen sich zwei Argumentationslinien unterscheiden. Die Volksbefragung wird erstens durch ein Staatsbürgerrecht und durch die Notwendigkeit einer Entscheidung annähernd axiomatisch begründet.

Rudas (P 1.2) begründet die Volksbefragung dadurch, dass sie feststellt, dass „die Menschen das Recht haben bei Entscheidungen über 'ich' Bundesheer mitzureden.“ Woraus sie dies ableitet, bleibt unbegründet. Die Argumentation durch ein Anrecht, stellt ein positives Argument für die Volksbefragung dar.

In der Aussendung von Baxant (P 1.1) wird argumentiert, dass Häupl in der langjährigen Diskussion „endlich Klarheit“ schafft. Auf die Vor- und Nachteile der Wehrpflicht geht er ein, indem er widersprechende Meinungen aus dem „persönlichen Umfeld“ heranzieht, diese aber nicht weiter verfolgt. Diese Argumentation stellt ebenso eine positive Form, für die Entscheidungsfindung, dar.

Eine zweite Argumentationsform stützt sich auf rationale Gründe, wie vor allem auf internationale und europäische Trends und Veränderungen des sicherheitspolitischen Rahmens.

In der Aussendung von Swoboda (P 1.5) wird argumentiert, dass das österreichische Bundesheer „mehr und mehr Bestandteil der europäischen Sicherheitsstruktur [wird]. Da könnte ein Berufsheer von Vorteil sein“.

Faymann (P 1.3) befürwortet die Diskussion, „weil rund um Österreich international Alternativen zur allgemeinen Wehrpflicht gefunden werden“

Häupls Argumente (P 1.4) stützen sich ebenso auf internationale Trends und die europäische Sicherheitslage. „Auch in den [sic!] Deutschland werde die Wehrpflicht diskutiert, Österreich könne da nicht hinten anstehen. Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen in der Europäischen Union - Österreich sei >von Freunden umgeben< - sei aus seiner [Häupls] Sicht eine Wehrpflicht in der bestehenden Form nicht zu halten.“

Kontra-Argumente: Die Gegenposition wird in den Aussendungen der ÖVP eingenommen, klare Argumente sind hier jedoch kaum zu finden.

Pröll (P 2.2) behauptet, dass man zuerst „einige offene Fragen klären“ müsse, bevor eine Volksbefragung möglich wird. Durch die gestellte Bedingung, kann die Argumentation als negativ, gegen eine Volksbefragung, gewertet werden. Die Argumente bestehen bei Pröll sowie bei Kaltenegger (P 2.1) aus fünf Fragen zum

Berufsheer. Gründe, weshalb die eingewendeten Fragen von Bedeutung sind, werden nicht angegeben.

Neben-Argumente: Abseits einer Pro und Kontraposition, lassen sich Argumentationslinien bezüglich anderer Themen entdecken.

So läuft die Argumentation der SJ (P 1.6) nicht auf die Volksbefragung zur Wehrpflicht, oder deren Ablehnung, sondern auf eine Volksabstimmung zum Bundesheer hinaus.

Einerseits werden notwendige Veränderungen durch die „Zeitverschwendung“ beim Bundesheer und die Verschleierung der „chronische[n] Unterfinanzierung“ des Sozialsystems durch den Zivildienst argumentiert. Andererseits wird das Berufsheer als Lösung in Frage gestellt, „da dies eine Entfremdung zwischen Armee und Gesellschaft, massive Mehrkosten und leichtere Kriegseinsätze im Ausland bedeuten.“ Die Argumentation der SJ ist stark negativ geprägt (gegen die Wehrpflicht und gegen ein Berufsheer) und stützt sich auf Gründe.

Ebenso wird durch Argumente der JVP (P 2.4) die Reformierung des Wehrdienstes gefordert. Obwohl gleich zu Beginn die Position der JVP für die Wehrpflicht deutlich gemacht wird, beziehen sich die Argumente auf Missstände im Wehrdienst.

Die JVP begründet die Notwendigkeit einer „Aufwertung des Grundwehrdienstes“ positiv, durch das „Anrecht auf eine sinnvolle Beschäftigung und negativ dadurch, dass „junge Menschen [...] in den Kasernen ihre Zeit totschiagen“ und „unsinnige Assistenzeinsätze“ geführt werden.

Die Argumentation wird durch latente Bewertungen unterstützt.⁷²⁸ Diese zu untersuchen, soll Aufgabe der Kategorie des **Darstellungskontexts** sein. Die Darstellung des Koalitionskonflikts wird dabei anhand der verwendeten Sprache dargestellt. Aus einer Reihe an Auffälligkeiten der Wortwahl, und spezieller Stilmittel, soll auf allgemeine Darstellungsweisen geschlossen werden.

Ein wichtiges sprachliches Element in den meisten Presseaussendungen ist die Vermittlung von Klarheit, bzw. Unklarheit. Dadurch wird einerseits die Glaubwürdigkeit der Partei und deren Position unterstrichen, bzw. kritisiert. Andererseits soll aus kritischer Perspektive die Unsicherheit der Wehrpflichtabschaffung unterstrichen werden. Die Betonung der Klarheit und der Unklarheit ist wohl im Sprachgebrauch die deutlichste Auffälligkeit, die sich durch beinahe alle Aussendungen zieht. Sie ist weiterhin das dominante sprachliche Mittel der Konfliktdarstellung.

⁷²⁸ vgl. Früh 2001, S.217

Die Klarheit der Position wird vor allem in SPÖ-Aussendungen unterstrichen.

In der Aussendung von Baxant (P 1.1) ist die zentrale Botschaft, dass Häupl die Position der Partei klar gestellt hätte: „Bürgermeister Häupl hat klar gestellt“, „Häupl schafft hier endlich Klarheit“, „des Wiener Bürgermeisters, der deutlich gemach[t] hat“.

Faymann (P 1.5) betont ebenso die Klarheit seiner Position. So „erteilte Faymann Überlegungen zu einer NATO-Mitgliedschaft neuerlich eine klare Absage“, „Klar ist für den Bundeskanzler, dass in der Diskussion über die Wehrpflicht auch die Auswirkungen auf den Zivildienst miteinbezogen werden müssen.“

Die ÖVP hingegen betont die Unklarheit eines Berufsheeres.

Prölls (P 2.2) zentrale Aussage lautet, die SPÖ müsse „offene Fragen klären“, welche die Möglichkeit eines Berufsheeres betreffen. Ebenso betont Kaltenegger (P 2.1), dass die Konsequenzen der Wehrpflichtabschaffung „völlig unklar“ sind. Er schließt daraus, dass die SPÖ und Darabos die Fragen „vollkommen unbeantwortet“ lassen.

Neben der Unklarheit eines Berufsheeres, wird auch die Unklarheit der SPÖ-Position unterstrichen.

Dies ist in Absätzen bei Kaltenegger (P 2.1) zu erkennen, in dem er fragt: „Was gilt jetzt bei der SPÖ? Wehrpflicht - Ja oder Nein? Und wer definiert die Linie in der SPÖ?“ Ebenso deutlich wird dies bei Kapeller (P 2.3), indem er schreibt: „Die Menschen erwarten sich von der Politik eine Perspektive und einen klaren Kurs. Und nicht ständige Meinungswechsel, die sich an den Erscheinungsterminen einer großen Tageszeitung orientieren.“

Neben der Klarheit, wird die Relevanz auffällig dargestellt. Die Relevanz wird vor allem bei der SPÖ dadurch deutlich gemacht, dass direkte Formulierungen gewählt werden.

Bei Rudas (P 1.2) heißt es: „Jetzt sei es wichtig“, Baxant (P 1.1) bezieht sich auf den Kontext „dieser wichtigen Frage“; bei Häupl (P 1.3) lässt sich dies ebenso erkennen: „Bei so einem wichtigen Thema“. Kurz (P 2.4) spricht „wichtige Reformen“ an.

Ebenso wird durch indirekte Konnotationen Relevanz vermittelt.

Die Wehrpflicht wird bei Baxant (P 1.1) als „lebensnahes Thema“ und bei Häupl (P 1.4) als „lebensbegleitende Situation“ beschrieben. In ÖVP wird nicht der Wehrpflichtentscheidung, sondern der Beibehaltung der Wehrpflicht, durch

beispielsweise die Bezeichnung als „Rückgrat der Gesellschaft“, in der Aussendung von Pröll (P 2.2), Relevanz verliehen.

In der spezifischen Wortwahl können auch Stilmittel, vor allem in der Presseaussendung der Jugendorganisationen und des Jugendsprechers erkannt werden. Hier wird durch die Wortwahl ein „negatives Assoziationsumfeld“⁷²⁹ geschaffen.

In der Aussendung der SJ (P 1.6) ist euphemistisch vom Heeres- und Zivildienst als „Zwangsdienste“ die Rede und der Jugendsprecher Baxant stellt, im Titel seiner Aussendung (P 1.1), die rhetorische Frage: „Wahlfreiheit oder Wehrpflicht“, in der somit der Wehrdienst als Pflicht, der Freiheit gegenübergestellt wird. Durch diese Stilmittel erfährt die Wehrpflicht eine negative Konnotation. Diese beiden Beispiele betreffen jeweils nur die Einleitung, bzw. den Titel.

In der Aussendung des JVP-Obmannes (P 2.4) ist im gesamten Text eine verstärkte negative Konnotation mittels dramatisierender Formulierungen erkennbar. Hier werden vermehrt stark negative Verben gebraucht.

Die Abschaffung der Wehrpflicht würde unter anderem den Zivildienst „umbringen“, das Sozialsystem zum „Kollabieren bringen“.

Die Negativität wird bei Kurz (P 2.4) durch Steigerung noch unterstrichen.

Die Situation der Wehrdiener, heißt es an anderer Stelle, würde „immer miserabler“ und „immer schlechter und untragbarer“.

Darüber hinaus werden wertende Adjektive verwendet.

Kurz (P 2.4) kritisiert beispielsweise „unsinnige Assistenzeinsätze“ an der burgenländischen Grenze.

In der SJ-Aussendung (P 1.6) werden „längst nötige Veränderungen“ angesprochen.

Letztlich finden negative Substantive und „Suffix-Wortbildungen“⁷³⁰ Eingang in die Aussendung der JVP (P 2.4).

Kurz schreibt vom „Nichtstun“ der Verantwortlichen, wonach nur „Rederei“ aber keine Lösungen erkennbar sind.

⁷²⁹ Früh 2011, S.229

⁷³⁰ Früh 2001, S.219

Die besondere Wortwahl, in der Aussendung der JVP (P 2.4), lässt auf das Mittel der Dramatisierung schließen, die als Indikator der **Unterhaltungszentrierung** erkannt wurde.

Mehrere Formulierungen deuten auf eine dramatisierte Darstellungsweise hin. (P 2.4)
„Minister Darabos soll endlich seinen Job erledigen und Reformen beim Bundesheer starten, anstatt auf alles den Hut draufzuhauen.“

In den restlichen Aussendungen ist diese Tendenz nur schwach oder gar nicht erkennbar.

6.2.2 Ergebnisse der medialen Fremddarstellung

Bei der Präsentation der Ergebnisse der Untersuchung der Zeitungsartikel, als Mittel der medialen Fremddarstellung, wird wie bei der Untersuchung der Presseausendungen verfahren, wobei sich innerhalb der drei Dimensionen markante Unterschiede im Kategoriensystem auftun.

Allgemeine Dimension

Die allgemeine Dimension beinhaltet die Kategorien des Datums der Veröffentlichung, des Titels und der Länge des Artikels. Anstelle des Absenders, wird die Zeitung als Unterscheidungskategorie der Artikel eingeführt. Die beschreibenden Kategorien unterscheiden sich nur gering, von denen der Presseausendungen. Die wichtigsten Angaben sind erneut in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

	„krone.at“ (Zeitung 1)	„derStandard.at“ (Zeitung 2)
5.10.	<p>Z 1.1: Peter Gnam und „krone.at“: SPÖ will bei Wehrpflicht nun das Volk befragen. (1458W.)</p> <p>Z 1.2: „krone.at“: Wie die Befürworter die Wehrpflicht verteidigen. (1005W.)</p>	<p>Z 2.1: „APA“: Koalition streitet um Volksbefragung zur Wehrpflicht. (534W.)</p> <p>Z 2.2: Conrad Seidl, Saskia Jungnikl, Martina Stemmer: Alles auf Häupls Kommando: Links um! (405W.)</p>
6.10.	<p>Z 1.3: „krone.at“: Abschaffung der Wehrpflicht für LH Hans Niessl denkbar. (123W.)</p>	<p>Z 2.3: „APA“: Spindelegger kritisiert Schwenk bei Wehrpflicht - SPÖ ringt um neue Linie. (593W.)</p>
7.10.	<p>Z 1.4: „krone.at“: Wegfall des Heeres wäre „Katastrophe“ für Kitz-Rennen. (213W.)</p> <p>Z 1.5: „krone.at“: Darabos macht Tempo: Pläne schon in wenigen Wochen. (703W.)</p> <p>Z 1.6: „krone.at“: „Soziales Jahr“ und „nicht so teures“ Berufsheer möglich. (626W.)</p>	<p>Z 2.4: „APA“: Verpflichtender Sozialdienst rechtlich möglich. (513W.)</p> <p>Z 2.5: Conrad Seidl: Ohne Scheuklappen zum Berufsheer. (544W.)</p>

Tabelle 6: Beschreibung der Zeitungsartikel (eigene Darstellung)

Die Kategorie des **Datums** nimmt auch in den Zeitungsartikeln drei Ausprägungen an. Die Zuteilung orientiert sich an dem Tag, an dem der Artikel im Online-Angebot erschien, nicht nach der Veröffentlichung in der Printausgabe. Beide redaktionellen Artikel des „Standards“ (Z 2.5 und Z 2.2) erschienen am Tag nach der online Veröffentlichung, in der Printausgabe.

Anstelle des Absenders (der Presseausendung), kann diesmal die **Zeitung** als Überkategorie gebildet werden. Darunter werden verschiedene Beiträge von Journalisten sowie eines Nachrichtendienstes („APA“) subsummiert. Die Einteilung kann hier jedoch sehr einfach, gemäß der Erscheinungsorte („krone.at“ oder „derStandard.at“) erfolgen. Detaillierte Informationen zur Urheberschaft - etwa des Namens des Journalisten - wurden, bei „derStandard.at“ stets, und bei „krone.at“ bis auf eine Ausnahme, nie angegeben.

Ebenso kann der **Titel** als beschreibende Kategorie der Online-Zeitungen analysiert werden. Eine eindeutige Struktur, wie bei den Presseausendungen, kann nicht erkannt werden. Jedoch gibt es eine Auffälligkeit, die mit dem Akteursbezug zusammenhängt.

Die Artikel, die an den beiden ersten Tagen erschienen, beziehen sich jeweils auf mindestens einen Akteur. So werden auf „krone.at“ die „SPÖ“ (Z 1.1) und die „Befürworter“ (Z 1.2) am ersten Tag und der Landeshauptmann Niessl (Z 1.3) am zweiten Tag im Titel genannt. Am dritten Tag findet zwar ebenso mit „Darabos“ ein Akteur Erwähnung (Z 1.5), jedoch erschienen ebenso zwei Artikel ohne Bezug zu einem Akteur (Z 1.4, Z 1.6). Bei „derStandard.at“ ist diese Tendenz ebenso ersichtlich. Am 05.10.2010 wird die „Koalition“ (Z 2.1) und „Häupl“ (Z 2.2) und am zweiten Tag „Spindelegger“ und die „SPÖ“ (Z 2.3) als Akteure genannt, am dritten Tag wird kein Akteur angesprochen.

Insgesamt ähneln sich die Titel der einzelnen Artikel, jedoch kann eine Besonderheit mancher „derStandard.at“-Artikel erkannt werden. Diese setzten sich, wie beschrieben wurde, aus Artikel der „APA“ und redaktionell selbst angefertigten Artikel zusammen. Die Titel der „APA“-Artikel ähneln den Schlagzeilen auf „krone.at“. Sie geben einen thematischen Einblick in den Artikel. Die redaktionellen „derStandard.at“-Artikel unterscheiden sich, indem sie abstrakter gefasst sind und nur indirekt auf das Thema des Artikels hinweisen. Sie stellen somit eine eigene Stilform der „Rätsel-Schlagzeilen“⁷³¹ dar. So ist durch den Titel „Ohne Scheuklappen zum Berufsbeer“ (Z 2.5) nicht sofort ersichtlich, wovon der Artikel handelt. Die Metapher der Scheuklappe wird erst im Artikel erläutert. Ebenso verhält es sich bei dem zweiten redaktionellen Artikel des „Standards“ „Alles auf Häupls Kommando: Links um!“ (Z 2.2).

Diese unkonkrete Formulierung wird bei „derStandard.at“-Artikel jedoch durch einen **Untertitel** aufgehoben. Die Kategorie des Untertitels kann nur in diesem analysiert werden,

⁷³¹ Burger 2005, S.118

da „krone.at“-Artikel ohne einen solchen auskommen. Die Hauptfunktion des Untertitels ist entweder die Erklärung und die Konkretisierung des Titels, oder er stellt den thematischen Titel in abstrakteren Schlagzeilen dar.

Als erklärenden Untertitel kann der des ersten analysierten Artikels des „Standards“ herangezogen werden. (Z 2.1)

Der Titel „Koalition streitet um Volksbefragung zur Wehrpflicht“ wird durch den Untertitel „Faymann und Pröll schieben sich gegenseitig Verantwortung für ausgebrochen (sic!) Wehrpflichtdebatte zu“ näher erläutert. Es werden die zentralen Akteure genannt und angegeben, wie sich der Streit äußert.

Ebenso kann die Erläuterung und Konkretisierung am Beispiel des Artikels über den verpflichtenden Sozialdienst (Z 2.4), der von der APA übernommen wurde, gezeigt werden.

Hier wird die Aussage „Verpflichtender Sozialdienst rechtlich möglich“, im Untertitel, „Für Verfassungsexperten Heinz Mayer verfassungsrechtlich nicht ausgeschlossen“, konkretisiert. Es wird ein Akteur angegeben, das angesprochene Recht auf das Verfassungsrecht eingeschränkt und die Möglichkeit des Dienstes dadurch begründet, dass sie nicht ausgeschlossen ist. Es werden somit Zusatzinformationen gegeben.

Besondere Bedeutung erlangt der Untertitel in den eigenverfassten Artikeln des „Standards“. Hier fallen die Untertitel besonders ausführlich aus und vermischen sich mit der Form eines „Leads“. (Z 2.2)

Die Schlagzeile: „Alles auf Häupls Kommando: Links um!“, die eine Metapher für die Positionsänderung der SPÖ in der Heeresdebatte darstellt, wird ausführlich im Untertitel ergänzt. „Michael Häupl hat die SPÖ zu einem Kurswechsel bewogen: Sie lässt das bisherige Dogma der allgemeinen Wehrpflicht fallen und will es einer Volksbefragung unterwerfen.“ Zuerst wird mit Häupl, der wichtigste Akteur genannt und der Kurswechsel als Thema angegeben. Anschließend wird angegeben, worin dieser Kurswechsel besteht. In diesem Artikel nimmt der Untertitel nicht nur die Form eines Leads an, sondern ersetzt in gar.

Die Kategorien der Presseaussendungen können in der Analyse der Medienartikel um die Kategorie des **Leads** ergänzt werden. Dieser hat die Aufgabe dem Leser, bereits vor der Lektüre, einen Eindruck von den Inhalten des Artikels zu ermöglichen.⁷³² In den untersuchten „krone.at“-Artikeln findet der Lead durchgehend Anwendung, in den „derStandard.at“-Artikeln

⁷³² vgl. Burger 2005, S.121

ist dies, bis auf die genannte Ausnahme, ebenso der Fall. Die Untersuchung des Leads basiert auf den Sinneinheiten als Codiereinheiten, da sie in der Regel mehrere Aussagen beinhalten und somit nur formal als „Gesamtheit“ betrachtet werden können. Der Lead ist in allen Artikeln gleich aufgebaut.

Einführend wird das Thema des Artikels näher ausgeführt. So wird die Aufgabe des Untertitels, in den Krone-Artikeln, vom ersten Satz des Leads übernommen.

Dies ist beispielsweise am ersten, auf „krone.at“ erschienen Artikel (Z 1.1) ersichtlich. Der Titel: „SPÖ will bei Wehrpflicht nun das Volk befragen“ wird im ersten Satz des Leads konkretisiert: „Der Vorstoß des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl zum Thema Wehrpflicht wenige Tage vor der Wien Wahl hat am Montagabend gleich einen Schwenk der kompletten SPÖ ausgelöst.“

Dies kann ebenso in „derStandard.at“-Artikeln festgestellt werden, wo manchmal einführende Themen mehrmals konkretisiert werden - mit weiteren Erläuterungen, bzw. Kontextinformationen versehen werden - bevor die eigentliche inhaltliche Auseinandersetzung beginnt.

Dass der Titel des Artikels (Z 2.4), welcher sich mit der Möglichkeit eines verpflichtenden Sozialdienstes auseinandersetzt, im Untertitel erläutert wird, wurde bereits erwähnt. Ebenso bezieht sich auch der erste Satz des Leads auf diesen. „Ein verpflichtender Sozialdienst als Ersatz für den Zivildienst im Fall einer Abschaffung der Wehrpflicht wäre rechtlich möglich.“ Die rechtliche Möglichkeit findet somit zum dritten Mal Erwähnung, wobei diesmal der Kontext angeführt wird, dass mit der Wehrpflicht auch der Zivildienst abgeschafft werden würde.

Nach der Einführung in die Thematik soll der Lead wesentliche Inhalt, Themen oder Aussagen, die im Artikel behandelt werden, zusammenfassen. Im Untersuchungsmaterial zeigt sich, dass in besonders kurzen Berichten (Z 1.4) nur eine Aussage im Lead erwähnt wird. In längeren Artikeln (Z 1.2) werden, neben der Einleitung, bis zu drei Sinneinheiten angeschnitten, die im Artikel behandelt werden. So können Leads nach ihrem Umfang differenziert werden.

Nach der Lead-Einleitung werden im „krone.at“-Artikel (Z 1.2) drei Sinneinheiten erwähnt (Bedenken der Befürworter, Zustimmung zum Volksentscheid und deutlichste Positionierung): „Neutralität, Assistenzeinsatz, Katastrophenschutz und Zivildienst sind nur einige der Schlagwörter, die Befürworter der allgemeinen Wehrpflicht in ihren Bedenken anführen. Einem etwaigen Volksentscheid will sich aber - zumindest bei den Politikern [sic!] - keiner verwehren. Am deutlichsten

positionieren sich die Österreichische Offiziersgesellschaft sowie die Rettungsorganisationen.“

Letztlich kann die Kategorie der **Länge** des Artikels, wie die der Pressemitteilungen, durch die Anzahl der Wörter dargestellt werden. Dabei zeigt sich, dass sowohl die beiden längsten (Z 1.1, Z 1.2), als auch die beiden kürzesten Artikel (Z 1.3, Z 1.4) auf „krone.at“ erschienen. Die beiden langen Artikel, die am ersten Tag erschienen, geben einen Überblick über die einzelnen Positionen in der Debatte. Die beiden kürzesten Artikel behandeln, mit dem Kitzbühelrennen und dem Grenzeinsatz im Burgenland, jeweils zwei hoch spezielle Einzelthemen. Die Länge der „derStandard.at“-Artikel variiert zwischen 400 und 600 Wörter nur gering.

Hauptdimension

Im ersten Schritt der Typisierung wird die Konflikthaftigkeit der Zeitungsartikel untersucht. Dabei wird ersichtlich, dass sich der Konflikt beinahe durch alle Artikel zieht. Eindeutige Ausnahmen bilden die Artikel, die sich mit der rechtlichen Möglichkeit eines verpflichtenden sozialen Jahres beschäftigen. (Z 1.6, Z 2.4).

Im Artikel von „krone.at“ (Z 1.6) wird vorwiegend eine Konsens-Perspektive eingenommen, indem davon berichtet wird, dass ein verpflichtender sozialer Dienst „rechtlich möglich“ und „nicht ausgeschlossen“ sei. Als ambivalent sind die Stellen codiert worden, in denen ein solcher Dienst an Bedingungen geknüpft wurde. Im „derStandard.at“-Artikel (Z 2.4) wird beispielsweise angeführt, dass eine Dienstpflicht „nicht unverhältnismäßig“ sein darf und „zumutbare Bedingungen“ bieten muss. Im „krone.at“-Artikel wird der Konflikt am Ende des Artikels, durch die Kritik an der Wehrpflicht der „Militärexperten“ Kramer und Reiter, angeführt. Der „derStandard.at“-Artikel beinhaltet, mit der angefügten Position der Grünen, die stark für die Volksbefragung eintreten, ebenso Konfliktorientierungen.

In den meisten Artikeln dominiert die Konfliktorientierung.

Der kurze Beitrag zum Kitzbühelrennen (Z 1.4) beinhaltet hauptsächlich die Kritik des Rennleiters Obernauer. Dadurch überwiegt die Konfliktperspektive, die alleinig im letzten Absatz nicht ersichtlich ist.

Der überwiegende Teil der konfliktorientierten Passagen betreffen, vor allem in den „derStandard.at“-Artikeln, den Koalitionskonflikt. Dies wird im Weiteren noch ausführlich behandelt.

Die ambivalente Orientierung, die bisher durch eine unklare Perspektive oder durch angegebene Bedingungen definiert wurde, kann in den Zeitungsartikeln durch einen anderen Aspekt, welcher in Presseaussendungen nicht zur Anwendung kommt, erkannt werden. Die neutrale Perspektive dient in der Medienberichterstattung dazu, „Fakten“ darzustellen.

Der angesprochene letzte Absatz des Artikels zum Kitzbühelrennen (Z 1.4) beinhaltet eine solche neutrale Perspektive: „Auf rund hundert Präsenzdienner kann der K.S.C. [Kitzbüheler Skiclub] jährlich zurückgreifen. Wenn besonders schwierige Wetterbedingungen sind, wie extremer Schneefall, stehen weitere hundert Soldaten in Bereitschaft.“ Es ist weder durch den Inhalt, noch durch den Kontext eine Orientierung zu erkennen.

Durch die Erweiterung der ambivalenten Perspektive um den Aspekt der neutralen Darstellung, nimmt diese in Zeitungsartikel einen ähnlich großen Umfang an, wie die Konflikt- und die Konsensorientierung.

Ein durchgehender **Konfliktaufbau** ist in den untersuchten Artikeln nur schwer zu erkennen. Die Konflikt- und Konsensperspektiven wechseln sich, vor allem in den „krone.at“-Artikel, stets ab. Auffällig ist, dass in den meisten „derStandard.at“-Artikeln (Z 2.1, Z 2.2, Z 2.3) bereits im Lead und in der Einleitung der Konflikt im Zentrum steht. In zwei Artikeln (Z 2.1, Z 2.3) ist der Konflikt gar im Titel erkennbar.

So wird in den Schlagzeilen (Z 2.1): „Koalition streitet um Volksbefragung zur Wehrpflicht.“ und (Z 2.3): „Spindelegger kritisiert Schwenk bei Wehrpflicht - SPÖ ringt um neue Linie.“ bereits auf einen Konflikt der Artikel hingewiesen.

Im Verlauf der „krone.at“-Artikel spielt der Konflikt, wie angemerkt wurde, eine ebenso große Rolle, am Beginn dieser Artikel steht jedoch eher der Konsens.

Dies wird beispielsweise anhand des ersten Artikels (Z 1.1) ersichtlich, in dem zuerst eine einheitliche Position der SPÖ präsentiert wird, bevor etwa ab der Hälfte des Artikels kritische Stimmen berücksichtigt werden.

In der Analyse der **Form** kann in den Zeitungsartikeln ebenso zwischen der Positionierung und der Argumentation unterschieden werden. Ein wesentlicher Unterschied zu den Presseaussendungen besteht jedoch darin, dass in den Artikeln die Argumentation nicht alleinig dazu dient, Positionen zu rechtfertigen. Dies wurde bereits anhand der, der ambivalenten Konfliktperspektive zugeordneten, neutralen Darstellung, am Beispiel des Kitzbühel-Artikels (Z 1.4), ersichtlich. Die Form der Argumentation kann in Zeitungsartikeln auch ohne Bezug auf eine Position existieren. Sie dient hierbei der Faktendarlegung, bzw. dazu Hintergrundinformationen zu geben.

Dies wird etwa im „krone.at“-Artikel zur allgemeinen Dienstpflicht (Z 1.6) ersichtlich: „In Vorarlberg können manche Gemeinden von ihren Bürgern noch Frondienste verlangen. Solche >Hand- und Zugdienste< wie etwa die Betreuung von Wanderwegen oder die Schneeräumung kann man allerdings auch von einem Vertreter erledigen lassen oder sich durch eine Zahlung an die Gemeindekasse freikaufen.“

Auch Artikel von „derStandard.at“ geben solche Zusatzinformationen eher am Ende des Artikels wieder (Z 2.1): „Sollte es tatsächlich zu einer Volksbefragung über die Wehrpflicht kommen, wäre das eine Premiere. Denn bisher gab es auf Bundesebene noch keine einzige Volksbefragung.“

Argumentation und Positionierung wechseln sich in den Artikel ab, sodass kein Überhang einer Form, in einzelnen Artikeln oder Passagen, entdeckt werden kann. Einzig kann eine Häufung der Positionierung am Anfang der Artikel, ähnlich den Presseaussendungen, erkannt werden. Das Ende der Zeitungsartikel unterscheidet sich jedoch dahingehend, dass eher die argumentative Form gewählt wird. Diese Tendenzen, bezüglich der Form, sind in den Zeitungsartikeln jedoch nicht durchgehend.

Wie bereits angemerkt wurde, ist der **Koalitionskonflikt** der dominante Konflikt in den untersuchten Zeitungsartikeln. Vor allem die ersten Artikel, die auf „derStandard.at“ erschienen, stellen diesen in den Mittelpunkt. Die weitere Analyse konzentriert sich nun auf Zeitungsartikel, die Bezug auf die Koalitionsakteure nehmen und im Speziellen auf die Passagen, die eine Konfliktorientierung aufweisen.

Der Koalitionskonflikt findet in der Hälfte der untersuchten Artikel Eingang in die Berichterstattung. Am ersten Tag der medialen Auseinandersetzung ist er gar in allen Artikeln (Z 1.1, Z 2.1, Z 2.2, Z 2.3) erkennbar, wobei im „krone.at“-Artikel (Z 1.1) auch ein Hinweis auf eine Konsensorientierung in der Koalition beschrieben wird. Am zweiten Tag ist der Koalitionskonflikt im „derStandard.at“-Artikel (Z 2.3) klar ersichtlich, während der „krone.at“-Artikel (Z 1.2) gar auf einen Konsens in der Koalition hinweist. Am dritten Tag wird nur in einem der fünf Artikel (Z 1.5) auf den Koalitionskonflikt hingewiesen. In den restlichen Artikeln finden die Koalitionsparteien nur selten Erwähnung, in einem „derStandard.at“-Artikel (Z 2.5) besteht gar ein schwacher Hinweis auf eine Konsensorientierung in der Koalition. Zusammenfassend kann der Koalitionskonflikt in der Hälfte der Artikel festgestellt werden, während er in einigen Artikel durch konsensorientierte Passagen begleitet wird. Die Rezeption des Koalitionskonflikts nimmt in den ersten drei Tagen der Heeresdebatte ab.

In der näheren Analyse des Koalitionskonflikts anhand der Zeitungsartikel können dominante **Konfliktarten** erkannt werden. Diese Konfliktarten sind keine trennscharfen Typen, sondern

beschreiben vielmehr Konfliktmerkmale, die in einzelnen Konflikten unterschiedlich aufscheinen. Als zentrale Konfliktarten können solche erkannt werden, die sich auf die Kritik an Akteuren, an deren Glaubwürdigkeit, an deren Handlungen und an der Position stützen. Mithilfe dieser Merkmale können die Konflikthalte näher beschrieben werden.

Der Konflikt wird selten als reine Akteurskritik beschrieben.

Dies ist in einem „derStandard.at“-Artikel (Z 2.1) ersichtlich, in dem es einleitend im Lead heißt: „Vizekanzler Josef Pröll beschränkte sich nach der Regierungssitzung darauf, die SPÖ in Gestalt von Bürgermeister Michael Häupl und Verteidigungsminister Norbert Darabos zu attackieren.“

Der Koalitionskonflikt tritt meist nicht nur als reine Akteurskritik auf, sondern tangiert dabei auch andere Aspekte, wie den der Glaubwürdigkeit.

Im ersten „krone.at“-Artikel (Z 1.1) heißt es: „Der Außenminister zeigte sich >erstaunt< darüber, dass Darabos plötzlich über die Wehrpflicht diskutieren wolle, das aber vor ein paar Wochen für ihn ein >Sakrileg< gewesen sei. Er frage sich, >was in zwei Wochen sein wird: Wird er dann aktiv für eine NATO- Beitritt eintreten?<“ Auf „derStandard.at“ (Z 2.2) heißt es diesbezüglich in einem Nebensatz, „[d]ass die ÖVP angesichts der Wandlungsfähigkeit des Ministers schon spottet“. Noch deutlicher wird der Zweifel an der Glaubwürdigkeit in einem dritten Artikel (Z 2.3) geäußert. Hier wird Spindelegger mit der Aussage: „Die Halbwertszeit seiner [Darabos] Aussagen erschüttert mich“ zitiert.

Der Zweifel an der Glaubwürdigkeit wird im „krone.at“-Artikel (Z 1.1) auch durch den Vorwurf der Wahltaktik geäußert: „Etwas skeptischer zeigte sich bei einer spontanen [sic!] Gesprächsrunde vor dem Ministerrat hingegen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Er sah den Vorstoß Häupls >stark Wahlkampf-motiviert<.“ Dies wird ebenso im Lead eines „derStandard.at“-Artikels (Z 2.3) angemerkt: „>Nächsten Sonntag ist der Wahlkampf in Wien vorbei, das Problem bleibt aber<, warf Spindelegger dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) in dieser Frage wahltaktische Überlegungen vor.“

Der Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Akteuren steht in enger Verbindung mit Positionen. So wird der Koalitionskonflikt auch abseits von konkreten Akteuren thematisiert.

Spindelegger kritisiert die SPÖ-Position in einem Zitat im ersten „krone.at“-Artikel (Z 1.1), in dem er von einem „unverständlichen >Hin- und Her- Tanzen<“ spricht.

Kritik an politischen Handlungen tritt eher selten auf und steht, wenn sie geäußert wird, ebenso in enger Verbindung mit dem handelnden Akteuren und deren Glaubwürdigkeit.

Im ersten „krone.at“-Artikel (Z 1.1) wird eine Aussage des Vizekanzlers beschrieben: „Kritik kam von ÖVP-Chef Josef Pröll. Der Wiener Bürgermeister habe sich ein paar Tage vor der Wahl in die Debatte eingeschaltet, obwohl er viele andere Fragen, wie etwa Integrationsprobleme zu lösen hätte, so Pröll.“ In ähnlicher Form findet diese Kritik auch im ersten „derStandard.at“-Artikel (Z 2.1) Eingang.

In Verbindung mit der Kritik an Häupls-Vorstoß steht auch die Kritik des Klubchef Kopf im ersten „krone.at“-Artikel (Z 1.1). Obwohl hier wieder die Glaubwürdigkeit des Bürgermeisters tangiert wird, steht doch sein Handeln im Mittelpunkt: „Derzeit werde eine Sicherheitsdoktrin erarbeitet, da sei es völlig kontraproduktiv, mit irgendwelchen Wahlkampf- Gags punkten zu wollen.“

Es konnten ebenso drei Arten, wie sich der Koalitionskonflikt äußert, gefunden werden, die sich nicht um Akteure, Glaubwürdigkeit, Positionen und Handlungen drehen. In einem ersten Fall handelt es sich um die Kritik an dem zeitlichen Kontext.

In einem „krone.at“-Artikel (Z 1.5) wird die Kritik des Tiroler Landeshauptmann wiedergegeben: „Tirols Landeshauptmann, der ehemalige Verteidigungsminister Günther Platter (ÖVP) hält den Zeitpunkt für die Debatte >unpassend<. Zuerst müsse man grundlegende Dinge sachlich hinterfragen, etwa, ob Katastropheneinsätze im Fall einer Abschaffung der Wehrpflicht noch gewährleistet werden können“.

Zweitens geht die Beschreibung in einem „derStandard.at“-Artikel (Z 2.2) über die herkömmliche Wiedergabe von Kritik hinaus, indem eine Konfliktstrategie dargestellt wird.

Konkret geht es in diesem Artikel (Z 2.1) um eine Strategie der ÖVP. „Denn die ÖVP zeigte sich am Dienstag wenig erfreut über den Vorstoß - und noch weniger darüber, dass er in der SPÖ mit wenigen Ausnahmen als neue Parteilinie akzeptiert worden ist. Die ÖVP war bemüht, Widersprüche nicht nur zum Koalitionsabkommen (das die Wehrpflicht festgeschrieben hat), sondern auch in den Aussagen von Verteidigungsminister Norbert Darabos zu finden.“

Eine dritte Art, wie sich der Koalitionskonflikt äußern kann, hängt mit dem Koalitionsabkommen zusammen, denn dessen Bruch kann als Konflikt ausgelegt werden. Ein Bruch wird in den untersuchten Artikeln zwar nicht geäußert, jedoch gibt es einen Hinweis darauf.

Im Lead des ersten „derStandard.at“-Artikels (Z 2.1) heißt es: „Bundeskanzler Werner Faymann hat sich nach dem Ministerrat am Dienstag in Sachen Wehrpflichtabschaffung gesprächsbereit gezeigt und damit einen Punkt aus dem eigenen Koalitionsabkommen - das Bekenntnis zur Wehrpflicht - zur Diskussion gestellt.“

An den, in der Beschreibung des Koalitionskonflikts herangezogenen Quellen wird ersichtlich, dass der Großteil der Kritik sowohl in „derStandard.at“-, als auch in „krone.at“-Artikel geäußert wird.

Wie bereits angemerkt wurde, bestehen, neben dem Koalitionskonflikt, auch mehrere Verweise auf eine Konsensorientierung innerhalb der Koalition.

Dies ist im „krone.at“-Artikel (Z 1.1) etwa im indirekten Zitat von Klubobmann Cap erkennbar: „An einen Alleingang ohne ÖVP denke man freilich nicht.“ Im restlichen Artikel wird jedoch ebenso auf die Konfliktperspektive verwiesen.

Der Konsens im „krone.at“-Artikel (Z 1.2) wird zuerst durch eine journalistische Diagnose ausgedrückt: „Die Wortmeldungen aus der ÖVP und den drei Oppositionsparteien kehrten daher schnell auf die sachliche Ebene zurück“. Ebenso werden nur positive Beiträge des Koalitionspartners, wie der Kommentar von Berlakovich als „kreativer Denkansatz“ und Spindelegger mit „nichts dagegen“ zitiert. Einzig die offenen Fragen von Josef Pröll weisen in diesem Artikel auf den Konflikt hin.

Der einzige schwache Hinweis in einem „derStandard.at“-Artikel (Z 2.5) kann in einem Absatz erkannt werden: „Der Vorstoß des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl für eine Volksbefragung zur Wehrpflicht hat die SPÖ auf neuen Kurs gebracht, auch in der ÖVP gibt es Anhänger eines Berufsheeres.“

Die **Form** des Koalitionskonflikts nimmt auch in den untersuchten Zeitungsartikeln überwiegend die der Positionierung an. Zusätzlich wird diese Tendenz hier durch Passagen verstärkt, in denen Statements gegenübergestellt werden.

So wird etwa in einem „krone.at“-Artikel (Z 1.1) versucht die Situation in der Koalition nachzuzeichnen, indem verschiedene Positionen gegenübergestellt werden: „Die übrigen Regierungsmitglieder präsentierten sich am Dienstagvormittag geteilter Meinung. Die Idee einer Volksbefragung wurde von Umweltminister Nikolaus Berlakovich als [...]“ „Etwas skeptischer zeigte sich [...] Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Er sah [...]“ „Das wurde wiederum von SPÖ-Sozialminister Rudolf Hundstorfer in Abrede gestellt.“

Eine Erweiterung des argumentativen Anteils erlangt der Koalitionskonflikt dadurch, dass in Zeitungsartikel auch Meta-Themen, wie Konfliktstrategien beschrieben werden. Dies wurde bereits anhand der Strategie der ÖVP im Artikel (Z 2.1) beachrieben.

Die **Stelle** im Artikel, an der der Koalitionskonflikt in Erscheinung tritt, variiert zwischen den untersuchten Zeitungsartikeln. Primär kann ausgesagt werden, dass der Koalitionskonflikt in den Artikeln, in denen er ins Zentrum gerückt wird (Z 2.1, Z 2.2, Z 2.3), also in denen es bereits im Titel und Untertitel Hinweise auf den Konflikt gibt, auch am Beginn des Artikels thematisiert wird. In den „krone.at“-Artikeln, in denen der Koalitionskonflikt frühestens im letzten Satz des Leads angeführt wird (Z 1.1, Z 1.5), wird der Koalitionskonflikt im Hauptteil des Artikels erwähnt. So lässt sich keine grundsätzliche Struktur herauslesen, sondern die Stelle an der der Koalitionskonflikt thematisiert wird, hängt von der Themensetzung des Journalisten ab.

Will man die Untersuchung des Koalitionskonflikts mit der allgemeinen Kategorie der Zeitung in Verbindung bringen, so ergeben sich mehrere Unterschiede im Untersuchungsmaterial. So wird der Koalitionskonflikt in „derStandard.at“-Artikeln mehrmals ins Zentrum des Artikels gestellt und vor allem am ersten Tag der Debatte intensiv berichtet. Auf „krone.at“ ist beides nicht der Fall, auch wenn der Großteil der Kritik auch hier, vor allem im ersten Artikel enthalten ist. Der Konsens in der Regierung wird häufiger und deutlicher in „krone.at“-Artikeln angesprochen. Somit deuten die Ergebnisse auf eine größere Bedeutung des Koalitionskonflikts in der Berichterstattung von „derStandard.at“ hin.

Kontextdimension

In der Kontextanalyse der Zeitungsartikel werden erneut Akteure, Themen und die Darstellungsformen berücksichtigt.

Der **Akteurskontext** erstreckt sich in den Zeitungsartikel, wie in den Presseaussendungen, über aktive Akteure, die kommunikativ in Erscheinung treten und passive Akteure, über die Äußerungen getätigt werden. Die Unterscheidung der Akteure kann in der Untersuchung der Zeitungsartikel um eine Dimension erweitert werden, indem aktive Akteure weiter in eine politische und eine journalistische Dimension getrennt werden. Die politische Dimension umfasst die bisher analysierten Aussagen von Politikern oder Experten, die journalistische Perspektive umfasst die Aussagen, die vom Redakteur im Artikel getätigt werden.

Im Unterschied zu den Presseaussendungen treten in den Zeitungsartikeln bedeutend mehr Akteure in Erscheinung. Michael Häupl und Norbert Darabos finden dabei am häufigsten Erwähnung. Der Wiener Bürgermeister wird meist als Initiator der Debatte angeführt, wobei er in einigen Artikeln - besonders in „derStandard.at“-Artikeln - (Z 2.1, Z 2.2, Z 2.5) auch als aktiver Akteur auftritt. Im Koalitionskonflikt spielt er jedoch vorwiegend als passiver Akteur

eine Rolle, da sein Handeln als „Wahlkampf- Gag“ (Z 1.1) kritisiert wird. Darabos wird in den untersuchten Zeitungsartikeln ähnlich häufig erwähnt, wie Häupl (in 7 von 11 Artikeln), er kommt jedoch wesentlich seltener selbst zu Wort (Z 1.1, Z 1.5). Er kann somit durchgehend als der wichtigste passive Konfliktakteur der Regierung angesehen werden. Als weitere wichtige Regierungsakteure können der Kanzler Werner Faymann und der Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll betrachtet werden. Josef Pröll tritt ausschließlich als aktiver Akteur auf (Z 1.1, Z 1.2, Z 2.1, Z 2.2), indem er mit der Aussage zitiert wird, dass Häupl andere Probleme zu lösen hat und Darabos vor einer Volksbefragung selbst Fragen beantworten muss. Faymann tritt ebenso ausschließlich als aktiver Akteur auf (Z 1.1, Z 1.2, Z 1.5, Z 2.1, Z 2.2 Z 2.5). Er unterstützt den neuen Kurs, weist jedoch ebenso auf die notwendige Debatte hin, in der der Zivildienst nicht als Argument für die Wehrpflicht missbraucht werden dürfte. Als dritter relevanter Regierungsakteur wird Michael Spindelegger häufig zitiert (Z 1.1, Z 1.2, Z 2.1, Z 2.3). Er wird als möglicher Verhandlungspartner für Darabos und als (Mit-)Initiator der Debatte neben Häupl kommentiert und tritt selbst durch die Kritik an beiden in Erscheinung. Weitere Minister, wie Nikolaus Berlakovich (Z 1.1, Z 1.2), Reinhold Mitterlehner (Z 1.1) und Rudolf Hundstorfer, (Z 1.1) werden jeweils in einem kurzen Statement zitiert. Parlamentarische Akteure der Regierungsparteien werden in nur einem Zeitungsartikel (Z 1.1) durch die Klubobleute Josef Cap und Karlheinz Kopf vertreten. Cap spricht sich für die Volksbefragung, aber gegen einen Alleingang aus und Kopf kritisiert den Positionswechsel bei Darabos und Faymann und unterstellt Häupl wahltaktisches Kalkül. Aus den Länderorganisationen der Parteien finden der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl (Z 1.3, Z 2.3) und der Landeshauptmann von Tirol, Günther Platter (Z 1.5) Beachtung. Ersterer unterstützt die Wehrpflichtabschaffung trotz Aufrechterhaltung des burgenländischen Grenzeinsatzes und letzterer kritisiert den Zeitpunkt der Debatte als unpassend. Peter Kaiser (SPÖ-Kärnten) kommt mit der Warnung, die Volksbefragung nicht zu schnell anzugehen, und Hannes Gschwentner (SPÖ-Tirol), mit dem Vorbehalt, zuerst in Erfahrung zu bringen, welche Möglichkeit die billigste ist, in einem Artikel (Z 2.3) zu Wort.

Neben den beschriebenen Akteuren der Regierungsparteien melden sich auch Oppositionspolitiker zu Wort. Der bedeutendste Oppositionspolitiker in den untersuchten Zeitungsartikeln, Peter Pilz von den Grünen, findet in fünf Artikeln Beachtung (Z 1.1, Z 1.2, Z 1.5, Z 2.4, Z 2.5). Das BZÖ stellt, mit Josef Bucher, Herbert Scheibner und Walter Sonnleitner (Z 2.3), die größte Akteursvielfalt unter den Oppositionsparteien. Darüber hinaus wird auch Gerhard Dörfler von der FPÖ (Z 2.3) und Heinz-Christian Strache, Parteichef der FPÖ (Z 1.1, Z 1.2, Z 2.2) mehrmals erwähnt. Die Oppositionspolitiker haben alle gemein, dass sie in den untersuchten Artikel als aktive Akteure auftreten. In der weiteren Untersuchung wird nicht weiter auf diese Akteure eingegangen.

Als Experten des Bundesheeres melden sich Erich Reiter und Brigadier Gerald Karner in einem „krone.at“-Artikel (Z 1.5) zu Wort. Die Verfassungsjuristen Heinz Mayer, Theo Öhlinger, Bernd-Christian Funk werden in zwei Artikeln (Z 1.6 Z 2.4), Mayer alleine in einem weiteren Artikel (Z 2.5) zum Thema der allgemeinen Dienstpflicht erwähnt. Edmund Entacher wird bloß in einem Artikel (Z 2.3), zum Thema der Kosten eines Berufsheeres, als Akteur berücksichtigt. Als Betroffene werden neben Peter Obernauer, der Rennleiter der Hahnenkamm-Rennen (Z 1.4, Z 2.5), Vertreter von Sozialdiensten, Werner Kerschbaum (Rotes Kreuz), Reinhard Hundsmüller (Arbeiter-Samariter-Bund), Franz Küberl und Michael Landau (Caritas) in einem Artikel (Z 1.2) zitiert. Sowohl die Experten, als auch die Betroffenen treten in den Zeitungsartikeln als aktive Akteure auf. Als einziger kollektiver Akteur, der nicht durch einen Vertreter, sondern durch einen offenen Brief zu Wort kommt, findet die Österreichische Offiziersgesellschaft in zwei Artikeln (Z 1.1, Z 1.2) Erwähnung.

Der überwiegende Teil der Aussagen wird aus der politischen Perspektive der genannten Akteure geäußert. Die journalistische Perspektive spielt nur in einzelnen Absätzen eine Rolle. Zwei Artikel (Z 1.3, Z 2.4) gehen über die politischen Äußerungen einzelner Akteure nicht hinaus.

Die **Funktionen** der Akteure sind denen der Akteure in den Presseaussendung ähnlich, wenn auch Regierungsakteure gegenüber Parlamentsakteure in den Zeitungsartikeln stärker von Bedeutung sind. Dies macht sich, wie anhand Darabos, Faymann und Pröll gezeigt wurde, durch eine häufige Nennung einzelner Akteure, und wie durch den Bezug auf Spindelegger, Berlakovich, Mitterlehner und Hundstorfer erkennbar wird, durch die Nennung mehrerer Regierungsakteure bemerkbar. Vertreter von Jugendorganisationen der Parteien finden keine Erwähnung mehr, jedoch spielen Akteure der Länderregierungen verstärkt eine Rolle. Eine Vielzahl von Experten wird durch eine ebenso große Zahl von Betroffenen begleitet.

Wie nun ausführlich dargestellt wurde, nehmen Politikern, Experten und Vertreter von Betroffenen den wichtigsten Stellenwert in den Artikeln ein. Die **Akteurszentrierung** umfasst somit weitgehend individuelle Akteure. Als kollektive Akteure werden die Parlamentsparteien und Sozialdienstorganisationen (Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Caritas) erwähnt, die jedoch ebenso durch Repräsentanten Teil der Berichterstattung werden. Der einzige kollektive Akteur, der nicht durch einen Vertreter kommuniziert wird, ist die Österreichische Offiziersgesellschaft. Eine überwiegende inhaltliche Zentrierung ist in keinem Artikel ersichtlich.

Die **Rollenaufteilung** zwischen Regierungs- und Parlamentspolitiker wird in den Zeitungsartikeln nicht reflektiert. Obwohl Darabos, als Mitglied der Bundesregierung,

primäres Ziel von Kritik ist, so ist es mit Häupl ebenso ein Landespolitiker, der im Zentrum des Koalitionskonflikts steht. Die Parlamentsakteure, Cap und Kopf, treten zwar als Kritiker auf, jedoch nicht in dem Maße, in dem es Pröll und Spindelegger tun. So kann keine einheitliche Struktur von Konfliktakteuren und Moderatoren erkannt werden. Zusätzlich treten Akteure in den Zeitungsartikeln auf, die neue Rollen erfüllen. Die SPÖ-Landeschefs von Tirol und Kärnten erfüllen die Rolle der Kritiker in der eigenen Partei. Ebenso wurde bereits in der Auflistung der Akteure, die Rollenschemata der Experten und Betroffenen angeführt. Bei den Experten steht nicht die Position, sondern vor allem die inhaltliche Auseinandersetzung im Vordergrund.

Der Journalist übernimmt selbst selten die Rolle eines Konfliktakteures, sondern konzentriert sich hauptsächlich auf die Darbietung von Zusatzinformationen. Diese erläuternde Rolle des Journalisten kann sich in der Darbietung eines Stimmungsbilds (Z 1.1), in den Zusatzinformationen über den Hintergrund bestimmter Vorgänge (Z 2.1, Z 2.3) und zu deren weiteren Verläufe (Z 2.5) vollziehen. In manchen Fällen wird durch die Erklärung eine zusätzliche Bedeutung vermittelt.

Ein Beispiel für eine journalistische Zusatzinformation, mithilfe der Bedeutung vermittelt wird, kann in einem Halbsatz eines „kronen.at“-Artikels (Z 1.1) gefunden werden: „Auch SPÖ-Klubobmann Cap - bisher eher dem Flügel der Wehrpflicht-Befürworter zugerechnet - hatte am Montag die Idee einer Volksbefragung begrüßt.“ Dass Cap nun die Idee einer Volksbefragung begrüßt, bezieht sich auf eine politische Perspektive, die im Artikel weiter beschrieben wird. Die journalistische Zusatzinformation besteht in der Anmerkung der bisherigen Zugehörigkeit zu den Wehrpflichtbefürwortern, die auf einen Positionswechsel hinweist.

Hintergrundinformationen zur Debatte werden meist am Schluss angefügt.

So schließt der erste „derStandard.at“-Artikel (Z 2.1) mit der Erklärung: „Sollte es tatsächlich zu einer Volksbefragung über die Wehrpflicht kommen, wäre das eine Premiere. Denn bisher gab es auf Bundesebene noch keine einzige Volksbefragung.“

Direkt auf den Konflikt gehen nur wenige journalistische Äußerungen ein, da hier im Wesentlichen die Positionen der Akteure dargestellt werden. Im Kontext des Koalitionskonflikts überwiegt in der journalistischen Perspektive weiter das Motiv der Erklärung.

Zu einer kritischen Aussage von Spindelegger gegenüber Häupl wird beispielsweise erklärend eingewendet (Z 2.3): „Spindelegger meinte offenbar Häupls Aussage, Wahlkämpfe seien Zeiten >fokussierter Unintelligenz<.“

In zwei Passagen spielt die journalistische Perspektive in Bezug auf den Koalitionskonflikt eine Rolle, indem Motive der Parteien thematisiert werden.

Der erste Artikel von „krone.at“ (Z 1.1) enthält eine Passage, in der das Motiv der fehlenden Stellungnahme aus der ÖVP wird kommentiert wird: „Aus der Volkspartei gab es am Montagabend, wohl auch aus wahlkampfaktischen Gründen [hinc!], zunächst keine offiziellen Stellungnahmen zum Häupl-Vorstoß.“

In der Einleitung eines „derStandard.at“-Artikels (Z 2.2) wird, wie bereits erwähnt wurde, der Vorstoß Häupls, sowie die Unterstützung der SPÖ, aus Sicht der ÖVP, als wenig erfreulich bewertet. Zusätzlich wird die Strategie der ÖVP, Widersprüche in der SPÖ und in den Aussagen Darabos zu finden, beschrieben.

Lediglich in einem Artikel greift die journalistische Perspektive wesentlich auf die Darstellung des Koalitionskonflikts ein. Recht eindeutig werden Widersprüche in der Debatte, sowie die Kritik an der SPÖ in einem „krone.at“-Artikel (Z 1.2) heruntergespielt.

Hier wird einleitend beschrieben: „Der Vorwurf an den Auslöser des >SPÖ-Schwenks<, Wiens wahlkämpfenden Bürgermeister Michael Häupl, es handle sich bei seinem Vorstoß wohl um einen Wahlkampfgegner, ließ sich nicht lange halten. Im Laufe des Dienstagvormittags stellte sich praktisch die komplette SPÖ-Spitze vom Kanzler über die Minister hinter Häupl. Die Wortmeldungen aus der ÖVP und den drei Oppositionsparteien kehrten daher schnell auf die sachliche Ebene zurück.“

In der Akteursanalyse kann das Phänomen der **Personalisierung** erkannt werden, da in den untersuchten Zeitungsartikeln vor allem Einzelpersonen im Zentrum stehen. Die Repräsentationsrolle der Akteure unterscheidet sich von der, die in den Presseaussendungen gefunden wurde. So spiegeln die meisten Akteure nicht nur die Positionen der Parteien wider, sondern sie repräsentieren ebenso die Koalition. Durch die Vielzahl der Personenbezüge und der seltenen inhaltlichen Thematisierung der Wehrpflicht, der Debatte, etc., kann in den untersuchten Artikeln eine starke Personalisierungstendenz erkannt werden.

Zur Untersuchung des **inhaltlichen Kontextes** wird der **Themenbezug** herangezogen. Dieser ist in den Zeitungsartikeln stärker gestreut, als in den Presseaussendungen. Dennoch lassen sich die zentralen Themenstrukturen wiedererkennen. Bereits in der Einleitung der Artikel ist der thematische Schwerpunkt klar. Während einige Artikel mit dem „Vorstoß des Wiener Bürgermeisters“ (Z 1.1) und der „Debatte um die Wehrpflicht“ (Z 1.5, Z 1.6), noch konkreter mit der „Diskussion um die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht“ (Z 1.4) in den Artikel einleiten, wird in anderen der „Schwenk der SPÖ in Sachen Wehrpflicht“ (Z 2.3) als

Zugang gewählt. Zentrale Unterthemen der Zeitungsartikel sind vor allem Reaktionen der einzelnen Parteien, mit besonderem Fokus auf die Koalitionsparteien. Aus diesem Fokus ergibt sich, vor allem in den drei ersten „derStandard.at“-Artikeln (Z 2.1, Z 2.2, Z 2.3), das zentrale Thema des Koalitionskonflikts.

Inhaltliche Themen, abseits des Konfliktanlasses, sind auch in den Zeitungsartikeln eher selten zu finden. Diese werden eher im Verlauf der Debatte thematisiert, wie anhand der Artikeln zur rechtlichen Möglichkeit der allgemeinen Dienstpflicht (Z 1.6, Z 2.4, Z 2.5) ersichtlich wird. Inhaltliche Argumente werden in der Heeresdebatte vor allem von Experten geäußert, was vor allem am Ende zweier Artikel (Z 1.6, Z 2.3) ersichtlich wird.

Abseits dieser Themen finden sich auch Nebenthemen. In diesen wird das Anliegen der Abschaffung der Wehrpflicht in einzelnen Kontexten diskutiert. Dies zeigt sich vor allem im speziellen Kontext des Kitzbühel-Rennens, dem „krone.at“ einen ganzen Artikel (Z 1.4) und „derStandard.at“ einen Satz (Z 2.5) widmend. Gleich verhält es sich auch mit dem Kontext des Grenzeinsatzes im Burgenland (Z 1.3, Z 2.3).

Die **Argumente** in den untersuchten Artikel zur Heeresdebatte sollen nun, gegliedert nach Pro- und Kontraargumente, zusammengefasst werden. Die Begründung (rational, axiomatisch), sowie die Ausrichtung (für oder gegen etwas) dienen wieder als nähere Beschreibungsmerkmale.

Pro-Argumente: In den Zeitungsartikeln wird ähnlich für die Abschaffung der Wehrpflicht argumentiert, wie in den Presseaussendungen.

Im ersten „krone.at“-Artikel (Z 1.1), sowie im ersten „derStandard.at“-Artikel (Z 2.1) wird Häupl mit dem Argument zitiert, er wolle Klarheit schaffen. Gründe hierfür, wie die veränderten Rahmenbedingungen des Bundesheeres und der europäische sicherheitspolitische Kontext, werden in beiden Fällen und in einem weiteren Artikel, in dem das Argument der Klarheit nicht enthalten ist (Z 2.2), angegeben.

Ein weiteres Argument bezieht sich nicht auf eine Aussage eines politischen Akteurs, sondern gibt den Willen der Jugend wider.

So wird in einem „krone.at“-Artikel (Z 1.1), auf Basis einer Umfrage behauptet „wie damals sagen auch heute viele Jugendliche [...], dass die Wehrpflicht nicht mehr in unsere Zeit gehöre.“ Entgegen der herkömmlichen Argumentation, orientiert sich dieses Argument nicht an einem Vorteil des Berufsheeres, sondern richtet sich gegen die Wehrpflicht.

Kontra-Argumente: Das zentrale Argument gegen eine Volksbefragung zur Abschaffung der Wehrpflicht wurde ebenso bereits in den Presseaussendungen gefunden. Es werden von verschiedenen Akteuren der ÖVP offene Fragen betont.

So heißt es in einem Artikel (Z 1.1) über Spindelegger: „Er halte aber nichts davon, die Frage nach Ja oder Nein zu stellen, bevor nicht eine grundsätzliche Diskussion über die Zukunft des Bundesheeres geführt wurde.“ Mit einem ähnlichen Argument bezüglich offener Fragen mit dem Verweis auf Darabos wird Pröll in vielen Artikeln (Z 1.1, Z 1.2, Z 1.5, Z 2.1, Z 2.2) zitiert. Platter zieht ebenso dieses Argument heran (Z 1.5): „Zuerst müsse man grundlegende Dinge sachlich hinterfragen, etwa, ob Katastropheneinsätze im Fall einer Abschaffung der Wehrpflicht noch gewährleistet werden können“.

Als Kontra-Argumente werden vor allem auch finanzielle Gründe angegeben.

In einem Artikel (Z 2.3) wird, mit Bezug auf General Entacher, ein finanzielles Argument geäußert: „Eine Umstellung des derzeitigen Systems auf ein Berufsheer würde einiges kosten.“

Im Artikel (Z 1.4) zum Kitzbühel-Rennen äußert der Rennleiter ein finanzielles Argument: „Berufssoldaten können wir uns sicherlich nicht leisten, das würde unsere (sic!) Budget sprengen.“ Er gibt dafür weitere Gründe an: „Auch weil bei uns das System mit Volunteers [...] keine Tradition hat und nicht funktioniert“. Im „derStandard.at“-Artikel (Z 2.5) wird zwar die Skepsis des Rennleiters, aber nicht die Argumentation wiedergegeben.

Neben-Argumente: Neben-Argumente werden vor allem bezüglich der allgemeinen Dienstpflicht geäußert.

Hier wird positiv, mit dem Verweis auf rechtliche Bestimmungen, argumentiert, dass ein verpflichtender Sozialdienst grundsätzlich verfassungskonform wäre. (Z 1.6, Z 2.4, Z 2.5)

Abschließend wird die Untersuchung des **Darstellungskontexts** des Koalitionskonflikts durch sprachliche und stilistische Auffälligkeiten erläutert. Die auffällige Betonung der Klarheit bzw. der Unklarheit findet in den Zeitungsartikeln, wenn dann nur in den jeweils ersten Beiträgen, Resonanz (Z 1.1, Z 2.1). Sie spielt jedoch in den restlichen Artikeln keine Rolle mehr. In manchen Absätzen können dramatische Formulierungen festgestellt werden. Diese Passagen sind über die meisten Artikel verteilt, sodass sich keine grundsätzlichen Darstellungsunterschiede aufzeigen lassen.

Der Debatte wird, durch emotionale Sprachmuster und eine konnotierte Wortwahl, in manchen Artikel besondere Relevanz unterstellt.

Die Debatte wird konkret dadurch beschrieben, dass ein „überraschende[r] Schwenk der SPÖ“(Z 2.3) dazu führt, dass die SPÖ „das bisherige Dogma der allgemeinen Wehrpflicht fallen“ (Z 2.2) lässt. Gleichzeitig wird beschrieben, wie die Debatte von Spindelegger „losgetreten worden“ (Z 2.1) ist. Die dramatischen Formulierungen der Überraschung, eines fallengelassenen Dogmas und einer losgetretenen Debatte, werden jedoch von einem Großteil nüchterner Beschreibungen begleitet.

Die Positionen der Parteien und der Parteiakteure werden ebenso teilweise dramatisch dargestellt.

Der „ÖVP-Chef Josef Pröll zeigte sich jedenfalls verärgert“ (Z 2.2). Die Reaktion der SPÖ wird im selben Artikel als überlegter beschrieben, denn, „[d]ass die ÖVP angesichts der Wandlungsfähigkeit des Ministers schon spottet, er [Darabos] werde in zwei Wochen vielleicht für den Nato-Beitritt sein, lässt Darabos kalt.“ In einem anderen Artikel (Z 1.1) ist die Reaktion von Kopf beschrieben. Er ist „schockiert“, denn es sei „völlig kontraproduktiv, mit irgendwelchen Wahlkampf-Gags punkten zu wollen.“

Die stärkste Dramatisierung konnte in zwei „krone.at“-Artikel gefunden werden. Sie beziehen sich jedoch beide auf Aussagen von Akteuren, die nicht mit der Koalition in Verbindung stehen.

In dem Artikel, der sich mit dem Kitzbühel-Rennen beschäftigt (Z 1.4) wird bereits im Lead darauf hingewiesen, dass bei den Organisatoren des Rennens die „Alarmglocken schrillen“. Kritisch wird das Missverständnis darüber geäußert, dass ein Bundesheer abgeschafft werden soll, das „bisher prächtig funktioniert hat“. Interessant ist, dass trotz des dramatischen Einstiegs darauf hingewiesen wird, dass seit zwei Jahren darüber nachgedacht wird „wie man auf einen eventuellen Wegfall der Soldaten [...] reagieren könnte.“

Die zweite dramatische Stelle, die sich in einem „krone.at“-Artikel (Z1.6) finden lässt, nimmt auf zwei Experten Bezug. Erstens spricht Karner davon, dass ein Berufsheer „flexibler einsetzbar“ wäre und Bedrohungen und Krisen „entschiedener entgegentreten“ könne. So sind die Eigenschaften des Berufsheeres stark positiv konnotiert. Zweitens will Reiter ein „Zerbröseln“ des Bundesheeres feststellen, welches mit der „militärisch und ökonomisch unsinnig[en]“ Wehrpflicht nicht mehr

aufzuhalten ist. Somit müsse „politisches Handeln“ gesetzt werden, um das „Bundesheer zu retten“

Allgemein kann eine leichte Dramatisierung der Thematik der Debatte und der Reaktionen der Parteiakteure festgestellt werden, die durch konnotierte Kommentare, von Akteuren außerhalb der Koalition, begleitet werden.

Das Phänomen der **Unterhaltungszentrierung** kann in den Zeitungsartikeln nicht eindeutig attestiert werden. Die meisten der dramatischen Formulierungen sind Zitaten entnommen. Die teilweise positiv und teilweise negativ konnotierte Wortwahl entstammt somit nicht der journalistischen Perspektive. Jedoch könnte von einer Dramatisierung der Zeitungsartikel gesprochen werden, da die Auswahl der „dramatischen“ Zitate bereits eine Selektionsleistung des Journalisten ist. Die Dramatisierung bewegt sich jedoch auf einem niedrigen Niveau. Ebenso scheint sie Großteiles über alle Artikel beider Zeitungen verteilt, sodass kein besonderer Fall der Entertainisierung festgestellt werden kann.

6.3 Erkenntnisse der Untersuchung

Aus den Ergebnissen der Untersuchung lassen sich Erkenntnisse ziehen. So konnte ein Zusammenhang der Selbst- und der Fremdberichterstattung erkannt werden. Presseaussendungen werden in Zeitungsartikeln dann besonders berücksichtigt, wenn sie einen Konflikt enthalten. Dies trifft insbesondere auf den Koalitionskonflikt zu, wenn er aus der Perspektive eines Regierungsakteurs oder in Bezug auf einen Akteur der Regierung geäußert wird. Argumente spielen dabei eine untergeordnete Rolle, da vorwiegend Positionen Eingang in die Zeitungsartikel finden. Ein zentraler Unterschied der Darstellungsformen betrifft den Aufbau der Texte, der sich diametral äußert. Ebenso weicht die thematische Entwicklung des Koalitionskonflikts voneinander ab. Folgt man den Ergebnissen, so kann man erkennen, dass der Koalitionskonflikt nicht erst von Medien inszeniert wird, da bereits eindeutige Verweise in der politischen Selbstdarstellung zu finden sind. Jedoch können Unterschiede, vor allem hinsichtlich der Konfliktakteure, in der Inszenierung erkannt werden.

6.3.1 Beantwortung der Forschungsfragen

Die weitere Beschreibung der Erkenntnisse orientiert sich an der Systematik der Forschungsfragen und dient deren Klärung. Ziel ist es, im Anschluss daran, Hypothesen zu generieren.

Allgemeine Konfliktorientierung

FF 1.1: Wie stark ist die Konfliktorientierung in den Artikeln und in den Presseaussendungen der Heeresdebatte ausgeprägt?

Die Konfliktorientierung schwankt sowohl innerhalb als auch zwischen den untersuchten Texten. Allgemein ist die Konsensperspektive in Zeitungsartikeln geringer ausgeprägt als in Presseaussendungen. Dies liegt vor allem daran, dass der Großteil der Unterstützungsbekundungen der SPÖ-Aussendungen in den Artikeln nicht rezipiert wird. Durch die Erweiterung der ambivalenten Perspektive, um den Aspekt der neutralen Faktenberichterstattung innerhalb der Zeitungsartikeln, ist diese dort stärker vertreten als dies in Presseaussendungen der Fall ist. Der Konflikt ist in beiden Darstellungsformen der politischen Kommunikation erkennbar, wobei er in Zeitungsartikeln durchgehend eine Rolle spielt. In den Presseaussendungen hängt die Inszenierung von Widersprüchen stark vom Absender ab. Es kann allgemein davon ausgegangen werden, dass die Konfliktorientierung der Selbstberichterstattung in der Fremdberichterstattung reflektiert wird, die innerparteiliche Konsensperspektive jedoch nur selten.

FF 1.2: Sind Auffälligkeiten im Aufbau und in der Form erkennbar, wie Widersprüche kommuniziert werden?

Die Konfliktperspektive findet in beiden Darstellungsformen im gesamten Text Verwendung. Im Konfliktaufbau finden sich jedoch Unterschiede. In den Presseaussendungen kann nur in Aussendungen der ÖVP, am Beginn der Aussendung, eine verstärkte Konfliktorientierung festgestellt werden, am Schluss der Aussendung wird diese auch in SPÖ-Mitteilungen geteilt. In Zeitungen ist der Konflikt eher am Anfang der Artikel zu finden. Dies trifft im besonderen Maße auf „derStandard.at“-Artikel zu. Der Hinweis auf einen unterschiedlichen Konfliktaufbau ist jedoch nicht als Widerspruch zu erkennen. In den untersuchten Zeitungen werden die zentralen Informationen zu Beginn gegeben. In Presseaussendungen ist dies ebenso der Fall, doch wird am Ende meist die wichtigste Botschaft oder Forderung formuliert, bzw. erneut wiederholt. So kann die Bedeutung der Konfliktperspektive in Artikeln und Aussendungen, trotz verschiedener Positionen im Text, als ähnlich angesehen werden. Die untersuchten Texte umschließen sowohl Positionierungen als auch Argumentationen, die sich im Verlauf der Texte abwechseln. Am Anfang jedes Textes steht die Form der Positionierung, die in Presseaussendungen auch am Ende zu finden ist. Dies gilt allerdings nicht für Zeitungsartikel. Für die Konfliktbeiträge kann keine eindeutig dominante Form erkannt werden. Zusammenfassend kann von einer starken Konfliktorientierung

ausgegangen werden, die an verschiedenen Stellen der Zeitungsartikel und Pressemitteilungen und in verschiedener Form in Erscheinung tritt.

Allgemeine Beschreibung des Koalitionskonflikts

FF 1.3: Welche Bedeutung nimmt der Koalitionskonflikt in der politischen Kommunikation zur Heeresdebatte ein?

In den Presseaussendungen können unterschiedlich starke Hinweise auf den Koalitionskonflikt erkannt werden, die in den ersten Zeitungsartikeln, vor allem bei „derStandard.at“, reflektiert werden. Jedoch lässt sich in den Ergebnissen des Koalitionskonflikts erhebliche Unterschiede erkennen, auf die in der zweiten Gruppe der Forschungsfragen eingegangen wird. In den Zeitungsartikeln ist, im Gegensatz zu den Presseaussendungen, der Verweis auf einen Konsens in der Koalition stärker ausgeprägt; der Koalitionskonflikt spielt in Artikeln eine wichtigere Rolle. Der Koalitionskonflikt umfasst in beiden Formen der Darstellung die Kritik an Personen, Positionen (Unklarheit) und Handlungen (Untätigkeit, Amtsausübung), sowie den Zweifel an der Glaubwürdigkeit (Wahltaktik). In den Zeitungsartikeln konnte zusätzlich die Kritik am zeitlichen Kontext, die Reflexion von Konfliktstrategie und der Vorwurf des Koalitionsbruchs als relevant befunden werden. Diese kommen jedoch weniger stark zum Ausdruck, als die gemeinsamen Konfliktaspekte der Artikel und der Aussendungen. Somit kann in der Art des Koalitionskonflikts eine Ähnlichkeit der politischen und medialen Darstellungsformen erkannt werden.

FF 1.4: Sind Auffälligkeiten im Aufbau und in der Form erkennbar, wie der Koalitionskonflikt kommuniziert wird?

Der Koalitionskonflikt wird überwiegend als Positionierung geäußert, die sich in Presseaussendungen als Forderungen und in den Artikeln als verkürzte Statements zeigen. Die Argumentation des Koalitionskonflikts tritt somit in den Hintergrund. Eine übergreifende Struktur des Aufbaus des Koalitionskonflikts kann nicht in Erfahrung gebracht werden. In den Presseaussendungen wird dieser vor allem am Ende thematisiert, wohingegen in den Zeitungsartikeln, in denen der Koalitionskonflikt besonders betont wird, Gegenteiliges beobachtet werden kann. Diese Erkenntnis ist im Einklang mit der zuvor beschriebenen allgemeinen Konfliktorientierung.

Unterschiede im Untersuchungsmaterial

FF 2.1: Können in der Inszenierung des Koalitionskonflikts Unterschiede zwischen den Zeitungen festgestellt werden?

Der Koalitionskonflikt bildet vor allem in den ersten „derStandard.at“-Artikeln das Zentrum der Berichterstattung. In den „krone.at“-Artikeln wird der Koalitionskonflikt besonders im ersten Artikel vorgebracht, wobei er als Nebenthema behandelt wird. Damit ist der Koalitionskonflikt in „derStandard.at“-Artikeln häufiger vertreten. Die Art des Koalitionskonflikts ist in beiden Zeitungen gleich.

FF 2.2: Können in der Inszenierung des Koalitionskonflikts Unterschiede zwischen den Parteien festgestellt werden?

Die SPÖ, von welcher die Volksbefragung unterstützt wird, tritt nur selten kritisch in Erscheinung, wohingegen sich die ÖVP primär am Konflikt orientiert. So ist der Koalitionskonflikt vor allem für die ÖVP von Bedeutung, was auf deren Rolle in der Debatte zurückzuführen ist und nichts mit einer grundsätzlichen Unterscheidung zu tun hat. In der Art des Konflikts, Stellung oder Form können keine Unterschiede erkannt werden.

FF 2.3: Wie entwickelt sich die Inszenierung des Koalitionskonflikts in den ersten Tagen der Heeresdebatte?

Auch wenn der Zeitraum, in dem die Debatte untersucht wurde, kurz gewählt wurde, lässt sich ein Verlauf feststellen. Die ersten Presseaussendungen zur Debatte haben die Aufgabe den Vorschlag Häupls zu unterstützen, die darauffolgenden Aussendungen der ÖVP übten vor allem Kritik. Daraus ergibt sich ein Verlauf hin zum Koalitionskonflikt, der sich aus dem Verhältnis von Aktion (Unterstützung) und Reaktion (Kritik) ergibt. Die Zeitungsartikel, die am Anfang des Konflikts erschienen, stellen den Koalitionskonflikt anhand der zentralen Positionen dar. Am zweiten und vor allem dritten Tag tritt der Konflikt in den Hintergrund und es werden andere thematische Bezüge zur Heeresdebatte gewählt, in denen der Koalitionskonflikt weniger von Bedeutung ist. Der Koalitionskonflikt entwickelt sich damit in beiden Darstellungsformen diametral. Der Thematik wird in den Artikeln zu Beginn, durch den Koalitionskonflikt, an Relevanz verliehen; im Weiteren dominiert Hintergrundberichterstattung. Die Abfolge von Konflikt und Konsens folgt in den Presseaussendungen der Logik der Debatte (Pro- und Kontra-Argumentation).

Darstellung des Koalitionskonflikts

FF 3.1: Welche Akteure erfüllen welche Rolle in der Inszenierung des Koalitionskonflikts?

Sowohl in den Aussendungen als auch in den Artikeln ist Darabos der bedeutendste passive Akteur, also derjenige, der am häufigsten kritisiert wird. Obwohl die SPÖ und auch manche Zeitungsartikel vor allem auf Häupl Bezug nehmen, stand Darabos, als Mitglied der Bundesregierung, im Zentrum des Koalitionskonflikts. Interessant ist der Unterschied zwischen den Darstellungsformen, in Bezug auf die aktiven Akteure. Sind es in den Aussendungen vor allem Parlamentarier, im Besonderen Wehrsprecher, die sich zur Heeresdebatte äußern, so werden dennoch beinahe ausschließlich Regierungspolitiker in den Zeitungsartikeln behandelt. Der Konflikt wird in den Zeitungsartikeln als Konflikt innerhalb der Regierung erkannt und beschrieben. Nicht nur die Aussendungen der Parlamentarier, sondern auch die Aussendungen der Jugendorganisationen werden in den Zeitungsartikeln nicht rezipiert. Die Rolle der Akteure unterscheidet sich somit in den Darstellungsformen. Wollen sich beide Regierungschefs, Faymann und Pröll, in ihren Aussendungen außerhalb des Konflikts positionieren, so bilden sie in den Artikeln das Zentrum. Der Form von Presseaussendungen entsprechend, treten dort nur wenige, in Zeitungen deutlich mehr Akteure auf. Dies umfasst vor allem die Anzahl der Politiker, aber auch der Experten, nicht aber kollektiver Akteure. Letztere werden auch in Zeitungsartikeln durch ihre Repräsentanten verkörpert. In den meisten Artikeln tritt der Journalist zusätzlich als Akteur auf, jedoch beschränkt er sich Großteils auf erklärende Beschreibungen. Von einem Personalisierungseffekt kann sowohl in den Artikel, als auch in den Aussendungen gesprochen werden. Die Akteure treten jedoch immer als Repräsentant einer größeren Gruppe auf. In den Aussendungen werden Parteien, in den Artikeln auch die Koalition repräsentiert. Da die passiven Akteure der Presseaussendungen vor allem Parteien sind, kann jedoch nicht von einer durchgehenden Personalisierung gesprochen werden.

FF 3.2: Welcher thematischer Inhalte wird im Kontext des Koalitionskonflikts behandelt?

Die thematische Auseinandersetzung ist in beiden Darstellungsformen überschaubar. Der thematische Bezug der Aussendungen und der Artikeln ist stark auf den Anlass der Debatte, die Volksbefragung und auf die Debatte selbst konzentriert. In den Zeitungsartikeln wird ebenso der Koalitionskonflikt selbst zum Thema der Berichterstattung. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist vor allem in den Presseaussendungen und in den ersten Artikeln gering ausgeprägt. Einen erweiterten inhaltlichen Bezug weisen jedoch die letzteren Artikeln auf, in denen die Möglichkeit eines verpflichtenden Sozialdienstes diskutiert wird. Nebenthemen werden sowohl in manchen Presseaussendungen, als auch in zwei „krone.at“-Artikeln ins Zentrum gestellt. In allen anderen Texten werden sie wenn dann nur erwähnt.

Die Anzahl und Länge der Argumente ist in den beiden Darstellungsformen ebenso überschaubar. Die Art der Argumente ist hingegen vielfältig, jedoch ergeben sich daraus keine auffälligen Unterschiede innerhalb oder zwischen den Darstellungsformen.

FF 3.3: Welche Darstellungsweisen kommen in der Inszenierung des Koalitionskonflikts zum Einsatz?

Als durchgehendes Muster kann in den Presseaussendungen die Vermittlung von Klarheit, bzw. der Vorwurf der Unklarheit erkannt werden. Klarheit und Unklarheit beziehen sich dabei auf die Veränderung des Bundesheeres und auf die Parteipositionen. In den Zeitungsartikeln können ebenso solche Verweise erkannt werden, sie spielen jedoch dort nur eine geringe Rolle. Als geteilte Auffälligkeit kann die Vermittlung von Relevanz, durch die Verwendung von Stilmittel, erkannt werden, die sich in Zeitungsartikeln primär auf das Thema der Wehrpflicht und in Presseaussendungen zusätzlich auf Positionen bezieht. Ein starke negatives Assoziationsumfeld wird nur in einer Presseaussendung durch die spezielle Wortwahl gebildet und spielt sonst nur eine geringe Rolle. In den Zeitungsartikeln konnte nicht die Negativität einzelner Texte, sondern die dramatische Darstellung in leichter Ausprägung in verschiedenen Artikeln erkannt werden. Eine leichte Unterhaltungsorientierung der Darstellungsweise kann in manchen Zeitungsartikeln und verstärkt in einer Presseaussendung erkannt werden. Diese ist jedoch weder durchgängig, noch dominant.

6.3.2 Hypothesenbildung

Die Erkenntnisse der Untersuchung weisen auf einige Unterschiede und Zusammenhänge der Fremd- und Selbstdarstellung hin. Aus diesen soll im Folgenden versucht werden, Hypothesen zu generieren.

Durch die Betrachtung der allgemeinen Konfliktorientierung kann ein Zusammenhang von Presseausendung und Zeitungsartikel behauptet werden. Die Aussendungen, die auf den Konsens fokussiert sind, interessieren im Kontext der journalistischen Bearbeitung weniger, als jene, die eine verstärkte Konfliktperspektive einnehmen. Dies kann in Form einer Hypothese ausgedrückt werden:

- Je stärker der Konflikt in einer Presseaussendung ausgeprägt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie in den Zeitungsartikeln Resonanz findet.

Im Aufbau der Artikel kann ebenso ein Unterschied der Fremd- und Selbstdarstellung erkannt werden. Steht der Konflikt in den Zeitungsartikeln eher am Beginn, so tritt er in Presseaussendungen eher am Ende der Aussendung in Erscheinung. Dies kann durch zwei Hypothesen ausgedrückt werden:

- Wenn ein Konflikt in Zeitungsartikeln erwähnt wird, dann steht er am Beginn des Artikels.
- Wenn ein Konflikt in Pressemitteilungen erwähnt wird, dann steht er am Schluss der Aussendung.

Die allgemeine Analyse des Koalitionskonflikts spiegelt die Ergebnisse der Untersuchung der Konfliktorientierung wider. Presseaussendungen, die Verweise auf den Koalitionskonflikt beinhalten, finden in Zeitungsartikeln eher Beachtung:

- Je stärker der Koalitionskonflikt in einer Presseaussendung ausgeprägt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie in den Zeitungsartikeln Resonanz findet.

Die Diagnose der allgemeinen Konfliktorientierung in Bezug auf den Aufbau der Texte kann, beachtet man nur den Koalitionskonflikt, verstärkt gefunden werden. Der Koalitionskonflikt steht in Zeitungsartikeln vorwiegend am Anfang und in Presseaussendungen meist am Ende. Zwei Hypothesen beschreiben diesen Unterschied:

- Wenn ein Koalitionskonflikt in Zeitungsartikeln erwähnt wird, dann steht er am Beginn des Artikels.
- Wenn ein Koalitionskonflikt in Pressemitteilungen betont wird, dann steht er am Schluss der Aussendung.

Zusätzlich zum Aufbau kann der Koalitionskonflikt auch durch die Form näher beschrieben werden, denn die Formulierung als Positionierung überwiegt die der Argumentation stark.

- Wenn ein Koalitionskonflikt als Position geäußert wird, dann findet er eher Eingang in beiden Darstellungsformen.

Betrachtet man die Unterschiede im Untersuchungsmaterial, so lassen sich auch hier Hypothesen ableiten. Der Koalitionskonflikt wird in den Zeitungen unterschiedlich rezipiert. Er findet in „derStandard.at“-Artikeln häufiger und intensiver Eingang. Daraus lässt sich jedoch keine Hypothese zu einem grundsätzlichen Unterschied von Qualitäts- und Boulevardmedien ableiten. Weder die eine, noch die andere Zeitung kann die jeweilige Gruppe repräsentieren. Gerade aufgrund der „in Kampagnen gebündelten Meinungsmacht“⁷³³ der „Kronen-Zeitung“,

⁷³³ Magin, Stark; In: Blum, Bonfadelli, Imhof, Jarren (Hrsg.) 2011, S.97

ergibt sich häufig eine abweichende Berichterstattung. Dies kann durchaus auch das Thema der Wehrpflicht betreffen, wie oftmals angedeutet wird.⁷³⁴

- Wenn ein Koalitionskonflikt in einem Artikel erkannt wird, dann entstammt er mit höherer Wahrscheinlichkeit dem „Standard“, als der „Kronen-Zeitung“.

Hinsichtlich der Parteien lassen sich die markantesten Unterschiede feststellen. Die ÖVP meldet sich wesentlich kritischer zu Wort, als die SPÖ. Dies resultiert jedoch nicht aus einem grundsätzlichen Unterschied zwischen den Parteien, sondern bloß aus verschiedenen Rollen in der Debatte. Konkret kann die Rolle des Kritikers von der Rolle des Unterstützers unterschieden werden. Daraus ergeben sich zwei Hypothesen:

- Wenn ein Parteiakteur die Rolle des Kritikers einnimmt, dann spielt der Konflikt in dessen Presseaussendung eine große Rolle.
- Wenn ein Parteiakteur als Unterstützer auftritt, dann spielt der Konflikt in dessen Presseaussendung eine geringere Rolle.

In den Zeitungsartikeln kann in der kurzen Untersuchungsperiode ein Verlauf der Konfliktberichterstattung festgestellt werden. Gerade am Beginn der Debatte wird der Koalitionskonflikt ins Zentrum gerückt. In den Presseaussendungen ist kein Verlauf festzustellen. In einer Hypothese formuliert, bedeutet dies:

- Je früher ein Zeitungsartikel in der Debatte erscheint, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Koalitionskonflikt erwähnt wird.

Die Inszenierung des Koalitionskonflikts unterscheidet sich in der genaueren Analyse vor allem hinsichtlich der Akteure. Jedoch sind Regierungspolitiker in der gesamten Konfliktdarstellung die wichtigsten passive Akteure.

- Wenn ein Koalitionskonflikt inszeniert wird, dann stehen vor allem Regierungsakteure im Fokus.

In Presseaussendungen treten überwiegend Parlamentsabgeordnete als aktive Akteure auf.

- Wenn ein Akteur ein Parlamentspolitiker ist, dann findet er überwiegend in Presseaussendungen Beachtung.

Die journalistische Perspektive kann nicht als eigener Konfliktakteur betrachtet werden. Sie dient vor allem dazu, Hintergrundinformationen zu geben.

⁷³⁴ „NEWS.at“: Neuer Zündstoff für Wehrpflicht-Debatte: „Krone“-empfiehlt Einberufung zu ignorieren. 14.2.2011

- Wenn aus einer journalistischen Perspektive auf den Koalitionskonflikt Bezug genommen wird, dann werden vorwiegend Hintergrundinformationen gegeben.

Bezüglich des thematischen Kontexts kann zuerst eine eher wenig überraschende Erkenntnis gewonnen werden. Denn in der analysierten Anfangszeit der Debatte ist der Koalitionskonflikt vor allem anlassbezogen. Dies trifft auf die Selbst- und auf die Fremdberberichterstattung zu.

- Wenn ein Koalitionskonflikt inszeniert wird, dann geschieht dies in der Anfangszeit vor allem anlassbezogen.

Zeitungsartikel gehen jedoch im Verlauf der Debatte thematisch über den engen Fokus hinaus. Hier werden auch weitere Themen, wie die allgemeine Dienstpflicht, behandelt.

- Je später ein Zeitungsartikel in der Debatte erscheint, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Themen abseits des Konfliktauslösers behandelt werden.

Die auffälligen Darstellungsweisen der Presseaussendungen und Zeitungsartikel dienen vorwiegend dazu, die Relevanz der Thematik zu unterstreichen.

- Wenn ein Koalitionskonflikt inszeniert wird, dann wird vor allem die Relevanz der Thematik unterstrichen.

Der größte Unterschied zwischen der Selbst- und Fremddarstellung besteht darin, dass in Presseaussendungen vor allem die Inszenierung von Klarheit und Unklarheit vorgenommen wird.

- Wenn der Koalitionskonflikt in Presseaussendungen inszeniert wird, dann wird stark auf die Darstellung von Klarheit und Unklarheit Bezug genommen.

7 Resümee und Empfehlungen

Diese Arbeit stellt eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Inszenierung von politischen Konflikten in Koalitionen dar. Die zentralen Fragestellungen drehen sich um die Darstellung des Koalitionskonflikts in der Anfangsphase der Heeresdebatte. Der Konflikt wurde dabei anhand der Selbstdarstellung, seitens der Politik und anhand der medialen Fremddarstellung untersucht.

Den Ausgangspunkt der Arbeit setzt eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Konfliktbegriff. Das Phänomen des Konflikts kann durch eine Vielzahl von Merkmalen beschrieben werden. Als zentrale Bestimmungstücke konnte der Gegenstand, die Struktur, die Austragungsform, die Ergebnisausrichtung, die Akteursverhältnisse und die Legitimität des Konflikts erkannt werden. Der Konflikt wird darüber hinaus in den zentralen gesellschaftstheoretischen Ansätzen mit zwei Begriffen umschrieben. Der Kampf, der direkt zwischen zwei Konfliktparteien stattfindet, betrifft vor allem die Verteilung von verschiedenen Arten von Ressourcen. Die Konkurrenz stellt die friedliche Austragungsform des Kampfes dar, welche nicht direkt zwischen zwei Parteien stattfinden muss. Der Begriff des Konflikts umfasst alle Arten von widersprechenden Interessen und Anerkennungserfahrungen, sowie insbesondere alle kommunizierten Widersprüche.

Der Konflikt kann in der Politikwissenschaft als Teil der politischen Kultur verstanden werden. Obwohl die Konsensorientierung der politischen Kultur abnimmt, kann noch nicht von einer stark ausgeprägten Konfliktkultur gesprochen werden. Die Ursache von politischen Parteikonflikten konnte in der strategischen Bewirtschaftung soziokultureller Konfliktlinien erkannt werden, die eine ideologische Grundorientierung berücksichtigt. Die Funktion des Konflikts wird im politischen System vor allem in Demokratietheorien reflektiert, wobei der Konflikt in deliberativen Konzepten gar ins Zentrum gerückt wird. Die Beziehung von Demokratie und Konflikt kann dabei am ehesten als wechselseitig positiv verstanden werden. Die instrumentalisierte politische Konfliktform des Parteikonflikts findet vor allem im parlamentarischen Konflikt zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien Ausdruck. Eine besonders brisante Rolle spielt der Konflikt jedoch in Regierungen; vor allem in Großen Koalitionsregierungen.

Die Inszenierung von Konflikten wurde als Teil der politischen Kommunikation dargestellt. Die politische Kommunikation besteht aus der politischen Selbst- und der medialen Fremddarstellung, die stets von der Dimension der Entscheidungspolitik begleitet wird. Im Prozess der politischen Kommunikation spielt vor allem das Verhältnis von Politik und Medien eine Rolle, welches einerseits durch Dependenzbeziehungen und andererseits durch die Funktionalität der Beziehung als komplex beschrieben wurde. Die wesentlichen Organisationen, in denen die Inszenierung politischer Konflikte stattfindet, sind die

Öffentlichkeitsarbeit und der Journalismus. Als Regel der Inszenierung wurde der Nachrichtenfaktoren-Ansatz als relevant anerkannt. Dabei finden, mit der Unterhaltungszentrierung, der Personalisierung und der Negativität, drei Diagnosen Eingang in die Auseinandersetzung, die häufig als zentrale Trends der modernen politischen Kommunikation beschrieben werden.

Anschließend wurde in dieser Arbeit auf die Heeresdebatte eingegangen. Die Debatte umschließt beide Dimensionen des Wehrsystems, die Rekrutierung und die Organisation, wobei der Fokus der Debatte vor allem auf die Frage der Wehrpflicht ausgerichtet ist. Die Wehrpflicht, in ihrer heutigen Form, hat erst seit 1955 bestand. Ende der 1960er gewann die Debatte um eine Heeresreform immer stärker an Bedeutung und führte bis heute zu einigen Reformprojekten, in denen jedoch nie die Wehrpflicht zur Gänze in Frage gestellt wurde. Die Wehrpflicht erfüllt vor allem sicherheitspolitische Ziele, wobei gesellschaftspolitische und finanzielle Ziele ebenso von Bedeutung sind. In Europa verlor die Wehrpflicht vor allem ab 2001 ihre Rolle als führendes Rekrutierungssystem. Darin besteht auch der zentrale Hintergrund der aktuellen Debatte; den Auslöser stellen jedoch die Äußerungen zur Abschaffung der Wehrpflicht von Michael Häupl im Wiener Wahlkampf dar. Dies führte zu einer Positionsveränderung vor allem der beiden Koalitionsparteien und zu einer Debatte, die im Verlauf verschiedene Themen und Akteure umfasste.

Die Erkenntnisse der empirischen Untersuchung, die sich der Methode einer qualitativen Inhaltsanalyse bediente, zeigen große Überschneidungen, aber auch einige Unterschiede der Selbst- und Fremdberichterstattung, bezüglich der Konfliktdarstellung in der Anfangszeit der Heeresdebatte. Die Konfliktorientierung variiert stark zwischen den einzelnen Beiträgen der politischen Kommunikation. In den Presseaussendungen konnte die Parteizugehörigkeit als bedeutendes Unterscheidungskriterium der Konflikthaftigkeit aufgezeigt werden; in den Zeitungen ist die Konfliktorientierung Großteils durchgehend relevant. Der Konflikt steht in den Zeitungsartikeln meist am Anfang und in Presseaussendungen zusätzlich am Schluss des jeweiligen Texts. Diese Merkmale betreffen nicht nur die allgemeine Konfliktperspektive, sondern auch die spezielle Form des Koalitionskonflikts. Allerdings konnte eine größere Relevanz dieser Konfliktform, erstens am Anfang der Untersuchungsperiode und zweitens in Artikeln von „derStandard.at“ erkannt werden. Der Koalitionskonflikt umfasst in den Presseaussendungen die Kritik an Personen, Positionen und Handlungen, sowie den Zweifel an der Glaubwürdigkeit. Die Zeitungsartikel gehen über diese Kritik nur in seltenen Fällen hinaus, indem beispielsweise auch Konfliktstrategien kritisch reflektiert werden. In all dieser Ausformung des Koalitionskonflikts spielt die Argumentation eine untergeordnete Rolle. Dies trifft vor allem auf die Medienberichterstattung zu, in der die Kritik häufig auf eine Konfliktposition - in der Form von Statements - verkürzt dargestellt wird.

Die allgemeine Untersuchung wurde durch die Analyse des Akteurs-, des Themen- und des Darstellungskontextes erweitert. Als wichtigste Akteure der Selbstdarstellung können Parlamentsabgeordnete erkannt werden, die jedoch in der Fremddarstellung eine untergeordnete Rolle spielen. Hier wird der Koalitionskonflikt, durch den überwiegenden Bezug auf Regierungsakteure, unterstrichen. Der Effekt der Personalisierung kann zwar durch die quantitative Dimension der Akteursvielfalt, nicht aber in der qualitativen Dimension bestätigt werden, da Politiker und Betroffene beinahe ausschließlich als Repräsentanten auftreten und ausschließlich in ihrer politischen Rolle Erwähnung finden. Der Themenkontext ist nur wenig aussagekräftig. Aus der Wahl des Untersuchungszeitraums ergab sich, mit Ausnahme einiger Zeitungsartikel, ein starker Fokus auf den Anlass der Heeresdebatte. Auffälligkeiten in der Darstellungsweise lassen sich vor allem in den Presseaussendungen finden, da hier besonders auf die Vermittlung von Klarheit, bzw. Unklarheit wertgelegt wird, was jedoch in der Fremddarstellung nicht reflektiert wird. Die Vermittlung von Relevanz und die Dramatisierung durch stilistische Besonderheiten konnten weder durchgehend, noch als dominant festgestellt werden, sodass von keiner starken Unterhaltungsorientierung in der Darstellung des Koalitionskonflikts ausgegangen werden kann.

Diese Erkenntnisse können in der weiteren Bearbeitung einer quantitativen Überprüfung unterzogen werden. Dazu können die generierten Hypothesen herangezogen werden. Der zentrale Zusammenhang der Darstellungsformen kann wie folgt beschrieben werden: Politische Selbstdarstellungen werden in der medialen Fremddarstellung eher rezipiert, wenn sie einen Verweis auf einen (Koalitions-)Konflikt enthalten, der sich in einer Position eines Regierungsmitglieds, bzw. einer Stellungnahme zu einem Koalitionspolitiker äußert. Unterschiede der Darstellungsformen bestehen vor allem hinsichtlich des Aufbaus, der Inszenierung von Klarheit und der Entwicklung im Laufe der Anfangsphase der Heeresdebatte. Der Koalitionskonflikt wird somit nicht von Medien, sondern bereits in der politischen Selbstdarstellung inszeniert, die mediale Selektion, vor allem der relevanten Akteure, unterstützt jedoch die Inszenierung des Koalitionskonflikts.

Eine weiterführende Untersuchung könnte die Entwicklung des Koalitionskonflikts in der Heeresdebatte über einen längeren Zeitraum verfolgen. Dadurch könnte eine Entwicklung der Inszenierung des Koalitionskonflikts nachgewiesen werden. Eine weitere Möglichkeit, an diese Arbeit anzuknüpfen, besteht darin, Vergleiche zu anderen Debatten herzustellen. So werden beispielsweise in der Bildungs-, oder in der Steuerdebatte ähnliche Inszenierungsformen erwartet. Dies zu überprüfen, könnte Aufgabe einer aufbauenden Arbeit sein. Der Koalitionskonflikt scheint ein zentraler Gegenstand sowohl von politischen, als auch von medialen Inszenierungen in Regierungsdebatten zu sein. Eine weiterführende Untersuchung könnte jedoch den Fokus von der Fremd- und Selbstdarstellung ablenken und

die realpolitischen Konsequenzen, oder die Position des Bürgers mitberücksichtigen. Beides konnte aufgrund des Umfangs dieser Arbeit nicht vorgenommen werden. Somit sind noch viele Bereiche des Koalitionskonflikts weitgehend unerforscht. Will man die komplexen Zusammenhänge der politischen Kommunikation, besonders der Konfliktkommunikation besser verstehen, besteht noch einiger Klärungsbedarf. In dieser Arbeit wurde versucht, einen Anknüpfungspunkt für die Erforschung des Phänomens der Inszenierung politischer Konflikte darzubieten. Der Bereich der politischen Kommunikation mit Fokus auf den Regierungskonflikt bietet weiterhin viel Raum für vertiefende Forschung.

Literaturverzeichnis

Abromeit, Heidrun: Mehrheitsdemokratische und konkordanzdemokratische Elemente im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 18, 1989

Alemann, Ulrich von; Tönnemann, Wolfgang: Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung. Opladen, 1995

Allardt, Erik: Party Systems and Voter Alignments in the tradition of political sociology. In: Karvonen, Lauri; Kuhnle, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments Revisited. London u.a., 2001

Althaus, Marco; Geffken, Michael; Rawe, Sven (Hrsg.): Handlexikon Public Affairs. Münster 2005

Amann, Anton: Soziologie. Theorien Geschichte Denkweisen. Wien u.a., 1996

Arndt, Claus: Fraktion und Abgeordneter. In: Schneider, Hans-Peter; Zeh, Wolfgang (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Berlin; New York, 1989

Arzheimer, Kai: Ideologie. In: Kaina, Viktoria; Römmele, Anrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden, 2009

Balzer, Axel; Geilich, Marvin: Politische Kommunikation in der Gegenwartsgesellschaft - Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung. In: Balzer, Axel; Geilich,

Marvin; Rafat, Shanim (Hrsg.): Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung. Berlin, 2006

Bandelow, Nils C.; Schade, Mathieu: Konsens im Dissens? Konflikte in der Gesundheitsreform der Großen Koalition. In: Schroeder, Wolfgang; Paquet, Robert (Hrsg.): Gesundheitsreform 2007. Nach der Reform ist vor der Reform. Wiesbaden, 2009

Barber, Benjamin: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg, 1994

Bayer, Michael; Mordt, Gabriele: Einführung in das Werk Max Webers. Wiesbaden, 2008

Benz, Arthur: Der moderne Staat. München u.a., 2001

Beyrl, Maria; Perlot, Flooh: Politische Kommunikation in Österreich - Generalverdacht der Inszenierung? Ein Streifzug durch die österreichische Mediendemokratie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 35/4, 2006

Blumler, Jay G.; Gurevitch, Michael: The Crisis of Public Communication. London, 1995

Bonacker, Thorsten: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorie - Einleitung und Überblick. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen, 2002

Bonacker, Thorsten; Imbusch, Peter: Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden. In: Imbusch, Peter; Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Opladen, 1999

Bonacker, Thorsten: Konflikttheorien. In: Kneer, Georg; Schroer, Markus (Hrsg.): Handbuch Soziologischer Theorien. Wiesbaden, 2009

Bopp-Schmehl, Annemarie: Konflikt und Demokratie. Eine Auseinandersetzung mit Kompromiss- und Gleichgewichtsvorstellungen moderner Politiktheorien. Frankfurt am Main, 1977

Bösch, Frank: Kampf um Normen. Skandale in historischer Perspektive. In: Bulkow, Kristin; Petersen, Christa (Hrsg.): Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung. Wiesbaden, 2011

Bosshart, Louis: Information und/oder Unterhaltung? In: Scholl, Armin; Renger, Rudi; Blöbaum, Bernd (Hrsg.): Journalismus und Unterhaltung. Theoretische Ansätze und empirische Befunde. Wiesbaden, 2007

Broucek, Peter: Militärischer Widerstand. Studien zur österreichischen Staatsgesinnung und NS-Abwehr. Wien u.a., 2008

Bucher, Hans-Jürgen; Duckwitz, Amelie: Medien und soziale Konflikte. In: Jäckel, Michael (Hrsg.): Mediensoziologie. Grundlagen und Forschungsfelder. Wiesbaden, 2005

Buchholz, Ernst Wolfgang: Ideologie und latenter sozialer Konflikt. Stuttgart, 1968

Buchinger, Erwin: Vom Regieren in Zeiten des Übergangs. In: Khol, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar: Österreichisches Jahrbuch für Politik. Wien, 2008

Buchmann, Bertrand Michael: Österreicher in der Deutschen Wehrmacht. Soldatenalltag im zweiten Weltkrieg. Wien; Köln; Weimar, 2009

Burger, Harald: Mediensprache. Eine Einführung in Sprache und Kommunikationsformen der Massenmedien. Berlin u.a., 2005

Burkhardt, Steffen: Skandal, medialisierter Skandal, Medienskandal: Eine Typologie öffentlicher Empörung. In: Bulkow, Kristin; Petersen, Christa (Hrsg.): Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung. Wiesbaden, 2011

Brosius, Hans-Bernd: Politikvermittlung durch Fernsehen. Inhalte und Rezeption von Fernsehnachrichten. In: Klingler, Walter; Roters, Gunnar; Zöllner, Oliver (Hrsg.): Fernsehforschung in Deutschland. Themen - Akteure - Methoden. Baden-Baden, 1998

Browne, Eric C.; Frensdreis, John P.; Gleiber, Dennis, W.: The Process of Cabinet Dissolution. An Exponential Model of Duration and Stability in Western Democracies. In: American Journal of Political Science. 30, 1986

Caforio, Giuseppe: Rekrutierung und Ausbildung von Soldaten. In: Werkner, Ines-Jaqueline (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte. Wiesbaden, 2004

Chwaszcza, Christine: Anthropologie und Moralphilosophie des Leviathan. In: Kersting, Wolfgang (Hrsg.): Thomas Hobbes. Leviathan - oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Berlin, 2008

Collins, Randall: Three sociological traditions. New York, 1985

Collins, Randall: Reassessments of sociological history: The empirical validity of the conflict tradition. In: Theory and Society 1, 1974

Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte. Berlin u.a., 1965

Cunis, Reinmar: Rekrutierungsmodelle im demokratischen Gesellschaftssystem. In: König, René; Roghmann, Klaus; Sodeur, Wolfgang; Ziegler, Rolf (Hrsg.): Beiträge zur Militärsoziologie. Sonderheft 12 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Köln; Opladen, 1968

Czerwick, Edwin: Systemtheorie der Demokratie. Begriffe und Strukturen im Werk Luhmanns. Wiesbaden, 2008

Czerwick, Edwin: Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik. München, 2011

Dahrendorf, Ralf: Soziale Klassen und Klassenkonflikt. Stuttgart, 1957

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. München, 1961

Dahrendorf, Ralf: Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. München, 1972

Dahrendorf, Ralf: Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Stuttgart, 1992

Dahrendorf, Ralf: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Eine Politik der Freiheit für das 21. Jahrhundert. München, 2007

Dahrendorf, Ralf: Homo Sociologicus. Wiesbaden, 2010

Dallinger, Ursula: Die Solidarität der modernen Gesellschaft. Der Diskurs und rationale oder normative Ordnung in Sozialtheorie und Soziologie des Wohlfahrtsstaats. Wiesbaden, 2009

De Swaan, Abram: Coalition Theories and Cabinet Formation. Amsterdam, 1973

Demirović, Alex: Die Konflikttheorie von Karl Marx. In: Bonacker, Thorsten: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen, 2002

Dernbach, Beatrice; Meyer, Michael: Einleitung. In: Dernbach, Beatrice; Meyer, Michael (Hrsg.): Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden, 2005

Deutsch, Morton: Konfliktregelung. Konstruktive und destruktive Prozesse. München, 1976

Dickinger, Christian: Österreichs Präsidenten. Von Karl Renner bis Thomas Klestil. Wien, 2000

Dinter, Henrik: Wehrpflicht, Freiwilligenarmee und allgemeine Dienstpflicht - Aktuelle Argumentationslinien. In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte. Wiesbaden, 2004

Dörner, Andreas: Politische Kultur und Medienunterhaltung: Zur Inszenierung politischer Identitäten in der amerikanischen Film- und Fernsehwelt. Konstanz, 2000

Downs, Anthony: An Economic Theory of Democracy. New York, 1957

Dreyer, Winfried: Gesellschaft, Kultur und Individuum. Zur Grundlegung der Soziologie bei Georg Simmel. In: Dörr-Backes, Felicitas; Nieder, Ludwig (Hrsg.): Georg Simmel. Between Modernity and Postmodernity. Würzburg, 1995

Dubiel, Helmut: Integration durch Konflikt? In: Friedrichs, Jürgen; Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Integration. Wiesbaden, 1999

Eder, Philipp: Stand der Streitkräfte in Ausbildung, Ausrüstung und Konzeption in Österreich. In: Jäger, Thomas; Thiele, Ralph (Hrsg.): Transformation der Sicherheitspolitik. Deutschland, Österreich, Schweiz im Vergleich. Wiesbaden, 2011

Eilders, Christiane: Nachrichtenfaktoren und Rezeption. Eine empirische Analyse zur Auswahl und Verarbeitung politischer Information. Opladen, 1997

Eiff, Martin: Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien. Baden-Baden, 2006

Englert, Carina Jasmin; Rosion, Phillip: Wenn Watchdogs CRITtainment betreiben. Der „Sheriff unter den Medien“ oder die Boulevardisierung der Kritik. In: Bidlo, Oliver; Englert, Carina Jasmin; Reichertz, Jo (Hrsg.): Securitainment, Medien als Akteure der Inneren Sicherheit. Wiesbaden, 2011

Esser, Hartmut: Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt am Main, 1999

Etschmann, Wolfgang: Wehrpflicht in der Zweiten Republik Österreich. Vorgeschichte und Entwicklung einer Wehrpflichtarmee zwischen den großen Blöcken von 1945 bis heute. In: Foerster, Roland G. (Hrsg.): Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung. München, 1994

Etschmann, Wolfgang: Österreich und die Anderen unter deutschem Expansionsdruck. In: Österreichische Militärische Zeitschrift. 46/4,2008

Evans, Peter B; Reuschmeyer, Dietrich; Skocpol, Theda: Bringing the State Back In. Cambridge, 1985

Faltlhauser, Kurt: Wahlkampf im Wahlkreis. Eine Untersuchung zur Wähleranalyse sowie zur Planung, Strategie und Durchführung eines Wahlkampfes. dargestellt auf der Grundlage des Bundestagswahlkampfes 1969 der CDU im Bundeswahlkreis 152. Mainz, 1971

Filzmaier, Peter : Rahmen und Grundregeln politischer Kommunikation. In: Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek, Karl A. (Hrsg.): Mediendemokratie Österreich. Wien u.a., 2007

Fischer, Lorenz; Wiswede, Günter: Grundlagen der Sozialpsychologie. München u.a., 2002

Föhrenbach, Gerd: Vorbereitet auf welche Zukunft? Stand und Probleme langfristiger Planung in Deutschland. In: Jäger, Thomas; Thiele, Ralph (Hrsg.): Transformation der Sicherheitspolitik. Deutschland, Österreich, Schweiz im Vergleich. Wiesbaden, 2011

Früh, Werner: Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis. Konstanz 2001

Galtung, Johan; Ruge, Marie Holmboe: The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. In: Journal of Peace Research 2/1, 1965

Gantzel, Klaus, Jürgen; Kress, Gisela; Rittberger, Volker: Einführung. In: Gantzel, Klaus, Jürgen; Kress, Gisela; Rittberger, Volker (Hrsg.): Konflikt - Eskalation - Krise. Sozialwissenschaftliche Studien zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Düsseldorf, 1972

Garz, Detlef; Kraimer, Klaus: Qualitativ-empirische Sozialforschung im Aufbruch. In: Garz, Detlef; Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, 1991

Geiling, Heiko; Vester, Michael: Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen

Gerechtigkeit. In: Brettschneider, Frank; Niedermayer, Oskar; Weißels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Wiesbaden, 2007

Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Müller-Doohm, Stefan; Neumann-Braun, Klaus (Hrsg.): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg, 1991

Gibson, Rachel K.; Jucknat, Kim; Römmele, Andrea: Professionalisierte Kampagnenführung - eine systematische Messung. In: Gabriel, Oscar W.; Weißels, Bernhard; Falter, Jürgen W. (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden, 2009

Giesen, Bernhard: Die Konflikttheorie. In: Endruweit, Günter (Hrsg.): Moderne Theorien der Soziologie. Strukturell-funktionale Theorie - Konflikttheorie - Verhaltenstheorie. Stuttgart, 1993

Giesen, Klaus-Gerd: Einleitung: Ideologien und Weltpolitik. In: Giesen, Klaus-Gerd (Hrsg.): Ideologien in der Weltpolitik. Wiesbaden, 2004

Giller, Joachim: Demokratie und Wehrpflicht. Wien, 1992

Giller, Joachim: Sicherheitspolitische Diskussion und öffentliche Meinung. Darstellung und Interpretation empirischer Daten zu aktuellen Fragen der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien, 1999

Gottweis, Herbert: Neue Soziale Bewegungen in Österreich. In: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien, 1997

Greiffenhagen, Sylvia: Theorie(n) der Politischen Kultur. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Politische Kultur. Frankfurt am Main, 2009

Habermas, Jürgen: Drei normative Modelle der Demokratie. Zum Begriff deliberativer Politik. In: Münkler, Herfried (Hrsg.) Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. München, 1992

Hahn, Oliver; Rosenwerth, Karen K.; Schröder, Roland: News Management zwischen Europa-PR und EU-Journalismus: Theoretische Überlegungen zu einem effizienten transnationalen Kommunikationskonzept. In: Langenbucher, Wolfgang R.; Latzer, Michael (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden, 2006

Henkel, Heinrich: Ideologie und Recht. Tübingen, 1973

Herz, Christian: Kein Frieden mit der Wehrpflicht. Entstehungsgeschichte, Auswirkungen und Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Münster, 2003

Heuss, Theodor[Hrsg.: Becker, Wolfgang]: Erziehung zur Demokratie. Briefe 1945-1949. München, 2007

Hickethier, Knut; Bleicher, Joan Kristin: Die Inszenierung der Information im Fernsehen. In: Willems, Herbert; Jurga, Martin (Hrsg.): Inszenierungsgesellschaft: Ein einführendes Handbuch. Opladen; Wiesbaden, 1998

Himes, Joseph S.: Conflict and Conflict Management. Athen, 1980

Hirschman, Albert O.: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? In: Leviathan 22/2, 1994

Hobbes, Thomas: Leviathan. Hamburg, 1966

Hofbauer, Bruno: Der Transformationsprozess und die Fähigkeit zur Interoperabilität: Wertschöpfung durch Vernetzung in Österreich. In: Jäger, Thomas; Thiele, Ralph (Hrsg.): Transformation der Sicherheitspolitik. Deutschland, Österreich, Schweiz im Vergleich. Wiesbaden, 2011

Hoffjann, Olaf: Journalismus und Public Relations. Ein Theorieentwurf der Intersystembeziehungen in sozialen Konflikten. Wiesbaden, 2007

Holldorf, Michael: Von der Möglichkeit eines Neuanfangs: Der politische Skandal und Hannah Arendts Gesellschaftskritik. In: Bulkow, Kristin; Petersen, Christa (Hrsg.): Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung. Wiesbaden, 2011

Holtkamp, Lars: Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie. Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie im Vergleich. In: Politische Vierteljahresschrift, 47/4, 2006

Holtz-Bacha, Christina: Unterhalten statt Überzeugen? Politik als Entertainment. In: Nieland, Jörg-Uwe; Kamps, Klaus (Hrsg.): Politikdarstellung und Unterhaltungskultur. Zum Wandel der politischen Kommunikation. Köln, 2004

Hönnige, Christoph: Verfassungsgericht, Regierung und Opposition. Die vergleichende Analyse eines Spannungsdreiecks. Wiesbaden, 2007

Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main, 1969

Horster, Detlef: Niklas Luhmann. München, 2005

Hug, Detlef Matthias: Konflikte und Öffentlichkeit. Zur Rolle des Journalismus in sozialen Konflikten. Opladen, 1997

Iber, Christian: Selbstbewußtsein und Anerkennung. in Hegels Phänomenologie des Geistes. In: Arndt, Andreas; Müller, Ernst: Hegels >Phänomenologie des Geistes< heute. Berlin, 2004

Imbusch, Peter: Konflikttheorien. In: Imbusch, Peter; Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen. Opladen, 1999

Imhof, Kurt: Medien und Öffentlichkeit. In: Jäckel, Michael (Hrsg.): Mediensoziologie. Grundlagen und Forschungsfelder. Wiesbaden, 2005

Imhof, Kurt: Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne. In: Winter, Carsten; Hepp, Andreas; Krotz, Friedrich (Hrsg.): Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen und Theorieentwicklungen. Wiesbaden, 2008

Jackob, Nikolaus: Wahlkampfkommunikation als Vertrauenswerbung - Einführung anstelle eines Vorwortes. In: Jackob, Nikolaus (Hrsg.): Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudie zur Wahlkampfkommunikation 1912 - 2005. Wiesbaden, 2007

Jäger, Wieland; Baltes-Schmitt, Marion: Jürgen Habermas. Einführung in die Theorie der Gesellschaft. Wiesbaden, 2003

Jarren, Otfried; Sarcinelli, Ulrich: „Politische Kommunikation“ als Forschungs- und als politisches Handlungsfeld: Einleitende Anmerkung zum Versuch der systematischen Erschließung. In: Jarren, Otfried; Sarcinelli, Ulrich; Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch. Wiesbaden, 1998

Jarren, Otfried; Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden, 2006

Jun, Uwe: Parteien und Parteiensystem. In: Helms, Ludger; Jun, Uwe (Hrsg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung. Frankfurt am Main, 2004

Jung, Hermann; Micewski, Edwin R.: Good Governance im Spannungsfeld von Streitkräften und privaten Sicherheitsfirmen. In: Österreichische Militärische Zeitschrift - Online. 49/2, 2011

Junge, Matthias: Georg Simmel. Kompakt. Bielefeld, 2009

Kaase, Max; Frank, Sybille; Mochmann, Ekkehard: Nach der Katastrophe - Anmerkungen zur Entwicklung des westdeutschen Parteiensystems in den fünfziger Jahre. In: Kaiser, André; Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg. Wiesbaden, 2004

Kaletta, Barbara: Anerkennung oder Abwertung. Über die Verbreitung sozialer Desintegration. Wiesbaden, 2008

Kamps, Klaus: Regierung, Parteien, Medien. Meinungsfindung in der >Mediengesellschaft<. In: Kamps, Klaus; Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Regierung und Kommunikation. Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und gouvernementales Kommunikationsmanagement - Trends, Vergleiche, Perspektiven. Köln, 2006

Karlhofer, Ferdinand; Tálos, Emmerich: Sozialpartnerschaft unter Druck. Trends und Szenarien. In: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen, Szenarien. Wien, 2000

Karmasin, Matthias: Die gesteuerten Selbstläufer: Kommunikationswissenschaftlichen Anmerkungen zum komplexen Verhältnis von Politik und Medien. In: Filzmaier, Peter; Karmasin, Matthias; Klepp, Cornelia (Hrsg.): Politik und Medien. Medien und Politik. Wien, 2006

Keller, Reiner: Das integrative Paradigma. In: Brock, Ditmar; Junge, Matthias; Diefenbach, Heike; Keller, Reiner; Villanyi, Dirk(Hrsg.): Soziologische Paradigmen nach Talcott Parsons. Wiesbaden, 2009

Kelsen, Hans: Verfassungsgesetz der Republik Deutschösterreich - Teil 3, 1919; In: HKW 5. Tübingen, 2011

Keman, Hans: Strategy Development and Variations of Party Government. In: Raschke, Joachim; Tils, Ralf (Hrsg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds. Wiesbaden, 2010

Kernic, Franc: Demokratie und Wehrform - Anmerkungen zum Verhältnis von Staatsverfassung und Heeresverfassung. In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte. Wiesbaden, 2004

Kersting, Wolfgang: Einleitung: Die Begründung der politischen Philosophie der Neuzeit im Leviathan. In: Kersting, Wolfgang (Hrsg.): Thomas Hobbes. Leviathan - oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Berlin, 2008

Kevenhörster, Paul: Politikwissenschaft. Band1: Entscheidungen und Strukturen der Politik. Wiesbaden, 2008

Khorrani, Nelli: Infotainment. Politik und Unterhaltung in den TV Nachrichten. Eine Inhaltsanalyse deutscher Hauptnachrichtensendungen. Hamburg, 2011

Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift 6/1, 1965

Klaus, Elisabeth; Lünenborg, Margret: Journalismus: Fakten, die unterhalten - Fiktionen, die Wirklichkeit schaffen. Anforderungen an eine Journalistik, die dem Wandel des Journalismus Rechnung trägt. In: Neverla, Irene; Grittmann, Elke; Pater, Monika (Hrsg.): Grundlagentexte zur Journalistik. Konstanz, 2002

Klein, Paul: Wehrsysteme und Wehrformen im Vergleich. In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte. Wiesbaden, 2004

Klein, Uta: Die Wehrpflicht von Männern - Ausdruck überkommener Geschlechterpolitik. In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte. Wiesbaden, 2004

Klemm, Michael: Streiten „wie im wahren Leben“? In: Biere, Bernd Ulrich; Hoberg, Rudolf (Hrsg.): Mündlichkeit und Schriftlichkeit im Fernsehen. Tübingen, 1996

Knapp, Werner: Die Inhaltsanalyse aus linguistischer Sicht. In: Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hrsg.): Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim; Basel, 2005

Köhler, Thomas: Die Konflikttheorie der Anerkennungstheorie. In: Bonacker, Thorsten: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen, 2002

Kohring, Matthias; Hug, Detlef Matthias: Öffentlichkeit und Journalismus. Zur Notwendigkeit der Beobachtung gesellschaftlicher Interdependenz - Ein systemtheoretischer Entwurf. In: Medien Journal 21/1, 1997

Körner, Theodor: Denkschrift über das Heerwesen der Republik. Wien, 1924

Korte, Karl-Rudolf: Strategie und Regierung: Politikmanagement unter den Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit. In: Raschke, Joachim; Tils, Ralf (Hrsg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds. Wiesbaden, 2010

Kropp, Sabine; Sturm, Roland: Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation. Opladen, 1998

Kropp, Sabine: Strategisches Koalitionshandeln und Koalitionstheorien. Konzeptionelle Überlegungen zur Untersuchung von Konflikt und Konsensbildung in Koalitionen. In: Sturm, Roland; Kropp, Sabine (Hrsg.): Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden. Baden-Baden, 1999

Krottmayer, Markus: Die Neutralitätsfalle. Österreichs Sicherheitspolitik in der Sackgasse? Wien u.a., 2009

Ladner, Andreas: Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Wiesbaden, 2004

Landmann, Michael: Einleitung des Herausgebers. In: Simmel, Georg: Das individuelle Gesetz. Philosophische Exkurse. Frankfurt am Main, 1987

Lass, Jürgen: Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung von Politik. Wiesbaden, 1995

Leggewie, Claus: Deliberative Politik. Modebegriff oder neuer Regierungsstil? In: Kamps, Klaus; Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Regierung und Kommunikation. Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und gouvernementales Kommunikationsmanagement - Trends, Vergleiche, Perspektiven. Köln, 2006

Lehmbruch, Gerhard: Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, 2000

Lengauer, Günther: Postmoderne Nachrichtenlogik. Redaktionelle Politikvermittlung in medienzentrierten Demokratien. Wiesbaden, 2007

Lengauer, Günther; Pallaver, Günther; Pig, Clemens : Redaktionelle Politikvermittlung in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich. Wien, 2004

Lengauer, Günther; Vorhofer, Hannes: Wahlkampf am und abseits des journalistischen Boulevards: Redaktionelle Politikvermittlung im Nationalratswahlkampf 2008. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien, 2010

Linhart, Eric; Shikano, Susumu: Die große Koalition in Österreich: Schwierigkeiten bei der Bildung, Stabilität und Alternativenlosigkeit. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 36/2, 2007

Link, Werner: Konfliktformationen des Internationalen Systems im Wandel; In: Knapp, Manfred; Krell, Gert: Einführung in die Internationale Politik. München, 2004

Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments. New York, 1967

Lipset, Seymour Martin: Cleavages, parties and democracy. In: Karvonen, Lauri; Kuhnle, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments Revisited. London u.a., 2001

Llanque, Marcus: Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse. München, 2008

Löffelholz, Martin: Einführung in die Journalismustheorie. Theorien des Journalismus. Eine historische, metatheoretische und synoptische Einführung. In: Löffelholz, Martin (Hrsg.): Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch. Wiesbaden, 2004

Luhmann, Niklas: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main, 1984

Luhmann, Niklas: Theorie der politischen Opposition. In: Zeitschrift für Politik. 36, 1989

Luhmann, Niklas: Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Opladen, 1994

Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien. Opladen, 1996

Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main, 2000

Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. Wiesbaden, 2005

Magenheimer, Heinz: Zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht. Standortbestimmung - Alternativen - Konsequenzen. Wien, 1999

Magin, Melanie; Stark, Birgit: Österreich - Land ohne Leuchttürme? Qualitätszeitungen im Spannungsfeld zwischen publizistischer Leistung und strukturellen Zwängen. In: Blum, Roger; Bonfadelli, Heinz; Imhof, Kurt; Jarren, Ottfried (Hrsg.): Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation. Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien. Wiesbaden, 2011

Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie. Frankfurt am Main, 1995

Mark, David: Going dirty: the art of negative campaigning. Lanham, 2009

Marx, Karl: Das Elend der Philosophie. In: MEW 4. Berlin, 1847

Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4. Berlin, 1848

Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz: Die Antwort der Parteien auf Veränderungen in den Wählermärkten in Westeuropa. In: Mair, Peter; Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz (Hrsg.): Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa. Wien, 1999

Marcinkowski, Frank: Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien: Eine systemtheoretische Analyse. Opladen, 1993

Maurer, Andrea; Schmid, Michael: Erklärende Soziologie. Grundlagen, Vertreter und Anwendungsfelder eines soziologischen Forschungsprojekts. Wiesbaden, 2010

Mayring, Philipp: Neuere Entwicklungen in der qualitativen Forschung und der Qualitativen Inhaltsanalyse. In: Mayring, Philipp; Gläser-Zikuda, Michaela (Hrsg.): Die Praxis der Qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim; Basel, 2005

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim; Basel, 2010

Melischek, Gabriele; Rußmann, Uta; Seethaler, Josef: Agenda Building in österreichischen Nationalratswahlkämpfen. 1970-2008. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien, 2010

Melzer, Michael: Vorbereitung und Gestaltung der Ausschlußarbeit durch die Fraktion. In: Schneider, Hans-Peter; Zeh, Wolfgang (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch. Berlin; New York, 1989

Messmer, Heinz: Der soziale Konflikt. Kommunikative Emergenz und systemische Reproduktion. Stuttgart, 2003

Mey, Harald: Zur Soziologie gesellschaftlicher Entwicklungen und Dahrendorfs Herrschafts-Widerstands-Modell. In: Peisert, Hansgert; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Gesellschaft, Demokratie und Lebenschance. Festschrift für Ralf Dahrendorf. Stuttgart, 1994

Meyer, Thomas: Mediokratie. die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main, 2001

Meyer, Thomas; Schicha, Christian; Brosda, Carsten: Diskurs-Inszenierungen. Zur Struktur politischer Vermittlungsprozesse am Beispiel der „Ökologischen Steuerreform“. Wiesbaden, 2001

Meyer, Thomas: Theorie der Sozialen Demokratie. Wiesbaden, 2005

Miller, Bernhard; Müller, Wolfgang C.: Koalitionsmechanismen in einer Großen Koalition: Das Beispiel der Regierung Merkel. In: Egle, Christoph; Zolnhöfer, Reimut (Hrsg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005 - 2009. Wiesbaden, 2010

Mikl-Horke, Gertraude: Soziologie. Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe. München u.a., 2001

Mouffe, Chantal: Dekonstruktion, Pragmatismus und die Politik der Demokratie. In: Mouffe, Chantal (Hrsg.): Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft. Wien, 1999

Müller, Thomas: Entscheidungsprinzipien und Österreichisches Bundesheer. In: Österreichische Militärische Zeitschrift - Online. 44/2, 2006 URL: <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=380>

Müller, Wolfgang C.: Österreich: Festgefügte Koalitionen und stabile Regierungen. In: Müller, Wolfgang C.; Strøm, Kaare (Hrsg.): Koalitionsregierungen in Westeuropa. Bildung, Arbeitsweise und Beendigung. Wien, 1997

Müller, Wolfgang C.: Koalitionstheorien. In: Helms, Ludger; Jun, Uwe (Hrsg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung. Frankfurt am Main; New York, 2004

Müller, Wolfgang C.: Parteiensystem: Rahmenbedingungen, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs. In: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C.; Tólos (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006

Müller-Doohm, Stephan: Von der Kulturindustrieanalyse zur Idee partizipativer Öffentlichkeit. Reflexionsstufen kritischer Medientheorie. In: Winter, Carsten; Hepp, Andreas; Krotz,

Friedrich (Hrsg.): Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Grundlegende Diskussionen und Theorieentwicklungen. Wiesbaden, 2008

Münch, Richard: Soziologische Theorien. Band 3: Gesellschaftstheorien. Frankfurt am Main, 2004

Naßmacher, Hiltrud: Politikwissenschaft. München; Wien, 2004

Neckel, Sieghard: Die Macht der Unterscheidung. Essays zur Kulturosoziologie der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main, 2000

Neidhardt, Friedhelm: Öffentlichkeit. In: Schäfers, Bernhard; Zampf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft in Deutschland. Opladen, 1998

Neidhardt, Friedhelm: Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit. In: Wunden Wolfgang(Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Münster, 2005

Nida-Rümelin, Hulian: Bellum omnia contra omnes. Konflikttheorie und Naturzustandskonzeption im 13.Kapitel des Leviathan. In: Kersting, Wolfgang (Hrsg.): Thomas Hobbes. Leviathan - oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Berlin, 2008

Niedenzu, Heinz-Jürgen: Kapitel 8: Konflikttheorie: Ralf Dahrendorf. In: Morel, Julius: Soziologische Theorien. Abriß der Ansätze ihrer Hauptvertreter. München u.a., 1997

Niedermayer, Oskar: Parteiensysteme. In: Gabriel, Oscar W.; Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Wiesbaden, 2008

Niedermayer, Oskar: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden, 2005

Nonn, Christoph: Das 19. und 20. Jahrhundert. Orientierung Geschichte. Paderborn u.a., 2007

Nover, Sabine Ursula: Protest und Engagement. Wohin steuert unsere Protestkultur? Dortmund, 2009

Nullmeier, Frank: Politische Theorie des Sozialstaats. Frankfurt am Main, 2000

Nußmacher, Hiltrud: Politikwissenschaft. München, 2004

Oberreuter, Heinrich: Defizite der Streitkultur in der Parteiendemokratie. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern. Opladen, 1990

Öhlinger, Theo: Braucht Österreich einen Wahlsystemwechsel? Argumente für ein Mehrheitswahlrecht. In: Poier, Klaus (Hrsg.): Demokratie im Umbruch. Perspektiven einer Wahlrechtsreform. Wien u.a., 2009

Östgaard, Einar: Factors Influencing the Flow of News. In: Journal of Peace Research. 2/1, 1965

Ostrow, Joel M.: Comparing Post-Soviet Legislatures. A theory of institutional design and political conflict. Columbus; Ohio, 2000

Pallaver, Günther; Pig, Clemens :Medienzentrierter Wahlkampf: Themen und Kandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 2002. In: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002. Wien, 2003

Pappi, Franz Urban: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierung und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektorats 1953 und 1976. In: Politische Vierteljahresschrift 18/2-3, 1977

Parsons, Talcott: Das System moderner Gesellschaften. München, 1985

Patzelt, Werner J.: Parlamentarismus. In: Helms, Ludger; Jun, Uwe (Hrsg.): Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung. Frankfurt am Main; New York, 2004

Pelinka, Anton: Dynamische Demokratie. Zur konkreten Utopie gesellschaftlicher Gleichheit. Stuttgart u.a., 1974

Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang: Von der Konsens- zur Konfliktdemokratie? Österreich nach dem Regierungs- und Koalitionswechsel. In: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang(Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen, Szenarien. Wien, 2000

Pelinka, Anton: Grundzüge der Politikwissenschaft. Wien u.a., 2004

Pelinka, Anton; Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen Strukturen Trends. Wien, 2007

Peters, Bernhard: Öffentlicher Diskurs, Identität und das Problem demokratischer Legitimität. 2005; In: Peters, Bernhard [Hrsg.: Weißler, Hartmut]: Der Sinn von Öffentlichkeit. Frankfurt am Main, 2007

Pfetsch, Frank R.: Einleitung: Konflikt und Konfliktbewältigung. In: Pfetsch, Frank R.(Hrsg.): Konflikt. Heidelberg, 2005

Plasser, Fritz: Massenmedien und politische Kommunikation. In: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C.; Tálos (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, 2006

Plasser, Fritz; Lengauer, Günther: Die österreichische Medienarena: Besonderheiten des politischen Kommunikationssystems. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien, 2010a

Plasser, Fritz; Lengauer, Günther: Politik vor Redaktionsschluss: Kommunikationsorientierungen von Macht- und Medieneliten in Österreich. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich. Wien, 2010b

Plasser, Fritz; Lengauer, Günther; Meixner, Wolfgang: Politischer Journalismus in der Mediendemokratie. In: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich. Ein praxisnahes Handbuch. Wien, 2004

Plasser, Fritz; Scheucher, Christian; Sommer, Franz: Massenmedien und Wahlkampf in Österreich. Personalisierung, Dethematisierung und Videopolitik. In: Müller, Wolfgang C.; Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten und Parteienwettbewerb. Analyse zur Nationalratswahl 1994. Wien, 1995

Plasser, Fritz; Ulram, Peter, A.: Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang(Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen, Szenarien. Wien, 2000

Plasser, Fritz; Ulram, Peter, A.: Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur? Wien, 2002

Plasser, Fritz; Ulram, Peter, A.: Das Parteiensystem Österreichs. In: Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden, 2006

Pleiner, Horst; Speckner, Hubert: Das österreichischen Bundesheer und die ČSSR-Krise. In: Karner, Stefan; Tomilina, Natalja; Tschubarjan, Alexander; u.a. (Hrsg.): Prager Frühling. Das internationale Kriegsjahr 1968. Köln; Wien u.a., 2008

Pleiner, Horst; Stupka, Andreas W.: Einsam und doch gemeinsam. Zur Militärstrategie des neutralen Nationalstaates im neuen Europa am Beispiel Österreichs. In: Österreichische Militärische Zeitschrift - Online. 49/1, 2011

Pohl-Patalong, Uta: Ortsgemeinde und übergemeindliche Arbeit im Konflikt. Eine Analyse der Argumentationen und ein alternatives Modell. Göttingen, 2003

Postman, Neil: Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie. Frankfurt am Main, 1993

Pundt, Christian: Medien und Diskurs. Zur Skandalisierung von Privatheit in der Geschichte des Fernsehens. Bielefeld, 2008

Raschke, Joachim; Tils, Ralf: Politische Strategie. Eine Grundlage. Wiesbaden, 2007

Raschke, Joachim; Tils, Ralf: Ausgangspunkte der Analyse politischer Strategien. In: Raschke, Joachim; Tils, Ralf (Hrsg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds. Wiesbaden, 2010a

Raschke, Joachim; Tils, Ralf: Positionen einer politischen Strategieberatung. In: Raschke, Joachim; Tils, Ralf (Hrsg.): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds. Wiesbaden, 2010b

Reichert, Jo: Objektive Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, 2000

Reiter, Erich: Denkschrift zur Wehrpflichtdebatte. Wien, 2011

Riker, William H.: The Theory of Political Coalitions. New Haven, 1962

Rödel, Ulrich; Frankenberg, Günter; Dubiel, Helmut: Die demokratische Frage. Frankfurt am Main, 1989

Röttger, Ulrike: Public Relations - Organisation und Profession. Öffentlichkeitsarbeit als Organisationsfunktion. Eine Berufsfeldstudie. Wiesbaden, 2010

Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, 1996

Salzborn, Samuel: Einleitung. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): Politische Kultur. Frankfurt am Main, 2009

Sarcinelli, Ulrich: Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschlands. Opladen, 1987

Sarcinelli, Ulrich: Einleitung. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern. Opladen, 1990a

Sarcinelli, Ulrich: Auf dem Weg in eine kommunikative Demokratie? Demokratische Streitkultur als Element politischer Kultur. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern. Opladen, 1990b

Sarcinelli, Ulrich: Persönlichkeit und Politik. Politische Akteure in der Entscheidungs- und Darstellungspolitik. In: Pollak, Johannes; Sager, Fritz; Sarcinelli, Ulrich; Zimmer, Anette (Hrsg.): Politik und Persönlichkeit. Wien, 2008

Sarcinelli, Ulrich: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung in demokratischen Systemen. Wiesbaden, 2011

Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis. Cambridge, 1976

Saxer, Ulrich: System, Systemwandel und politische Kommunikation. In: Jarren, Otfried; Sarcinelli, Ulrich; Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch. Wiesbaden, 1998

Saxer, Ulrich: Politik als Unterhaltung: zum Wandel politischer Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Zürich, 2007

Schelling, Thomas C.: The Strategy of Conflict. Cambridge, 1963

Schicha, Christian; Brosda, Carsten: Interaktion von Politik, Public Relations und Journalismus. In: Schatz, Herbert; Rössler, Patrick; Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Politische Akteure in der Mediendemokratie. Wiesbaden, 2002

Schicha, Christian: Legitimes Theater? Inszenierte Politikvermittlung für die Medienöffentlichkeit am Beispiel der „Zuwanderungsdebatte“. Münster, 2007

Schicha, Christian: Die Theatralität der Politikvermittlung Medieninszenierungen am Beispiel der Wahlkampfkommunikation. In: Kreyher, Volker J. (Hrsg.): Handbuch Politisches Marketing. Baden-Baden, 2004 URL: http://www.schicha.net/fileadmin/user_upload/Texte/20050630/kreyerschicha1.pdf

Schluchter, Wolfgang: Grundlagen der Soziologie. Band II. Tübingen, 2009

Schmidt, Manfred, G.: Demokratietheorien. Opladen, 2000

Schmitt, Carl: Der Leviathan. Stuttgart, 2003

Schoen, Harald: Ein Wahlkampf ist ein Wahlkampf ist ein Wahlkampf? Anmerkungen zu Konzepten und Problemen der Wahlkampfforschung. In: Jakob, Nikolaus (Hrsg.): Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudie zur Wahlkampfkommunikation 1912 - 2005. Wiesbaden, 2007

Schöderle, Thomas: Das Prinzip der Macht. Neuzeitliches Politik und Staatsdenken bei Hobbes und Niccolò Machiavelli. Berlin, 2002

Schultze, Rainer-Olaf: Konkurrenzdemokratie. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. München, 2002

Schumpeter, Joseph A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München, 1980

Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Freiburg; München, 1976

Schulz, Winfried: Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und „kopernikanische“ Auffassung. In: Kaade, Max; Schulz, Winfried (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 30, 1989

Schulz, Winfried: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung. Wiesbaden, 2008

Seemann, Wenke: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Deutschland im Dauerwahlkampf? In: Lorenz, Astrid; Reutter, Werner (Hrsg.): Ordnung und Wandel als Herausforderungen für Staat und Gesellschaft. Opladen, 2009

Seliger, Martin: Ideology and Politics. New York, 1976

Shikano, Susumu: Die Positionierung von adaptiven Parteien im ideologischen Raum. In: Henning, Christian; Linhart, Eric; Shikano, Susumu (Hrsg.): Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Koalitionsbildung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Urban Pappi. Baden-Baden, 2009

Shirvani, Foround: Das Parteienrecht und der Strukturwandel im Parteiensystem. Tübingen, 2010

Siedschlag, Alexander: Politische Institutionalisierung und Konflikttransformation. Leitideen, Theoriemodelle und europäische Praxisfälle. Opladen, 2000

Siep, Ludwig; Takeshima, Ayumi; Takeshima, Nao; Karakus, Attila: Gutes und gelingendes Leben. Honneth über Anerkennung und Sittlichkeit. In: Halbig, Christoph; Quante, Michael (Hrsg.): Axel Honneth: Sozialphilosophie zwischen Kritik und Anerkennung. Münster, 2004

Simmel, Georg: Der Streit. In: Simmel, Georg [Hrsg.: Rammstedt, Otthein]: Soziologie. Untersuchung über die Form der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main, 1992

Simmel, Georg: Über soziale Differenzierung. Leipzig, 1890

Smith, Mary Lee: Publishing qualitative research. In: American Educational Research Journal. 24/2, 1987

Spöhring, Walter: Qualitative Sozialforschung. Stuttgart, 1995

Stark, Carsten: Die Konflikttheorie von Georg Simmel. In: Bonacker, Thorsten: Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Opladen, 2002

Steiger, Andreas: Das Bundesheer in den Jahren 1968 bis 1975 - Beiträge zur Geschichte des Bundesheeres der Zweiten Republik. In: Schober, Wolfgang (Hrsg.): Vielfalt in Uniform Band 2. Wien, 2004

Strøm, Kaare; Müller, Wolfgang C.: Political Parties and Hard Choices. In: Müller, Wolfgang C.; Strøm, Kaare (Hrsg.): Policy, Office, or Voter? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions. Cambridge, 1999

Strondl, Robert; Dudek, Karlheinz: Das Verhältnis von Militär und Polizei im Inneren und in internationalen Einsätzen: Länderbericht Österreich. In: Jäger, Thomas; Thiele, Ralph (Hrsg.): Transformation der Sicherheitspolitik. Deutschland, Österreich, Schweiz im Vergleich. Wiesbaden, 2011

Stuiber, Heinz-Werner: Zu den Funktionen der Massenkommunikation: Politische und soziale Orientierung als Grunddimension massenkommunikativer Leistungen. In: Rühl, Manfred; Walchshöfer, Jürgen (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Festgabe für Franz Ronneberger zum 65.Geburtstag. Nürnberg, 1978

Stupka, Andreas W.: Strategische Lehren aus 1809. Unzeitgemäße Betrachtungen zur Wehrhaftigkeit. In: Österreichische Militärische Zeitschrift - Online. 47/6, 2009

Thurnher, Armin: Das Trauma, ein Leben. Österreichische Einzelheiten. Wien, 1999

Vogt, Wolfgang R.: Die allgemeine Wehrpflicht unter militärsoziologischer Betrachtung. In: K.A.K - Rundbrief IV. Köln, 1990

Wagner, Bernd: Konflikte zwischen sozialen Systemen. Konzeption für ein bedürfnisorientiertes Konfliktmanagement. Berlin, 1978

Wasmuht, Ulrike C.: Friedensforschung als Konfliktforschung. Zur Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf den Konflikt als zentrale Kategorie. AFB-Texte 1/1992
URL: <http://euro.ubbcluj.ro/~schuster/texte/konflikt/Ulrike%20Wasmuht.pdf>

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen, 1980

Weber, Max: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland; In: Weber, Max [Hrsg.: Mommsen, Wolfgang J.; Hübing, Gangolf]: Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914 - 1918. MWS 1/15. Tübingen, 1988

Weinacht, Stefan; Hohlfeld, Ralf: Das Hofnarren- Komplott. Deskriptiv-theoretische Herleitung von Entgrenzung und Selbstthematization im Journalismus. In: Scholl, Armin;

Renger, Rudi; Blöbaum, Bernd (Hrsg.): Journalismus und Unterhaltung. Theoretische Ansätze und empirische Befunde. Wiesbaden, 2007

Weischenberg, Siegfried: Journalistik. Medienkommunikation: Theorie und Praxis. Band 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Opladen, 1995

Weichenberg, Siegfried; Scholl, Armin: Was Journalisten denken und tun. Befunde aus der Studie „Journalismus in Deutschland“. In: Neverla, Irene; Grittmann, Elke; Pater, Monika (Hrsg.): Grundlagentexte zur Journalistik. Konstanz, 2002

Werkner, Ines-Jacqueline: Die Wehrpflicht - Teil der politischen Kultur des Bundesrepublik Deutschland? In: Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.): Die Wehrpflicht und ihre Hintergründe. Sozialwissenschaftliche Beiträge zur aktuellen Debatte. Wiesbaden, 2004

Weßler, Hartmut: Reden über Streit. Theoretische Überlegungen zur politischen Konfliktkommunikation in der Mediengesellschaft; In: Schatz, Herbert; Rössler, Patrick; Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Politische Akteure in der Mediendemokratie. Wiesbaden, 2002

White, David Manning: The „Gate Keeper“ A Case Study in the Selection of News. In: Journalism Quarterly. 27/3, 1950

Widder, Helmut: Parlamentarische Strukturen im politischen System. Zu Grundlagen und Grundfragen des österreichischen Regierungssystems. Berlin, 1979

Wied, Kristina: Der Wahlabend im deutschen Fernsehen. Wandel und Stabilität der Wahlberichterstattung. Wiesbaden, 2007

Williamson, Oliver E.: Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Unternehmen, Märkte und Kooperationen. Tübingen, 1990

Wolf, Armin: Opfer und Täter zugleich JournalistInnen als Adressaten und Konstrukteure medialer Inszenierungen von Politik. In: Filzmaier, Peter; Karmasin, Matthias; Klepp, Cornelia (Hrsg.): Politik und Medien. Medien und Politik. Wien, 2006

Wolton, Dominique: Political Communication: the construction of a model; In: European Journal of Communication. 5/1, 1990

Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen, 2008

Zeh, Reimar: Kanzlerkandidaten im Fernsehen. Eine Analyse der Berichterstattung der Hauptabendnachrichten in der heißen Phase der Bundestagswahlkämpfe 1994 und 1998. München, 2005

Zittel, Thomas: Partizipative Demokratie und Politische Partizipation. In: Kaiser, André; Zittel, Thomas (Hrsg.): Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg. Wiesbaden, 2004

Zsifkovits, Valentin: Demokratie braucht Werte. Münster, 1998

Internetquellen

(Alle: Stand: 20.1.2012)

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung (asfrab): Wehrformen in den Staaten der EU. 2011

URL: <http://www.asfrab.de/wehrpflichtinfos/wehrformen-in-der-eu.html>

BZÖ: Programm des Bündnis Zukunft Österreich. 2010

URL: http://www.bzoe.at/assets/files/Programm_BZOE_WEB.pdf

Die Grünen: Grundsatzprogramm der Grünen. 2001

URL: http://www.gruene.at/uploads/media/Gruenes_Grundsatzprogramm2001_01.pdf

Dörner, Andreas: Politainment versus Mediokratie. 2002

URL: http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/doerner_politainment/doerner_politainment.html

FPÖ: Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. 2005

URL: www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/Parteiprogramme/Parteiprogramm_dt.pdf

Media-Analyse: MA 10/11 - Tageszeitungen Total. 2011

URL: <http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungTotal.do?year=10/11&title=Tageszeitungen&subtitle=Total>

Möckli, Daniel: CSS Analyse zur Sicherheitspolitik. Wehrpflicht im Europäischen Vergleich. 2010

URL: <http://www.ssn.ethz.ch/Aktuell/CSS-Analysen/Detail/?lng=de&id=116862>

o.A: Auslandseinsätze des Bundesheers. Zahlen, Daten, Fakten. 2011

URL: <http://www.bmlv.gv.at/ausle/zahlen.shtml>

o.A: Generalstabschef General Edmund Entacher. o.J.

URL: http://www.bmlv.gv.at/sk/lebenslauf_gstbchef.shtml

o.A.: Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode. 2008

URL: <http://www.bmvit.gv.at/ministerium/bures/programm/gesamt.pdf>

ÖVP: Grundsatzprogramm. 1995

URL: <http://www.oevp.at/download/000298.pdf>

ÖWA (Österreichische Webanalyse): Jahresschnitt 2011. 2012

URL: <http://www.oewa.at/index.php?id=14807&sort=DESC&by=visit&cat=gesamt#ea>

SPÖ: Grundsatzprogramm. 1998

URL: http://spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf

Zeitungsartikel

(Alle: Stand: 20.1.2012)

„derStandard.at“: Fischer will Koalition „nicht aus Verantwortung entlassen“. 12.3.2008

URL: <http://derstandard.at/3250936>

„derStandard.at“: Wahlkampfstart: Faymann hat „genug gestritten“ 31.7.2008

URL: http://derstandard.at/1216918234927?_seite=11&sap=2

„derStandard.at“: Regierung will über Wehrpflicht diskutieren. 26.10.2010

URL: <http://derstandard.at/1287099992839/Nationalfeiertag-Regierung-will-ueber-Wehrpflicht-diskutieren>

„derStandard.at“: Koalition streitet um Volksbefragung zur Wehrpflicht. 5.10.2010

URL: <http://derstandard.at/1285200034842/Ministerrat-Koalition-streitet-um-Volksbefragung-zur-Wehrpflicht>

„derStandard.at“: Alles auf Häupls Kommando: Links um! 5.10.2010

URL: <http://derstandard.at/1285200089416/Alles-auf-Haeupls-Kommando-Links-um>

„derStandard.at“: Spindelegger kritisiert Schwenk bei Wehrpflicht - SPÖ ringt um neue Linie. 6.10.2010

URL: <http://derstandard.at/1285200157049/Spindelegger-kritisiert-Schwenk-bei-Wehrpflicht--SPOe-ringt-um-neue-Linie>

„derStandard.at“: Verpflichtender Sozialdienst rechtlich möglich. 7.10.2010

URL: <http://derstandard.at/1285200265329/Verfassungsexperte-Verpflichtender-Sozialdienst-rechtlich-moeglich>

„derStandard.at“: Ohne Scheuklappen zum Berufsheer. 7.10.2010

URL: <http://derstandard.at/1285200326669/Ohne-Scheuklappen-zum-Berufsheer>

„derStandard.at“: Das Freiwilligenheer schöngerechnet. 26.1.2010

URL: <http://derstandard.at/1295570910998/Rechenfehler-Das-Freiwilligenheer-schoengerechnet>

„derStandard.at“: Heeresreform: Alle gegen Norbert Darabos. 16.1.2011

URL: <http://derstandard.at/1293370784701/Heeresreform-Alle-gegen-Norbert-Darabos>

„derStandard.at“: SPÖ-Wehrsprecher Prähauser rechnete mit seiner Partei ab. 25.5.2011

URL: <http://derstandard.at/1304552859601/Wehrdebatte-SPOe-Wehrsprecher-Præhauser-rechnete-mit-seiner-Partei-ab>

„derStandard.at“: Aufregung um Personalabbau beim Bundesheer. 25.10.2011

URL: <http://derstandard.at/1319181204820/Soldaten-Aufregung-um-Personalabbau-beim-Bundesheer>

„derStandard.at“: Darabos' Pilotprojekt zur Berufsheer-Erprobung droht zu scheitern. 1.1.2012

URL: <http://derstandard.at/1324501693850/Internes-Papier-Darabos-Pilotprojekt-zur-Berufsheer-Erprobung-droht-zu-scheitern>

„DiePresse.com“: Häupl: „Wehrpflicht in Österreich nicht zu halten“ 5.10.2010

URL: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/599579/Haeupl_Wehrpflicht-in-Oesterreich-nicht-zu-halten

„DiePresse.com“: ÖVP zu SPÖ-Schwenk bei Wehrpflicht: "Häupl sollte sich schämen". 6.10.2010

URL: http://diepresse.com/home/politik/wienwahl/600191/OeVP-zu-SPOeSchwenk-bei-Wehrpflicht_Haeupl-sollte-sich-schaemen?from=suche.intern.portal

„DiePresse.com“: Generalstabschef für Wehrpflicht. 14.1.2011

URL: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/625488/Generalstabschef-fuer-Wehrpflicht?from=suche.intern.portal>

„DiePresse.com“: Wehrpflicht-Abschaffung: Darabos plant Pilotversuche. 29.8.2011

URL: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/689051/WehrpflichtAbschaffung_Darabos-plant-Pilotversuche?from=suche.intern.portal

„DiePresse.com“: Bundesheer: Wirbel um mögliche Kasernenschließungen. 14.10.2011

URL: http://diepresse.com/home/immobilien/wissen/gebaeude/701134/Bundesheer_Wirbel-um-moegliche-Kasernenschliessungen?from=suche.intern.portal

„DiePresse.com“: Festakt-Ansprache im Zeichen der Wehrpflicht. 26.10.2011

URL: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/704042/FestaktAnsprachen-im-Zeichen-der-Wehrpflichtdebatte?from=suche.intern.portal>

„krone.at“: SPÖ will bei Wehrpflicht nun das Volk befragen. 5.10.2010

URL: http://www.krone.at/Oesterreich/SPOe_will_bei_Wehrpflicht_nun_das_Volk_befragen-Nach_Haeupl-Vorstoss-Story-223713

„krone.at“: Wie die Befürworter die Wehrpflicht verteidigen. 6.10.2010

URL: http://www.krone.at/Nachrichten/Wie_die_Befuerworter_die_Wehrpflicht_verteidigen-Ehre_Pflicht_-_Zivis-Story-223919

„krone.at“: Abschaffung der Wehrpflicht für LH Hans Niessl denkbar. 6.10.2010

URL: http://www.krone.at/Nachrichten/Abschaffung_der_Wehrpflicht_fuer_LH_Hans_Niessl_denkbar-Offene_Diskussion-Story-224051

„krone.at“: Wegfall des Heeres wäre „Katastrophe“ für Kitz-Rennen. 7.10.2010

URL: http://www.krone.at/Tirol/Wegfall_des_Heers_waere_Katastrophe_fuer_Kitz-Rennen-Alarmglocken_laeuten-Story-224240

„krone.at“: Darabos macht Tempo: Pläne schon in wenigen Wochen. 7.10.2010

URL: http://www.krone.at/Nachrichten/Darabos_macht_Tempo_Plaene_schon_in_wenigen_Wochen-Wehrpflicht-Debatte-Story-224221

„krone.at“: „Soziales Jahr“ und „nicht so teures“ Berufswehr möglich. 7.10.2010

URL: http://www.krone.at/Nachrichten/Soziales_Jahr_und_nicht_so_teures_Berufswehr_moeglich-Experten-Meinungen-Story-224212

„kurier.at“: Waterloo für Darabos: Entacher ist wieder Armeechef. 7.11.2011

URL: <http://kurier.at/nachrichten/4312866-waterloo-fuer-darabos-entacher-ist-wieder-armeechef.php>

„NEWS.at“: Neuer Zündstoff für Wehrpflicht-Debatte: „Krone“-empfiehlt Einberufung zu ignorieren. 14.2.2011

URL: http://www.news.at/articles/1107/11/289408_s5/neuer-zuendstoff-wehrpflicht-debatte-krone-einberufung

„oe24.at“: Wehrpflicht wird Österreich-Dienst. 20.8.2011

URL: <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Wehrpflicht-wird-Oesterreich-Dienst/37861266>

„oe24.at“: Bundesheer: Entacher warnt vor Einsparungen. 28.12.2011

URL: <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Bundesheer-Entacher-warnt-vor-Einsparungen/50903106>

„profil online“: „Wir stehen vor der Klippe“: Generalstabschef Edmund Entacher im Interview. 22.1.2011

URL: <http://www.profil.at/articles/1103/560/287050/wir-klippe-general-edmund-entacher-interview>

„Salzburger Nachrichten“: Wehrpflicht: Haslauer will Volk befragen. 7.11.2011

URL: <http://www.salzburg.com/online/homepage/aktuell/Wehrpflicht-Haslauer-will-Volk-befragen.html?article=eGMmOI8VeEzlvgrDMDG9VXqTmw29p0iKULCIPz4&img=&text=&mode=>

„Süddeutsche.de“: Guttenberg und Wehrpflicht. Gerüstet für alle Fälle. 22.7.2010

URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/guttenberg-und-die-wehrpflicht-geruestet-fuer-alle-faelle-1.978548>

Presseaussendungen

(Alle: Stand: 20.1.2012)

Bundesministerium für Finanzen: Pröll zur Wehrpflicht: "Offene Fragen müssen geklärt werden. 5.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101005_OTS0261/proell-zur-wehrpflicht-offene-fragen-muessen-geklaert-werden

ÖVP-Bundesparteileitung: Kaltenegger: Vor Volksbefragung zur Wehrpflicht muss SPÖ-Verteidigungsminister Hausaufgaben erledigen. 5.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101005_OTS0259/kaltenegger-vor-volksbefragung-zur-wehrpflicht-muss-spoee-verteidigungsminister-hausaufgaben-erledigen

ÖVP-Bundesparteileitung: JVP-Kurz: Reformierter Wehrdienst statt Kasernen putzen. 6.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101006_OTS0148/jvp-kurz-reformierter-wehrdienst-statt-kasernen-putzen

ÖVP-Parlamentsklub: Kapeller: Sicherheit braucht klare Perspektiven statt ständige Meinungswechsel. 6.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101006_OTS0112/kapeller-sicherheit-braucht-klare-perspektiven-statt-staendige-meinungswechsel

PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien: Häupl für Volksbefragung und Diskussion von Alternativen zur Wehrpflicht. 5.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101005_OTS0214/haeupl-fuer-volksbefragung-und-diskussion-von-alternativen-zur-wehrpflicht

Sozialistische Jugend Österreich: SJÖ ad Bundesheer Diskussion: Volksabstimmung über Umwandlung in Katastrophenschutz! 7.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101007_OTS0220/sjoe-ad-bundesheer-diskussion-volksabstimmung-ueber-umwandlung-in-katastrophenschutz

SPÖ-Parlamentsklub: Rudas: Bevölkerung soll über Zukunft der Wehrpflicht entscheiden. 5.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101005_OTS0169/rudas-bevoelkerung-soll-ueber-zukunft-der-wehrpflicht-entscheiden

SPÖ-Parlamentsklub: Swoboda zu Bundesheerreform: "Bevölkerung muss hier direkt mitentscheiden" 6.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101006_OTS0187/swoboda-zu-bundesheerreform-bevoelkerung-muss-hier-direkt-mitentscheiden

SPÖ-Pressedienst: Faymann nach Ministerrat: Volksbefragung zu Wehrpflicht am Ende einer fairen und sachlichen Diskussion über Aufgaben des Bundesheers. 5.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101005_OTS0204/faymann-nach-ministerrat-volksbefragung-zu-wehrpflicht-am-ende-einer-fairen-und-sachlichen-diskussion-ueber-aufgaben-des-bundesheers

SPÖ-Wien: SP-Baxant: Wahlfreiheit oder Wehrpflicht - das ist die Frage. 5.10.2010

URL: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101005_OTS0152/sp-baxant-wahlfreiheit-oder-wehrpflicht-das-ist-die-frage

Anhang

Kategoriensystem

Kategorie	Ausprägungen der Presseausendungen	Ausprägungen der Zeitungsartikel
Allgemeine Dimension		
Datum	Tag der Mitteilung	Tag der Online-Veröffentlichung
Absender / Zeitung	SPÖ / ÖVP	„krone.at“ / „derStandard.at“
Titel	<ul style="list-style-type: none"> • Akteur / kein Akteur • Kontext / kein Kontext • Botschaft / Forderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Akteur / kein Akteur
Untertitel / Led	<ul style="list-style-type: none"> • Untertitel / kein Untertitel <ul style="list-style-type: none"> - Erläuterung - Ergänzung - Nebenthema 	<ul style="list-style-type: none"> • Untertitel / kein Untertitel <ul style="list-style-type: none"> - Erläuterung, Konkretisierung - eigentlicher (thematischer) Titel • Lead / kein Lead <ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Sinneinheiten
Länge	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Wörter 	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Wörter
Hauptdimension		
<i>Konflikt</i>		
Konflikthaftigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktorientierung <ul style="list-style-type: none"> - Ablehnung (Widerspruch, Kritik, Zweifel,...) • Konsensorientierung <ul style="list-style-type: none"> - Zustimmung (Unterstützung, Bekräftigung, Begrüßung,...) • Ambivalente Orientierung <ul style="list-style-type: none"> - Bedingung, unklare Perspektive 	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktorientierung <ul style="list-style-type: none"> - Ablehnung (Widerspruch, Kritik, Zweifel,...) • Konsensorientierung <ul style="list-style-type: none"> - Zustimmung (Unterstützung, Bekräftigung, Begrüßung,...) • Ambivalente Orientierung <ul style="list-style-type: none"> - Bedingung, unklare Perspektive, neutrale Darstellung
Aufbau	<ul style="list-style-type: none"> • Titel • Untertitel • Einleitung • Hauptteil • Schluss 	<ul style="list-style-type: none"> • Titel • Untertitel • Lead • Einleitung • Hauptteil • Schluss
Form	<ul style="list-style-type: none"> • Argument <ul style="list-style-type: none"> - Gründe • Positionierung <ul style="list-style-type: none"> - Position - Feststellung - Forderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Argument <ul style="list-style-type: none"> - Gründe • Positionierung <ul style="list-style-type: none"> - Position - Feststellung - Forderung

<i>Koalitionskonflikt</i>		
Konfliktarten	<ul style="list-style-type: none"> • Merkmale der Kritik <ul style="list-style-type: none"> - Position - Akteur - Handeln - Glaubwürdigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Merkmale der Kritik <ul style="list-style-type: none"> - Position - Akteur - Handeln - Glaubwürdigkeit - (zeitlicher) Kontext - Konfliktstrategie - Koalitionsbruch
Form	<ul style="list-style-type: none"> • Argument <ul style="list-style-type: none"> - Gründe • Positionierung <ul style="list-style-type: none"> - Position - Feststellung - Forderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Argument <ul style="list-style-type: none"> - Gründe (Meta-Themen) • Positionierung <ul style="list-style-type: none"> - Position - Feststellung - Forderung
Stelle	<ul style="list-style-type: none"> • Titel • Untertitel • Einleitung • Hauptteil • Schluss 	<ul style="list-style-type: none"> • Titel • Untertitel • Lead • Einleitung • Hauptteil • Schluss
Kontextdimensionen		
<i>Akteurskontext</i>		
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • aktive Akteure • passive Akteure 	<ul style="list-style-type: none"> • passive Akteure • aktive Akteure <ul style="list-style-type: none"> - Journalistische Perspektive (redaktionelle Aussagen) - Politische Perspektive (Aussagen von Politiker, Experten, Betroffenen)
Funktion	<ul style="list-style-type: none"> • Regierungsakteur (Kanzler, Minister) • Parlamentsakteur (Wehrsprecher, Klubobleute) • Akteur sonstiger Parteiorganisationen (Jugendorganisationen) • Experte, Nicht-Parteiakteur • Betroffene (Wehrpflichtige) 	<ul style="list-style-type: none"> • Regierungsakteur (Kanzler, Minister) • Parlamentsakteur (Klubobleute) • Akteur sonstiger Parteiorganisation (Länderorganisationen) • Experte, Nicht-Parteiakteur • Betroffene (Sozialdienste)
Zentrierung	<ul style="list-style-type: none"> • Individuelle Akteure (Bezug auf Repräsentanten) • Kollektive Akteure (Parteibezug) • Keine Akteurszentrierung (Inhaltsbezug) 	<ul style="list-style-type: none"> • Individuelle Akteure (Bezug auf Repräsentanten) • Kollektive Akteure (Partei-, Organisationsbezug) • Keine Akteurszentrierung (Inhaltsbezug)
Rolle der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktakteur (Kritiker, Kritisierter) • Moderator (Außerhalb des Konflikts) • Unterstützer (Positive Bezüge) • Betroffene 	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktakteur (Kritiker, Kritisierter) • Moderator (Außerhalb des Konflikts) • Unterstützer (Positive Bezüge) • Experten

		<ul style="list-style-type: none"> • Betroffene • Darbietung von Hintergrundinformation
Personalisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Bezug auf Personen • Bezug auf Parteien • Sonstige Bezüge 	<ul style="list-style-type: none"> • Bezug auf Personen • Bezug auf Parteien • Bezug auf die Koalition / Opposition • Sonstige Bezüge
<i>Inhaltlicher Kontext</i>		
Themen	<ul style="list-style-type: none"> • Anlassbezogene Thematisierung <ul style="list-style-type: none"> - Volksbefragung - Debatte • Inhaltliche Thematisierung <ul style="list-style-type: none"> - Reform des Wehrdienstes - Abschaffung des Bundesheeres • Sonstige Nebenthemen <ul style="list-style-type: none"> - Positionierung der SPÖ - Europäische Sicherheitspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Anlassbezogene Thematisierung <ul style="list-style-type: none"> - Volksbefragung - Debatte - SPÖ-Schwenk - Koalitionskonflikt • Inhaltliche Thematisierung <ul style="list-style-type: none"> - Dienstpflicht - Expertenbeiträge • Sonstige Nebenthemen <ul style="list-style-type: none"> - Auswirkung der Abschaffung der Wehrpflicht in verschiedenen Kontexten
Argumentationsstrukturen	<ul style="list-style-type: none"> • Typ <ul style="list-style-type: none"> - Pro-Argumente - Kontra-Argumente - Neben-Argumente • Begründung <ul style="list-style-type: none"> - - axiomatisch (Bürgerrecht, offene Fragen ...) - - rational (internationale Trends, sicherheitspolitisch) • Ausrichtung <ul style="list-style-type: none"> - positiv (für etwas) - negativ (gegen etwas) 	<ul style="list-style-type: none"> • Typ <ul style="list-style-type: none"> - Pro-Argumente - Kontra-Argumente - Neben-Argumente • Begründung <ul style="list-style-type: none"> - - axiomatisch (Klarheit, offene Fragen ...) - - rational (internationale Trends, Recht, Kosten) • Ausrichtung <ul style="list-style-type: none"> - positiv (für etwas) - negativ (gegen etwas)
<i>Darstellungskontext</i>		
Sprachliche Auffälligkeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Klarheit / Unklarheit • Relevanz • Stilmittel, Konnotationen <ul style="list-style-type: none"> - negativ - positiv 	<ul style="list-style-type: none"> • Klarheit / Unklarheit • Relevanz • Stilmittel, Konnotationen <ul style="list-style-type: none"> - negativ - positiv
Unterhaltungszentrierung	<ul style="list-style-type: none"> • Dramatisierung • game-Zentrierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Dramatisierung • game-Zentrierung

Abstract

Diese Arbeit stellt eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Inszenierung von politischen Konflikten in Koalitionen dar. Die zentralen Fragestellungen drehen sich um die Darstellung des Koalitionskonflikts in der Anfangsphase der Heeresdebatte. Der Konflikt wurde dabei, anhand der Selbstdarstellung seitens der Politik und anhand der medialen Fremddarstellung, untersucht.

Im theoretischen Zugang konnte die Vielfältigkeit des Konfliktphänomens, anhand einer exemplarischen Differenzierung und durch den Bezug auf verschiedene Gesellschaftstheorien, dargestellt werden. Der Konfliktbegriff wurde weiter auf den politischen Konflikt eingeeengt, der sich, in seiner institutionalisierten Form, vor allem als Parteikonflikt darstellt. Als Sonderform des politischen Konflikts wurde dem Koalitionskonflikt besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Er konnte als brisante Form des politischen Konflikts argumentiert werden. Die theoretische Beschäftigung mit der Inszenierung des Konflikts berücksichtigte vor allem die politische Selbst- und die mediale Fremddarstellung der politischen Kommunikation. Dabei konnte eine komplexe Beziehung von Politik und Medien dargestellt werden, welche sich im Weiteren in gemeinsamen Selektions- und Darstellungskriterien äußert. Als gemeinsame Diagnosen für die Darstellung der politischen Öffentlichkeitsarbeit und des politischen Journalismus konnte vor allem die Personalisierung, die Unterhaltungsorientierung und die Negativität erkannt werden. Damit der Koalitionskonflikt am Beispiel der Heeresdebatte untersucht werden konnte wurde zuerst auf die theoretischen und historischen Hintergründe der Heeresdebatte, bei besonderer Berücksichtigung der Wehrpflicht, eingegangen. Dabei stellte sich ein Europäischer Trend hin zu Berufsheeren, eine lange Tradition der Heeresdebatte in Österreich, ein Bruch der Koalitionsparteien mit den tradierten Positionen und eine intensive Medienaufmerksamkeit, in Bezug auf verschiedene Themen und Akteure der Heeresdebatte, heraus.

Die Untersuchung, die der Methode einer qualitativen Inhaltsanalyse folgt, konnte einen Zusammenhang der Selbst- und der Fremdberichterstattung, in Bezug auf die Inszenierung des Koalitionskonflikts, aufzeigen. Eine besondere Rolle für den Koalitionskonflikt spielen die allgemeine Konfliktorientierung und der Bezug auf Regierungsakteure. Sind diese Kriterien in Beiträgen der politischen Selbstdarstellung erfüllt, so finden sie am ehesten Eingang in die mediale Berichterstattung. In letzterer wird der Koalitionskonflikt primär in der Form der Position einzelner Akteure dargestellt, inhaltliche Argumente werden hingegen kaum berücksichtigt. Die zentrale Erkenntnis dieser Arbeit ist somit, dass der Koalitionskonflikt nicht erst von Medien inszeniert wird, da bereits eindeutige Verweise in der politischen Selbstdarstellung zu finden sind. Jedoch unterscheiden sich die Darstellungsformen des Konflikts, vor allem hinsichtlich der Konfliktakteure und der behandelten Themen.

Lebenslauf

Robert Schafleitner, Bakk
Geburtsdatum: 30.05.1987
Geburtsort: Wien
Nationalität: Österreich
E-Mail: sch.robert@gmx.at

Schulbildung

1993 - 1997	VS19, Flotowgasse 25
1997 - 2005	BRG 19 Krottenbachstraße 11-13
06/2005	Matura

Studium an der Universität Wien

ab 10/2006	Politikwissenschaft
ab 10/2006	Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
10/2010	Bakkalaureat (in PuKW)

Zivildienst

07/2005 - 06/2006	Johanniter Unfall Hilfe (als Rettungssanitäter)
06/2006 - 02/2010	Ehrenamtliche Tätigkeit (als Rettungssanitäter)